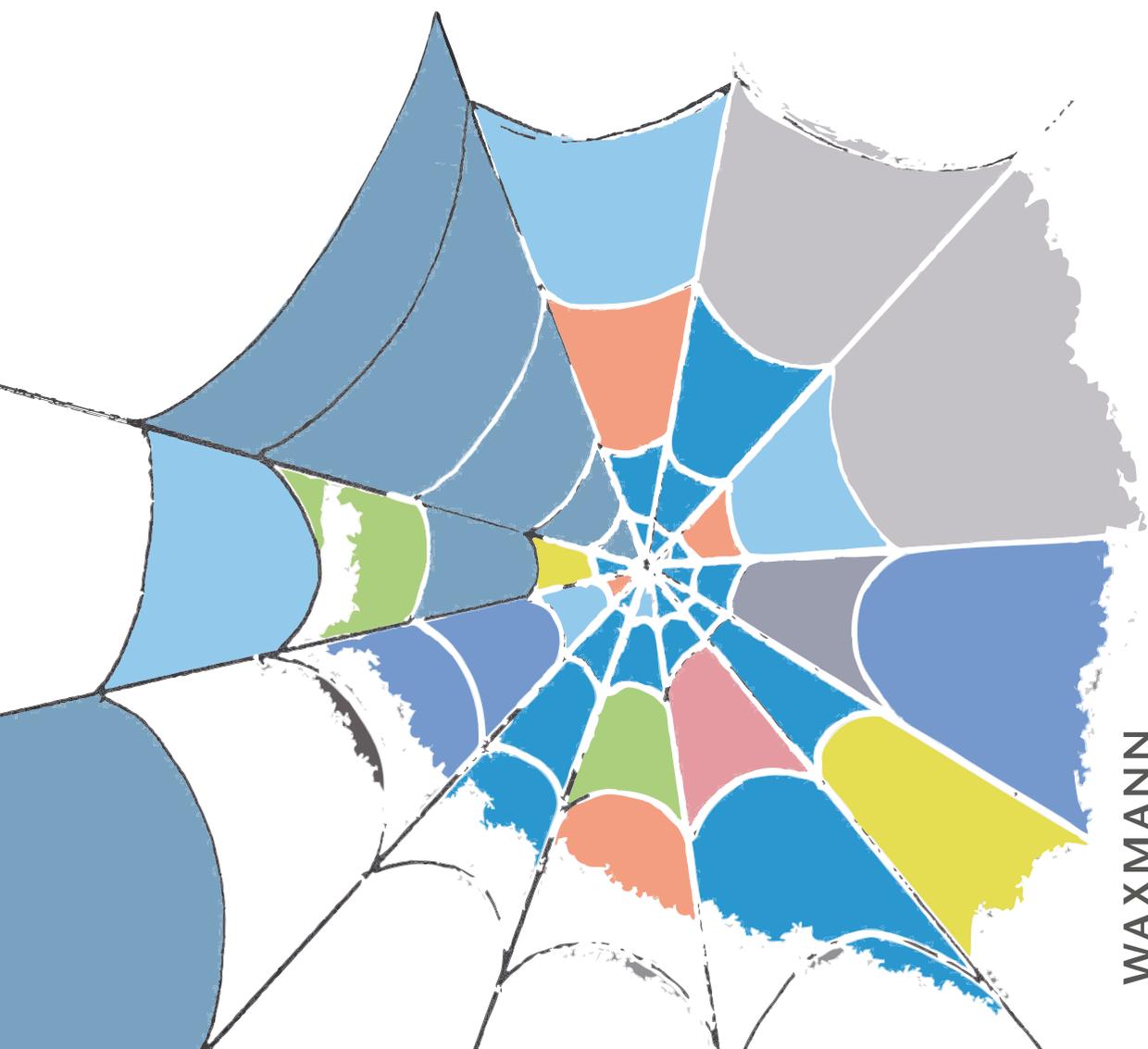


Monika Gonser, Karin Zimmer,
Nicola Mühlhäußer, Danielle Gluns (Hrsg.)

Wissensmobilisierung und Transfer in der Fluchtforschung

Kommunikation, Beratung und
gemeinsames Forschungshandeln



WAXMANN

Monika Gonser, Karin Zimmer,
Nicola Mühlhäußer, Danielle Gluns
(Hrsg.)

Wissensmobilisierung und Transfer in der Fluchtforschung

Kommunikation, Beratung und
gemeinsames Forschungshandeln



Waxmann 2020
Münster · New York

Finanzielle Unterstützung

BMBF-Projekt Integration CAN-D
„Deutsch-kanadische Forschungszusammenarbeit
zur Integration von Geflüchteten“

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Förderlinie ‚Innovative Hochschule‘
des BMBF

**Innovative
Hochschule**

EINE GEMEINSAME INITIATIVE VON



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Gemeinsame
Wissenschaftskonferenz
GWK

Pädagogische Hochschule
HEIDELBERG

University of Education

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Print-ISBN 978-3-8309-4237-5

E-ISBN 978-3-8309-9237-0

doi: <https://doi.org/10.31244/9783830992370>

© Waxmann Verlag GmbH, 2020

Steinfurter Straße 555, 48159 Münster

www.waxmann.com

info@waxmann.com

Umschlaggestaltung: Anne Breitenbach, Münster;

Zahide Marquardt-Gültepe, Frankfurt am Main

Satz: satz&sonders GmbH, Dülmen

Dieses E-Book ist unter Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 veröffentlicht:

Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitung 4.0

International <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>



Inhalt

Vorwort	9
---------------	---

I. Einleitung

Wissensmobilisierung und Transfer in der Fluchtforschung. Begriffsbestimmung und Bestandsaufnahme <i>Monika Gonser & Karin Zimmer</i>	13
Überblick über den Sammelband <i>Nicola Mühlhäußer</i>	33

II. Wissenschaftskommunikation und Bildung

Förderung der Integration Geflüchteter in der beruflichen Ausbildung. Transferpotenziale aus der Modellversuchsforschung in der beruflichen Bildung <i>Gero Scheiermann</i>	41
Kommunikationsstrategien in einer Längsschnittstudie zur Bildungsintegration von Geflüchteten. Praxiserfahrungen aus ReGES – Refugees in the German Educational System <i>Dominik Weigand & Christin Förster</i>	55
Reflexionen zum gelebten Transfer in der Praxis. Ein Fallbeispiel <i>Beatrice Schlee & Mone Welsche</i>	71
„Wir müssen uns die Zeit für Transfer nehmen“ – Kai Weber, Flüchtlingsrat Niedersachsen, im Gespräch mit Danielle Gluns	85

III. Beratung

Wie tragen Stiftungen wissenschaftliche Inhalte in die öffentliche und politische Debatte? <i>Matthias M. Mayer</i>	91
Kommunale Integrationspolitik in ländlichen Räumen in Deutschland. Strategische Zukunftsaufgabe für vielfältige Zuwanderung <i>Rapahela Schweiger & Lisa Marie Veyhl</i>	99
„Wir brauchen klare und quantifizierbare Standards“ <i>Holger Bonin & Nicola Mühlhäußer</i>	111
„Transfer in der Koordination von Bildungsangeboten für Neuzugewanderte“. Elena Albrecht, Rolf Hackenbroch und Reinhard Mitschke, Bildungskoordinatoren des Rhein-Neckar-Kreises für Neuzugewanderte, im Gespräch mit Nicola Mühlhäußer	117

IV. Kooperation und Anwendung

Wissen und Multiperspektivität in regionalen Wissenschaft-Praxis-Kooperationen der Fluchtforschung in der Rhein-Neckar-Region <i>Monika Gonser & Petra Deger</i>	125
Transfer of Knowledge for and with Whom? Ethical Reflections on Participatory Research with Displaced People <i>Ulrike Krause & Cordula von Denkowski</i>	137
Arbeitsmarktintegration von Frauen mit Migrations- oder Fluchthintergrund. Chancen und Herausforderungen eines engeren Austauschs zwischen Praxis, Wissenschaft und Verwaltung <i>Kirsten Hoesch & Şaziye Altundal-Köse</i>	151
Im Dialog zwischen ethnographischer Forschung und Erkenntnistransfer. Das Beispiel des Beschwerdemanagements für Geflüchtete <i>Anett Schmitz</i>	163
Flüchtlingsbewegungen 2015/2016 nach Deutschland. Anstöße für transdisziplinäre Zusammenarbeit und Forschung <i>Patricia M. Schütte, Jana-Andrea Frommer, Malte Schönefeld & Andreas Werner</i>	177

One Mission?

Integrationsförderung in der dualen Berufsausbildung durch
multilateralen und reziproken Transfer im regionalen Netzwerk

Kirsten Rusert, Mehmet Kart & Margit Stein 189

„Das internationale Forschungszentrum J-PAL Europe als Brücke
zwischen Wissenschaft und Praxis“.

Anna Schrimpf, Abdul Latif Jameel Poverty Lab (J-PAL Europe), im
Gespräch mit Nicola Mühlhäußer 205

V. Kanadische Perspektiven auf Wissensmobilisierung und Transfer

Integrated Knowledge Mobilization.

Promising Practices from Two Canadian Projects

Simone Chia-Kangata, Lisa Lachance & Michael Ungar 211

The Role of Canadian Settlement Service Providers in Research and
Knowledge Mobilization

Nabiha Atallah & Josh Boyter 223

Integration CAN-D.

The Canadian-German Research Cooperation on the Integration of Refugees

Karin Zimmer & Nicola Mühlhäußer 237

VI. Abschluss und Ausblick

Transfer in der Fluchtforschung.

Perspektiven

Danielle Gluns 247

Ausgewählte Beispiele für Wissensmobilisierung und Transfer zum
Thema Flucht und Integration in Deutschland

Zahide Marquardt-Gültepe 261

Glossar 267

Autor*innenverzeichnis 279

Vorwort

Die Rolle, Verantwortung und Wirkungsweise der Wissenschaft für die Gesellschaft wurden in den vergangenen Jahren in vielen Zusammenhängen diskutiert, sei es beim Klimawandel oder in der aktuellen Corona-Krise. Die Zuwanderung von mehr als 800.000 Geflüchteten in den Jahren 2015 und 2016 entwickelte sich für die aufnehmenden Strukturen, Einrichtungen und Organisationen ebenfalls krisenhaft, da sie auf die Anforderung, zumindest einem Teil dieser Menschen eine dauerhafte Perspektive in unserer Gesellschaft zu bieten, nicht eingerichtet waren. Unter anderem dieser Sachverhalt führte dazu, dass die gegenseitige Wahrnehmung, der Austausch und das gemeinsame Agieren von Wissenschaft und Praxis im Themenbereich der Fluchtforschung in den folgenden Jahren besonders relevant wurden. Der vorliegende Band versucht exemplarisch darzustellen, in welcher Weise Wissenschaft und Praxis vor allem in den Jahren nach 2015 rund um das Thema Flucht und Geflüchtete ins Gespräch kamen, sich austauschten und zusammenwirkten. Wir hoffen damit sowohl einen Einblick in wissenschaftliche wie auch gesellschaftliche Entwicklungen in diesen Jahren gewähren zu können. Der Sammelband soll aber auch allgemeiner aufzeigen, in welcher Form und auf welche Art und Weise Wissen aus Wissenschaft und Praxis aufeinandertreffen sowie genutzt und weiterentwickelt werden kann – das heißt, wie Transfer zu leisten ist.

Die Idee und die Motivation, gemeinsam einen Sammelband herauszugeben, bei dem verschiedene Akteursgruppen ihre Perspektiven auf Transfer in der Fluchtforschung einbringen können, entstanden in zwei Veranstaltungen, die es Vertreter*innen aus Wissenschaft und Praxis ermöglichten, sich über ihre Erfahrungen auszutauschen: Zum einen war dies der Workshop des deutsch-kanadischen Wissenschaftsnetzwerks Integration CAN-D im Dezember 2018 in Heidelberg zum Thema Wissenmobilisierung und Transfer in der Fluchtforschung, und zum anderen der Auftaktworkshop des Arbeitskreises Transfer des Netzwerks Fluchtforschung im April 2019 in Hildesheim. Der Austausch insbesondere des ersten Workshops wurde durch die Beteiligung von kanadischen Vertreter*innen aus Praxis und Wissenschaft bereichert. Dieser Sammelband stellt einige zentrale Forschungserkenntnisse des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projekts Integration CAN-D in gebündelter und allgemeinverständlicher Weise der Öffentlichkeit zur Verfügung und hebt dabei auch die nutzbringende Rolle der internationalen Zusammenarbeit in diesem Bereich hervor. Aufbauend auf diesen ersten Workshop konnte der zweite Workshop einen ersten Überblick über das Transfergeschehen in der Fluchtforschung in Deutschland seit 2015 bieten, da sich – organisiert durch die Migration Policy Research Group der Universität Hildesheim – eine rege Beteiligung vieler für den Transfer in der Fluchtforschung relevanter Forscher*innen und Akteur*innen in Deutschland ergab. Deren Kenntnisse sowie die Diskussionen der beiden Workshops fließen ebenfalls in diesen Sammelband ein, sodass der Band mögliche Perspektiven, Ausrichtungen und

Tätigkeiten des Arbeitskreises Transfer des Netzwerks Fluchtforschung verständlich umreißt.

Wir möchten allen danken, die zum Entstehen des Bandes beigetragen haben, den Autor*innen – und ihrem guten Zeitmanagement – natürlich, aber auch allen Teilnehmenden der beiden Workshops insgesamt für ihre spannenden und kritischen Beiträge. Wir danken auch den Ausrichter*innen der beiden Workshops an der PH Heidelberg und der Universität Hildesheim. Wir möchten Frau Zahide Marquardt-Gültepe, der Projektkoordinatorin von Integration CAN-D am DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation, für ihre Unterstützung bei der Drucklegung des Bandes danken sowie dem Verlag Waxmann und insbesondere Frau Melanie Völker für ihre stets professionelle und gelassene Unterstützung. Nicht zuletzt gilt unser Dank den Förderern, ohne die die Drucklegung und das Open-Access-Publizieren dieses Bandes nicht möglich gewesen wäre: der Förderlinie ‚Innovative Hochschule‘ des BMBF und dem BMBF-Projekt Integration CAN-D.

Wir hoffen, dass die Beiträge des Sammelbands den Leser*innen nützlich sind und ihnen Anregungen für den weiteren Austausch der verschiedenen Akteursgruppen im Bereich Flucht und Integration bieten. Über Rückmeldungen und Weiterentwicklungen der im Buch dargelegten Gedanken und Ansätze freuen wir uns.

Im September 2020

Heidelberg, Vechta, Frankfurt und Hildesheim

Die Herausgeberinnen

I.

Einleitung

Wissensmobilisierung und Transfer in der Fluchtforschung

Begriffsbestimmung und Bestandsaufnahme

Monika Gonser & Karin Zimmer

1. Transfer – ein aktuelles Stichwort

Der Gesellschaftsbezug von Wissenschaft und die Rolle der Wissenschaft in der Gesellschaft sind in den vergangenen Jahren wieder stärker in den Fokus sowohl wissenschaftlicher Aktivitäten als auch der gesellschaftlichen Debatte gerückt. Insbesondere im Themenbereich Nachhaltigkeit, aber auch in Fragen gesellschaftlichen Zusammenhalts ist das Interesse an einer – zunächst weitgefasst verstandenen – Intensivierung des Austauschs und der Bezugnahme deutlich. So werfen Wissenschaftler*innen die Frage auf, welche Ansprüche an Methoden, Qualität und Perspektive einer stärker gesellschaftsorientierten Wissenschaft zu stellen sind (Schneidewind/Singer-Borowski 2014; Roessler et al. 2015; Würmseer 2016). Befragte Bürger*innen bringen vor dem Hintergrund der *Fridays-for-Future*-Demonstrationen den im Vergleich zu den Vorjahren stärkeren Wunsch zum Ausdruck, dass Wissenschaftler*innen „sich öffentlich äußern sollen, wenn politische Entscheidungen wissenschaftliche Erkenntnisse nicht berücksichtigen“ und denken, dass „politische Entscheidungen stärker auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen sollten“ (Wissenschaftsbarometer 2019). Ähnliche, spezifisch auf die Fluchtforschung bezogene Rückmeldungen erhalten Kleist et al. (2019, S. 32).

Die Politik versucht im gleichen Sinne, wissenschaftspolitische Rahmenbedingungen so zu ergänzen, dass Wissenschaft nicht „auf der erdabgewandten Seite des Mondes“ stattfindet (Zitat Bundespräsident Steinmeier in DIE ZEIT, 21.11.2019). Im Rahmen der sogenannten ‚Third Mission‘ wird dabei auch hochschulintern in vielen Bereichen ein Gesellschaftsbezug des Wissenschaftssystems hergestellt, der nicht nur auf der Erarbeitung und Vermittlung wissenschaftsbasierten Wissens aufbaut, sondern beispielsweise das gesellschaftliche Engagement Studierender im Rahmen ihres Studiums (‚Service Learning‘) oder Social-Entrepreneurship-Gründungen aus Universitäten und Hochschulen heraus fördert.

Die Fluchtforschung stellt sich dabei als einer der Themenbereiche aus dem Themenkomplex ‚Gesellschaftlicher Zusammenhalt‘ dar, in dem der inhärente Impuls, Forschung gesellschaftsbezogen zu denken, sehr deutlich zu sein scheint (van Hear 2012). Davon zeugen beispielsweise die Initiierung und Durchführung einer ganzen Reihe von Wissenschafts-Praxis-Projekten, die entweder Forschungsarbeiten kooperativ entwickelten oder konzeptionell einen Gesellschaftsbezug aufweisen, der

über die bloße Behandlung eines gesellschaftlichen Phänomens hinausgeht.¹ Wie sich jedoch die unterschiedlichen Ansätze zur Herstellung eines Gesellschaftsbezugs in der Fluchtforschung darstellen, diskutiert werden und strukturieren lassen, wurde bislang selten reflektiert. Deswegen möchten wir mit der Herausgabe dieses Sammelbands einen Beitrag zur Schließung dieser Lücke leisten. In der das Diskussionsfeld eröffnenden Einleitung nehmen wir zunächst im ersten Abschnitt einige begriffliche Einordnungen und Systematisierungen vor, was unter Transfer in Bezug auf den vorliegenden Sammelband zu verstehen ist. Im zweiten Abschnitt stellen wir eine Kategorisierung von Transfer in der Fluchtforschung zur Diskussion vor, die wir im dritten Abschnitt mit empirischen Daten aus der Fluchtforschung in Deutschland unterlegen.

2. Begriffsdefinition ‚Transfer‘ und Abgrenzung

Der Gesellschaftsbezug von Wissenschaft und insbesondere Transfer werden bislang häufig disziplinenabhängig entwickelt und eine systematisierende Einordnung erfolgt noch nicht umfassend (Knoblauch 2014, S. 346; Froese et al. 2016; Schemme et al. 2017; Graesel 2019). ‚Third Mission‘ dient dabei zunächst als „Sammelbegriff für alle gesellschaftsbezogenen Hochschulaktivitäten (...) vor dem Hintergrund der Wissensgesellschaft“ (Roessler et al. 2015, S. 5). Unter Third Mission ist also neben der ‚First Mission‘, der Lehre, und der ‚Second Mission‘, der Forschung – und in Ergänzung zu Roessler et al. seien auch außeruniversitäre Forschungseinrichtungen erwähnt – jeglicher Gesellschaftsbezug des wissenschaftlichen Systems und seiner Akteure zu verstehen, der sich in den beiden erstgenannten Bereichen nicht inhaltlich aus dem Forschungs- oder Lehrgegenstand ergibt. Dabei kann es zwischen den drei Missionen durchaus Überschneidungen geben (s. Abbildung 1).

Die Abbildung macht deutlich, dass die Third Mission in der Wissenschaft ein sehr breites Feld abdeckt. Als ein Gegenstück zur Etablierung einer Third Mission lässt sich aus Praxisperspektive beispielsweise die Forderung nach einem evidenzbasierten Vorgehen diskutieren. Um den mit dem vorliegenden Sammelband erfolgenden Diskursbeitrag auch für beide Seiten, Wissenschaft und Praxis, anschlussfähig zu gestalten, wird eine Fokussierung auf Transfer vorgenommen. Das bedeutet, dass Third Mission-Aspekte, die sich nicht oder nur undeutlich auf Lehre und Forschung beziehen wie beispielsweise ehrenamtliches Engagement von Mitarbeiter*innen oder die Öffnung von Infrastruktur, konzeptionell ausgeschlossen werden. Dazu wird im Folgenden hergeleitet, was für den Sammelband unter Transfer zu verstehen ist und warum dieser Begriff als Schlüsselperspektive ausgewählt wurde.

¹ Siehe z. B.: <https://flucht-forschung-transfer.de/>; www.reallabor-asyl.de; <https://www.witi-innovation.de/fugatus/>; <https://www.uni-hildesheim.de/fb1/institute/institut-fuer-sozialwissenschaften/politikwissenschaft/forschung/arbeitsgruppe-migrationspolitik/transfer/>; <https://www.ph-heidelberg.de/transfertogether/unsere-projekte/interkulturelle-bildung/flucht-migration-und-arbeit-in-der-metropolregion.html> etc.

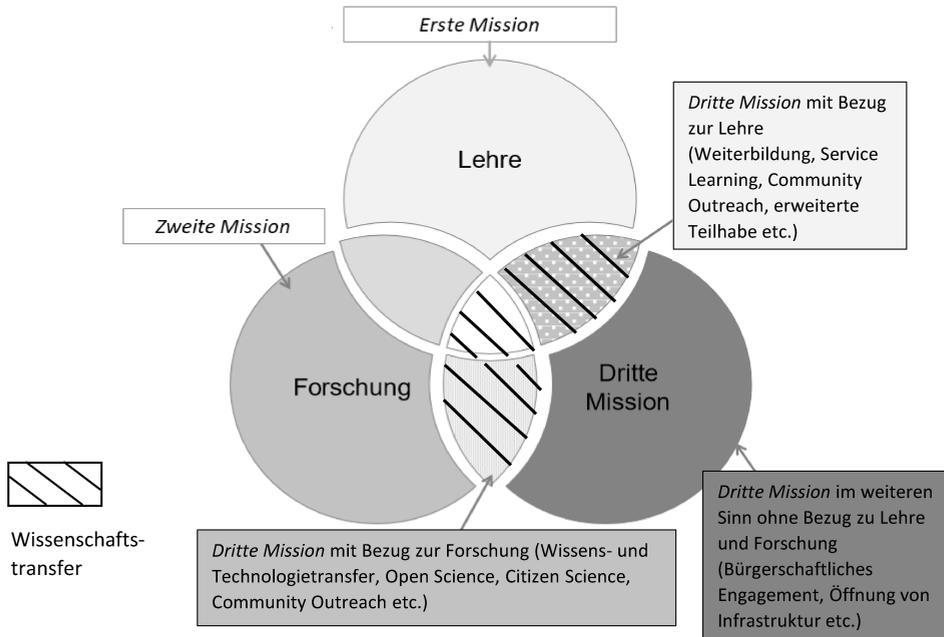


Abb. 1: Definition und Abgrenzung von Third Mission und Transfer für den vorliegenden Sammelband (in Anlehnung an Berghäuser/Hölscher 2019, Henke et al. 2016, eigene Anpassungen, s. a. Glossar).

Der Begriff ‚Transfer‘ unterliegt derzeit noch einer Reihe unterschiedlicher Definitionen (Berghäuser/Hölscher 2019, S. 4) und wird häufig über den Begriff ‚Wissens- und Technologietransfer‘ konkretisiert. Henke et al. (2016) definieren Transfer als Wissens- und Technologietransfer und verstehen folgende Aktivitäten darunter:

- Aktivitäten, die einer gemeinsamen Erkenntnisgewinnung von Wissenschaft und Praxis dienen,
- Wissenschaftskommunikation oder
- die wirtschaftliche Nutzbarmachung wissenschaftlichen Wissens beinhaltet oder
- Personaltransfer, für den davon ausgegangen wird, dass durch den beispielsweise beratenden Einsatz einer Person aus der Wissenschaft in der Praxis implizites, wissenschaftliches Wissen in der Praxis Anwendung findet.

Diese Definition von Henke et al. (2016) beinhaltet, dass es sich bei Transferaktivitäten grundsätzlich um die Bereitstellung von Wissen für die Praxis handelt, also der Bereitstellung wissenschaftlich erarbeiteten Wissens in einem nicht-wissenschaftlichen Kontext. Die Definition von Henke et al. und die daraus folgende thematische Zuordnung von Themenbereichen enthalten jedoch Lücken und kleinere Widersprüche. So definieren sie Weiterbildungen einmal aufgrund organisatorischer Zugehörigkeit als Transferprojekte, wenn sie im Rahmen eines breiteren, ggf. technologischen Transferprojekts stattfinden. An anderer Stelle wird Weiterbildung, wenn sie sich z. B. nicht berufsbezogen an Bürgergruppen richtet, als Maßnahme der gesellschaftlichen Partizi-

pation und nicht des Transfers definiert. Dieser Ansatz greift aus unserer Sicht zu kurz, weil er teilweise den Transferbegriff über äußere Rahmenbedingungen, z. B. die Zielgruppe, einzugrenzen versucht und nicht über den inhaltlichen Zusammenhang, i.e. über die Rekontextualisierung wissenschaftlich fundierten Wissens. Ähnliches gilt für die wirtschaftliche Nutzbarmachung, die beispielsweise bei Patententwicklungen das Erfolgen von Zahlungen zur Transfervoraussetzung macht und nicht den Bereitstellungsmechanismus aus der Wissenschaft heraus. Für den vorliegenden Sammelband sollen diese definitorischen Brüche nicht übernommen werden. Stattdessen wird der implizit aufscheinende Ansatz von Henke et al. (2016) zu Ende geführt:

Die Funktion von Wissenschaft in einem funktional ausdifferenzierten System ist die Produktion von wissenschaftlich fundiertem Wissen. Als analytisches Schema wird dabei der Frage des Transfers oft ein systemtheoretischer Ansatz unterlegt (z. B. Schimank 2007 und 2012). Es wird davon ausgegangen, dass sich moderne Gesellschaften funktional ausdifferenzieren, d. h. zur Erfüllung bestimmter Funktionen abgegrenzte gesellschaftliche Teilsysteme entstehen, die sich aus sich selbst heraus weiterentwickeln und ggf. wachsen, jedoch in sich abgeschlossen sind, d. h. keine funktionalen Brücken in andere Systeme bilden können. Beispiele derartiger Teilsysteme sind die Wissenschaft, die Wirtschaft, die Politik oder das Bildungssystem. Ein Austausch zwischen Wissenschaft und anderen Teilsystemen wird hier als ein notwendiges Element von Transfer verstanden, das zweite Element ist der Austausch von wissenschaftlich fundiertem Wissen, worauf im folgenden Absatz eingegangen wird.

Unter Wissen kann nach Berger und Luckmann (2018) die Gewissheit verstanden werden, dass „Phänomene wirklich sind und bestimmbare Eigenschaft haben“ (S. I). Knoblauch (2014) ergänzt diese Definition um die soziale Abgeleitetheit von Wissen, wenn er sagt, „Wissen ist sozial gewordener Sinn“ (S. 353). Wissen wird mit dieser Definition als sozial konstruiert bestimmt und entsprechend wird davon ausgegangen, dass sich Wissen aus einer sozial bestimmten Perspektive ergibt. Damit lässt sich „der Prozess der Wissensvermittlung in der Kommunikation (...) besser als eine Kooperation zweier subjektiver Wissensvorräte verstehen“ (Knoblauch 2014, S. 359). Setzt man eine funktionale Ausdifferenzierung der Gesellschaft voraus, so geht damit einher, dass Wissensvorräte immer auch teilsystembedingt konstruiert sind. Wissenschaftlich fundiertes Wissen ist dann beispielsweise ein Wissen, für das die o. g. Gewissheit zu Wirklichkeit und Bestimmbarkeit von Phänomenen nach besonderen – qualitativ anspruchsvolleren – Kriterien innerhalb des sozialen Teilsystems Wissenschaft abgeleitet werden, wie beispielsweise anhand intersubjektiver Nachvollziehbarkeit des Erkenntnisvorgangs oder der Reliabilität und Validität von Daten. Teilsysteme, die in der Logik dieses Beitrags der Praxis zuzuordnen sind, wie Recht, Wirtschaft oder Politik, stellen ebenfalls spezifische Ansprüche an für sie anschlussfähiges Wissen, dass dann der Erreichung des jeweils relevanten Leitwerts wie ‚Rechtmäßigkeit‘, ‚Zugewinn‘ oder ‚Macht‘, entsprechen muss. Unabhängig vom jeweiligen Teilsystem wird davon von unterschiedlichen Wissenstypen ausgegangen, die für die Praxis von Nutzen sein könnten, wie etwa ‚Beschreibungs- und Erklärungswissen‘, ‚Vorhersagewissen‘ oder ‚Veränderungs- und Interventionswissen‘ (z. B. Lys 1997 oder Graesel 2019).

Im strengen Wortsinn könnte unter Transfer (lat.: *hinüberbringen*) von wissenschaftlich fundiertem Wissen jegliche Übertragung von nach wissenschaftlichen Kriterien gewonnenem Wissen in einen anderen Erkenntniszusammenhang verstanden werden, also auch beispielsweise in eine andere Denkschule oder eine andere wissenschaftliche Disziplin (s. Abb. 2). Dieser Vorgang wird jedoch besser und erprobter im Diskurs um Interdisziplinarität und Multidisziplinarität (z. B. Jungert et al. 2013) reflektiert und gehört zudem in den engen wissenschaftlichen Kernbereich von Forschung und ggf. Lehre. Auch die Übertragung beispielsweise einer ursprünglich aus der Wissenschaft kommenden Methode von einem Praxisakteur zum anderen wird – entgegen der beispielsweise in der beruflichen Bildungsforschung üblichen Definition (Euler 2001) – hier nicht als Transfer verstanden, da eine wissenschaftliche Perspektive nicht Teil dieses Übertragungsprozesses ist (s. Abb. 2).

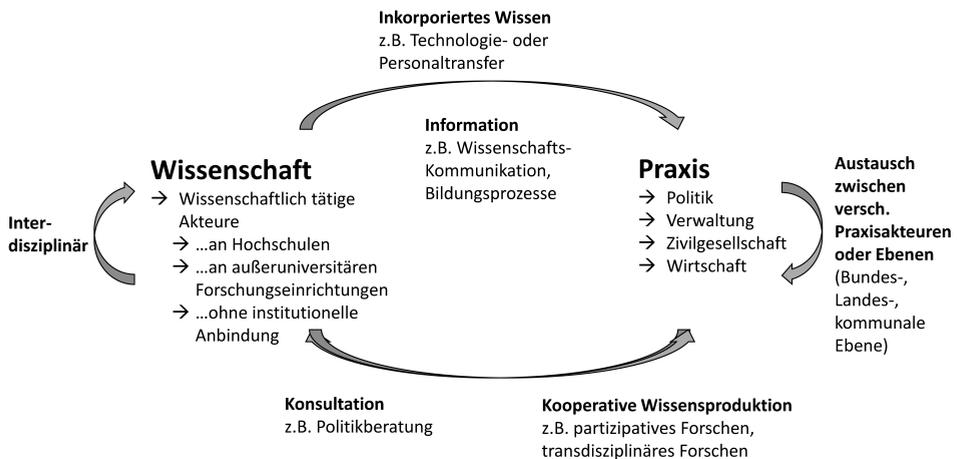


Abb. 2: Akteure, Prozesse und Kategorien im Transfer (Gluns 2019, eigene Anpassungen).

Unter Transfer wird im vorliegenden Verständnis und in Anlehnung an Henke et al (2016) die Bereitstellung, Rekontextualisierung und Entwicklung von wissenschaftlich fundiertem Wissen in der Praxis gefasst, wobei hier unter ‚Praxis‘ in einem weiten Sinne alle nicht-wissenschaftlichen Bereiche der Gesellschaft verstanden werden, also beispielsweise auch die Öffentlichkeit ganz allgemein. Transfer wird als ein im Teilbereich der Third Mission angesiedelter Vorgang verstanden, der sich durch die Kooperation mit wissenschaftsexternen Akteuren und eine Bezugnahme auf gesellschaftliche Bedürfnisse auszeichnet, dabei jedoch nicht den herkömmlichen Leistungserbringungen in Forschung und Lehre zuzuordnen ist (Henke et al. 2016, S. 15 ff.). Die Weitergabe von Wissen bildet das Abgrenzungsmerkmal gegenüber anderen, nicht als Transfer zu benennenden gesellschaftsbezogenen Aktivitäten des wissenschaftlichen Teilsystems. Im Sinne von Abbildung 1 lassen sich damit auch Bereiche der Third Mission mit Bezug zur Lehre unter dem Transferbegriff subsumieren, ebenso wie beispielsweise regionale Kooperationen (‚community outreach‘), die die Weitergabe und – entwicklung von wissenschaftlich fundiertem Wissen beinhalten.

Bislang wurde im vorliegenden Text nur der Terminus ‚Transfer‘ aufgegriffen, für den von wissenschaftlicher Seite noch eine Vielzahl von anderen Definitionen vorliegt. Dies erschwert nicht nur die Abgrenzung von Transfer in der Third Mission sondern auch gegenüber ähnlichen, teils deckungsgleich, teils aber auch nicht identisch verwendeten Begriffen wie Wissenschaftstransfer, Wissenstransfer (Pircher 2014) oder ‚knowledge mobilization‘ (Levin 2008). Dieser Ausdifferenzierung liegt u. a. die Frage zugrunde, ob es sich beim jeweiligen Transferverständnis um einen monodirektionalen, bidirektionalen oder multidirektionalen Vorgang handelt, ob also Wissen ausschließlich aus der Wissenschaft in andere gesellschaftliche Teilsysteme ‚transferiert‘ wird, ob auch Wissen aus der Praxis in die Wissenschaft fließt und ob eine Beteiligung der Wissenschaft am Transfergeschehen nach dem vorliegenden Verständnis zwingend notwendig ist. Die genannte Multidirektionalität greift etwa der Begriff ‚Wissensmobilisierung‘ (knowledge mobilization) gut auf. Er ist jedoch im deutschsprachigen Diskurs bislang noch nicht verankert, anders als im englischsprachigen (siehe z. B. die Kapitel von Chia-Kangata, Lachance und Ungar sowie von Atallah und Boyter in diesem Band), in dem er den Begriff ‚Transfer‘ vollständig abgelöst hat.

Im Verständnis des vorliegenden Textes wird eine Beteiligung von wissenschaftlichen Akteuren am Transferprozess vorausgesetzt. Ein Austausch von Wissen ohne Beteiligung der Wissenschaft fällt nicht unter die vorliegende Definition. Gleichwohl sind Akteure aus Medien, Wirtschaft, dem öffentlichen Sektor, der Zivilgesellschaft und der Kultur wichtige Partner im Transfer.

Nicht nur der Austausch von Wissen, sondern auch von Fragestellungen, Problematiken und ähnlichem aus der Praxis in die Wissenschaft wird dabei als Transfer gefasst, es wird also von einem multidirektionalen Verständnis von Transfer ausgegangen. Damit wird nicht nur das Impulsgeben von Hochschulen in die Gesellschaft, sondern auch alle Ansätze kooperativer (partizipativer, transdisziplinärer und dialogisch angelegter) Forschung (Defila/DiGiulio 2018) und Entwicklung, die fokussierte Beratung von Akteuren oder Akteursgruppen, die wissenschaftsbasierte Bildung, Lehre und Weiterbildung, sowie die Wissenschaftskommunikation mit der breiteren Öffentlichkeit verstanden (s. u.).

Abbildung 2 macht deutlich, dass für die verschiedenen Bereiche von Transfer von unterschiedlichen Schwerpunkten in der Kommunikationsausrichtung ausgegangen wird: Der Transfer von inkorporiertem Wissen erfolgt schwerpunktmäßig aus der Wissenschaft in die Praxis. Unter ‚inkorporiertem‘ Wissen wird wissenschaftlich fundiertes Wissen verstanden, das über Ausbildung oder Forschung und Entwicklung als Personalressource oder Anwendungsinstrument wie beispielsweise einer Maschine in die Praxis inkorporiert wurde. Dieser Sachverhalt wird jedoch im vorliegenden Sammelband für die Fluchtforschung nicht weiter aufgegriffen. Als Wissenschaftskommunikation wird vor allem die Kommunikation wissenschaftlich fundierten und zielgruppenspezifisch aufbereiteten Wissens aus der Wissenschaft in die Praxis gefasst, es handelt sich also in erster Linie um einen Informationsprozess. Ein stärker konsultativer Prozess liegt in den o. g. Modellen der z. B. politikwissenschaftlichen oder soziologischen Beratung und auch der partizipativen Forschung vor, während zumin-

dest idealtypisch in der transdisziplinären Forschung nach Defila/DiGiulio (2018) ein gemeinsam bestimmter Prozess von Ko-Design und Ko-Produktion vorliegt.

3. Kategorien von Transfer

Abgeleitet aus der bereits dargestellten Konzeptualisierung von Transfer und in Anlehnung an die Grundsatzpapiere der Hochschulrektorenkonferenz (2017) und des Pakts für Forschung und Innovation (2015/2016) werden im Rahmen des vorliegenden Sammelbandes drei Kategorien von Transfer unterschieden und dargestellt:

- **Kommunikation:** Zielgruppengerechtes Aufbereiten und öffentlich Machen von Forschungsergebnissen sowie Bildungsmaßnahmen;
- **Beratung:** Bereitstellung und Weiterentwicklung bzw. Rekontextualisierung und Adaption von wissenschaftlich fundiertem Wissen im Sinne eines Handlungsziels in der Praxis; adressiert an individuelle Personen bzw. Einrichtungen, bestimmte Interessengruppen, Entscheidungstragende in Politik oder Verwaltung aber auch – aus der Praxis – für Forschungsprojekte und Wissenschaftler*innen etc.;
- **Kooperatives Handeln und Forschen:** Vom traditionellen Technologietransfer zur Ko-Produktion von Wissen und Wissenschafts-Praxis-Netzwerken.

Diese drei Aspekte werden im Folgenden zunächst konzeptionell und dann deskriptiv für die Fluchtforschung charakterisiert. Es ist zu betonen, dass Transfer in der Fluchtforschung damit nicht nur als Beratung von anderen Akteursgruppen in einem Themenfeld, etwa von Entscheidungstragenden in Politik, Wirtschaft oder Praxis, verstanden wird, wie Kleist et al. (2019) dies implizieren. Diese Facette von Transfer prägt zwar häufig die Literatur und den dominanten Diskurs in der Fluchtforschung, greift aber zu kurz, weil dabei sowohl allgemeinere Informationsprozesse von der Wissenschaft zu anderen Akteursgruppen wie auch ein möglicher multidirektionaler Austausch vernachlässigt werden. Die somit erfolgte Definition von Transfer deckt sich, was ihre inhaltliche Reichweite betrifft, mit der Interpretation der deutschen Hochschulrektorenkonferenz (2017) und des Pakts für Forschung und Innovation (2015/2016), die Transfer multidirektional versteht und alle Facetten von Transfer und Kooperation im Rahmen wissenschaftsbasierter Beziehungen umfasst.

Wissenschaftskommunikation in der Fluchtforschung

Systemtheoretisch betrachtet funktionieren die verschiedenen gesellschaftlichen Teilsysteme unabhängig und losgelöst von einander. Kommunikation zwischen den Systemen kommt in dieser Perspektive streng genommen nicht vor, andererseits wird mit Watzlawick davon ausgegangen, dass man nicht nicht kommunizieren kann (Dernbach et al. 2012, Kap.1). Wissenschaftskommunikation findet demnach sowohl auf der Makroebene über den gesamtgesellschaftlichen Diskurs zur Rolle der Wissenschaft in der Gesellschaft statt, als auch auf der Mesoebene durch wissenschaftliche Einrich-

tungen und durch individuelle Forscher*innen, die ihre Erkenntnisse in die Praxis kommunizieren. Sie wird als „reziproker Vermittlungs- und Verständigungsprozess“ (Dernbach et al. 2012, Kap. 1) zwischen der Wissenschaft und beispielsweise der Politik (Boswell 2009), der Wirtschaft, des Rechts und des Bildungssystems verstanden und inzwischen als Aufgabe der Wissenschaft nicht mehr in Frage gestellt. Dabei wird deutlich, dass immer stärker nicht nur das bloße zur Verfügung stellen wissenschaftlicher Erkenntnis sondern die im Rahmen von Bildungsprozessen stattfindende, zielgruppenspezifische Aufbereitung, Erläuterung und Vermittlung im Rahmen von Initiativen wie dem *Public Understanding of Science and Humanities* oder der *Wissenschaft im Dialog*² als relevante Ausrichtung von Wissenschaftskommunikation verstanden wird (Dernbach et al. 2012).

Entsprechende Ansätze zur Wissenschaftskommunikation sind auch in der Flucht-forschung zu finden. So haben sich in jenen Ländern, in denen bereits seit vielen Jahren ein kontinuierlicher Forschungsdiskurs zum Thema Fluchtmigration zu beobachten ist (Kleist 2019), an den großen, thematisch relevanten Forschungseinrichtungen auch – häufig online – Plattformen der Wissenschaftskommunikation etabliert. Dies ist beispielsweise an der Universität Oxford³ oder der York Universität in Toronto⁴ der Fall oder für den gesamteuropäischen Raum durch das Projekt *International Migration, Integration and Social Cohesion* (IMISCOE)⁵. Entsprechend ist auch das Projekt *Flucht: Forschung und Transfer* an der Universität Osnabrück⁶ für den deutschsprachigen Raum zu werten. Neben Universitäten und Forschungseinrichtungen sind es aber im deutschsprachigen Raum insbesondere Stiftungen wie die Bertelsmann Stiftung⁷ oder die Robert Bosch Stiftung⁸, die seit 2015 versuchen, verstärkt im Themenbereich Fluchtmigration Forschungsergebnisse zu initiieren und zusammenzutragen. Darüber hinaus gibt es einzelne Forschungseinrichtungen wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (z. B. Brenzel/Kosyakova 2019), das Forschungsergebnisse im Themenbereich Fluchtmigration aufbereitet, Erkenntnisse wissenschaftlich fundiert und erklärt sowie einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung stellt.

Beratung in der Fluchtforschung

Die Abgrenzung von Wissenschaftskommunikation und Beratung ist nicht immer eindeutig, da nicht klar ist, wann Wissen zu reinen Informations- und Bildungszwecken bereitgestellt wird und wann eine zielbezogene Beratung vorgenommen wird. Ein Unterscheidungskriterium kann sein, dass Beratung sich im Gegensatz zur Wissenschaftskommunikation dadurch auszeichnet, dass nicht nur die Vermittlung von Wissen

2 Auch zum Thema Fluchtmigration: <https://www.wissenschaft-im-dialog.de/projekte/debattencheck/>

3 <https://www.rsc.ox.ac.uk/>

4 <https://crs.info.yorku.ca/>

5 <https://crossmigration.eu>

6 www.flucht-forschung-transfer.de

7 <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/ankommen-in-deutschland/>

8 <https://www.bosch-stiftung.de/de/thema/migration-und-gesellschaft>

in außerwissenschaftliche Bereiche stattfindet, sondern dass sich der Gegenstandsbereich, die Problemstellung, die Handlungsrelevanz und die Qualitätskriterien des Beratungsprozesses in gleichem Maße aus einem gesellschaftlichen oder wirtschaftlich-technologischen Kontext und aus der Wissenschaft heraus definieren. Dabei findet – anders als mit dem ‚linearen Modell‘ (Reinhart 2016, S. 161 f.) noch in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts – nicht nur ein unidirektionaler Transfer wissenschaftlichen Systemwissens statt (Lys 1997), vielmehr besteht im iterativen Beratungsprozess auch Nachfrage nach Wissen zu den möglichen Prozesszielen und den entsprechenden Handlungsoptionen. Die traditionellen Beratungsmodelle des Dezisionismus, der Technokratie oder des Pragmatismus (Habermas 1966) werden ergänzt durch beratende Methoden, die einerseits ihren Schwerpunkt auf unterschiedliche Aspekte des Beratungsprozesses, wie die Problemidentifikation, die Entscheidungsfindung oder die Implementation und nicht das Beratungsergebnis legen (z. B. formative Evaluation). Außerdem werden auch Netzwerkansätze zur politischen Entscheidungsfindung verfolgt, im Rahmen derer es nicht den Beratenden und den zu Beratenden gibt, sondern sich die Beratung aus der Vernetzung und Austausch einer Vielzahl von Akteuren ergibt (Falk et al. 2006).

Insbesondere in Zeiten einer wachsenden Expertenskepsis spielt die Frage, wie politischer Inhalt, politischer Prozess und wissenschaftliche Erkenntnisse am besten zu verknüpfen seien, eine wichtige Rolle (Ruhs et al. 2019). In der Fluchtforschung in Deutschland werden bei diesem Unterfangen Universitäten und einzelne Wissenschaftler*innen als beratende Institutionen ergänzt durch eine Vielzahl von Akteuren wie beispielsweise spezifische Forschungszentren wie das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZim)⁹, Regierungsbehörden wie das Bundesamt für Migration und Flucht (BAMF)¹⁰, Think-Tanks und nicht zuletzt kommerzielle Beratungsunternehmen wie die Boston Consulting Group (Falk et al. 2006, S. 10, z. B. Baic et al. 2017). Insbesondere im kommunalen Bereich spielen Stiftungen zunehmend eine Rolle und zivilgesellschaftliche Akteure wie verschiedene Stiftungen oder der Sachverständigenrat für Integration treten in beratender Funktion auf. Als Transfer sind solche Kooperationen entsprechend der o. g. begrifflichen Eingrenzung dann zu bezeichnen, wenn eine Beteiligung wissenschaftlicher Akteure gegeben ist.

Kooperatives Handeln und Forschen

Im kooperativen Forschen werden Konzeptualisierungen gesellschaftlicher Teilsysteme ganz verlassen und ein gemeinsamer Erkenntnisgewinn auf der Akteursebene dort festgestellt, wo Expertise vorliegt. So fällt nicht mehr die Zugehörigkeit zu einem Teilsystem, einer Institution oder Einrichtung ins Gewicht, vielmehr ist das Vorliegen von Expertise für den Erkenntnisgewinn wesentlich. Entsprechend wird davon ausgegangen, dass dieser durch die Zusammenarbeit von ‚certified experts‘ aus der

9 <https://www.dezim-institut.de/>

10 https://www.bamf.de/DE/Startseite/startseite_node.html

Welt der Wissenschaft mit nicht aus der Wissenschaft stammenden ‚non-certified experts‘ getragen wird (Defila/Di Giulio 2018, S.39–40). In der transdisziplinären Forschung besteht dabei der theoretische Anspruch einer Forschung all dieser beteiligten Expert*innen auf Augenhöhe. Partizipative Forschung lässt sich demgegenüber einordnen als ein Forschungsansatz, bei dem Forschungsentscheidungen nicht gleichberechtigt von allen teilnehmenden Expert*innen getroffen werden, sondern entsprechend Teilbereiche des Forschungsprozesses denjenigen Akteuren überlassen werden, die sich durch eine Teilexpertise ausweisen. Dies ist beispielsweise bei den Citizens’ Sciences der Fall (Bergold/Thomas 2010). Die eigentliche Legitimation zur Teilnahme an partizipativer Forschung kommt jedoch häufig nicht (nur) aus dem Vorliegen von (Teil-)Expertise sondern aus einer anderen Eigenschaft, z. B. der Betroffenheit aufgrund bestimmter Mitspracherechte oder einer gesellschaftlichen Rolle. Beiden Ansätzen, der transdisziplinären und der partizipativen Forschung, ist gemein, dass Teile des Forschungsprozesses durch Praxisakteure übernommen werden, also ein kooperatives Handeln vorliegt. Dieses kann beispielsweise die Entscheidung über den Forschungsinhalt oder die Forschungsfrage betreffen, aber auch Erhebungsprozesse oder Evaluationsinhalte umfassen.

Kooperatives Handeln und Forschen ist auch in der Fluchtforschung weit verbreitet. Insbesondere im Rahmen regionaler Kooperationen bestehen an Hochschulstandorten oft langjährige Kooperationen zwischen einzelnen Forschenden und den Kommunen, zivilgesellschaftlichen Einrichtungen oder Aufnahmeeinrichtungen. Gerade in den vergangenen Jahren ist es jedoch im Themenbereich Fluchtmigration auch zum Einsatz innovativer Kooperationsformen gekommen, innerhalb derer dialogische oder experimentell orientierte Forschungsansätze eine wichtige Rolle spielen.

4. Empirische Erkenntnisse zu Transfer in der Fluchtforschung in Deutschland

Im Folgenden wird aufbauend auf die in den ersten beiden Abschnitten erfolgte Konzeptualisierung von Transfer ein empirisch fundierter Überblick über die derzeitige Transferlandschaft in der Fluchtforschung in Deutschland gegeben, der auf Daten des Projekts *Flucht: Forschung und Transfer* beruht.¹¹ Der deutschsprachige Raum wird in den Fokus genommen, da sich hier in den Jahren seit 2015 intensive Entwicklungen ergeben haben, die in anderen Regionen nicht in dieser Intensität zu verzeichnen sind (Kleist et al. 2019, S. 32). Dies steht sicher auch mit der besonders starken Zuwanderung von Geflüchteten nach Deutschland in diesem Zeitraum im Zusammenhang.

¹¹ Teile der hier geschilderten Auswertungen wurden auf dem Transferworkshop des BMBF-Projekts Integration CAN-D: Kanadisch-deutsche Forschungszusammenarbeit bei der Integration von Geflüchteten in Heidelberg (Dezember 2018; basierend auf einer Vorversion der Datengrundlage) und auf der Tagung des Arbeitskreises Transfer des Netzwerks Fluchtforschung in Hildesheim (April 2019) vorgestellt.

Um dieser Annahme eine greifbare Vergleichsebene gegenüberzustellen, bietet der vorliegende Sammelband punktuelle Exkurse zu kanadischen Transferperspektiven. Dadurch zeigt sich, dass sich in der englischsprachigen Literatur trotz einer sehr anderen Entwicklung der Forschungsperspektive eine ähnliche Anwendungsorientierung ergibt: Während beide Forschungsräume sich durch eine „explizite, teils aktivistische, teils politikberatende Anwendungsorientierung“ (Kleist 2018, S. 12) auszeichnen, ist die englischsprachige Forschungslandschaft seit den frühen 80er Jahren stärker institutionalisiert, durchgehend durch Forschungsknotenpunkte beispielsweise in Toronto oder Oxford mit neuen Erkenntnissen und Forschungsprojekten vertreten und nimmt, was die Forschung betrifft, eine thematisch breiter aufgestellte, globale Perspektive ein (Kleist et al. 2019). Inwiefern diese andere Perspektive auch auf den Bereich Transfer zutrifft, gilt es noch zu klären.

Methoden

Das Projekt *Flucht: Forschung und Transfer* wurde von 2016 bis 2019 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert, um eine „Bestandsaufnahme und Vernetzung der Forschungslandschaft, eine Bündelung der Wissensbestände und den Transfer in Politik, Administration, Zivilgesellschaft, Medien und Öffentlichkeit“ (Flucht: Forschung und Transfer 2019) zu gewährleisten. Im Rahmen des Projekts wurde eine Projektdatenbank Flucht: Forschung und Transfer vom Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) an der Universität Osnabrück und dem Bonn International Center for Conversion (BICC) aufgebaut sowie eine Abschlussbefragung von 42 Wissenschaftler*innen zu Fragen der Fluchtforschung und des Forschungstransfers über Experteninterviews durchgeführt. Die Projektdatenbank verzeichnet Projekte in der Fluchtforschung, die in Deutschland seit 2011 durchgeführt bzw. abgeschlossen wurden. Grundlage der Datenbankeinträge ist „eine Erhebung mit ca. 1.300 Personen an deutschen Universitäten und Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Think Tanks und Stiftungen [...] über einschlägige Netzwerke, Publikationen, Verzeichnisse von Forschungseinrichtungen sowie im Rahmen von Schneeballverfahren“ (Kleist, 2017, S. 2). Die Projektdatenbank wird in deutscher Sprache vorgehalten. Jedes Projekt wird einem von vier Hauptthemen der Fluchtforschung, i.e. Aufnahme und Integration, Flüchtlingspolitik, Gewaltmigration oder Sonstiges zugeordnet. Es stehen zudem 25 thematische Schlagwörter für eine Suche zur Verfügung (<https://flucht-forschung-transfer.de/das-projekt/ueber-das-projekt/>). Die Datenbank wird ständig aktualisiert und umfasste zum Stichtag der Kodierung (31. Dezember 2018) über 650 Arbeiten. In die Kodierung gingen alle 461 Projekte ein, die nicht als Arbeiten mit dem Ziel einer weiteren Qualifikation, i.e. Promotions- oder Habilitationsarbeiten, gekennzeichnet waren. Während die Analyse der Ergebnisse der qualitativen Befragung im Rahmen der Experteninterviews aus der Literatur (Kleist et al. 2019) zusammengefasst wird, erfolgt die nachfolgende Analyse der quantitativen Daten der Projektdatenbank durch die Zweitautorin des Beitrags selbst.

Zur Kodierung der in den Projektbeschreibungen beschriebenen Transferform oder -formen wurde die oben detaillierter ausgeführte Kategorisierung von Transfer in Kommunikation, Beratung und kooperativem Handeln und Forschen angewendet. Die kodierten Texte konnten die Beschreibung von keiner, einer oder mehreren Formen von Transfer enthalten. Als weitere Informationen zum Projekt wurden Projekttitel, Förderer, Projektleitung und ggf. Kooperationspartner (beides auf Ebene der beteiligten Einrichtungen) sowie Projektbeginn und den zur Charakterisierung des Projektinhalts verwendeten thematischen Schlagwörtern erfasst. Diese Informationen erfordern nur die Übernahme des entsprechenden Eintrags in der Projektdatenbank.

Die Projekte wurden durch zwei studentische Hilfskräfte¹² kodiert. Zunächst wurde mit Hilfe einiger Projektbeschreibungen das Kodierschema geprüft und das Vorgehen bei der Kodierung eingeübt. Etwaige Unsicherheiten bei der Zuordnung zu den verschiedenen Transferformen wurden in Diskussion mit der Zweitautorin geklärt. Im Anschluss wurde jede Projektbeschreibung durch beide Kodiererinnen unabhängig voneinander kodiert. Im Ergebnis divergierten knapp 14 % der Kodierungen; diese Urteile wurden durch die Zweitautorin abgeglichen.

Charakteristika von Transfer in der Fluchtforschung in Deutschland

Grundsätzlich lassen sich zwei Transferformen in konkreten Forschungsprojekten denken, eine explizite und eine implizite. Bei einem expliziten Ansatz ist eine Aktivität zum Transfer im Projekt angelegt bzw. erfolgt in dem Bewusstsein, damit einen oder

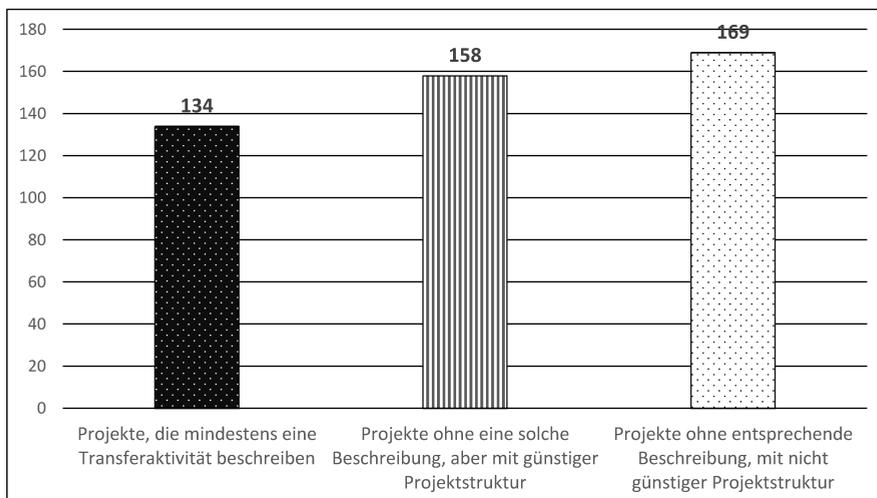


Abb. 3: Selbstberichtete Transferaktivitäten und günstige Projektstruktur (n = 461 Projekte).

12 Die Zweitautorin bedankt sich an dieser Stelle bei Magdalene Hengst (Goethe-Universität Frankfurt) und Nicole Lange (Universität Vechta) für ihre mit der Kodierung der Projektbeschreibungen verbundenen Arbeiten.

mehrere außerwissenschaftliche Akteure zu erreichen. Bei einem impliziten Ansatz ist die Projektstruktur so angelegt, dass sie sich für Transfer als günstig erweist. Dies ist der Fall, wenn sich verschiedene Akteursgruppen – z. B. Behörden von Bund, Ländern und Gemeinden, Universitäten, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Stiftungen, gemeinnützige oder privatwirtschaftliche Unternehmen, kirchliche Träger – als Förderer, Projektleitung und/oder Kooperationspartner beteiligen und davon auszugehen ist, dass dadurch ein Transfer von Wissen und/oder Ergebnissen in einen nicht-wissenschaftlichen Zusammenhang bzw. umgekehrt aus einem nicht-wissenschaftlichen Zusammenhang erfolgt. Für ein gutes Drittel (37 %) der in *Flucht: Forschung und Transfer* dargestellten Projekte (Abb. 3) ist weder implizit noch explizit eine Transferaktivität angelegt. Ist ein Förderer angegeben, so kann er der gleichen Akteursgruppe zugeordnet werden. Ein weiteres Drittel (34 %) nennt zwar nicht explizit eine Transferaktivität, die Projektstruktur weist aber auf zumindest implizit vorgesehenen Transfer hin. Bei einem knappen Drittel (29 %) wird mindestens eine Transferaktivität beschrieben.

Wenn Projekte Transferaktivitäten vornehmen, sind es teilweise mehrere; so wurden bei insgesamt 134 Projekten 157 Transferaktivitäten genannt. Von den Projekten, die explizit mindestens eine Transferaktivität beschreiben, geben 20 % Kommunikationsaktivitäten an, 49 % Beratungsaktivitäten und 31 % kooperatives Handeln und Forsuchen (Abb. 4). Der Schwerpunkt des Transfers liegt dabei im Themenbereich Beratung. Auch von Kleist et al. (2019) wird dies als ein wichtiger Transferbereich genannt. Weitere Gründe für die Dominanz dieser Angabe könnten sein, dass eine Abgrenzung zwischen Wissenschaftskommunikation und Beratung teilweise schwerfällt, beispielsweise bei Teilnahmen an Workshops. Da Kleist et al. vor allem Leitende von Forschungseinrichtungen befragten, könnten aber auch Beratungsaktivitäten als bevorzugter Transferaktivität einer Institution, die besonders sichtbar ist, in den Vordergrund gerückt worden sein. Reine Wissenschaftskommunikation wird nicht in vergleichbarem Maße dargestellt. Dies ist einerseits erstaunlich, erlauben doch die Möglichkeit des Internets eine relativ problemlose Bereitstellung von Forschungsergebnissen. Andererseits könnte dies ein Hinweis auf ein bereits anderswo festgestelltes

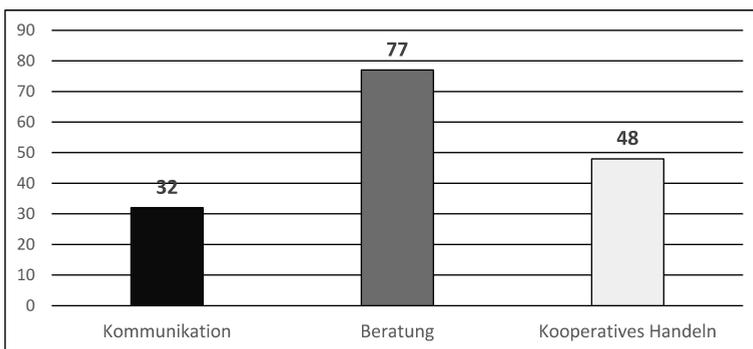


Abb. 4: Anzahl von Projekten mit verschiedenen Arten von Transferaktivität (Selbstbericht; n = 134 Projekte; Mehrfachnennungen möglich).

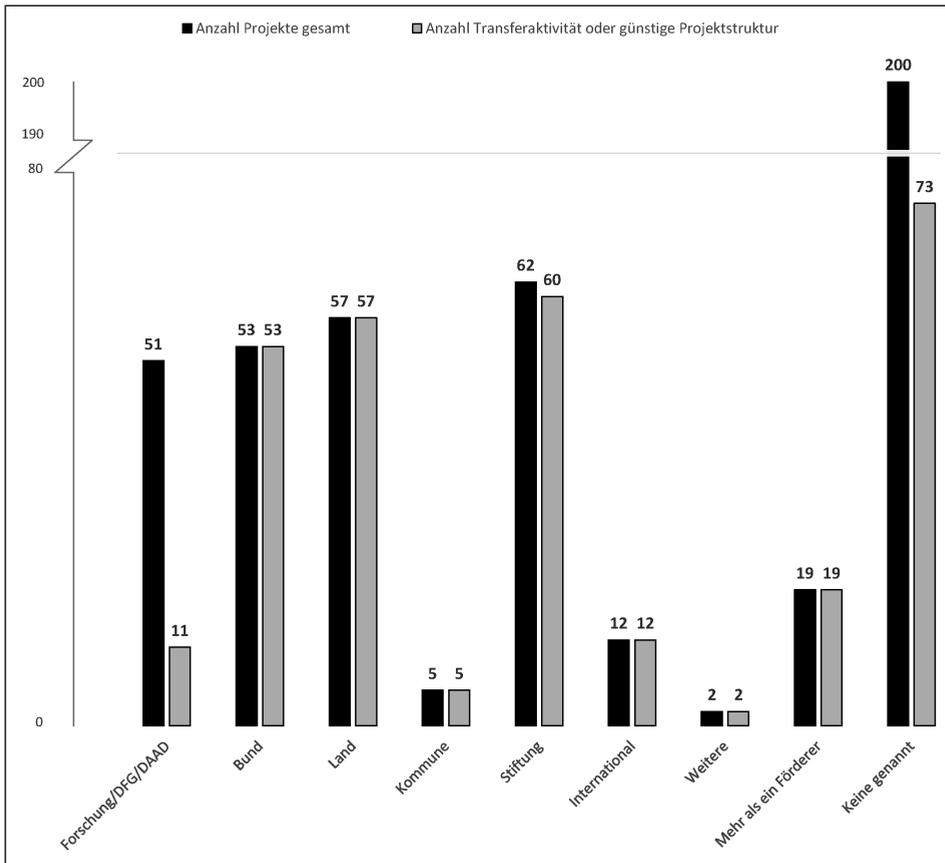


Abb. 5: Selbstberichtete Transferaktivität nach Projektförderern ($n = 461$ Projekte).

Kommunikationsdefizit aus der Wissenschaft heraus sein (Kleist et al. 2019), der es schwerfällt, eigene Ergebnisse für die Praxis anschlussfähig aufzubereiten, oder dazu keine Notwendigkeit sieht. Von besonderem Interesse ist die Aussage von über einem Drittel der Projekte, die kooperatives Handeln als Transfer angeben.

Die als Projektförderer genannten Einrichtungen wurden nach Forschungsförderer (DFG, DAAD), öffentliche Förderer von Bund, Land bzw. Ländern oder Kommunen, Stiftungen, internationale und weitere Förderer klassifiziert. Im Ergebnis (Abb. 5) wurden 51 Projekte durch Forschungsförderorganisationen, 53 Projekte durch Förderung auf Bundesebene, 57 Projekte auf Landesebene, 5 Projekte kommunal und 62 Projekte durch Stiftungen unterstützt. Zwölf Projekte wurden durch internationale oder ausländische Förderer finanziert, je ein Projekt durch Spenden und einen Wirtschaftsverband. Weitere 19 Projekte wurden durch zwei oder mehrere Fördergruppen mischfinanziert, 200 Projekte gaben überhaupt keine Förderer an.

Die Projekte vieler Forschungsfördergruppen beschreiben entweder Transferaktivitäten oder weisen eine dafür günstige Projektstruktur auf: Dies gilt für durch den Bund, die Länder, die Kommunen und Stiftungen getragene sowie auch für mischfinanzierte

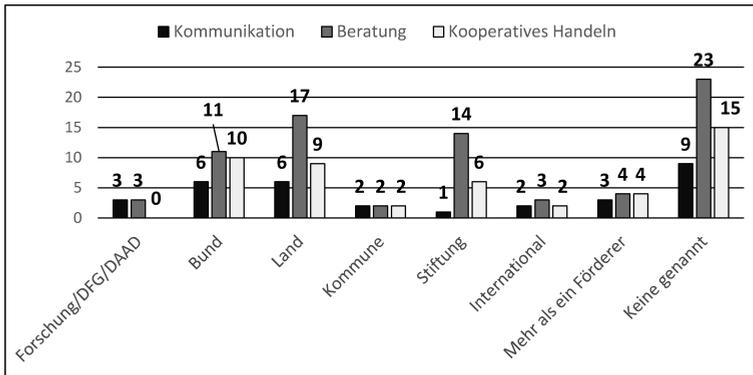


Abb. 6: Art des Transfersgeschehens, nach Projektförderungstyp (Selbstbericht; Mehrfachnennungen möglich).

Projekte und Projekte weiterer Fördergruppen. Im Gegensatz dazu wird Transfer nur bei einem Fünftel der durch Forschungsförderorganisationen geförderten Projekte beschrieben oder durch die Projektstruktur begünstigt, bei Projekten ohne Angabe einer Projektfinanzierung sind es etwas über ein Drittel der Projekte.

Betrachtet man diejenigen Projekte, in denen Transferaktivitäten beschrieben werden, so lassen sich Schwerpunktsetzungen und Profile der Projektfördergruppen erkennen (Abb. 6). Es schält sich z. B. Beratung als Schwerpunkt der durch Stiftungen geförderten Projekte mit Transferaktivität heraus (14 von 18 Projekten), über Wissenschaftskommunikation wird demgegenüber nur in einem Projekt berichtet. Auch in Projekten, die durch ein Bundesland oder eine Kommune gefördert werden, werden häufig Beratungsaktivitäten dargestellt. In den insgesamt nur drei durch Kommunen geförderten Projekten mit Transferaktivität werden alle drei Transferformen – Kommunikation, Beratung und kooperatives Handeln – eingesetzt. Es fällt auf, dass keines der durch Forschungsförderorganisationen unterstützten Projekte über Elemente kooperativen Handelns mit anderen Akteursgruppen berichtet.

Die Datenbank Flucht: Forschung und Transfer erfasst seit 2011 in Deutschland durchgeführte Projekte in der Fluchtforschung. Insgesamt lässt sich der Abbildung 7 entnehmen, dass seit 2011 über die Hälfte der durchgeführten Projekte, explizit mindestens eine Transferaktivität vorsehen ist oder sich ihre Struktur als günstig für Transfer darstellt. Die Tendenz ist insgesamt leicht steigend. Hier ist sowohl ein Einfluss der im gesamtgesellschaftlichen Diskurs stärker betonten Transfernotwendigkeit denkbar als auch eine verstärkte Transferinitiierung durch die Vorgaben der verschiedenen Projektfördergruppen.

Betrachtet man die Projekte, die mindestens eine Transferaktivität berichten genauer, so zeigt sich, dass die Anteile der verschiedenen Transferarten (vgl. Abb. 4) über die Jahre hinweg weitgehend stabil sind. Die meisten Projekte im Bereich Flucht: Forschung und Transfer begannen in den Jahren 2015 bis 2017. Wie in Abbildung 8 dargestellt, werden für diese Projekte stets vor allem Beratungsaktivitäten berichtet, gefolgt von kooperativem Handeln. Die Wissenschaftskommunikation scheint demge-

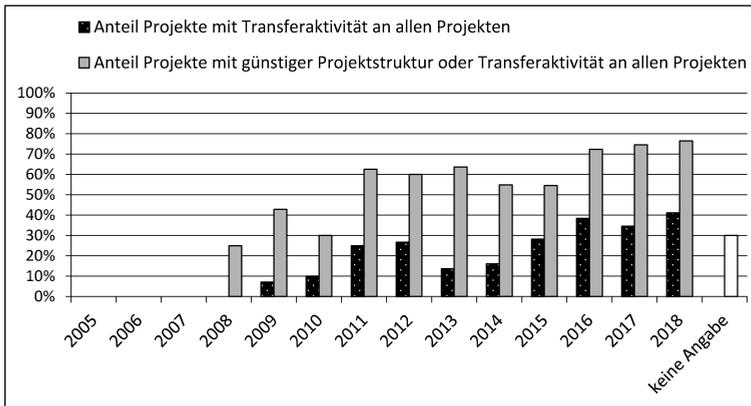


Abb. 7: Verhältnis von Projekten mit Transferaktivität oder günstiger Projektstruktur an allen Projekten, nach Zeitpunkt des Projektbeginns (n = 461 Projekte).

genüber eine kleinere Rolle zu spielen. Im Jahr 2018 wie auch in den Jahren vor 2015 starteten vergleichsweise wenige Projekte, so dass hier keine die verschiedenen Arten des Transfersgeschehens vergleichenden Aussagen getroffen werden können. Ob aktuell die relative Bedeutung der kooperativen Forschungsansätze steigt (siehe die Projekte mit Beginn 2018) wird eine Betrachtung der in Zukunft anlaufenden Projekte zeigen.

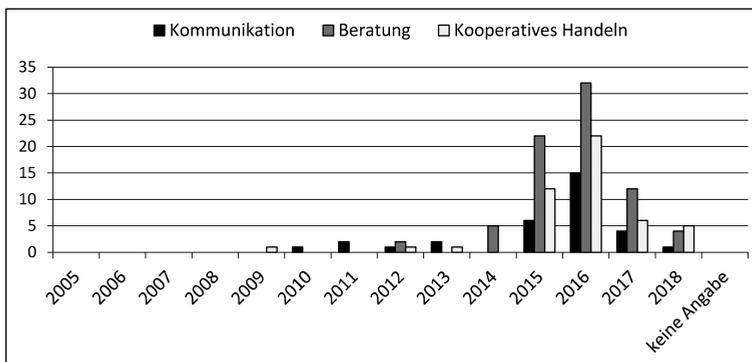


Abb. 8: Art der Transferaktivität, nach Projektbeginn (Selbstberichte; Mehrfachnennungen möglich).

Die insgesamt 461 betrachteten Projekte ordneten sich selbst einer Reihe von Themen zu. Einige Projekte machten keinerlei Angaben, andere wählten bis zu 22 Schlagwörter aus einer Liste von insgesamt 25 verschiedenen Schlagwörtern aus, um den Forschungsinhalt zu beschreiben. Abbildung 9 gibt einen Überblick über das Transfersgeschehen nach den verschiedenen Themen. Es ist festzustellen, dass bei vielen Themen vergleichbare Anteile von Projekten ohne und mit Transfersgeschehen sind (z. B. Integration und Teilhabe, Wohnen, Gesundheit, Migrationsrouten, Flüchtlingsrecht, Flüchtlingslager, Rassismus, Konfliktmediation, Umwelt und Klima). Bei einigen sind

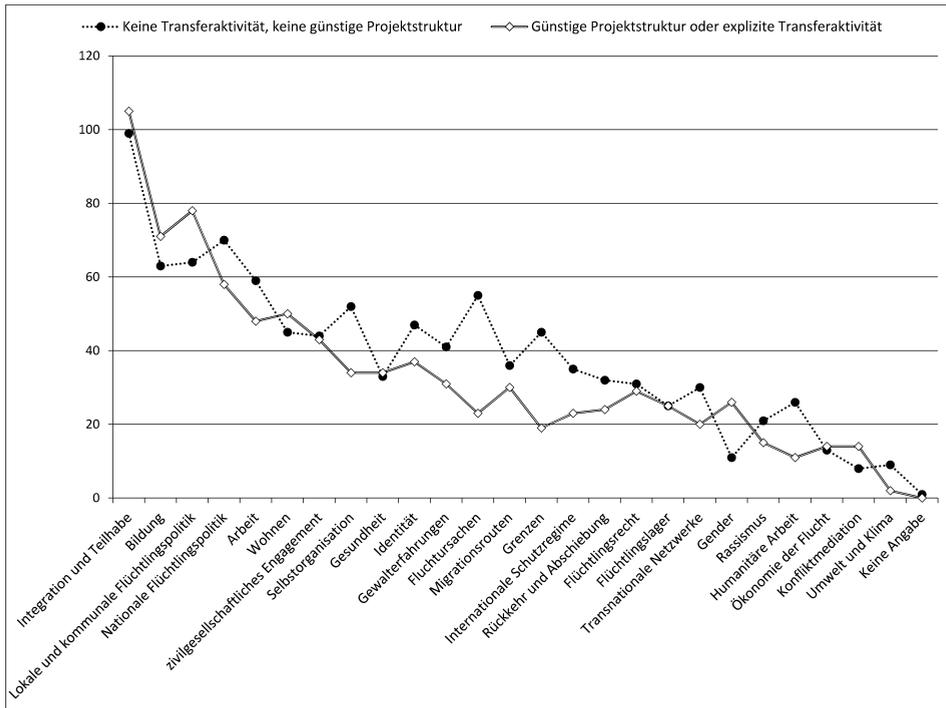


Abb. 9: Anzahl von Projekten mit Transfergeschehen nach Forschungsthemen ($n = 461$ Projekte; Mehrfachnennungen möglich).

Hinweise darauf zu finden, dass relativ weniger Projekte Transfer einplanen bzw. eine dafür günstige Projektstruktur aufweisen (Selbstorganisation, Fluchtursachen, Grenzen, Humanitäre Arbeit). Schließlich steht Transfer relativ verstärkt im Blickpunkt der Beschreibungen bei Projekten zu den Themen Lokale und kommunale Flüchtlingspolitik sowie Gender.

Die in diesem Kapitel dargestellte begriffliche Bestimmung von Transfer und die erste ordnende Bestandsaufnahme bietet den Hintergrund vor dem in den folgenden Kapiteln des Sammelbandes die Bandbreite von Transfer in der Fluchtforschung in Deutschland illustriert wird. Das nächste Kapitel von Nicola Mühlhäußer bietet einen Überblick über die Beiträge des Sammelbands. Wir hoffen, damit den Diskurs anzuregen und eine Plattform zu bieten, die erste Blicke in die Zukunft des Transfers in der Fluchtforschung ermöglicht.

Literatur

- Baic, A.; Rentmeister, H.; Strack, R.; Fuchs, F.; Kröger, A.; Peichl, S. (2017): Integrationskraft Arbeit. Unter: <http://media-publications.bcg.com/9mar2017-Integrationskraft-Arbeit.pdf>, zuletzt abgerufen am 05.12.2019.
- Berger, P.; Luckmann, T. (2018): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 27. Auflage.

- Berghäuser, H.; Hölscher, M. (2019): Reinventing the third mission of higher education in Germany: political frameworks and universities' reactions. In: *Tertiary Education and Management*, 2019, 1–20, DOI: 10.1007/s11233-019-09030-3
- Bergold, J.; Thomas, S. (2010): Partizipative Forschung. In: Mey, G.; Mruck, K. (Hrsg.): *Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie*. Wiesbaden: Springer VS, S. 333–344.
- Boswell, C. (2009): Knowledge, Legitimation and the Politics of Risk: The Functions of Research in Public Debates on Migration. In: *Political Studies*, Jg. 57, H. 1, S. 165–186.
- Brenzel, H.; Kosyakova, Y. (2019): Geflüchtete auf dem deutschen Arbeitsmarkt: Längere Asylverfahren verzögern Integration und Spracherwerb. In: *IAB-Kurzbericht*, 06/2019.
- Cross Migration (2019): A collaborative approach to knowledge management in migration research. Unter: <https://crossmigration.eu/>, zuletzt abgerufen am 05.06.2019.
- Defila, R.; DiGiulio, A. (2018): Partizipative Wissenserzeugung und Wissenschaftlichkeit – ein methodologischer Beitrag. In: Defila, R.; DiGiulio, A. (Hrsg.): *Transdisziplinär und transformativ forschen – eine Methodensammlung*. Wiesbaden: Springer, S. 39–67.
- Dernbach, B.; Kleinert, C.; Münder, H. (2012): Einleitung: Die drei Ebenen der Wissenschaftskommunikation. In: Dernbach, B.; Kleinert, C.; Münder, H. (Hrsg.): *Handbuch Wissenschaftskommunikation*. Wiesbaden: Springer Verlag, S. 1–17.
- Falk, S.; Rehfeld, D.; Römmele, A.; Thunert, M. (2006): Einführung: Politikberatung – Themen, Fragestellungen, Begriffsdimensionen, Konzepte, Akteure, Institutionen und Politikfelder. In: Falk, S.; Rehfeld, D.; Römmele, A.; Thunert, M. (Hrsg.): *Handbuch Politikberatung*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11–19.
- Flucht: Forschung und Transfer (2019): Projektwebseite. <https://flucht-forschung-transfer.de/das-projekt/ueber-das-projekt/> (Zugriff: 03.12.2019).
- Froese, A.; Simon, D.; Böttcher, J. (2016): *Sozialwissenschaften und Gesellschaft*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Gräsel, C. (2019): Transfer von Forschungsergebnissen in die Praxis. In: Donie, C.; Foerster, F.; Obermayr, M.; Deckwerth, A.; Kammermeyer, G.; Lenske, G.; Leuchter, M.; Wildemann, A. (Hrsg.): *Grundschulpädagogik zwischen Wissenschaft und Transfer – Jahrbuch Grundschulforschung 2019*. Wiesbaden: Springer VS, S. 2–11.
- Habermas, J. (1966): Verwissenschaftlichte Politik in demokratischer Gesellschaft. In: Krauch, H.; Kunz, W.; Bahrdt, H.; von Brentano, P. (Hrsg.): *Forschungsplanung: eine Studie über Ziele und Strukturen amerikanischer Forschungsinstitute*. München: Oldenbourg, S. 130–144.
- Henke, J.; Pasternack, P.; Schmid, S. (2016): *Third Mission bilanzieren. Die dritte Aufgabe der Hochschulen und ihre öffentliche Kommunikation (HoF-Handreichungen 8)*, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2016.
- Hochschulrektorenkonferenz (2017). *Transfer und Kooperation als Aufgaben der Hochschulen. Entschließung der HRK-Mitgliederversammlung vom 14.11.2017*. https://www.hrk.de/fileadmin/redaktion/hrk/02-Dokumente/02-01-Beschluesse/Entschliessung_Transfer_und_Kooperation_14112017.pdf (Zugriff: 03.11.2019)
- Jungert, M.; Romfeld, E.; Sukopp, T.; Voigt, U. (2013). *Interdisziplinarität. Theorie, Praxis, Probleme*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Kleist, O. (2018). *Flucht- und Flüchtlingsforschung in Deutschland: Bestandsaufnahme und Vorschläge zur zukünftigen Gestaltung. Flucht: Forschung und Transfer Policy Brief 01*. Osnabrück: IMIS.
- Kleist, J. O.; Engler, M.; Erzold, B.; Mielke, K.; Oltmer, J.; Pott, A.; Schetter, C.; Wirkus, L. (2019): *Flucht- und Flüchtlingsforschung in Deutschland – Eine Bestandsaufnahme. Abschlussbericht, Verbundprojekt ‚Flucht: Forschung und Transfer‘*, Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück / Bonn: Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC), Juni 2019.
- Knoblauch, H. (2014): *Wissenssoziologie*. München: UVK Verlagsgesellschaft, 3. Auflage.

- Levin, B. (2008): Thinking about knowledge mobilization. Discussion paper, Canadian Council on Learning and the Social Sciences and Humanities Research Council.
- Lys, J. (1997): Forschung zu Nachhaltigkeit und globalem Wandel: wissenschaftspolitische Visionen der Schweizer Forschenden. Pro-Clim, Forum für Klima und Global Change, Schweizerische Akademie der Naturwissenschaften SANW.
- Pakt für Forschung und Innovation (2015/2016). Pakt für Forschung und Innovation – Fortschreibung 2016–2020 (PFI III). <https://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Papers/PFI-III-2016-2020.pdf> (Zugriff: 03.11.2019)
- Pircher, R. (2014) (Hrsg.): Wissensmanagement, Wissenstransfer, Wissensnetzwerke: Konzepte, Methoden, Erfahrungen. Erlangen: Publicis.
- Reinhart, M. (2016): Rätsel und Paranoia als Methode – Vorschläge zu einer Innovationsforschung der Sozialwissenschaften. In: Froese, A.; Simon, D.; Böttcher, J. (Hrsg.): Sozialwissenschaften und Gesellschaft. Bielefeld: transcript Verlag, S. 158–191.
- Roessler, I.; Duong, S.; Hachmeister, C.-D. (2015): Welche Missionen haben Hochschulen? Third Mission als Leistung der Fachhochschulen für die und mit der Gesellschaft. In: Arbeitspapier Nr. 182, Februar 2015, Centrum für Hochschulentwicklung.
- Ruhs, M.; Tamas, K.; Palme, J. (2019): Introduction: Making Linkages Between Research, Public Debates and Policies on International Migration and Integration. In: Ruhs, M.; Tamas, K.; Palme, J. (Hrsg.): Bridging the Gaps. Linking Research to Public Debates and Policy-making on Migration and Integration. Oxford: Oxford University Press.
- Schemme, D.; Novak, H.; Garcia-Wülfing, I. (2017): Transfer von Bildungsinnovationen – Beiträge aus der Forschung. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung.
- Schimank, U. (2007). Theorien gesellschaftlicher Differenzierung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schimank, U. (2012). Wissenschaft als gesellschaftliches Teilsystem. In Maasen, S.; Kaiser, M.; Reinhart, M.; Sutter, B. (Hrsg.), Handbuch Wissenschaftssoziologie. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Schneidewind, U.; Singer-Brodowski, M. (2014): Transformative Wissenschaft. Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem. Marburg: Metropolis Verlag.
- Van Hear, N. (2012): Forcing the Issue: Migration Crises and the Uneasy Dialogue between Refugee Research and Policy. In: Journal of Refugee Studies, Jg. 25, H. 1, S. 2–24.
- Wurmseer, G. (2016) Third Mission als Auftrag für Universitäten? In: die hochschule. 1/2016

Überblick über den Sammelband

Nicola Mühlhäußer

In der Einleitung wurde ein multidirektionales Verständnis von Transfer als Kommunikation, Beratung oder Kooperatives Handeln und Forschen entwickelt. Entsprechend dieser Konzeptualisierung werden diese Kategorien nun in den folgenden Teilen des Bandes aufgenommen und unterschiedliche Maßnahmen, Strategien und Herausforderungen aus der Perspektive einer Reihe von Forschungsprojekten geschildert. Hinzu kommen Interviews mit Vertreter*innen verschiedener Akteursgruppen und ein Ausblick auf kanadische Transferstrategien und -ansätze. Damit wird verdeutlicht, auf welche vielfältige Weise das hier vorgeschlagene Konzept ausgestaltet werden kann. In einem zusammenfassenden Kapitel werden abschließend wichtige Argumente, Thesen, Erkenntnisse und Fragestellungen des Bandes zusammengeführt. Mithilfe der unterschiedlichen Beiträge wird so ein Einblick in die Diversität von Transfer in der Fluchtforschung gewährt.

Neben der Darstellung von Forschungsprojekten, die aus wissenschaftlicher Perspektive ihre Transferaktivitäten reflektieren, wird in vielen Beiträgen auch explizit die Sichtweise nicht-wissenschaftlicher Akteur*innen eingenommen bzw. vorgestellt. So erhalten unterschiedliche Personen in mehreren kurzen Interviewbeiträgen die Möglichkeit, ihre Sicht auf Transfer darzustellen. Zum einen werden damit Beteiligte außerhalb der Wissenschaft als Expert*innen wahr- und ernst genommen, zum anderen wird dadurch auch die Zielgruppe des Sammelbands erweitert: Über die innerwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Begriff des Transfers hinaus soll auch Akteur*innen aus der Verwaltung, Zivilgesellschaft und Politik eine Stimme gegeben und ein Austausch über die Akteursgruppen hinweg initiiert werden. Damit wird ein offener Raum für den Austausch über ihr Wissen, ihre Erfahrungen, Wünsche und Anregungen geschaffen. Von den Herausgeberinnen wurden drei Interviews geführt:

Kai Weber schildert die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft aus Sicht seiner praktischen Arbeit im Rahmen des ‚Flüchtlingsrats Niedersachsen‘. Dabei beschreibt er ein großes Interesse an regelmäßiger Zusammenarbeit beispielsweise zu Themen der Arbeitsmarktpolitik oder Aufnahmebedingungen, diskutiert aber auch, warum sich der Austausch häufig schwierig gestaltet. Die Bildungskoordinator*innen für Neuzugewanderte im Rhein-Neckar-Kreis *Elena Albrecht, Rolf Hackenbroch und Reinhard Mitschke* beschreiben ihre Transfertätigkeiten anhand von drei im Rahmen der Bildungskoordination durchgeführten Projekten. In Anschluss daran geben sie einen Ausblick auf ihre Erfahrungen mit verschiedenen Herausforderungen im Austausch mit der Wissenschaft. *Anna Schrimpf* eröffnet einen Ausblick auf Transfer im internationalen Bereich: Sie schildert ihre Erfahrungen bei ihrer Arbeit beim ‚Abdul Latif

Jameel Poverty Action Lab (J-PAL Europe)‘, einem globalen Forschungszentrum, das sich gegen Armut und soziale Ausgrenzung engagiert.

In den Interviews werden jeweils Fragen zu mehreren der eingeführten Kategorien (Kommunikation, Beratung und kooperatives Handeln und Forschen) diskutiert. Daher finden sich die Beiträge als themenübergreifende Einschübe zwischen den drei großen Abschnitten des Bandes.

Im ersten dieser Abschnitte ist Transfer als Kommunikation das zentrale Thema: Dazu stellen drei verschiedene Forschungsprojekte ihre Transfermaßnahmen, -strategien und -überlegungen dar. Deren Ziel sind dabei insbesondere die Aufbereitung von Forschungsinhalten und -ergebnissen und die Darstellung von Forschungsprozessen für andere Akteursgruppen. Dies bedeutet nicht, dass die Aktivitäten der verschiedenen Projekte ausschließlich auf Kommunikation begrenzt sind, sondern lediglich, dass der Fokus der jeweiligen Beiträge auf diesen Bereich gelegt wird.

Gero Scheiermann beschäftigt sich in seinem Beitrag mit Transfer im Bereich der Modellversuchsforschung in der beruflichen Bildung. Dabei stellt er Erkenntnisse aus der beruflichen Bildungsforschung den Unterstützungsbedarfen, die in einer eigenen Untersuchung bei Vertreter*innen der betrieblichen Ebene erhoben wurden, gegenüber. Der Text konzentriert sich darauf zu zeigen, dass bereits erfolgreiche Strategien, Maßnahmen und Kenntnisse zur Förderung beruflicher Bildung existieren, die Eingang in andere Bereiche – z. B. Angebote für Geflüchtete – finden sollten. Damit verdeutlicht er, dass Transfer notwendig ist – also große „Transferpotenziale“ bestehen. Gleichzeitig gestaltet sich aber die Umsetzung des Transfers, im Sinne einer Kommunikation dieser Erkenntnisse zu anderen Akteursgruppen, häufig als schwierig.

Dominik Weigand und *Christin Förster* bieten einen Einblick in die Kommunikationsstrategien der Studie ‚Refugees in the German Educational System (ReGES)‘, die am Leibniz Institut für Bildungsverläufe e. V. (LifBi) durchgeführt wird. Im Rahmen der Längsschnittbefragung von Geflüchteten beziehungsweise Migrant*innen in deutschen Bildungsinstitutionen werden verschiedene Maßnahmen zur Kommunikation mit verschiedenen Akteur*innen ergriffen, die in diesem Beitrag reflektiert werden. Der Fokus liegt dabei auf dem Austausch mit Studienteilnehmer*innen und beteiligten Institutionen; gleichzeitig wird aber auch die Kommunikation wissenschaftlicher Erkenntnisse in Wissenschaft, Politik und Praxis thematisiert.

Während der Beitrag zu ReGES die Kommunikation im Rahmen einer groß angelegten quantitativen Studie reflektiert, nimmt das Kapitel von *Beatrice Schlee* und *Mone Welsche* Transferstrategien im Rahmen eines vergleichsweise kleinen Pilotforschungsprojekts in den Fokus. Ihr Projekt zu non-verbaler körperzentrierter Arbeit ist ein Fallbeispiel für den systemischen Knowledge-to-Action-Ansatz, bei dem eine Organisation gegründet wurde, um die Umsetzung von wissenschaftlichem Wissen in der Praxis zu unterstützen. Anhand dieses Beispiels werden spezifische Erfolgsfaktoren für den Transfer, wie beispielsweise das Engagement und die Vernetzung von Praxis- und Wissenschaftsakteur*innen, hervorgehoben. Darüber hinaus reflektieren die Autorinnen aber auch Schwierigkeiten, wie etwa fehlende Organisationsstrukturen und Netzwerke.

Im zweiten Teil des Sammelbands liegt der Fokus auf Transfer als Beratung: Hier wird die Frage diskutiert, wie die Bereitstellung von wissenschaftlichem Wissen und Inhalten als Grundlage für Entscheidungen und Handlungsempfehlungen an verschiedene Akteursgruppen, wie etwa aus Politik, Verwaltung oder Praxis, erfolgreich gestaltet werden kann.

„Wie tragen Stiftungen wissenschaftliche Inhalte in die öffentliche und politische Debatte?“ Diese Frage stellt sich *Matthias M. Mayer* in seinem Kapitel und reflektiert als Antwort seine Arbeit bei der Bertelsmann Stiftung bezüglich des dort stattfindenden Transfers. Dabei werden die Bedingungen und Schritte diskutiert, die aus seiner Sicht für eine erfolgreiche Transferarbeit notwendig sind. Mit seiner Systematisierung gibt Mayer einen hilfreichen Einblick über verschiedene Aspekte der Kommunikation und Beratung und diskutiert beispielsweise, wie der Umgang mit unterschiedlichen Akteursgruppen aussehen kann und welche verschiedenen Formate sich für eine zielgruppengerechte Kommunikation eignen.

Raphaela Schweiger und *Lisa Marie Veyhl* greifen in ihrem Beitrag die Frage auf, wie die Zusammenarbeit verschiedener Akteursgruppen insbesondere im ländlichen Raum aussehen kann, um die Integration von Geflüchteten erfolgreich zu gestalten. Dazu reflektieren die beiden Autorinnen ihre Erfahrungen aus Projekten, die sie im Rahmen ihrer Arbeit bei der Robert Bosch Stiftung GmbH durchgeführt haben. Der Schwerpunkt liegt auf dem Austausch zwischen nicht-wissenschaftlichen Akteur*innen, wie etwa Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, wobei aber alle beteiligten Akteursgruppen von einem Austausch mit der Wissenschaft profitieren können.

Während die ersten beiden Beiträge aus den Erfahrungen der Autor*innen bei der Arbeit in Stiftungen hervorgehen, beschreibt *Holger Bonin* im Gespräch mit *Nicola Mühlhäußer*, welche Transferziele sich das Forschungsinstitut ‚Institute of Labour Economics, IZA Bonn‘, setzt. Wie kann Transfer nachvollziehbar und evaluierbar gemacht werden? Wie kann Politikberatung praktisch gestaltet werden und ein Austausch mit politischen Entscheidungsträger*innen aussehen? Diese Fragen nimmt Holger Bonin auf und gibt einen Einblick in konkrete Abläufe und Strategien seiner Transferarbeit. Zudem wird auf spannende und zugängliche Weise reflektiert, welche Probleme fehlende quantifizierbare Standards darstellen.

Das dritte Themenfeld des Sammelbandes befasst sich mit dem vielschichtigen Bereich des kooperativen Forschens und Handelns von Wissenschaft und Praxis. Wie unterschiedlich die Zusammenarbeit ausfallen und welche Dimensionen sie annehmen kann, wird in diesem Abschnitt deutlich. In den ersten beiden Beiträgen werden konzeptuelle Fragen aufgeworfen und dafür ein theoretischer bzw. forschungsethischer Zugang gewählt. Die darauffolgenden Beiträge bieten über konkrete Projektdarstellungen einen Einblick, wie eine kooperative Zusammenarbeit erfolgreich gestaltet werden kann und welche Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen aus den verschiedenen Erfahrungen resultieren.

In ihrem Beitrag „Wissen und Multiperspektivität in regionalen Wissenschaft-Praxis-Kooperationen der Fluchtforschung in der Rhein-Neckar-Region“ führen *Monika Gonser* und *Petra Deger* zunächst zwei entscheidende Komponenten ein, die sowohl ein

Potenzial als auch eine Herausforderung für eine erfolgreiche transdisziplinäre Kooperation darstellen: Einerseits beschreiben sie die Unterschiedlichkeit von Wissenstypen in Wissenschaft und Praxis – wissenschaftlich begründetes Wissen und Erfahrungswissen – welches für die jeweils andere Gruppe erschließbar gemacht werden muss. Andererseits verdeutlichen die Autorinnen über das Konzept der „Multiperspektivität“, dass in verschiedenen Gruppen und Disziplinen unterschiedliche Sinnwelten, also Wahrnehmungen und Verständnisse, existieren können. Diese beiden Komponenten werden anhand von zwei Projekten, in denen kooperativ geforscht wurde, diskutiert: dem ‚Reallabor Asylsuchende in der Rhein-Neckar-Region‘ und ‚transfer together‘.

Ulrike Krause und *Cordula von Denkowski* wählen eine etwas andere Herangehensweise: In ihrem Beitrag werfen sie forschungsethische Fragen zur Gestaltung von Forschungsprojekten mit partizipativer Beteiligung von Geflüchteten auf. Sie konstatieren eine Tendenz, Geflüchtete lediglich als ‚Objekt‘ der Forschung, und nicht als Forschungsbeteiligte im Sinne von Forschenden bzw. Expert*innen aufzufassen. Sie fordern jedoch nicht, immer und überall ‚partizipativ‘ zu forschen, sondern argumentieren, dass eine Abwägung hinsichtlich der Chancen und Risiken verschiedener Grade der Partizipation im Kontext des jeweiligen Projekts notwendig ist. Dementsprechend gebe es keine ‚One-size-fits-all‘-Lösung der Partizipation; stattdessen müsse aber die ethische Dimension hinsichtlich verschiedener Fragen reflektiert werden.

Kirsten Hoesch und *Şaziye Altundal-Köse* thematisieren kooperativen Transfer im Bereich der Arbeitsmarktintegration vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen bei der Arbeit mit Frauen mit Migrations- und Fluchthintergrund im Rahmen des ‚Verbunds der sozial-kulturellen Migranten Vereine in Dortmund e. V. (VMDO)‘. Aus dieser Perspektive, an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis, werden verschiedene Potenziale und Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft, insbesondere Migrant*innenorganisationen, herausgearbeitet und einige Vorschläge zur Verbesserung des Transfers skizziert.

Am Beispiel ihres ethnographisch-partizipativen Forschungsprojekts zur Etablierung von Beschwerdemanagementstrukturen in Aufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete, arbeitet *Anett Schmitz* ein Verständnis heraus, das den Dialog von Akteur*innen aus Wissenschaft, Praxis und Geflüchteten als Transfer fasst. Im Rahmen des Projekts wurde das Ziel verfolgt, kontext- und kultursensible Konzepte in enger Zusammenarbeit mit den beteiligten Akteursgruppen in den Aufnahmeeinrichtungen zu entwickeln. Im Anschluss an die Erfahrungen dieser Zusammenarbeit beschreibt Schmitz, wie sich das spezifische Wissen der unterschiedlichen Gruppen gewinnbringend miteinander verbindet.

Patricia M. Schütte, *Jana-Andrea Frommer*, *Malte Schönefeld* und *Andreas Werner* werfen in ihrem Beitrag ‚Flüchtlingsbewegungen nach Deutschland 2015/2016 – Anstoß transdisziplinärer Kooperation und Forschung‘ die Frage auf, wie in der Praxis generiertes Wissen mithilfe der Wissenschaft dokumentiert und der „Gefahr des Vergessens“ entgegengewirkt werden kann. Dabei liegt der Fokus ihrer Analyse insbesondere auf dem Wissen und den Lernprozessen von Organisationen, wie etwa der Polizei oder anderen staatliche Institutionen, die im Anschluss an die starken Belas-

tungen 2015 und 2016 zahlreiche Strategien zum Umgang mit der herausfordernden Situation entwickelten.

Anhand ihres Projekts ‚Soziale Kompetenzen für Auszubildende und Mediations-training für Ausbilder*innen (SKM)‘ führen *Kirsten Rusert*, *Mehmet Kart* und *Margit Stein* aus, wie Transfer als Bestandteil der ‚Third Mission‘ mit den beiden anderen Aufgaben von Universitäten – Forschung und Lehre – in Einklang gebracht werden kann. Dazu schlagen sie den Begriff der „One Mission“ vor, der alle drei Bereiche gleichberechtigt miteinander in Beziehung bringen soll. Dies wird vor dem Hintergrund des Projekts SKM diskutiert, bei dem die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten Akteursgruppen gefördert wird.

Nachdem nun die verschiedenen Aspekte von Transfer – Kommunikation, Beratung und kooperatives Forschungshandeln – vertieft betrachtet wurden, ermöglicht der letzte Teil des Bandes einen Perspektivwechsel und beschäftigt sich mit Transfer im Kontext der kanadischen Fluchtforschung. Auch Kanada hat auf dem Höhepunkt der Fluchtbewegung 2015 und 2016 mehr Geflüchtete als jemals zuvor aufgenommen. Diese Entwicklung und der rasante Politikwechsel haben zu großen Herausforderungen geführt, die sich in Deutschland und Kanada ähneln. Entsprechend stehen nun die beiden Staaten vor der Frage, wie eine erfolgreiche Integration gelingen kann. In beiden Ländern beschäftigen Fragen der Integration nicht nur Forschende und politische Akteur*innen, sondern auch andere Organisationen, Bildungseinrichtungen und eine Vielzahl von Menschen – ganz gleich ob Geflüchtete*r oder Bürger*in im Aufnahmeland. Trotz dieser Ähnlichkeiten unterscheidet sich im kanadischen Diskurs das Transferverständnis in mancherlei Hinsicht von Herangehensweisen in deutschsprachigen Diskursen. Hier haben sich verschiedene Konzepte zum Austausch unter dem Begriff der ‚knowledge mobilization‘ entwickelt. Dabei wird ein multidirektionaler Transfer systematisch und konzeptionell betont. Der Blick auf Transferansätze aus der begrifflichen Debatte um ‚knowledge mobilization‘ scheint demnach besonders fruchtbar, um das oben eröffnete breite Verständnis von Transfer weiterzuentwickeln. Durch den Ausblick auf diese kanadischen Konzepte und Projekte sollen zudem vielversprechende Strategien zum Beispiel zur Einbindung in die Gesellschaft des Aufnahmelandes und zur Zusammenarbeit zwischen Praxis und Forschung erkennbar gemacht und neue Perspektiven über den ‚nationalen Tellerrand‘ hinaus eröffnet werden.

Simone Chia-Kangata, *Lisa Lachance* und *Michael Ungar* stellen das Konzept der ‚knowledge mobilization‘ anhand zweier Projekte, der ‚Child and Youth Refugee Research Coalition (CYRRC)‘ und ‚Wisdom2Action (W2A)‘, vor. Die enge Zusammenarbeit von Praxis und Wissenschaft im Rahmen von kanadischen Dienstleistungsorganisationen – ‚service provider organizations‘ – verdeutlichen *Nabiha Atallah* und *Josh Boyter* in ihrer Ausführung zu ihrer Arbeit bei ‚Immigrant Services Association of Nova Scotia (ISANS)‘.

Internationale Kooperation und Austausch in der Forschung kann zu neuen Erkenntnissen führen, die für ganz verschiedene Akteursgruppen gewinnbringend sind. Deswegen setzt sich das Projekt Integration CAN-D das Ziel, die Zusammenarbeit zwischen kanadischen und deutschen Fluchtforschenden zu fördern. Ein solcher inter-

nationaler Austausch kann durch bestimmte Transferaktivitäten unterstützt werden – so argumentieren abschließend *Karin Zimmer* und *Nicola Mühlhäußer* in ihrer Darstellung des Projekts.

Die Beiträge in diesem letzten Teil des Sammelbands erscheinen im Original, also in englischer Sprache. Ihnen ist eine deutsche Zusammenfassung vorangestellt. Eine deutsche Übersetzung ist online zugänglich und kann im Repositorium des Bundesinstituts für Berufsbildung (www.bibb.de/vet-repository/000012, www.bibb.de/vet-repository/000013 und www.bibb.de/vet-repository/000014) abgerufen werden.

Im abschließenden Teil werden die Beiträge des Sammelbands zusammengeführt: So reflektiert Danielle Gluns die unterschiedlichen Ansätze der Autor*innen und weist auf mögliche weiterführende und anschließende Perspektiven hin. Zahide Marquardt-Gültepe eröffnet einen Ausblick auf spannende, konkrete und gut zugängliche Onlinere Ressourcen rund um das Thema Transfer in der Fluchtforschung, die weiterführende Informationen und Denkanstöße bieten können.

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit ist zudem ein Glossar angefügt: Hier finden sich Erläuterungen zu Fachbegriffen aus Wissenschaft und Praxis, inklusive kurzer Verweise auf die Beiträge, in denen sie erscheinen. Weitere Informationen zu den Autor*innen dieses Bandes sind im abschließenden Autor*innenverzeichnis aufgeführt.

II. Wissenschaftskommunikation und Bildung

Förderung der Integration Geflüchteter in der beruflichen Ausbildung

Transferpotenziale aus der Modellversuchsforschung in der beruflichen Bildung

Gero Scheiermann

Die Modellversuchsforschung hat in der beruflichen Bildung eine lange Tradition. In einer Vielzahl von Modellversuchen sind differente Problemlagen und Problemgruppen betrachtet sowie Problemlösungen erarbeitet worden. Eine Schwierigkeit der Programmförderung und auch der Berufsbildungsforschung ist der Transfer von Modellversuchsergebnissen. In dem vorliegenden Beitrag werden die Erkenntnisse eines Transferprojektes, dass die Transferpotenziale des Modellversuchsschwerpunktes „Neue Wege/Heterogenität“ in Hinblick auf die Bestimmung betrieblicher Ansätze und Konzepte für die Integration von Geflüchteten in die duale Ausbildung analysiert hat, präsentiert. Im Projekt wurden dazu SWOT-Analysen (Strategisches Instrument zur Identifikation von Stärken und Schwächen sowie Chancen und Risiken) und Experteninterviews durchgeführt. Die als Projektergebnis herausgearbeitete Prozesskette zur nachhaltigen beruflichen Integration von Geflüchteten systematisiert notwendige Konzepte, Maßnahmen und Instrumente des Zugangs zu und der Gestaltung von heterogenitätssensibler Ausbildung. Neben den Erkenntnissen werden abschließend die Transferaktivitäten innerhalb des Projektes beschrieben.

1. Die Frage des Transfers von Modellversuchen in der beruflichen Bildung

Die Modellversuchsforschung hat in der Berufsbildung eine langjährige Tradition (siehe z. B. Jenewein 2017, S. 5 ff.). Durch die Modellversuche sollen innovative Ansätze, Maßnahmen, Konzepte und Instrumente erprobt, Erfahrungen gesammelt und für den Transfer vorbereitet werden. Die daraus resultierenden Ergebnisse und Erkenntnisse dienen einer Weiterentwicklung der beruflichen Praxis sowie Forschung und sind darüber hinaus Grundlage bildungspolitischer Steuerungsfragen. Modellversuche tragen auf diese Weise zur qualitativen Verbesserung der beruflichen Bildung bei. Der „wechselseitige[...] Diskurs zwischen Forschung, Politik und Praxis ist ein konstitutiver Faktor von Modellversuchen“ (Schemme 2017, S. 16). Im Ergebnis ist es Ziel der Modellversuche die exemplarisch erprobten Problemlösungen in die breite Berufsbildungspraxis zu transferieren (vgl. Fischer et al. 2017, S. 243). Zusammengefasst verfolgen Modellversuche damit drei Ziele: Entwicklung innovativer Bildungspraxis,

Erkenntnisgewinn für die Berufsbildungsforschung, Konzeptentwicklung für die Berufsbildungspolitik (vgl. Diettrich 2013, S. 95).

Bereits im Jahr 1971 schlossen Bund und Länder eine „Rahmenvereinbarung zur koordinierten Vorbereitung, Durchführung und wissenschaftlichen Begleitung von Modellversuchen im Bildungswesen – Rahmenvereinbarung Modellversuche (RV-Mo)“. Es folgten durch das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft geförderte „Wirtschafts-Modellversuche“ in Bildungseinrichtungen sowie Unternehmen und „Schul-Modellversuche“ in beruflichen Schulen. Ab dem Jahr 1998 übernahm die Bund-Länder-Kommission (BLK) die Oberhand und setzte die Programmförderung ein. Ein Grund für den Wechsel zur Programmförderung war u. a. die Problematik des Transfers, denn bis dato ist die Transferthematik ein eher randständig betrachtetes Forschungsfeld und daher immer noch als Desiderat in der Berufsbildungsforschung zu sehen (vgl. Weiß 2017, S. 5; Severing 2005, S. 7; Nickolaus et al. 2010, S. 40; Dobischat und Münk 2019, S. 6ff.; Büchter 2018, S. 16ff.).

Ziel des Transfers ist die „Verbreitung und Integration von Bildungsinnovationen in den Alltag der beruflichen Aus- und Weiterbildungspraxis“ (Weiß 2017, S. 5). Der Transferprozess beginnt damit nach der Verstetigung der Modellversuchsergebnisse im Umfeld der unmittelbar am Modellversuch beteiligten Personengruppen, Unternehmen und Institutionen. Euler (2005, S. 45) definiert demnach Wissenstransfer „als die Anwendung von erprobten Problemlösungen, die in einem bestimmten institutionellen und personellen Kontext entwickelt wurden, auf Problemlagen in ähnlich strukturierten Bereichen der Berufsbildungspraxis“. Euler (2005, S. 45) differenziert hier weiter zwischen einem internen und externen Transfer. Bei einem internen Transfer erfolgen die Transferaktivitäten innerhalb der am Modellversuch beteiligten Institutionen. Bei einem externen Transfer werden die Modellversuchsergebnisse entsprechend auf bzw. in eine andere Institution transferiert.

Traditionell endet mit der Förderzeit auch die Tätigkeit in den Modellversuchen. Im Ergebnis von Modellversuchen entstehen bspw. publizierte Transferprodukte wie Checklisten, Anleitungen, Internetwerkzeuge oder einzelne Lernmodule, die in der Bildungspraxis angewendet werden können. Eine wissenschaftliche Begleitung ist dabei zumeist integraler Bestandteil von Modellvorhaben zur Entwicklung und zum Transfer von Bildungsinnovationen. Der Auftrag von wissenschaftlicher Begleitforschung ist die Analyse von Umsetzungsbarrieren bzw. -herausforderungen und daraus resultierender Verbesserungen und Unterstützungsmaßnahmen für den Transfer. Problematisch ist jedoch, dass gerade diese Erkenntnisse vielfach auf Ebene der Projektsteuerungs- bzw. Wissenschaftsebene verbleiben und nicht in das Feld getragen werden. Eine Hauptursache liegt in der Finanzierung der Programmforschung und der Beendigung der Begleitforschung mit Projektende. Die Nutzung von vorhandenem Wissen für die Konzeption und Umsetzung neuer Forschungsvorhaben oder Projekte ist jedoch essentiell und sollte in einem viel stärkeren Maße genutzt werden. Die einfache Frage ‚Warum das Rad neu erfinden?‘ stellt sich insbesondere in der Programmforschung allzu oft. Ein erweitertes Transferverständnis endet daher nicht in der Abschluss- und Verwertungsphase des Modellversuchs, sondern wird in den weiteren

Entwicklungsprozess mit einbezogen. Dies geschieht z. B. aktiv durch Transferagenturen (vgl. Diettrich 2013, S. 99; Euler 2005, S. 56).

Dort wo ein Transfer der Modellversuchsergebnisse stattfindet, bezieht sich dieser aber überwiegend auf eine Verstetigung der Ergebnisse in überbetriebliche Institutionen, Netzwerke, Unternehmen, andere Branchen oder Regionen. Eine Re-Kontextualisierung der Modellversuchsergebnisse in Hinblick auf eine neue Zielgruppe, wie z. B. die der Geflüchteten, findet kaum statt. Daher bezieht sich der Transfer des diesem Beitrag zugrunde liegenden Entwicklungsprojektes „Transferpotenziale aus dem Modellversuchsförderschwerpunkt ‚Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung‘ zur Förderung der Integration von Geflüchteten in die duale Ausbildung“ in erster Linie auf die Aufgabenstellung eines Kontextwechsels, nämlich „dass methodisch fundierte Befunde, neue Einsichten und Fragestellungen in weitere Forschungsarbeiten [...] einfließen“ (Schemme 2017, S. 22). In diesem Entwicklungsprojekt sollten somit gemeinsame Erkenntnisgewinne für Wissenschaft und Praxis erzielt werden, die für die Praxis nutzbar gemacht werden könnten. Im Ergebnis sollen daher potenzielle Transferbedarfe und -möglichkeiten dargestellt werden. Insofern folgt dieser Beitrag im Grundsatz dem Transferverständnis von Gonser und Zimmer (in diesem Band, S. 15), nachdem Transfer verstanden wird als eine „Bereitstellung, Rekontextualisierung und Entwicklung von wissenschaftlich fundiertem Wissen in der Praxis“. Bisherige aktuelle Transferaktivitäten in der beruflichen Bildung im Forschungsbereich Flucht beziehen sich zumeist auf die Dritte Mission mit Bezug zur Lehre (siehe z. B. zur Thematik Service Learning: Kirchhöfer und Wilbers 2019; Rusert et al. in diesem Band).

Ausgangspunkt für das Entwicklungsprojekt war die Erkenntnis, dass die Berufsbildung im Zusammenhang mit der Integration von heterogenen Gruppen von Jugendlichen auf eine Reihe von Erfahrungen aus Modellversuchen, Pilotprojekten sowie Forschungs- und Entwicklungsprojekten zurückgreifen kann, die seit Langem wichtige Impulse für die Erhöhung der Chancengerechtigkeit und Ausbildungsbeteiligung von am Ausbildungsmarkt benachteiligten Jugendlichen liefern (vgl. Granato et al. 2016). Insbesondere die Ergebnisse des Modellversuchsförderschwerpunktes „Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung“ („Neue Wege / Heterogenität“) des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), der von 2010 bis 2014 aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert wurde, bietet vielversprechende Ansätze für einen Transfer.

Im Folgenden wird zunächst der Modellversuch „Neue Wege/Heterogenität“ kurz vorgestellt, danach das Forschungsdesign des Entwicklungsprojektes beschrieben und abschließend die Ergebnisse dargestellt.

2. Modellversuchsschwerpunkt „Neue Wege/Heterogenität“

Das BIBB hat die Aufgabe, Modellversuche einschließlich wissenschaftlicher Begleituntersuchungen zu fördern (§90 Abs.3 Nr. 1d BBiG). Daher ist für die Programm-

steuerung der Modellversuche in der beruflichen Bildung vorrangig das BIBB zuständig. Das BIBB hat sich dabei in den letzten Jahren auf die Themenbereiche Qualität, Heterogenität und Nachhaltigkeit fokussiert.

Im Modellversuchsschwerpunkt „Neue Wege/Heterogenität“ wurden im Zeitraum von 2010 bis 2014 in 17 bundesweiten Modellversuchen Konzepte, Maßnahmen und Instrumente für einen zukunftsweisenden Umgang mit der zunehmenden Heterogenität in der beruflichen Bildung entwickelt. Die Modellversuche haben sich dabei mit der Fragestellung, wie insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) trotz rückläufiger Bewerber*innenzahlen und eines bereits spürbaren Fachkräftemangels bei der Ausbildung unterstützt werden können, beschäftigt. Einbezogen werden sollten dabei alle Jugendlichen – auch heterogene Gruppen, die oftmals keinen Zugang zur dualen Ausbildung finden. Durch die Modellversuche sollten neue Wege beschritten werden, um die vorhandenen Potenziale am Ausbildungsmarkt für das Beschäftigungssystem zu erschließen und die Integration Jugendlicher in die Arbeitswelt zu ermöglichen (siehe dazu Westhoff und Ernst 2016).

Im Ergebnis der Modellversuche wurden fünf zentrale Handlungsfelder identifiziert, die eine erfolgreiche Fachkräftesicherung durch eine Verbesserung von Zugängen zur Ausbildung für die heterogene Zielgruppe ermöglichen sollten:

- Entwicklung von Ausbildungsmärkten: Förderung der Attraktivität des dualen Systems der Berufsausbildung insgesamt und im Besonderen auf einzelnen Ausbildungsteilmärkten
- Betriebliche Berufsorientierung und Berufsvorbereitung: Stärkerer Einbezug der Betriebe in die Berufsorientierung und -vorbereitung zur Förderung des reibungslosen Übergangs von der Schule in die Ausbildung
- Externes Ausbildungsmanagement bzw. assistierte Ausbildung: Beratung und Unterstützung der Unternehmen in allen sie betreffenden Fragen der Ausbildung zur Unterstützung des Ausbildungserfolgs
- Qualifizierung des Ausbildungspersonals: Förderung und Weiterbildung des Ausbildungspersonals
- Verzahnung der regionalen Bildungssysteme bzw. Vernetzung der Akteure: Strategische Vernetzung der Akteure in den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, in den Betrieben, bei den Kammern, Arbeitsagenturen, Jobcentern sowie bei einschlägigen Verbänden und Bildungsdienstleistern

Im Ergebnis ist eine Vielzahl von Konzepten, Maßnahmen und Instrumenten entstanden, die jeweils auch veröffentlicht wurden. Auf der Seite des BIBB können diese Transferprodukte (z. B. Veröffentlichungen, Veranstaltungsdokumentationen, Instrumente wie Checklisten, Anleitungen, Internetwerkzeuge oder einzelne Lernmodule) aufgerufen werden (<https://www.bibb.de/de/4928.php>).

3. Forschungsdesgin des Entwicklungsprojektes

Zentrales Anliegen des Entwicklungsprojektes „Transferpotenziale aus dem Modellversuchsförderschwerpunkt ‚Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung‘ zur Förderung der Integration von Geflüchteten in die duale Ausbildung“ (Laufzeit IV/2017 bis II/2018) war die Analyse der im Rahmen des Modellversuchsschwerpunktes entwickelten Ansätze und Instrumente, inwiefern diese innovative Wege in die Ausbildung für Geflüchtete aufzeigen. Diese Ansätze wurden zudem an aktuellen betrieblichen Initiativen zur Integration von Geflüchteten in die betriebliche Ausbildung gespiegelt.

Vor diesem Hintergrund sind zunächst die Ergebnisse der entwickelten und erprobten Konzepte, Maßnahmen und Instrumente der Modellversuche gesichtet und hinsichtlich der Chancen, Grenzen sowie Potenziale für eine Übertragbarkeit zur Integration von Geflüchteten in die duale Ausbildung reflektiert worden. Ziel war es, Möglichkeiten der Übertragung zu identifizieren und für laufende und geplante Maßnahmen zur Integration von Geflüchteten in die berufliche Ausbildung nutzbar zu machen.

Der mehrdimensionale methodische Ansatz von Analyse und Experteninterviews war aufgrund der mangelnden bzw. nur punktuell vorliegenden Erfahrungen bei der Integration Geflüchteter in die betriebliche Ausbildung notwendig, damit sowohl bereits in der Vergangenheit erprobte Konzepte, Maßnahmen und Instrumente des Modellversuchsschwerpunktes als auch aktuelle betriebliche Ansätze genauso in den Blick genommen werden konnten.

Das gemeinsame Entwicklungsprojekt des BIBB und der Universität Duisburg-Essen fokussierte daher die folgenden Fragestellungen:

- Welche bestehenden Ansätze zum Umgang mit Heterogenität in der Ausbildung aus dem Modellversuchsförderschwerpunkt „Neue Wege/Heterogenität“ sind zur Unterstützung von Betrieben, die Geflüchtete ausbilden wollen, übertragbar?
- Inwiefern lassen sich bekannte und neue Ansätze, Instrumente und Maßnahmen zum Umgang mit Heterogenität in der Ausbildung systematisieren, um ausbildende Betriebe bei der Integration von Geflüchteten in die duale Ausbildung zielgerichtet zu unterstützen?

Nachfolgend werden die einzelnen Schritte des Entwicklungsprojektes, die in Abbildung 1 dargestellt sind, erläutert.

In das Entwicklungsprojekt wurden neben der Universität Duisburg-Essen als Wissenschaftlicher und dem BIBB als Auftraggeber zahlreiche Expert*innen aus der Praxis einbezogen: Bildungsanbieter, Arbeitgeber, Vertreter*innen der Sozialpartner, Bildungsexperten, Vertreter*innen des Bundesministerium für Bildung und Forschung, Vertreter*innen der Sozialverbände sowie Vertreter*innen von Migrantenorganisationen.

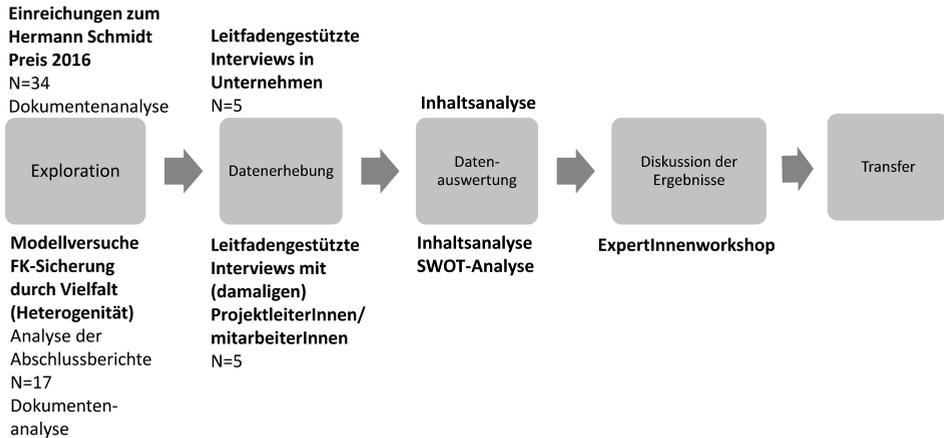


Abb. 1: Forschungsdesign des Entwicklungsprojektes.

3.1 Analyse vorhandener Ansätze zum Umgang mit Heterogenität in der Ausbildung aus dem Modellversuchsschwerpunkt

In einem ersten Schritt erfolgte eine Exploration im Rahmen einer Dokumentenanalyse der Ergebnis- und Abschlussberichte der 17 Modellversuche aus dem Modellversuchsschwerpunkt. Anschließend wurde eine SWOT-Analyse durchgeführt. Ziel der SWOT-Analyse war das Aufzeigen von möglichen resultierenden Strategien in Bezug auf eine/n Transfer/Modifikation/Weiterentwicklung der vorhandenen Konzepte, Maßnahmen und Instrumente aus dem Modellversuchsschwerpunkt in Hinblick auf Möglichkeiten zur Integration von Geflüchteten in die duale Ausbildung. Dabei wurden fünf Modellversuche identifiziert, die in erster Linie betriebliche Unterstützungsangebote für Betriebe und am Ausbildungsmarkt benachteiligte Jugendliche angeboten haben. Da die Betriebe bei der Ausbildung Geflüchteter vielfach auf Unterstützung angewiesen sind, weisen diese Modellversuche zunächst ein hohes Transferpotenzial aus, da sie sowohl Betriebe als auch heterogene Gruppen von Jugendliche in der dualen Ausbildung fördern. Mit den fünf Bildungsträgern der Modellversuche wurden leitfadengestützte Experteninterviews (Helfferich 2014) geführt, die anschließend qualitativ inhaltsanalytisch nach Mayring (2015) ausgewertet wurden. Parallel erfolgte eine Dokumentenanalyse des aktuellen Forschungsstands zur Integration Geflüchteter in die duale Ausbildung aus betrieblicher Perspektive.

3.2 Analyse betrieblicher Ansätze zur Integration Geflüchteter in die duale Ausbildung

Im Sinne des methodisch mehrdimensionalen Ansatzes wurde in einem zweiten Analysestrang die betriebliche Perspektive in Hinblick auf die Gruppe der Geflüchteten betrachtet. Dafür wurden die für den Hermann-Schmidt-Preis des BIBB (Jahr 2016; Themenstellung: „Integration von Geflüchteten durch berufliche Bildung“)

eingereichten Konzepte eingesehen. Entsprechend der ersten Analyse wurden die Dokumente im Rahmen einer Dokumentenanalyse gesichtet, bevor sie im Zuge einer SWOT-Analyse näher betrachtet wurden. Es konnten fünf betriebliche Initiativen identifiziert werden, die eine ganzheitliche Strategie für die Integration Geflüchteter in die duale Ausbildung verfolgt haben. Mit diesen fünf Unternehmen (5 Großunternehmen; deutschlandweit; 4 gewerblich-technisch; 1 kaufmännisch; interviewt wurden zumeist die Ausbildungsverantwortlichen) wurden wiederum leitfadengestützte Experteninterviews (Helfferich 2014) durchgeführt, die anschließend qualitativ-inhaltsanalytisch nach Mayring (2015) ausgewertet wurden.

3.3 Zusammenführen und Validieren der Ergebnisse

In einem weiteren Schritt wurden die beiden Analysestränge systematisiert und abschließend einer Validierung unterzogen. Dafür wurden die gewonnen Erkenntnisse der beiden SWOT-Analysen zusammengeführt und Konzepte, Maßnahmen sowie Instrumente im Rahmen einer Prozesskette nachhaltiger beruflicher Integration zusammengefasst. Im Zuge einer Zukunftswerkstatt mit 20 Expert*innen aus der Berufsbildungspraxis und -politik (Unternehmen, Sozialpartner, Flüchtlingsnetzwerke, Berufsbildungsforschung) wurden die Ergebnisse des Entwicklungsprojektes diskutiert und validiert.

3.4 Transfer der Projektergebnisse

Ein gelingender Transfer setzt eine Transparenz und öffentliche Bereitstellung der Ergebnisse voraus. Im Ergebnis des Entwicklungsprojektes ist eine praxis-orientierte Veröffentlichung entstanden (siehe Vogel und Scheiermann 2019). Darüber hinaus wurden die Ergebnisse im Rahmen mehrerer Fachvorträge der (Fach-)Öffentlichkeit präsentiert und wissenschaftlich publiziert (siehe Scheiermann und Vogel 2019; Scheiermann 2019a).

4. Ergebnisse der SWOT-Analyse und Experteninterviews: Bestehende und neue Konzepte für die Integration Geflüchteter in die duale Ausbildung

Die SWOT-Analyse (engl. Akronym für Strengths [Stärken], Weaknesses [Schwächen], Opportunities [Chancen] und Threats [Gefahren]), auch Chancen-Risiken-Analyse genannt, ist ein Instrument aus der Ökonomie, dass der Strategieentwicklung in Unternehmen dient. Im Rahmen der SWOT-Analyse werden Stärken und Schwächen einer Organisation bzw. eines Unternehmens analysiert und in Beziehung mit der Umwelt bzw. dem (Unternehmens-)Umfeld bewertet (siehe dazu Wollny und Paul 2015, S. 189 ff.; Meffert et al. 2015, S. 224 ff.; Künzli 2012, S. 126 ff.). Differenziert wird zwischen der internen und externen Analyse. Wie Abbildung 2 zu entnehmen ist,

		Extern		
		Forschungsstand Integration Geflüchteter in die duale Ausbildung aus betrieblicher Perspektive		
		Chancen/Opportunities	Gefahren/Threats	
Intern	Ergebnisse der Dokumentenanalyse vorhandener Publikationen der Modellversuchsschwerpunkte und der wissenschaftlichen Begleitung	Stärken/Strength	S-O-Strategien	S-T-Strategien
		Schwächen/Weakness	W-O-Strategien	W-T-Strategien

Abb. 2: Aufbau der SWOT-Analyse.

sind im Entwicklungsprojekt in die interne Analyse die Ergebnisse der Dokumentenanalyse der Modellversuche (Ergebnis- und Abschlussberichte der Modellversuche und der wissenschaftlichen Begleitung des Modellversuchsschwerpunktes) und in die externe Analyse die Ergebnisse der Dokumentenanalyse zum aktuellen Forschungsstand zur Integration Geflüchteter in die duale Ausbildung aus betrieblicher Perspektive eingegangen. Im Ergebnis konnten die in Abbildung 3 dargestellten Stärken, Schwächen sowie Chancen und Gefahren festgestellt werden.

Durch die SWOT-Analyse konnten diverse Strategien identifiziert werden. Dabei wurden überwiegend Matching-Strategien gefunden. Matching heißt an dieser Stelle, dass ein Großteil der Konzepte, Maßnahmen und Instrumente der einzelnen Modellversuche auch dem aus dem Forschungsstand eruierten Bedarf der Unternehmen in Hinblick auf eine Integration Geflüchteter in die duale Ausbildung entspricht. Somit können diese Konzepte, Maßnahmen und Instrumente für die neue Zielgruppe genutzt und transferiert werden. Demnach können die nachfolgenden Konzepte, Maßnahmen und Instrumente der Modellversuche auch für die Unternehmen zur Integration Geflüchteter von Interesse sein: Angebote des externen Ausbildungsmanagements, der fachlichen Nachhilfe, der Sensibilisierung der Unternehmen für neue Gruppen von Auszubildenden sowie der Kompetenz- bzw. Potenzialanalyse.

In Tabelle 1 sind die bereits dargestellten Handlungsfelder aus dem Modellversuchsschwerpunkt tabellarisch aufgeführt und entsprechende transferfähige Konzepte, Maßnahmen und Instrumente aus dem Modellversuchsschwerpunkt in Bezug auf die Integration von Geflüchteten aus betrieblicher Perspektive aufgeführt, die sich aus den Interviews mit den an den Modellversuchen beteiligten Bildungsträgern ergeben haben.

Durch die Konzepte, Maßnahmen und Instrumente der Modellversuche konnte jedoch nur ein kleiner Teil der aus dem Forschungsstand eruierten betrieblichen Be-

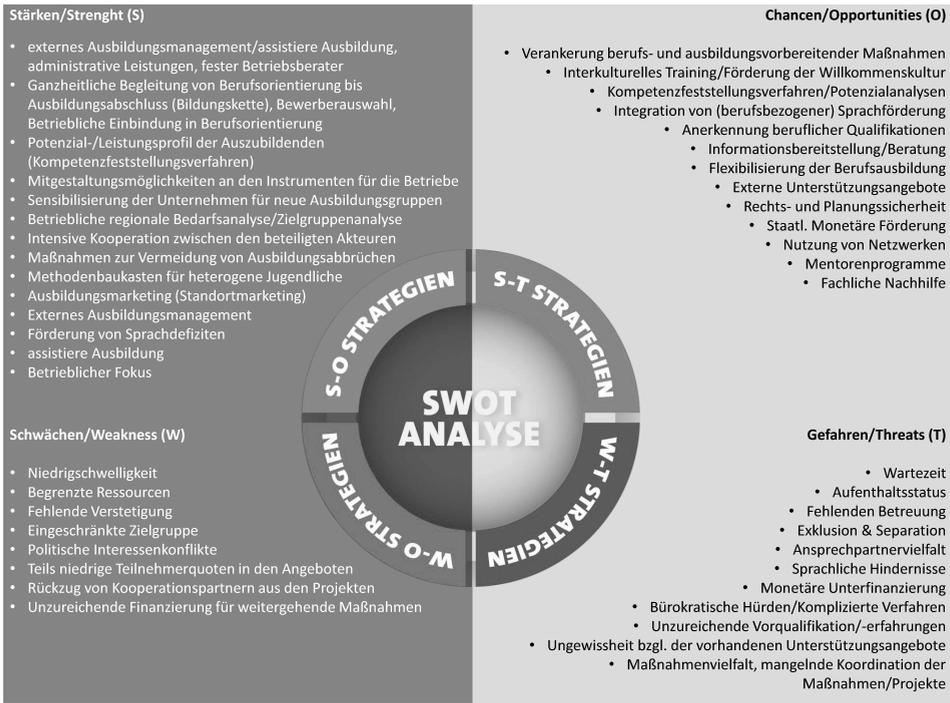


Abb. 3: Ergebnisse der SWOT-Analyse.

Tab. 1: Ergebnisse der SWOT-Analyse & Bildungsträgerinterviews

Ergebnisse der SWOT-Analyse	Ergebnisse der Interviews mit beteiligten Bildungsträgern
Handlungsfelder aus dem Modellversuchsschwerpunkt „Neue Wege/Heterogenität“	Transferfähige Ansätze und Maßnahmen aus dem Modellversuchsschwerpunkt in Bezug auf die Integration von Geflüchteten aus betrieblicher Perspektive
Entwicklung von Ausbildungsmärkten	Marketinginstrumente zur Verbesserung des Ausbildungsmatchings (zwischen Jugendlichen und Betrieben)
Betriebliche Berufsorientierung und Berufsvorbereitung	Instrumentenkoffer zur Berufsorientierung in Pflegeberufen
Externes Ausbildungsmanagement/Assistierte Ausbildung	Gruppensupervision für Auszubildende, Trialogisches Feedbackgespräch
Qualifizierung des Ausbildungspersonals	Flexible Coaching- und (Fort-)Bildungsmodule für Ausbilder*innen in KMU
Verzahnung der regionalen Bildungssysteme bzw. Vernetzung der Akteure	Ausbildungsverbund „Westerzgebirge“ für die Landwirtschaft

darfe in Hinblick auf eine Integration Geflüchteter in die duale Ausbildung abgedeckt werden. Für diese fehlenden Unterstützungsmöglichkeiten haben die im Rahmen des Entwicklungsprojektes befragten Unternehmen bereits eigene Lösungen gefunden, die in der nachfolgenden Tabelle dargestellt sind.

Tab. 2: Ergebnisse der SWOT-Analyse & Unternehmensinterviews

Ergebnisse der SWOT-Analyse	Ergebnisse der Unternehmensinterviews
Fehlende Aspekte in den Modellversuchen mit Blick auf die Integration von Geflüchteten aus betrieblicher Perspektive	Ergänzende Maßnahmen/Konzepte mit Blick auf die Integration von Geflüchteten aus der Unternehmenspraxis
Integrierte (Fach-)Sprachförderung	Betriebliche Nachhilfe (z. B. Tandem), externe und innerbetriebliche Sprachkurse
Interne Begleitung der Auszubildenden	Innerbetriebliche Mentor*innenprogramme
Umgang mit fehlenden Vorstellungen und Vorerfahrungen der Bewerber*innen (z. B. Berufsausbildung, Ausbildungsrealität)	Berufsbezogene Praktika (z. B. EQ) bzw. modifizierte betriebliche Maßnahmen
Besondere rechtliche Rahmenbedingungen	Regionale Netzwerke zu Auswahl/Beratung der Unternehmen
Anerkennung und Anerkennungsberatung	Betriebliche Anerkennungstage für potenzielle Bewerber*innen in Kooperation mit der IHK
Flexibilisierungsmöglichkeiten der Ausbildung	Quantitative und qualitative Differenzierung in der technischen (betrieblichen) Ausbildung

So stellt bspw. die integrierte (Fach-)Sprachförderung für die Unternehmen eine Gelingensbedingung für die Integration Geflüchteter in die duale Ausbildung dar. Die Unternehmen bieten hier externe und innerbetriebliche Sprachkurse oder betriebliche Nachhilfe in Form von Sprachtandems an. Für die Begleitung der Auszubildenden in den Unternehmen werden Mentor*innenprogramme gestartet, sodass die Geflüchteten durch erfahrene Kolleg*innen in der Ausbildung begleitet werden. Für die Berufsorientierung der Geflüchteten werden berufsbezogene Praktika (z. B. im Rahmen einer Einstiegsqualifizierung) angeboten oder bereits erprobte betriebliche Maßnahmen für eine erfolgreiche Ausbildung Jugendlicher für die neue Zielgruppe der Geflüchteten modifiziert. Regionale Netzwerke unterstützen bei problematischen rechtlichen Rahmenbedingungen oder bei der Auswahl von Bewerber*innen. Bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen für die Bewerber*innen helfen Kooperationen mit der Industrie- und Handelskammer (IHK) und In-House-Veranstaltungen der IHK. Die quantitative und qualitative Differenzierung in der technischen (betrieblichen) Ausbildung bietet eine Flexibilisierungsmöglichkeit in der Ausbildung, so dass individuell auf die Bedürfnisse der Auszubildenden eingegangen werden kann und diese je nach Bedarf gefördert oder gefordert werden (siehe zu den einzelnen Unternehmensinitiativen im Detail Vogel und Scheiermann 2019).

5. Prozesskette nachhaltiger beruflicher Integration

Der Erfolg einer Integration Geflüchteter in die duale Ausbildung hängt von vielerlei Aspekten ab. Für die Unternehmen können allerdings eine Reihe von Konzepten, Maßnahmen und Instrumenten diese Integration positiv begleiten und beeinflussen. Die zuvor beschriebenen Ergebnisse der SWOT-Analysen haben verdeutlicht, dass das Rad nicht neu erfunden werden muss. Denn es bestehen bereits eine Vielzahl an Konzepten, Maßnahmen und Instrumenten, die nur für die Zielgruppe modifiziert werden müssen. Dennoch gibt es auch neue Konzepte (z. B. der Unternehmen), die dezidiert für eine Integration von Geflüchteten in die duale Ausbildung konzipiert wurden.

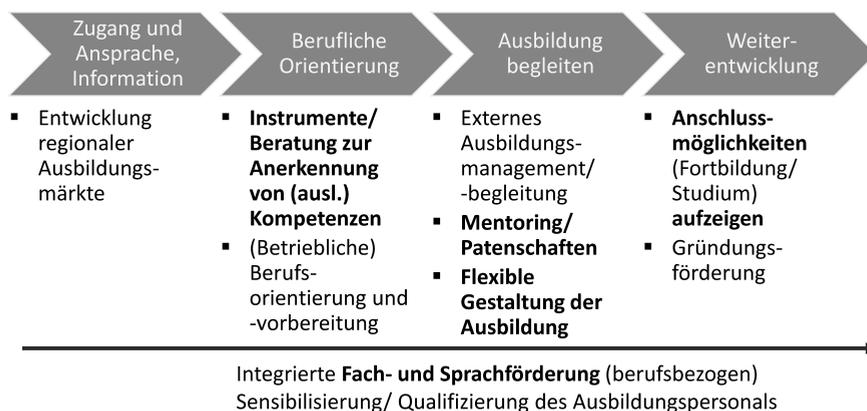
In der dargestellten Prozesskette nachhaltiger beruflicher Integration sind die beiden Analysestränge zusammengeführt worden. Die Prozesskette stellt somit eine Systematisierung von vorhandenen und neuen betrieblichen Konzepten, Maßnahmen und Instrumenten zur Integration von am Ausbildungsmarkt benachteiligten Jugendlichen bzw. Auszubildenden dar. In der Prozesskette sind verschiedene Phasen abgebildet, angefangen von dem Zugang zum Ausbildungsmarkt bzw. der Ansprache und Information bis hin zum Aufzeigen von Anschluss- bzw. Weiterentwicklungsmöglichkeiten während bzw. nach der Ausbildung.

Dargestellt sind neben den bereits etablierten Konzepten, Maßnahmen und Instrumenten in fett hervorgehoben additive Elemente, die noch nicht Bestandteil der Modellversuche waren. Die Prozesskette führt damit bereits bestehende und neue Befunde zu betrieblichen Unterstützungsmöglichkeiten zur Integration von Geflüchteten in die duale Ausbildung zusammen.

Im Ergebnis sind damit sowohl für Jugendliche mit Fluchthintergrund als auch für Jugendliche ohne Fluchthintergrund eine Reihe von Konzepten, Maßnahmen und Instrumenten entlang einer Prozesskette dargestellt, die eine nachhaltige berufliche Integration fördern sollen (siehe zu den einzelnen Punkten der Prozesskette Scheiermann und Vogel 2019 oder Vogel und Scheiermann 2019).

6. Fazit: Perspektiven und Herausforderungen von Transfer(-forschung) für die Förderung der Integration Geflüchteter in der beruflichen Bildung

Modellversuche in der beruflichen Bildung greifen differente Problematiken der Berufsbildungspolitik auf, erproben Konzepte, Maßnahmen und Instrumente, stellen Problemlösungen dar und bereiten die erstellten Produkte für einen Transfer vor. Ein Rückgriff ex-post auf die bereits erprobten Ergebnisse findet nur vereinzelt statt. So ist festzustellen, dass die Akteure in den Modellversuchen wie auch in vielen Forschungsprojekten zumeist „das Rad neu erfinden wollen“, obwohl sie in vielen Bereichen auf bereits verfügbare Erkenntnisse zurückgreifen oder aber von parallel sich vollziehenden Aktivitäten profitieren können“ (Euler 2005, S. 49). Mit dem exem-



Kontinuierliche Begleitung/ Beratung der Betriebe (One-Stop-Agency)

Regionale/ kommunale Netzwerkarbeit (Vernetzung zentraler Akteure, Lernortkooperation)

Abb. 4: Prozesskette nachhaltiger beruflicher Integration.

plarisches beschriebenes Entwicklungsprojekt „Transferpotenziale aus dem Modellversuchsförderschwerpunkt ‚Neue Wege/Heterogenität‘ zur Förderung der Integration von Geflüchteten in die duale Ausbildung“ ist der Versuch unternommen worden, aus den Ergebnissen eines Modellversuchsschwerpunktes und der beteiligten Modellversuche Transferpotenziale für die neue Zielgruppe der Geflüchteten zu analysieren. Das Entwicklungsprojekt knüpft dabei an die Erkenntnisse des BIBB-Positionspapiers „Wege zur Integration von jungen Geflüchteten in die berufliche Bildung – Stärken der dualen Berufsausbildung nutzen“ an (vgl. Granato et al. 2016). Im Ergebnis ist eine Prozesskette als Systematisierung notwendiger Gelingensbedingungen des Zugangs zu und der Gestaltung von heterogenitätssensibler dualer Ausbildung mit alten Ansätzen aus dem Modellversuchsschwerpunkt und neuen Ansätzen der aktuellen betrieblichen Praxis für Jugendliche mit/ohne Fluchthintergrund entstanden.

Als Transferprodukt ist eine Veröffentlichung in der BIBB-Reihe „Berufsbildung in der Praxis“ publiziert worden (siehe Vogel und Scheiermann 2019). Mit der Prozesskette wurde eine Möglichkeit für die Verbesserung der strukturellen Voraussetzungen für die Integration von Geflüchteten in die duale Ausbildung dargestellt. In knapp 15 Vorträgen vor Akteuren der Berufsbildungspraxis, -politik und -forschung wurden die Ergebnisse des Entwicklungsprojektes der (Fach-)Öffentlichkeit präsentiert (intensiver Wissenschafts-Praxis-Politik-Dialog). Nüchtern muss jedoch festgestellt werden, dass es bei dieser Darstellung einer Publikation und Vorträgen bislang geblieben ist und der Transfer auch aufgrund des Projektumfangs und -zeit des Entwicklungsprojektes nicht mehr aktiv verfolgt wird. Mögliche Ansatzpunkte für einen weiteren Transfer sind in einigen Fachbeiträgen verbunden mit einer Reihe von Empfehlungen zur Integration von am Ausbildungsmarkt benachteiligten Jugendlichen und hier insbesondere der Gruppe der Geflüchteten für die (Berufs-)Bildungspolitik veröffentlicht worden (siehe Scheiermann 2019a; Scheiermann 2019b; Scheiermann und Vogel 2019;

Vogel et al. 2018). Diese Empfehlungen betreffen beispielsweise die nachfolgenden Aspekte:

- Chancengerechter Zugang in berufliche Aus- und Weiterbildungsangebote
- Wahrnehmung und Anerkennung von Potenzialen und Kompetenzen
- Frühzeitige Berufsausbildungshilfe ermöglichen
- Stärkung und Weiterentwicklung betriebsnaher berufsorientierender Maßnahmen
- Erleichterung des Zugangs zur beruflichen Erstausbildung über betriebliche Praktika
- Fortwährende Unterstützung der Betriebe
- Vorbereitung/Qualifizierung des Ausbildungspersonals
- Flexibilisierungsmöglichkeiten im Übergangsbereich und in der dualen Ausbildung ermöglichen
- Nutzung und Weiterentwicklung von biografieorientierten Formaten der Potenzialanalyse

Insofern bieten die Ergebnisse des Transferprojektes wie allzu oft zahlreiche Anknüpfungspunkte für einen Transfer in die Berufsbildungspraxis und Berufsbildungsforschung. Doch für diesen weiteren Transfer bedarf es wieder „professionelle Unterstützung, Rückenwind von übergeordneten Stellen in Politik und Wirtschaft und ausreichende Ressourcen.“ (Schemme 2017, S. 35) Konkret sollten bspw. – unter der Einbindung wissenschaftlicher Begleitforschung – Programme initiiert und gefördert werden, die oben genannte Empfehlungen aufnehmen und mit der Gruppe der Geflüchteten erproben sowie verstetigen.

Literatur

- Büchter, K. (2018). Programmförderung als politische Strategie – Kritische Fragen an Anspruch und Wirksamkeit. *BWP*, 5/2018, (S. 16–19).
- Dietrich, A. (2013). Die Transferdiskussion in der Modellversuchsforschung im Spannungsfeld pluraler Interessen und Qualitätserwartungen. In E. Severing & R. Weiss (Hrsg.), *Qualitätsentwicklung in der Berufsbildungsforschung* (S. 89–104). Bonn: BIBB.
- Dobischat, R. & Münk, D. (2019). Forschungssteuerung durch öffentliche Programmförderung. Kritische Anmerkungen zu ihrer Wirksamkeit und ihren (nicht intendierten) Effekten. *berufsbildung*, 178, (S. 6–8).
- Euler, D. (2005). Transfer von Modellversuchsergebnissen in die Berufsbildungspraxis – Ansprüche, Probleme, Lösungsansätze. *ZBW*, H. 1, (S. 45–57).
- Fischer, M., Gaylor, C., Follner, M., Kohl, M. & Kretschmer, S. (2017). Innovationen in der Berufsbildung verbreiten – die Bedeutung von Modellversuchsprogrammen für den Ergebnistransfer. In D. Schemme, H. Novak & I. Garcia-Wülfing (Hrsg.), *Transfer von Bildungsinnovationen – Beiträge aus der Forschung* (S. 243–264). Bielefeld: wbv.
- Granato, M., Neises, F., Bethscheider, M., Garbe-Emden, N., Junggeburth, C., Prakopchik, Y. & Raskopp, K. (2016). Wege zur Integration von jungen Geflüchteten in die berufliche Bildung – Stärken der dualen Berufsausbildung in Deutschland nutzen. <https://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/download/803>. Zugegriffen: 28. November 2019.

- Helfferich, C. (2014). Leitfaden- und Experteninterviews. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (S. 559–574). Wiesbaden: Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0_39
- Jenewein, K. (2007). Modellversuche und Entwicklungsprojekte in der Berufsbildung. Zum Selbstverständnis wissenschaftlicher Begleitforschung. In *BWP*, H. 1/2007, (S. 5–9).
- Kirchhöfer F., Wilbers K. (2019). Weichenstellung für Ausbildung und Beruf. Studentisches Mentoring für Neuzugewanderte und Geflüchtete während einer dualen Ausbildung. In *BWP*, 49, (S. 57–59).
- Künzli, B. (2012). SWOT-Analyse. Ein klassisches Instrument der Strategieentwicklung mit viel ungenutztem Potenzial. In *zfo – Zeitschrift Führung + Organisation*, 02/2012, (S. 126–129).
- Mayring, P. (2015). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim: Beltz. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0_38
- Meffert, H., Burmann, C. & Kirchgeorg, M. (2015). *Marketing. Grundlagen marktorientierter Unternehmensführung*. Wiesbaden: Springer. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-02344-7>
- Nickolaus, R., Gönnewein, A. & Petsch, C. (2010). Die Transferproblematik im Kontext von Modellversuchen und Modellversuchsprogrammen. In: *ZfE*, 13/2010, (S. 39–58). <https://doi.org/10.1007/s11618-010-0112-0>
- Scheiermann, G. (2019a). Die Integration Geflüchteter in die duale Ausbildung – Ergebnisse eines Entwicklungsprojektes. In M. Becker, M. Frenz, K. Jenewein & M. Schenk (Hrsg.). *Digitalisierung und Fachkräftesicherung. Herausforderung für die gewerblich-technischen Wissenschaften und ihre Didaktiken* (S. 331–344). Bielefeld: wbv.
- Scheiermann, G. (2019b). Wer bestimmt den Kurs? – Die Frage der Steuerung Geflüchteter in der beruflichen Bildung. In *berufsbildung*, H. 178, (S. 9–11).
- Scheiermann, G. & Vogel, C. (2019). Warum das Rad neu erfinden? Transferpotenziale aus der Modellversuchsforschung zur Förderung der Integration von Geflüchteten. In F. Gramlinger, C. Iller, A. Ostendorf et al. (Hrsg.): *Bildung = Berufsbildung?!* (S. 297–310). Bielefeld: wbv.
- Schemme, D. (2017). Wissenstransfer als mehrseitiger responsiver Prozess jenseits der Linearität. In D. Schemme, H. Novak, I. Garcia-Wülfiging (Hrsg.). *Transfer von Bildungsinnovationen – Beiträge aus der Forschung* (S. 13–38). Bielefeld: wbv.
- Severing, E. (2005). Wozu Modellversuche? Zum Verhältnis von Modellversuchsforschung und Berufsbildungspolitik. https://www.f-bb.de/fileadmin/user_upload/Wozu_Modellversuche-2005_01.pdf. Zugegriffen: 28. November 2019.
- Vogel, C., Münk, D., Scheiermann, G. & Lüders, M. (2018). 3.4.304 – Prozesskette zur nachhaltigen Integration von Geflüchteten in die duale Ausbildung. Abschlussbericht. https://www.bibb.de/tools/dapro/data/documents/pdf/eb_34304.pdf. Zugegriffen: 28. November 2019.
- Vogel, C. & Scheiermann, G. (2019). *Vielfalt in der beruflichen Bildung – betriebliche Ausbildung von Geflüchteten*. Bonn: BIBB.
- Weiß, R. (2017). Vorwort: Transfer von Bildungsinnovationen – Beiträge aus der Forschung. In D. Schemme, H. Novak, I. Garcia-Wülfiging (Hrsg.). *Transfer von Bildungsinnovationen – Beiträge aus der Forschung* (S. 5–6). Bielefeld: wbv.
- Westhoff, G. & Ernst, H. (Hrsg.) (2016). *Heterogenität und Vielfalt in der beruflichen Bildung: Konzepte, Handlungsansätze und Instrumente aus der Modellversuchsforschung*. Bielefeld: wbv.
- Wollny, V. & Paul, H. (2015). Die SWOT-Analyse: Herausforderungen der Nutzung in den Sozialwissenschaften. In M. Niederberger & S. Wassermann (Hrsg.). *Methoden der Experten- und Stakeholdereinbindung in der sozialwissenschaftlichen Forschung* (S. 189–213). Wiesbaden: Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-01687-6_10

Kommunikationsstrategien in einer Längsschnittstudie zur Bildungsintegration von Geflüchteten

Praxiserfahrungen aus ReGES –
Refugees in the German Educational System

Dominik Weigand & Christin Förster

Zusammenfassung

Die Panelstudie Refugees in the German Educational System (ReGES) beschäftigt sich mit der Integration heranwachsender Geflüchteter in das deutsche Bildungssystem und den daraus resultierenden Effekten für die Sozialintegration dieser Bevölkerungsgruppe. Aus der Anlage als quantitative Längsschnittstudie und der speziellen Zielpopulation ergeben sich je nach Studienphase unterschiedliche Ausformungen von Transfer. Dies sind z. B. während der Studienvorbereitung die Kommunikation mit politischen und institutionellen Entscheidungsträger*innen, während der Studienrealisierung die Teilnehmendenkommunikation und Panelpflege und während der Studienaufbereitung die Kommunikation wissenschaftlicher Erkenntnisse in Wissenschaft, Politik und Praxis. Damit verbunden sind jeweils auch spezifische Anforderungen und Herausforderungen, wie bspw. die Berücksichtigung von kulturellem Hintergrund, Sprache und Bildungsstand oder die zielgruppenspezifische Aufbereitung von Forschungsergebnissen.

1. Einleitung

Der Transfer wissenschaftlicher Inhalte und Erkenntnisse nimmt am Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (LIfBi) verschiedene Formen an. Zu unterscheiden sind etwa Transfer in Wissenschaft und Forschung, Transfer in Politik und Praxis sowie der Transfer in Richtung spezifischer Zielpersonen, z. B. der Teilnehmenden einer Studie. Der Fokus dieses Beitrages soll auf dem Transfer im Sinne von Aufklärung oder Bereitstellung von Informationen liegen. Gerade hinsichtlich gesellschaftlich besonders relevanter und politisch stark aufgeladener Gegenstandsbereiche wie Migration spielt diese Form des Transfers eine große Rolle. Innerhalb entsprechender Forschungsprojekte müssen dabei verschiedene Personengruppen berücksichtigt werden. Auf der einen Seite sind dies politische und administrative Institutionen sowie Einzelpersonen, die zentrale Schaltstellen besetzen und bedeutsam für die formale Unterstützung und den Zugang zu den Befragungspersonen sind. Hier ist Transfer eher im Sinne von kooperativem Handeln zu verstehen. Ziel ist es von diesen Stellen, wo nötig, Rückhalt für die verschiedenen studienspezifischen Maßnahmen zu erhalten. Zu diesem Zweck wurden entsprechende Informationsmaterialien zur Verfügung gestellt.

Auf der anderen Seite sind dies die Zielpersonen der Erhebungen, die ggf. aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse oder der Tatsache, nicht mit dem Prozedere standardisierter Befragungen vertraut zu sein, eine besondere Ansprache benötigen. Transfer ist dann als Kommunikation zu verstehen, in deren Rahmen Aufklärungsarbeit hinsichtlich der verwendeten Erhebungsmethoden, dem wissenschaftlichen Vorgehen und der Verwertung der Studienergebnisse geleistet wird. Gleichzeitig beinhaltet Transfer hier die Kommunikation von Ergebnissen als Mittel der Panelpflege. In beiden Fällen wird einfache Sprache als Kommunikationsmittel verwendet.

In diesem Beitrag sollen anhand der Vorgehensweise in ReGES¹ Wege für eine erfolgreiche Kommunikationsstrategie zur Adressierung der genannten Gruppen vorgestellt werden.

2. Die ReGES-Studie – ein Überblick

ReGES stellt eine Längsschnittstudie dar, die sich mit der Untersuchung (1) individueller Bildungskarrieren von Personen mit Fluchthintergrund sowie (2) Faktoren, die Integration fördern oder behindern können, befasst. Die Studie wird durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert, ist am LIfBi beheimatet und wird in Zusammenarbeit mit dem Erhebungsinstitut „infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH“ durchgeführt. Die Projektlaufzeit von ReGES begann im Juli 2016 und endet im Juni 2021.

Das Studienkonzept sieht vor, dass innerhalb dieser fünf Jahre zwei verschiedene Geflüchtetenkohorten an bis zu sieben Zeitpunkten in verschiedenen Interviewmodi (CAPI/CASI, CATI, CAWI; s. Glossar) befragt werden. Im Fokus stehen dabei Kinder aus geflüchteten Familien (RC1), die zum Zeitpunkt der ersten Erhebung vier Jahre oder älter sein mussten und noch nicht in der Grundschule waren, sowie Jugendliche aus Geflüchtetenfamilien (RC2), die zum Zeitpunkt der ersten Erhebung 14 Jahre oder älter waren und sich noch in der Sekundarstufe I des deutschen Bildungssystems befanden bzw. vor dem Übergang in die Sekundarstufe II oder die Berufsausbildung standen. Dabei geben die jeweiligen Eltern Auskunft über die RC1-Kinder, während die RC2-Jugendlichen in ihrer Kohorte die Hauptauskunftsperson stellen (Will et al. 2018).

Eine Besonderheit der ReGES-Studie ist, dass die Befragungen in den verschiedenen Landessprachen der adressierten Geflüchtetengruppen stattfanden. So wurden in der ersten Welle die Befragungsinstrumente in acht Sprachen angeboten (Arabisch, Deutsch, Englisch, Kurmandschi, Französisch, Paschtu, Farsi und Tigrinya). Für die nachfolgenden Wellen wurde das Sprachenangebot auf die vier erstgenannten Sprachen (sog. Panelsprachen) reduziert.

¹ Das diesem Artikel zugrundeliegende Vorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) unter dem Förderkennzeichen FLUCHT03 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei der Autorin und dem Autor.

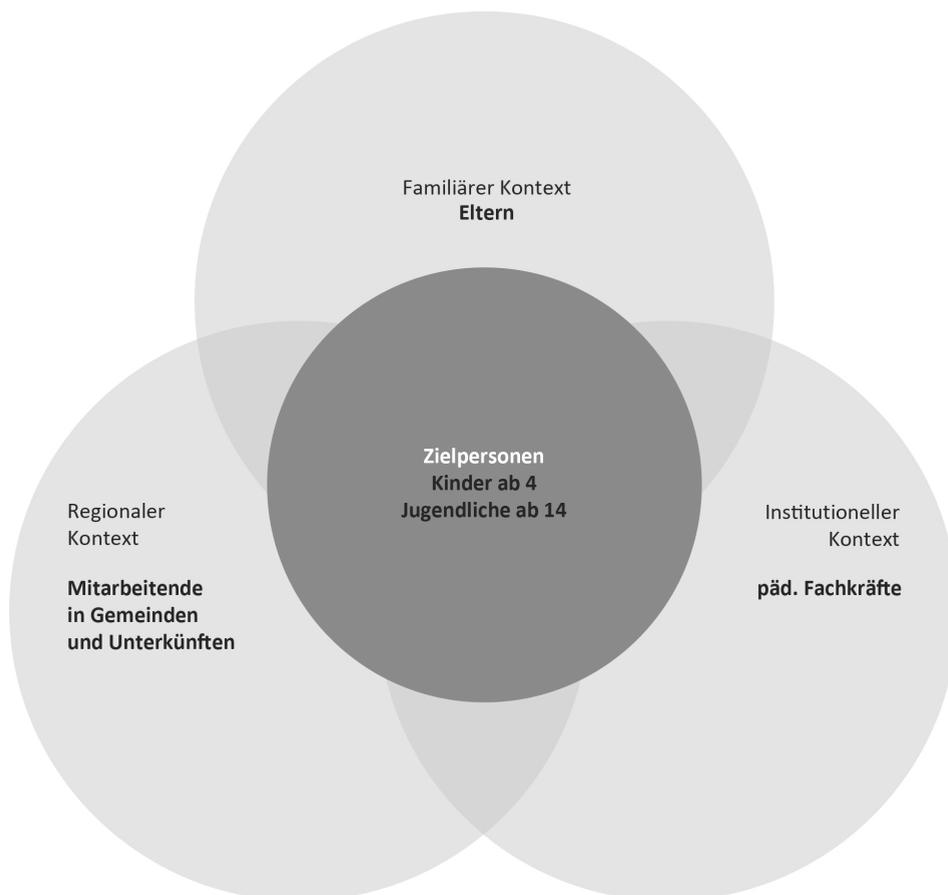


Abb. 1: Überblick über Befragungs- und Auskunftspersonen in ReGES; Quelle: ReGES.

Zusätzlich zu den Befragungen der Kinder und Jugendlichen finden im Rahmen der ersten, vierten und letzten Welle papierbasierte Interviews (PAPI) mit den Lehrkräften bzw. Erzieher*innen der Kinder und Jugendlichen statt (IK-Feld). Im Kontext der ersten Erhebungswelle fanden zudem Interviews mit Personen statt, die auf kommunaler Ebene haupt- oder ehrenamtlich in der Geflüchtetenarbeit tätig sind (RK-Feld).

Die ReGES-Studie findet in den fünf Bundesländern Bayern, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen statt.

3. Einordnung der Transfermaßnahmen in den Studienverlauf

Transfer im Rahmen von ReGES orientiert sich am Leitbild „Leibniz-Transfer“ der Leibniz-Gemeinschaft, wonach unter erfolgreichem Wissenstransfer „die zielgruppenspezifische und qualitätsgesicherte Übersetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse sowie umgekehrt die Integration von gesellschaftlich generierten Fragestellungen in

Forschungsvorhaben“ (Projektgruppe Leitbild Wissenstransfer 2019, S. 1) verstanden wird. Letzterem wird ReGES bereits durch seinen Forschungsgegenstand gerecht, indem es mit dem Themenbereich „(Bildungs-)Integration von Geflüchteten“ eine Frage aufgreift, die im Fokus des gesellschaftlichen Interesses steht. Auch den erstgenannten Aspekt erfüllte ReGES, indem den Zielpersonen bereits während der Erhebungen Ergebnisse zurückgespielt werden. Diese Praxis der Rekontextualisierung soll mit Hilfe wissenschaftlicher Publikationen auf Basis der ReGES-Daten noch weiter ausgebaut werden, mit dem Ziel „Akteure außerhalb der Wissenschaft in die Lage [zu versetzen, Anm. d. Verf.], wissenschaftliche Erkenntnisse, ihre Voraussetzungen, aber auch ihre Grenzen zu verstehen und anzuwenden“ (ebd., S. 1).

Hinsichtlich der Transfermaßnahmen im Projektverlauf von ReGES müssen Zeitpunkt und Adressaten berücksichtigt werden. Die zeitliche Dimension gliedert sich dabei in die Phasen vor, während und nach den Erhebungen. Je nach Phase sind unterschiedliche Adressaten relevant, wobei sich auch zeitliche Überlappungen ergeben. Adressaten sind neben Wissenschaft, Politik und Praxis insbesondere die Zielpersonen der Studie. In der Phase der Studienvorbereitung spielten bspw. neben der Einholung von Expertise aus der Wissenschaft speziell die Aufklärung von politischen und administrativen Institutionen über die Vorgehensweise und Ziele von ReGES eine große Rolle, um entsprechende Unterstützung zu erhalten. In der Phase der Studienrealisierung stehen dagegen z. B. eher die Panelpflege zur Absicherung der Stichprobenstabilität und die Einholung von Genehmigungen staatlicher Stellen für die Befragungsinhalte, die im Schulkontext zum Einsatz kommen, im Fokus. In der Phase der Studienaufbereitung soll eine stärkere Verlagerung in Richtung Publikationstätigkeit stattfinden, um Wissenschaft und Politik über die Ergebnisse von ReGES zu informieren. Zusätzlich werden z. B. auf Anfrage Informationen an die *Scientific Community* im Sinne eines *Lessons Learned* zurückgespielt, um die Arbeit zukünftiger Forschungsprojekte zu erleichtern.

Transfer in Politik und Praxis spielt aufgrund des Forschungsgegenstandes von ReGES in jeder der genannten Phasen eine Rolle. Beispiele hierfür sind Projektpräsentationen (z. B. Poster, Messestand) auf Veranstaltungen des BMBF, die sowohl an Vertreter*innen der Politik als auch der Praxis gerichtet sind. Ziel ist es, u. a. die Sichtbarkeit der Studie zu erhöhen und für Beratungsleistungen zur Verfügung zu stehen.

Transfer in Form kooperativen Handelns und Forschens in Richtung Wissenschaft startete bereits weit vor den ersten Erhebungen mit Vorträgen zur Machbarkeit einer Geflüchtetenstudie auf Konferenzen und bei Einrichtungen, die eine Studie zu Geflüchteten oder Migrierten planen, und setzt sich bis weit nach Beendigung der Studie fort. Auch der Transfer in Richtung der Zielpersonen als Mittel der Panelpflege ist strenggenommen in jeder Studienphase relevant, allerdings nimmt dessen Bedeutung mit Beendigung der Erhebungen stetig ab. Für die Lehrkräfte und Erzieher*innen wird ein anhaltendes professionelles Interesse an der Thematik Integration angenommen, das durch wissenschaftliche Publikationen adressiert werden kann, da sie auch nach Ende der Teilnahme an ReGES mit den Kindern und Jugendlichen in Kontakt stehen werden.

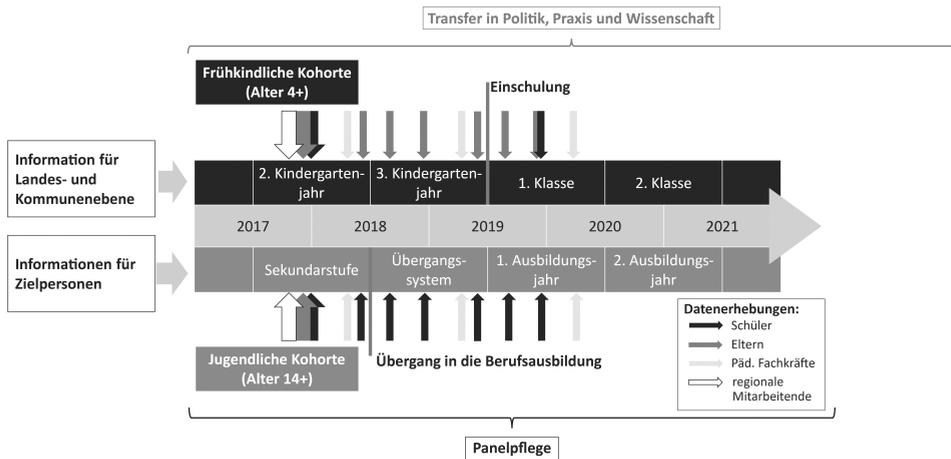


Abb. 2: Studienkonzept und Transfermaßnahmen im Studienverlauf; Quelle: Will et al. 2018, S. 10 (Ergänzungen: Eigene Darstellung).

Innerhalb dieses Beitrages möchten wir uns auf Transfer als Vermittlung von Informationen an Politik und Gemeinden sowie Ziel- und Kontextpersonen konzentrieren. Im Fokus stehen dabei der Transfer in Politik und Praxis vor Beginn der Feldphase sowie der Transfer in Richtung der Zielpersonen sowohl im Vorhinein der Studie als auch als Panelpflege während der Erhebungen.

Bevor mit den Datenerhebungen im Kontext von ReGES begonnen wurde, wurde eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um verschiedene Stellen über ReGES zu informieren. So wurden politische und administrative Institutionen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene in Kenntnis gesetzt und Informationsveranstaltungen angeboten. Außerdem wurden Informationen für Vollzeitkräfte und Freiwillige bereitgestellt, die mit den Geflüchteten in den jeweiligen Gemeinden arbeiten. Daneben gab es spezielle Informationspakete für die ReGES-Zielpersonen, d.h. in erster Linie die Kinder und Jugendlichen oder deren Eltern, aber auch für das IK- und RK-Feld. Die genannten Gruppen bekamen als Adressaten der verschiedenen Erhebungswellen im Vorfeld der Studie das Studienfaltblatt, ein Anschreiben und Datenschutzinformationen zur Verfügung gestellt, die auf die jeweilige Zielgruppe zugeschnittene bzw. speziell für die jeweilige Zielgruppe zusammengestellte Informationen enthielten.

Zwischen und während der Befragungswellen wurden zudem Maßnahmen zur Panelpflege getroffen. Diese bestanden im Wesentlichen aus Erinnerungen, Dankeschreiben, speziell gestalteten Postkarten und Ergebnismeldungen, die per Post, per E-Mail oder per infas-App versandt wurden, sowie kleinen Präsenten, wie z. B. Drogerie-Gutscheinen, Malbüchern oder Rätselblöcken.

4. Transfer in Politik und Kommunen

Aus dem Design als mehrere Bundesländer übergreifende, quantitative Längsschnittstudie und im Hinblick auf die spezielle Zielpopulation ergaben sich im Rahmen der Vorbereitungsphase von ReGES besondere Anforderungen an die Kommunikation mit politischen und institutionellen Entscheidungstragenden. Vor Studienbeginn wurden deshalb zunächst verschiedene Maßnahmen zur Informierung der zuständigen Landesministerien und Integrationsbeauftragten getroffen, um institutionellen Rückhalt für die Befragung der unterschiedlichen Zielgruppen zu erhalten. Danach wurden Informationsveranstaltungen in den von den Befragungen betroffenen Gemeinden abgehalten, um die Verantwortlichen in den Kommunen für die Studie zu sensibilisieren.

Auf der Bundeslandebene wurden die jeweiligen Innen- und Kultusministerien, die Kultusministerkonferenz und die Integrationsbeauftragten der Länder informiert. Die Unterrichtung der genannten Institutionen hatte verschiedene Zielsetzungen: So wurden die zuständigen Referate der Innenministerien der Länder primär aus Gründen der Stichprobenziehung informiert. Die Problematik bestand darin, dass es für ReGES nicht möglich war eine Stichprobe der Zielpersonen aus dem Ausländerzentralregister (AZR) zu ziehen. Zur Ermittlung der Adressen der Zielpersonen wurde deshalb eine Gruppenauskunft bei den Einwohnermeldeämtern angefragt (Will et al. 2018).

Um einen reibungslosen Ablauf der Auskunftsanfragen zu garantieren, wurden die Innenministerien der Länder als übergeordnete Aufsichtsbehörden über die Befragungen der Geflüchteten im Kontext von ReGES in Kenntnis gesetzt. Ziel war es, dass bei Anfragen aus den Kommunen an die Ministerien keine Informationsdefizite existieren, die einen Stopp der Stichprobenziehung nach sich ziehen könnten. Gleichzeitig wurde eine Informiertheit der Innenverwaltungen der teilnehmenden Bundesländer auch aus allgemein- und sicherheitspolitischer Relevanz der Diskussion um Geflüchtete als bedeutsam angesehen und es wurde angenommen, dass sich die Akzeptanz und Rückendeckung durch die Innenministerien der Länder positiv auf den „weiteren Verlauf der kommunikativen Bemühungen auf zahlreichen Ebenen“ (Hess et al. 2017, S. 13) auswirken würden. Die Melderechtsreferate der Innenministerien der Länder sowie die Einwohnermeldeämter der Kommunen erhielten in diesem Zusammenhang ein Schreiben von infas, in dem über ReGES und den Antrag auf Gruppenauskunft aus den Melderegistern Auskunft gegeben wurde. Je nach adressierter Institution enthielten die Schreiben eine kurze Erläuterung der rechtlichen Grundlage für die Gruppenauskunft, die beteiligten (Forschungs-)Institute, einen Hinweis auf die Förderung durch das BMBF, Informationen über die zu befragenden Personengruppen, das Erhebungsgebiet und das methodische Vorgehen der Studie. Das Schreiben an die Einwohnermeldeämter wurde zudem durch ein Begleitschreiben des BMBF ergänzt, in welchem im Wesentlichen nochmals um Unterstützung der Studie durch die Einwohnermeldeämter gebeten wurde.

Die Kultusministerien der Länder und die Kultusministerkonferenz (KMK) wurden auf ReGES aufmerksam gemacht, da sich von Seiten der Schulen ggf. Rückfragen

an die Ministerien ergeben können. Eine Informierung der Kultusministerien war jedoch auch insofern notwendig und obligatorisch, als dass im späteren Verlauf der Studie spezifische Erhebungsmaterialien (z. B. Instrumente zur Befragung der institutionellen Kontextpersonen) und der Zugang zu den Schulen durch diese genehmigt werden mussten.

An die Integrationsbeauftragten der an ReGES beteiligten Länder erging ein Informationsangebot, um Rückendeckung für die Befragungen in den Gemeinschaftsunterkünften in den Gemeinden zu erhalten.

Das Informationsangebot an die Institutionen auf Bundeslandebene unterschied sich nur in Nuancen. Alle Institutionen wurden in einem Infobrief darüber aufgeklärt, wer für ReGES zuständig ist (BMBF, LIfBi, infas), in welchen Bundesländern ReGES stattfindet, wer die Zielpersonen von ReGES sind und warum die jeweilige Institution informiert wurde. Dem Schreiben beigelegt war zusätzlich das Studienfaltblatt, das über die Gründe für ReGES, die Ziele der Studie, die Zielpersonen, das Erhebungsdesign und in welchen Bundesländern ReGES Erhebungen durchführt werden, informierte. Ein weiteres Angebot war eine Vorstellung von ReGES vor Ort in der jeweiligen Institution. Diese Option wurde jedoch nur vom Amt für Arbeit und Soziales der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Hamburgs und dem Integrationsbeauftragten aus Bayern in Anspruch genommen. Die Projektvorstellung bei der KMK erfolgte eingebettet in eine Präsentation zu ausgewählten Projekten am LIfBi und ist insofern losgelöst vom genuin für ReGES entwickelten Informationsangebot. Von den Innen- und Kultusministerien wurden keine Projektpräsentationen gewünscht. In den Präsentationen wurde detailliert über den Anstieg der Fluchtzuwanderung als Hintergrund der Studie, die Ziele und Forschungsfragen, die vier Dimensionen der Sozialintegration nach Esser (2000) als theoretischen Hintergrund, die Gründe für die Auswahl der jeweiligen Bundesländer als Erhebungsgebiete, das Erhebungsdesign und die Erhebungskonstrukte bzw. Befragungsinhalte für die Zielpersonen (RC1-Kinder bzw. deren Eltern und RC2-Jugendliche) sowie die Mitarbeitenden in den Gruppenunterkünften und das pädagogische Fachpersonal aufgeklärt.

Die Adressaten auf Gemeindeebene waren hauptsächlich Personen, Vereine und Verbände, die hauptamtlich für die Unterbringung und Betreuung der Geflüchteten in den Gemeinden verantwortlich waren oder auf freiwilliger Basis einen Beitrag zur Geflüchtetenarbeit leisteten², sowie kommunale Mitarbeiter*innen bzw. die Kommunen selbst. Hintergrund dieser Maßnahme war die Annahme, dass die Erstkontaktaufnahme mit den Zielpersonen der ReGES-Studie erfolgreicher verläuft, wenn sie

2 Hauptamtliche kommunale Mitarbeiter*innen der Gemeinde- oder Stadtverwaltung und der Landkreise (z. B. kommunale Integrationsbeauftragte, Fachdienste Migration/Integration, Sozialamtsleitende oder Sozialarbeiter*innen), Vertreter*innen in der Geflüchtetenarbeit aktiver gemeinnütziger Träger (z. B. Rotes Kreuz, Caritas oder Diakonie), ehrenamtliche Mitarbeitende der örtlichen Geflüchtetenetzwerke (Will et al. 2018).

Akteur	Bundeslandebene				Gemeindeebene
	Zuständige Referate der Innenministerien der Länder	Kultusministerien der Länder	Kultusministerkonferenz	Integrationsbeauftragte der Länder	Kommunen
Informationsangebot	<ul style="list-style-type: none"> • Infobrief • Studienfaltblatt • Vorstellung von ReGES vor Ort 	<ul style="list-style-type: none"> • Infobrief • Kurzzusammenfassung von ReGES • Vorstellung von ReGES vor Ort 	<ul style="list-style-type: none"> • Infobrief • Kurzzusammenfassung von ReGES • Vorstellung von ReGES vor Ort 	<ul style="list-style-type: none"> • Infobrief • Kurzzusammenfassung von ReGES • Vorstellung von ReGES vor Ort 	<ul style="list-style-type: none"> • Einladungsbrief • Studienfaltblatt • Informationsveranstaltungen vor Ort
Umsetzung	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Präsentation vor Ort 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Präsentation vor Ort 	<ul style="list-style-type: none"> • Projektvorstellung (Prof. Roßbach) 	<ul style="list-style-type: none"> • Projektvorstellung (Dr. Will) nur in Hamburg und Bayern 	<ul style="list-style-type: none"> • 50 Veranstaltungen à 120 Minuten (ReGES + infas)
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung für Gruppenauskunft aus Melderegister 	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung für Befragung der Lehrkräfte und Erzieher*innen 	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung für Befragung der Lehrkräfte und Erzieher*innen 	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung für Befragungen in Gemeinschaftsunterkünften 	<ul style="list-style-type: none"> • Informierung über ReGES in Kommune • Unterstützung bei Durchführung

Abb. 3: Informationsangebot auf Bundeslandebene und kommunaler Ebene;
Quelle: Eigene Darstellung.

Vertrauen gegenüber der Studie und in die Interviewenden entwickeln. Entsprechend sollten im Vorfeld der Studie insbesondere solche Kontextpersonen als Gatekeeper (s. Glossar) gewonnen werden, die von den Geflüchteten potentiell als Vertrauenspersonen angesehen werden (Will et al. 2018).

Die Kontaktaufnahme mit den Kommunen erfolgte über eine Einladung zu Informationsveranstaltungen in den Gemeinden vor Ort, der jeweils das ReGES-Studienfaltblatt beigelegt war. Insgesamt wurden 50 Informationsveranstaltungen mit je 120 Minuten Dauer als Kooperation des ReGES-Projektteams mit den infas-Projektmitarbeitenden angeboten. Die Veranstaltungen gliederten sich dabei in eine Projektpräsentation und eine Fragerunde, die Gelegenheit zum Austausch mit den Beteiligten bieten sollte. In diesem Rahmen diskutierte Aspekte fanden bspw. Eingang in die Inhalte der Fragebogen und die Schulung der Interviewer*innen. Die explizite Teilnahme von Mitgliedern des ReGES-Teams am LifBi sollte dabei die Bedeutung der Studie und ihrer Ziele unterstreichen.

Mit den kommunalen Informationsveranstaltungen wurden verschiedene Zielsetzungen verfolgt. Grundlegende Absichten waren die Informierung der Verantwortlichen in den Kommunen über ReGES und Werbung um Unterstützung bei der Durchführung der Studie. Hieraus leitet sich eine Reihe von spezifischeren Zielen ab (Will et al. 2018):

1. Ehren- und hauptamtliche Mitarbeitende sollten befähigt werden, Geflüchtete zu informieren, die zur Teilnahme an der ReGES-Studie eingeladen wurden. Dies bedeutete einerseits Fragen beantworten zu können, die sich ggf. aus den postalischen Anschreiben an die Studienteilnehmenden ergeben. Andererseits sollten die Geflüchteten durch die Mitarbeitenden vor Ort von der Bedeutsamkeit und Relevanz der Studienziele überzeugt werden.
2. Der Zugang zu den Gemeinschaftsunterkünften sollte erleichtert werden, da dies für manche Kommunen als problematisch erachtet wurde.

3. Es sollte eine Erhöhung der Bereitschaft zur Teilnahme an der parallel zur Befragung der Geflüchteten verlaufenden Befragung von Mitarbeitenden in den Kommunen oder Gemeinschaftsunterkünften erreicht werden.

5. Theoretischer Hintergrund zum Informationstransfer in Richtung der Ziel- und Kontextpersonen

Die Teilnahme an Längsschnittstudien wie der ReGES-Studie ist für die Zielpersonen freiwillig, aber auch zeitaufwendig und verlangt häufig die Preisgabe sensibler Daten. Dabei lässt die Teilnahme für die Zielpersonen meist keinen unmittelbaren Nutzen erkennen. Unter diesen Bedingungen Vertrauen zu schaffen, welches langfristig eine Panelidentität generiert und Panelstabilität schafft, ist ausschlaggebend für den Erfolg der Studie, aber schwierig zu erreichen (Giddens 1991). Dieses Vertrauen zu schaffen ist das Ziel des Informationstransfers in Richtung der Zielpersonen. Es wird generiert durch die Wahrung von Kontinuität (Schütz und Luckmann 2017) in der stetigen Vermittlung von Informationen über die Studie. Diese Informationen betreffen Inhalte, Ablauf und den offiziellen Charakter der Studie sowie die Aufklärung über die Datenverarbeitung, die regelmäßige Kommunikation von zielgruppenspezifisch aufbereiteten Studienergebnissen in Faltblättern oder Broschüren und den Ausdruck der Wertschätzung der Teilnehmenden. Ziel ist die langfristige Bindung der Teilnehmenden an die Studie und das Aufrechterhalten von Interesse und Teilnahmebereitschaft. Zudem wird Vertrauen durch die Nennung von Ansprechpersonen erzeugt.

Im Rahmen der ReGES-Studie wird mit Teilnehmenden mit verschiedenen kulturellen und religiösen Hintergründen sowie unterschiedlichen Herkunftssprachen kommuniziert. Jede und jeder Einzelne von ihnen muss dabei bestmöglich angesprochen und wertgeschätzt werden, was das Verständnis für die alltägliche Lebenswelt der angesprochenen Personen und deren Einbeziehung in die Kommunikation mit ihnen erfordert. Dabei sind Eins-zu-eins-Übersetzungen von Botschaften nicht möglich, da kulturelle Codes auf einer Bedeutungsebene hinter der sprachlichen Oberfläche liegen (Saussure 1997). Eine kulturell adäquate Vermittlung von Inhalten an die Zielgruppe der ReGES-Studie geht daher über eine rein sprachliche Übersetzung hinaus und erfordert die Betrachtung der Inhalte vor dem jeweiligen kulturellen Kontext. Hier muss die lebensweltliche Sinnkompetenz von Akteur*innen aus unterschiedlichen Kulturkreisen mit den Standardisierungserfordernissen im Rahmen quantitativer Sozialforschung verbunden werden.

Eine besondere Rolle in der Kommunikation mit Teilnehmenden mit unterschiedlichstem kulturellem und religiösem Hintergrund spielt die Rücksichtnahme auf spezifische Symbole und Tabus. Dies bezieht sich z. B. auf das Schriftbild sowie auf den Einsatz von Symbolen und Farben, die in einigen Herkunftsregionen der Studienteilnehmer*innen kulturell und religiös aufgeladen sein können. Dabei müssen folgende Aspekte geprüft werden: Welche bildlichen und sprachlichen Symbole können über die Kulturen hinweg verständlich und bedeutungsadäquat vermittelt werden? Wel-

che Symbole transportieren in der direkten Übersetzung eine kritisch differente oder missverständliche Bedeutung? Auch die Bildsprache spielt eine entscheidende Rolle. Sie soll ermöglichen, dass sich alle angesprochenen Personen wiederfinden können.³ Die Vermeidung von missverständlicher Sprache und Symbolik wird durch den Rückgriff auf Expertenwissen aus verschiedenen Kulturen und Lebenswelten sichergestellt. So wurde in die Planung und Erarbeitung von Maßnahmen zur Panelpflege und Teilnehmendenkommunikation die Expertise von Expert*innen zu kulturellen und sprachlichen Aspekten des Arabischen sowie aus der Orientalistik einbezogen.

Zudem muss Rücksicht auf den heterogenen Bildungshintergrund der Zielgruppe genommen werden. Dies bezieht sich neben unterschiedlich entwickelten Lesekompetenzen auch auf ggf. fehlende Erfahrungen mit Befragungen im Rahmen wissenschaftlicher (Längsschnitt-)Studien. Daher wird bei der Formulierung der Botschaften auf eine möglichst einfache Sprache geachtet (Hess et al. 2017). Das umfasst einfache Satzkonstruktionen, verständliche Wortwahl und den Verzicht auf Fachbegriffe. Zudem wird unter Beachtung des unterschiedlichen rechtlichen Status der Zielpersonen in den ersten Informationsmaterialien darauf hingewiesen, dass die Teilnahme an der Studie und die Antworten keinen Einfluss auf den Aufenthaltsstatus oder ein Asylverfahren der Befragten haben.

Auch bei der Erstellung von Informationsmaterialien für die befragten Kontextpersonen werden Informationen zielgruppenspezifisch ausgewählt und aufbereitet. Dabei wird auf den Kontext der Arbeit mit Geflüchteten in den jeweiligen Institutionen eingegangen.

6. Farbschema zur Kennzeichnung der einzelnen Sprachen

Um den Befragten in den verschiedenen Kommunikationsmaterialien und -kanälen die Identifizierung der am besten verstandenen oder präferierten Sprache zu erleichtern, wurde ein Farbschema zur Kennzeichnung der acht Sprachen der ReGES-Studie entwickelt. Diese Kennzeichnung zieht sich durch alle Materialien der Studie hindurch.

7. Informationsmaterialien und -kanäle

Im Rahmen der ReGES-Studie werden verschiedene Maßnahmen und Kanäle zum Transfer von Informationen an die einzelnen Zielgruppen der Studie (vgl. Abb. 3) eingesetzt, beispielsweise gedruckte Faltblätter und Broschüren (vgl. 6.1), Grußkarten, Dankschreiben sowie eine Informationswebseite (vgl. 6.3).

3 Das Konzept zur Bildsprache und farblichen Kodierung der Sprachen entstand am LIfBi in Zusammenarbeit der Arbeitsbereiche ReGES und Öffentlichkeitsarbeit in den Jahren 2016 und 2017. Die Entwicklung und Umsetzung lag in den Händen von Götz Lechner und Kathrin Erbacher.

Zielgruppe	Familien mit Fluchthintergrund		Kontextpersonen	
	RC1: Kinder (bzw. Erwachsene als Befragungspersonen)	RC2: Jugendliche	Institutionelle Kontextpersonen	Kontextpersonen in Kommunen und Gemeinschafts- unterkünften
Maßnahme	<ul style="list-style-type: none"> • Rekrutierungs- faltblatt • Regelmäßige Ergebnisfaltblätter • Grußkarten zum Sommer und zum Jahreswechsel 	<ul style="list-style-type: none"> • Rekrutierungs- faltblatt • Regelmäßige Ergebnisfaltblätter • Grußkarten zum Sommer und zum Jahreswechsel 	<ul style="list-style-type: none"> • Rekrutierungs- faltblatt • Regelmäßige Ergebnisfaltblätter 	<ul style="list-style-type: none"> • Rekrutierungs- faltblatt • Ergebnisflyer
	Informationswebseite mit zielgruppenspezifischen Informationen			
	Direkte Teilnehmendenbetreuung am Leibniz-Institut für Bildungsverläufe und beim beauftragten Erhebungsinstitut infas			

Abb. 4: Instrumente und Kanäle zur Information der einzelnen Zielgruppen der ReGES-Studie;
Quelle: Eigene Darstellung.

Diese Materialien haben zum Ziel, die Teilnehmenden im Vorfeld der Studie sowie im Studienverlauf über verschiedene Aspekte der Studie zu informieren sowie im Studienverlauf immer wieder Studienergebnisse zu präsentieren. Dies soll Panelbindung erzeugen sowie die Motivation zur wiederholten Teilnahme erhalten.

7.1 Gedruckte Informationsmaterialien

Hauptsächlich werden zur Kommunikation mit den Teilnehmenden der ReGES-Studie gedruckte Faltblätter und Broschüren eingesetzt, welche zur Studienanbahnung verteilt wurden und im weiteren Studienverlauf zur Information der Teilnehmenden verschickt werden.

7.1.1 Informationsfaltblätter zur Rekrutierung

Im Vorfeld der Studie wurden Faltblätter mit zielgruppenspezifischen Informationen zur Studie erarbeitet und verteilt bzw. verschickt. Diese richteten sich zum einen an Kontextpersonen in Kommunen und Gemeinschaftsunterkünften sowie in Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen. Zum anderen gab es ein Faltblatt mit Informationen für die Eltern der befragten Kinder sowie eines für die Jugendlichen, in dem diese direkt angesprochen wurden anstatt über ihre Eltern bzw. Erziehungsberechtigten, um Wertschätzung auszudrücken und bei dieser Zielgruppe die Bereitschaft zur Teilnahme zu erhöhen. Die Zuordnung erleichtert auch hier die farbliche Kennzeichnung der einzelnen Sprachvarianten durch einen farbigen Balken am Rand der Faltblätter sowie die Verwendung von Titelbildern, die die jeweilige Zielgruppe symbolisieren.

Zur Rekrutierung der Teilnehmenden sollten grundlegende Botschaften zur Teilnahme an der ReGES-Studie an die Zielpersonen mit Fluchthintergrund übermittelt werden:

- Die Teilnahme an der Studie bringt für die Befragten keine Nachteile, sondern Vorteile und konkrete Verbesserungen mit sich.
- Die positiven Effekte einer erfolgreichen Studie können auf Dauer das Leben aller in Deutschland lebenden Geflüchteten verbessern.
- Die Studie dient rein wissenschaftlichen Zwecken.

In der Kommunikation mit Zielpersonen mit Fluchthintergrund, die häufig wenig Erfahrung mit sozialwissenschaftlicher Forschung haben, muss besonders auf die unbekannte Interview- und Testsituation eingegangen werden. Die Falblätter enthielten daher neben Informationen zu den Hintergründen und Zielen der Studie auch Angaben zum Ablauf und zu den Inhalten der Befragungen. Zudem wurde die Wichtigkeit der Teilnahme an der Studie betont und, je nach Zielgruppe, durch Zitate von Mitwirkenden an der ReGES-Studie unterstrichen. Diese dienten in den Falblättern als Identifikationsfiguren für die Zielpersonen. In den Falblättern wurden zudem Ansprechpersonen für Fragen genannt und auf die Informationswebseite verwiesen.



Abb. 5: Falblätter zur Information der einzelnen Zielgruppen im Vorfeld der Studie;
© LfBi 2017.

7.1.2 Rückmeldematerialien im Studienverlauf

Im Studienverlauf erhöht die regelmäßige Kommunikation von Ergebnissen an die Teilnehmenden erfahrungsgemäß deren Teilnahmebereitschaft. Daher werden für die Teilnehmenden der ReGES-Studie immer wieder Ergebnisse aus der Studie in Form von Falblättern aufbereitet und den Befragten zusammen mit den Anschreiben, die um die Teilnahme an einer weiteren Erhebung bitten, zugeschickt. Diese Ergebnisse zeigen den Zielpersonen den konkreten Nutzen der Studie und lassen sie erkennen, welche Erkenntnisse ihre Teilnahme ermöglicht. Zudem ermöglichen die Ergebnisse ihnen eine bessere Einschätzung der eigenen Situation. Bei der Aufbereitung der Ergebnisse wird darauf geachtet, dass diese für die jeweilige Zielgruppe geeignet sind. Ausgewählt werden deskriptive, wertfrei formulierte Ergebnisse von geringer Komplexität. Diese werden möglichst einfach und verständlich vorgestellt, um Verständnisprobleme, aber auch Missverständnisse sowie Reaktivität und negative Effekte auf die Teilnahmebereitschaft zu vermeiden, die den Studienerfolg gefährden könnten. Die Ergebnisse weisen dabei einen Bezug zur alltäglichen Lebenswelt der jeweiligen Zielgruppe auf, um als interessant und relevant wahrgenommen zu werden.

Während ein Falblatt mit ersten Ergebnissen aus der Studie sowohl Eltern als auch Jugendliche ansprach, wurde im weiteren Studienverlauf entschieden, getrennte



Abb. 6: Flyer zur Ergebnissrückmeldung an die Zielpersonen der ReGES-Studie im Verlauf der Studie; © LIfBi 2019.

Varianten der Ergebnissrückmeldungen für die beiden Startkohorten zu erarbeiten, um die Ergebnisse zielgruppenspezifischer auswählen und aufbereiten zu können.

7.2 Weitere Maßnahmen zur Panelpflege

Um die Panelmortalität möglichst gering zu halten, hat es sich in anderen Studien bewährt, die Teilnehmenden regelmäßig zu kontaktieren, damit das Interesse an der Studie erhalten bleibt und zudem die Aktualität der Adressen auch derjenigen Zielpersonen überprüft werden kann, die nicht an jeder Befragung teilnehmen. Zu diesem Zweck wurden im Sommer sowie zum Jahreswechsel Grußkarten verschickt. Auch hier wurde bei der Auswahl des Kartenmotivs und des Grußes besonderer Wert auf kultursensible Ansprache der Zielpersonen gelegt.

7.3 Informationswebseite

Zusätzlich zu diesen Maßnahmen wird eine Informationswebseite für die Teilnehmenden betrieben. Auf dieser werden Informationen zur Studie und ihren Zielen sowie zum Ablauf und den Inhalten der Befragungen zielgruppenspezifisch aufbereitet und in allen acht Sprachen bereitgestellt. Die Orientierung auf der Seite erleichtert neben der farblichen Unterscheidung der einzelnen Sprachen (vgl. Abschnitt 6 in diesem Kapitel) auch der Einsatz von bereits verwendeten Titelbildern, welche die einzelnen Zielgruppen widerspiegeln.

Auf der Webseite finden die Teilnehmenden Informationen zu Hintergründen und Zielen der Studie, zum Ablauf der Befragungen und einen Ausblick auf die Fragen, die im Rahmen der Erhebungen gestellt werden. Zusätzlich werden Informationen über den Datenschutz und zur Datenverarbeitung in der ReGES-Studie bereitgestellt und Antworten auf grundlegende Fragen zur Studie gegeben. Hier wird beispielsweise dargestellt, wer hinter der Studie steht, wie die Studie durchgeführt wird und warum die Teilnahme wichtig ist. Außerdem werden die Mitarbeitenden der ReGES-Studie vorgestellt, um das Team hinter den Befragungen aus der Anonymität zu heben. Auf einer weiteren Seite finden die Teilnehmenden Kontaktangaben von Ansprechpersonen am Erhebungsinstitut sowie am LIfBi, die Fragen zur Studie beantworten können.

Abb. 7: Landing Page der Informationswebseite für Teilnehmende der ReGES-Studie *www.reges-studie.de*; ©LifBi 2017.

8. Panel-App

Als Kommunikationskanal und Trackingmaßnahme wird zudem eine vom Erhebungsinstitut infas entwickelte Smartphone-App eingesetzt. Über diese können kurze Befragungen administriert werden und Benachrichtigungen versendet werden. In der App werden den Teilnehmenden ähnlich wie auf der Informationswebseite auf einer FAQ-Seite Antworten auf verschiedene Fragen zur Studie zur Verfügung gestellt und Kontaktpersonen genannt. Zudem können die Teilnehmenden ihre eigenen Kontaktangaben in der App verwalten und diese aktualisieren (Hess et al. 2017, S. 19f.).

9. Fazit

- Notwendigkeit und Funktionalität des Einbezugs potenzieller institutioneller Veto-spieler⁴ in studienbezogene Informationskampagnen, um die Erreichung zentraler Meilensteine im Studienverlauf nicht zu gefährden

4 Bspw. Kultusministerien (Unterbindung von Schulbefragungen) oder Kommunen (Verweigerung von Gruppenauskunft bzw. Befragungen in Sammelunterkünften).

- Gewinnung von Gatekeepern kann sich positiv auf Feldzugang und Studienerfolg auswirken
- Institutionelle Rückendeckung auf Bundes- bzw. Landesebene kann Zugang zu Ressourcen der kommunalen Administration erleichtern
- Schaffung von Vertrauen und Panelbindung durch Information, Kontinuität und Wertschätzung
- Besondere Rücksichtnahme auf kultur- und religionssensible Symbolik und Bildsprache
- Einbeziehung von Expert*innen, um mögliche Missverständnisse und Tabus aufzuzeigen
- Zielgruppengerechte Ansprache unter Beachtung von Bildungsstand und Erfahrung mit wissenschaftlichen Studien
- Ergebnismeldungen im Studienverlauf zur dauerhaften Panelbindung der Teilnehmenden

Literatur

- De Saussure, F. (1997). *Linguistik und Semiologie: Notizen aus dem Nachlaß. Texte, Briefe und Dokumente. Gesammelt, übersetzt und eingeleitet von Johannes Fehr*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Esser, H. (2000). *Spezielle Grundlagen*. Band 2: Die Konstruktion der Gesellschaft. Frankfurt: Campus Verlag.
- Gentile, R., Heinritz, F. & Will, G. (2019). *Übersetzung von Instrumenten für die Befragung von Neuzugewanderten und Implementation einer audiobasierten Interviewdurchführung* (LIfBi Working Paper No. 86). Bamberg: Leibniz-Institut für Bildungsverläufe.
- Giddens, A. (1991). *Modernity and Self-Identity. Self and Society in the Late Modern Age*. Stanford: Stanford Unity Press.
- Hess, D., Ruland, M., Sandbrink, K., Steinwede A. & Weiß, T. (2017). *Konzeption zur Durchführung der ReGES-Studie 2017 bis 2020. Studie von infas im Auftrag des LIfBi Leibniz Institut für Bildungsverläufe e. V.* Bonn.
- Projektgruppe Leitbild Wissenstransfer (2019). *Leitbild Leibniz-Transfer. Mit Projektbeispielen für die Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik*. https://www.leibniz-gemeinschaft.de/fileadmin/user_upload/Bilder_und_Downloads/Neues/Mediathek/Publikationen/Brosch%C3%BCren/Leitbild_Transfer_Einzelseiten.pdf. Zugegriffen: 20. Februar 2020.
- Schütz, A. & Luckmann T. (2017). *Strukturen der Lebenswelt*. 2., überarbeitete Auflage. Konstanz: UVK.
- Will, G., Gentile, R., Heinritz, F. & von Maurice, J. (2018). *ReGES – Refugees in the German Educational System: Forschungsdesign, Stichprobenziehung und Ausschöpfung der ersten Welle*. (LIfBi Working Paper No.75). Bamberg: Leibniz-Institut für Bildungsverläufe.

Reflexionen zum gelebten Transfer in der Praxis

Ein Fallbeispiel

Beatrice Schlee & Mone Welsche

1. Einleitung

Obwohl die neurowissenschaftliche Forschung seit mehr als zwei Jahrzehnten die enge Verknüpfung von Körper, Kognition und Emotion betont (s. u.a. Gallagher 2005; Tschacher und Bergomi 2011) und damit das Fundament der Embodiment Forschung, das die Auswirkungen und Verflechtungen von Wahrnehmung, Körper, Psyche und Kognition erforscht (Merleau-Ponty 1966; Gallagher 2005), maßgeblich bestärkte, werden diese Erkenntnisse bisher weder auf der Policy-Ebene der Gesundheitspolitik noch in der Praxis des Gesundheitssektors oder im Bereich der Sozialen Arbeit konsequent aufgegriffen und umgesetzt. Die gleiche Problematik trifft auch auf den Wissenschaftsbereich zu, in dem sich die Erkenntnisse der Hirnforschung immer noch unzureichend auf die Lehre und Forschung in Disziplinen wie der Medizin, der Psychologie, den Sozialwissenschaften oder insbesondere der Sozialen Arbeit ausgewirkt haben (Wendler und Huster 2015, S. 4).

Vor diesem Hintergrund entstand die Idee der Gründung einer Organisation, in der Praxis und Wissenschaft miteinander verknüpft werden sollen. Ziel war es, Erkenntnisse der Neurowissenschaften und der neueren Traumaforschung für Personengruppen wie Geflüchtete und Menschen in Arbeitslosigkeit in Form von körperzentrierten Angeboten, die zu ihrem physischen wie psychischen Wohlergehen beitragen sollten, zugänglich zu machen. Damit ging die Ursprungsidee über die bloße Wissenschaftskommunikation oder Beratung in der Fluchtforschung hinaus. Die Organisation *bodymemory* ermöglicht diesen Personengruppen die Teilnahme an Kursen erfahrener Anatomie zur Steigerung des Körperbewusstseins und zur Erweiterung des eigenen Bewegungs- und Handlungsraums, wozu sie aus finanziellen Eigenmitteln nicht die Möglichkeit hätten. Dabei gehen die Gründerinnen der Organisation *bodymemory*¹ von der Hypothese aus, dass Konflikt, Flucht und Ankunft im Aufnahmeland unsichtbare und sichtbare Spuren im Körpergedächtnis (Fuchs 2012) von Geflüchteten hinterlassen haben und sich negativ auf die „agentic qualities of the bodies“ (Coole 2005, S.140) auswirken können. Auch für die Personengruppe der Arbeitslosen gehen wir davon aus, dass sich Einschränkungen der Handlungsermächtigung im Körpergedächtnis widerspiegeln können. Zur Überprüfung dieser Hypothese, wie auch den Auswirkungen unseres körperzentrierten Ansatzes auf die Psyche und Handlungsfähigkeit der Zielgruppen, hat sich eine Vorgehensweise im

1 Gründerinnen sind neben der Autorin Tahira Aslan, Clara Holling und Lucie Stolwijk.

Sinne des kooperativen Handelns und Forschens, wie von Gonser und Zimmer in der Einleitung beschrieben, im Rahmen eines Pilotforschungsprojekts ergeben. Unsere Erfahrungen mit dieser Transferaktivität werden ausschließlich für die Personengruppe der Menschen mit Fluchthintergrund beschrieben. Weitere hiermit einhergehende Transferaktivitäten wie die Wissenschaftskommunikation werden ebenfalls skizziert.

Ein weiteres Ziel der Organisation *bodymemory* ist, dass sich Menschen unabhängig von ihrer kulturellen Herkunft und ihrem sozialen Status auf gleicher Ebene – der Eigenerfahrung der uns allen gemeinsamen Anatomie und Physiologie – begegnen.

Im Folgenden orientieren wir uns am systemischen Ansatz der „Knowledge to Action“ (KTA) Denkschule nach Best und Holmes (2010). Dieser betrachtet Forschung, Praxis und die Policy-Ebene als ein ineinander verflochtenes System, sowie KTA als Modell oder auch als Zyklus, in dem zahlreiche Wechselwirkungen und gegenseitige Informationsprozesse stattfinden, die, wenn zielgerichtet genutzt, zu einem besseren ‚output‘ beispielsweise im Gesundheitssektor führen können.

In Anbetracht der Tatsache, dass der systemische Ansatz der KTA-Denkschule im Gesundheitswesen und der Sozialen Arbeit noch wenig bekannt und Fallbeispiele laut Provan et al. (2007) zu wenig erforscht sind, möchten wir einen Beitrag dazu leisten, indem wir die Transferaktivitäten der Organisation *bodymemory* als Fallbeispiel skizzieren.

Wir orientieren uns hierbei an dem von Greenhalgh et al. (2004) und Best und Holmes (2010) vorgegebenen Analyseraster. Da sich erprobte Evaluierungsinstrumentarien zur Analyse von KTA-orientierten Netzwerken noch im Entwicklungsstadium befinden (Best und Holmes 2010, S. 155), basieren die folgenden Beschreibungen auf unseren subjektiven Einschätzungen und Beobachtungen. Dabei legen wir einerseits mit Greenhalgh den Fokus auf den Kontext, in dem die Innovation implementiert wird, und die Prozesse, die benutzt werden, um Wandel zu befördern und zu ermöglichen. Weiterhin betrachten wir die von Best und Holms (2010, S. 146) identifizierten Bereiche „Evidence and knowledge, leadership, networks and communications“, die für die Umsetzung eines KTA-Modells relevant sind, näher, wobei unser Fokus nur auf zwei der genannten Bereiche, evidenzbasiertem Wissen und Netzwerken liegt. Eine vollständige analytische Trennschärfe dieser einzelnen Bereiche ist nicht möglich, auch die genannten Autor*innen unterstreichen die naturgemäße gegenseitige Verflochtenheit der einzelnen Bereiche (Best und Holmes 2010, S. 148f.). Trotz dieser Einschränkungen haben wir uns für diese Darstellungsform der Erfahrungen einer lokalen Organisation und ihrer Netzwerkpartner bei der Umsetzung von an KTA-orientierten Zielen entschieden, auch in Anbetracht der Schlussfolgerung von Best und Holmes (2010, S. 155), die systemtheoretisch argumentieren und die Bedeutung des Kontexts auf die Prozesse hervorheben: „Research design and methods must rely less on randomisation and more on the need to learn from natural experiments and case studies.“

Bodymemory hat sich aus zwei Gründen für diesen Ansatz entschieden. Erstens hat sich *bodymemory* seit Gründung im Jahr 2016 zum Ziel gesetzt, gemeinsam mit Netzwerkpartner*innen wissenschaftliche Erkenntnisse und evidenzbasiertes Wissen

im Bereich der Sozialen Arbeit zu implementieren. Gerade der Bereich der Operationalisierung und Umsetzung ist angesichts der oftmals hierarchischen und rigiden Strukturen sozialer Einrichtungen ein weitaus schwierigeres Unterfangen als die bloße Verbreitung und Streuung von Wissen, so auch Glasgow und Emmons (2007) und Green et al. (2009). Eine verbesserte Versorgung der Zielgruppe wird jedoch erst erreicht, wenn neues, wissenschaftlich fundiertes Wissen implementiert wird (Best und Holmes 2010, S. 145).

Zweitens wollte *bodymemory* von Anfang an auch zu einem wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn beitragen. Dies ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass die Embodiment Forschung, obwohl seit den 1940er Jahren bestehend, ihrem Nischendasein trotz der bahnbrechenden Ergebnisse der Neurowissenschaften noch nicht entwachsen ist. Zahlreiche Forschungslücken sind etwa im Bereich Körpergedächtnis, Körperbild und Agency sowie des Transfers in der Sozialen Arbeit zu verzeichnen.

Im Jahr 2018 war es möglich, eine erste interdisziplinäre Pilotstudie zur Verbindung von Körperbild und Kriegs- und Fluchterlebnissen sowie zu den Auswirkungen des *bodymemory*-Angebots auf die innere Befindlichkeit und Agency der Kursteilnehmerinnen in Kooperation mit einer Professorin der Katholischen Hochschule Freiburg, einem sozialen Träger und Studierenden der Universität Freiburg durchzuführen.² Die Ergebnisse dieser Studie, die auf einem Mixed-Method-Design basiert, sowie ihre Konsequenzen für die praktische wie wissenschaftliche Ausrichtung von *bodymemory* werden im Folgenden dargestellt.

2. Problematik

Die Förderung und Wahrung der physischen und psychischen Gesundheit geflüchteter Menschen stellt eine große Herausforderung für das Aufnahmeland dar. Auf der Policy-Ebene liegt der Fokus jedoch oftmals auf dem Spracherwerb und der schnellstmöglichen Integration in den Arbeitsmarkt. Beiden Erwartungen können zahlreiche Geflüchtete nicht gerecht werden, weil die (traumatischen) Belastungen – in Folge von Erlebnissen sowohl im Heimatland wie auf der Flucht – häufig so groß sind, dass sie den Gesundheitszustand stark beeinträchtigen (Georgiou et al. 2018). Als weitere Erschwernis kommen Alltagsbelastungen (Leben in beengten Gemeinschaftsunterkünften, Trennung von und Sorge um Familienangehörige in Kriegsgebieten, unzureichende Sprachkenntnisse, fremde Kultur, etc.) hinzu, die auf institutioneller Ebene (Arbeitsagenturen, Kommunen, Land und Bund) immer noch unterschätzt werden (Gespräche d. Autorin mit zahlreichen Sozialarbeiter*innen).

Die Folgen der Vernachlässigung eines integrativen Ansatzes im Gesundheitsbereich, der Lösungen auch für psychosomatische Beschwerden bereitstellt, werden in

² Unser Dank gilt Clara Holling, Christina Biel, Saskia Schwermer, Verena Hartleitner und Rebecca Deuse ebenso wie Ingunn Schubert, Petra Maria Nöß und Martina Bösch, die anderweitig im Projekt involviert waren.

persönlichen Gesprächen mit Geflüchteten sichtbar: Dies sind eine häufige Frequenzierung von Ärzten durch Geflüchtete, Schmerzen, die sich in physiotherapeutischer Behandlung nur schwer dauerhaft reduzieren lassen, ein hoher Gebrauch von Schmerzmitteln und letztlich Schwierigkeiten beim Spracherwerb, dem Finden eines Arbeitsplatzes und/oder der Abbruch von Ausbildungen oder beruflichen Tätigkeiten, so die Schilderungen unser Praxispartner.³ Nach den Hoffnungen auf ein besseres Leben im Gastgeberland mit einer guten Arbeitsstelle sind zahlreiche Geflüchtete drei bis vier Jahre nach ihrer Ankunft desillusioniert.

Was sind die Lösungen? Psychotherapeutische Unterstützung greift angesichts der langen Wartezeiten auf einen Therapieplatz sowie der überwiegend geringen Berücksichtigung der körperlichen Ebene oftmals zu kurz. Verschiedene Kommunen beginnen unterschiedliche Modelle, vom Gesundheitslotsen in mehreren Großstädten hin zu Koordinationsstellen zur Gesundheitsprävention⁴, zu entwickeln. Ein integratives Gesamtkonzept, das Erkenntnisse der Neurowissenschaften und der neueren Traumaforschung zum Fundament hat, zeichnet sich bislang jedoch nicht ab.

3. Evidenzbasiertes Wissen und Innovation in Forschung und Praxis

3.1 Der Kontext

Ohne Zweifel gab es auf Seiten der praktischen Arbeit mit Geflüchteten ein *window of opportunities* für innovative Angebote. Der Start hierfür kann bereits 2015, mit Sicherheit jedoch mit Einleiten der Konsolidierungsphase ab 2016⁵, gesehen werden. Ursache für diese Offenheit war der hohe Bedarf an Angeboten, die insbesondere bei Frauen zu mehr Empowerment und letztlich zur Partizipation und Integration der Menschen in die Gastgesellschaft führen sollten. Der ressourcenorientierte, niedrigschwellige und kulturell angepasste Ansatz unseres körperzentrierten Angebots stieß sowohl bei Institutionen wie dem Amt für Migration und Integration der Stadt Freiburg wie auch bei Migrant*innenorganisationen und sozialen Träger auf offene Ohren. Der Fakt, dass kurzfristig auf einen hohen Bedarf reagiert werden musste und Verwaltungsabläufe mit weniger bürokratischen Hürden versehen waren, spielte innovativen Ansätzen in der Flüchtlingsarbeit in die Hände, wie auch das Forschungsprojekt der Universität Konstanz, präsentiert beim Gründungstreffen des AK Transfer, zeigt.

Zeitlich fiel das Angebot zudem in eine Phase, in der national wie international nach nachhaltigen niedrigschwelligen Angeboten zur psychischen Stabilisierung von Geflüchteten gesucht wurde. Die Fülle und Diversität der Angebote überforderte

3 Diese Einschätzung spiegelt sich auch in Studienergebnissen der Europäischen Kommission und der OECD. Demnach erreichen 56% der Geflüchteten erst zehn Jahre nach ihrer Ankunft eine mit der lokalen Bevölkerung vergleichbare Beschäftigungsrate (Umfrage von 2014).

4 So das Vorhaben unter Federführung der Caritas Freiburg.

5 So bezeichnet vom Bürgermeister für Soziales der Stadt Freiburg bei öffentlichen Veranstaltungen im Herbst 2016.

einige Entscheidungsträger*innen, wie sie selbst bei der von der Gründerin initiierten Tagung „Housing and integrating refugees. Innovative best practices from around the globe“ angaben.⁶ Für Praktiker*innen nachvollziehbare Gütekriterien der Angebote wurden vermisst.

Auf Seiten von *bodymemory* war gerade in der Anfangsphase, als das Konzept noch nicht erprobt war, sowohl der wissenschaftliche als auch der praktische Hintergrund der Gründerin bei manchen sozialen Trägern und Institutionen von Vorteil. Das Engagement für eine evidenzbasierte Praxis sowie die weitere Erforschung unserer Kernfrage, dem Zusammenhang von Körpergedächtnis, Körperbild und Agency, wird von allen Mitgliedern von *bodymemory* getragen und selbst praktiziert. Persönliche Netzwerke in der Kommune waren für die erste Akquise ebenfalls relevant.

3.2 Methodik

Unsere Studie basierte auf einem Mixed-Method-Design. Der Fokus unserer Forschung lag auf dem Zusammenhang von Körperbild und Agency, da die neuere Traumaforschung unter Einbeziehung neurophysiologischer Prozesse von „eingefrorenen“ und immobilen Körpers als eine wesentliche Folgeerscheinung von Traumata ausgeht (van der Kolk 2015, S. 26).

In einem Mixed-Method-Design analysierten wir die Auswirkungen der körperzentrierten Intervention – ein 90-minütiger wöchentlicher Body-Mind Centering® Kurs (Bainbridge-Cohen 2012) über acht Wochen – auf die Befindlichkeit (Vitalität, intrapsychisches Gleichgewicht), das Körperbild und den Bewegungsraum von geflüchteten Frauen. Veränderungen im Körperbild wurden anhand des Körperbildskulpturentest (Joraschky und von Arnim 2008) und des Körperbildfragebogens (FKB-20, Clement und Löwe 1996) in einer pre-post-Anwendung gemessen. Während des Kurses fand eine teilnehmende Bewegungsbeobachtung durch eine Expertin orientiert an einem selbstentwickelten Analyseraster nach Hackney (1997) statt. Nach der achtwöchigen Intervention wurden qualitative Interviews mit allen Kursteilnehmerinnen sowie mit der beobachtenden Bewegungsexpertin durchgeführt.

3.3 Sample

An der Pilotstudie haben zwölf Frauen aus dem Nahen und Mittleren Osten – in der Mehrzahl aus Syrien – im Alter von 27 Jahren bis 49 Jahren teilgenommen. Die meisten waren zum damaligen Zeitpunkt bereits seit drei Jahren in Deutschland. Alle hatten eine Aufenthaltserlaubnis, ihre Deutschkenntnisse variierten von A 1 (Anfänger) hin zu B 1 (fortgeschrittene Sprachverwendung). Die Frauen waren Teilnehmerinnen einer Maßnahme von Arbeitsagentur und Jobcenter, die sie in einem sechsmonatigen

⁶ Die Gründerin ist assoziiertes Mitglied am Arnold-Bergstraesser Forschungsinstitut, Freiburg. Die Konferenz fand am 11.–12.4.2018 statt, siehe <https://www.arnold-bergstraesser.de/en/news/conference-housing-and-integrating-refugees-conference-report>.

Kurs auf den Arbeitsmarkt vorbereiten sollte. Die durchführende Organisation, IN VIA, war durch einen ihrer Projektträger, die Migrantinnenorganisation, daMigra e. V. (Dachverband der Migrantinnenorganisationen) /MUT-Programm (Migrantinnen als Mutmacherinnen und Brückenbauerinnen) auf Angebote von *bodymemory* zur physischen und psychischen Stabilisierung von Frauen mit Fluchthintergrund aufmerksam gemacht worden. Bis dahin hatte IN VIA kein körperzentriertes Angebot in ihrem umfangreichen Programm. Die Eigenerfahrung der Repräsentantin des daMigra/MUT-Programms eines *bodymemory* Kurses sowie die Vorerfahrung der verantwortlichen Sozialpädagoginnen von IN VIA mit Körperarbeit machten die Aufnahme eines neuen Projektansatzes möglich.

Alle Frauen klagten über diverse Schmerzen (Kopf-, Schulter-, Rücken, etc.) und der tägliche Konsum an Schmerzmitteln hatte die Sozialpädagoginnen alarmiert. Drei der Frauen litten unter PTBS Symptomen (Posttraumatische Belastungsstörung), einige klagten über anhaltende Müdigkeit. Bekannt war zudem, dass ein Drittel der Frauen direkt nach ihrer Ankunft in Deutschland psychologische Unterstützung erhalten hatten.

3.4 Ergebnisse der Studie

Von unseren verschiedenen Forschungsinstrumenten hat sich der Körperbildskulpturen-Test als das aussagekräftigste Instrument herausgestellt (Schlee und Welsche 2020). Dabei modelliert die Teilnehmerin ohne zu Hilfenahme der Augen einen menschlichen Körper aus Ton. Die Methode geht auf Gerda Alexander (Begründerin der somatopsychischen Methode Eutonie) zurück und wurde in ersten Pionierstudien von B. Wadepuhl (Wadepuhl und Wadepuhl 1994) und S. Sebastian (1996) untersucht. Selbst in unserem begrenzten Untersuchungszeitraum offenbarte die Auswertung der Körperbildskulpturen deutliche pre-post Unterschiede: Anatomisch unvollständige Figuren der pre Testsituation wiesen nach der Intervention die fehlenden Körperteile (Arme, Beine) auf und überdimensionale Proportionen wichen realistischen Proportionen.

Die Fragebogenergebnisse und die Bewegungsbeobachtung unterstützen die in den Körperbildskulpturen und qualitativen Interviews gewonnenen Ergebnisse und offenbarten u. a. eine Steigerung der inneren Befindlichkeit vergleichbar mit der von psychosomatischen Patienten (N = 58) im Kontrast zu Durchschnittswerten mit einer Studentinnengruppe ohne Krankheitsbefund (N = 113), wie sie von Hobi erhoben worden war (Hobi 1985, S. 21). Des Weiteren verbesserte sich das intrapsychische Gleichgewicht der *bodymemory* Teilnehmerinnen, wenn man den Anfangswert der Gruppe im Durchschnitt vor dem ersten Termin mit dem Endwert der Gruppe vor dem letzten Termin vergleicht um 30%. Auch hier erreichte der Wert das Level der Studentinnengruppe.

Für die abschließende Interviewserie wurde auf Anraten der Sozialpädagoginnen keine neue den Frauen unbekannte Wissenschaftlerin hinzugezogen. Stattdessen wurden die Interviews von der *bodymemory* Kursleiterin einer vertrauensvollen Atmosphäre

geführt. Hieraus sind zum Teil sehr offene Zeugnisse entstanden, die weitere Hinweise auf die Verbindung zwischen Körpergedächtnis und Körperbild gegeben haben. Die Interviews und die von manchen geschilderten Kriegs-, und Fluchterlebnisse – die im Extremfall bis hin zu Lähmungserscheinungen von Armen und Beinen gingen – haben erste Hinweise auf mögliche Ursachen für fehlende Körperteile in der jeweiligen Körperbildskulptur gegeben.

Unsere Pilotstudie zeigte deutlich, dass mit diesem niedrigschwelligen Angebot somatische Ressourcen der am Projekt teilgenommenen geflüchteter Frauen sehr gut erreicht, freigelegt und reaktiviert werden konnten. Die Erhebung weiterer empirischer quantitativer und qualitativer Daten (inkl. Körperbildskulpturen) auch nach Ende der Pilotstudie soll mittelfristig zu einem interdisziplinären Forschungsprojekt mit mehreren wissenschaftlichen Kooperationspartner*innen führen.

3.5 Die Akteur*innen

Die raschen Akquiseerfolge von *bodymemory* sind auf die Eigeninitiative und die Offenheit von Akteur*innen für innovative Projektideen zurückzuführen. Dies trifft sowohl auf die Migrant*innenorganisation Interkultureller Verein FAIRburg, FAIR in Freiburg samo.fa (Stärkung der Aktiven aus Migrant*innenorganisationen in der Flüchtlingsarbeit) als auch auf die mehrjährige Zusammenarbeit mit der gemeinnützigen Freiburger Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH (fqb) zu. Nachdem eine der Projektbeauftragten vom *bodymemory*-Angebot gehört hatte, hat sie es nach Absprache in einem Testlauf im Rahmen des Gesundheitsangebotes der fqb für ihre Zielgruppe der (Langzeit-) Arbeitslosen bzw. Arbeitssuchenden ausprobiert. Nicht zu unterschätzen sind die persönlichen positiven Erfahrungen mit Bewegung der Projektverantwortlichen, die begünstigten, dass ein körper- und bewegungsorientiertes Angebot für die Zielgruppe ausprobiert wurde, wie ein Gespräch mit der Projektverantwortlichen zeigte. Die Akquise ermöglichte die Finanzierung des Angebotes über die EU Projekte „Neue Wege in HaWei (Haslach, Weingarten)“ und „SMART in HaWei“ (Social Media, Arbeit, Teilhabe in Haslach und Weingarten), deren Koordination bei der Stadt Freiburg liegt und die im Rahmen des ESF (Europäischer Sozialfond in Deutschland) – Bundesprogramms „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ (BIWAQ) durch das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat und den Europäischen Sozialfonds gefördert werden.

Bei einer näheren Betrachtung fällt immer wieder die Eigeninitiative von Akteur*innen auf, z. B. einer Projektkoordinatorin des Projekts zur Verzahnung von Arbeits- und Gesundheitsförderung in der kommunalen Lebenswelt, des Bündnisses für Gesundheit der gesetzlichen Krankenkassen (GKV), das am Standort mit der Arbeitsagentur und dem Jobcenter kooperiert. Das Projekt wird von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) gefördert mit Mitteln und im Auftrag der gesetzlichen Krankenkassen. Obwohl nicht alle Normen gemäß §20 SGB V und dem Leitfadens Prävention erfüllt waren, befürwortete sie nach eingehender Prüfung das *bodymemory*-Angebot und stimmte sich hierzu mit der BZgA ab. Entscheidend waren

mehrere Faktoren: Die Inhalte und die Umsetzung des Angebots, die konform mit dem Leitfaden Prävention §20 SGB V waren. Zweitens die positiven Erfahrungswerte anderer Einrichtungen mit dem *bodymemory*-Angebot (IN VIA und fqj), von denen sie innerhalb eines Netzwerkaustausches erfahren hatte. Des Weiteren überzeugte insbesondere die Pilotforschung zum *bodymemory*-Ansatz (Gespräch mit der Projektkoordinatorin). Die Offenheit der Projektmitarbeiterin für Innovation kann vermutlich auch auf die eigene Vorerfahrung und Expertise im Bereich Körperarbeit zurückgeführt werden.

4. Die Folgen

4.1 Wissensverbreitung innovativer Ansätze

Die Transfertätigkeit von *bodymemory* im Rahmen der Wissenschaftskommunikation, insbesondere die Vortragstätigkeit lokal, regional, bundesweit wie international⁷, führte zu einer größeren Bekanntheit von Embodiment als interdisziplinäres Wissenschaftsfeld sowie des *bodymemory*-Ansatzes in Kursen und Fort- und Ausbildungen und seiner Wirksamkeit. Letztere konnte aufgrund der Forschungsergebnisse plastisch durch Schaubilder der quantitativen Ergebnisse und vor allem anhand der Körperbildskulpturen abgebildet werden. Bei den Skulpturen waren substantielle Veränderungen im Körperbild deutlich sichtbar, die bisher neben möglichen anderen Faktoren (Unfälle, chronische Schmerzen, etc.) im Einzelfall auf die im Krieg und auf der Flucht gemachten Erfahrungen sowie auf das Leben im Aufnahmeland zurückgeführt werden können. Nach einer ersten Auswertung weiterer Skulpturen gibt es Hinweise, dass Letzteres auch auf größere Personengruppen zutreffen könnte. Wir gehen bisher davon aus, dass die persönliche Situation im Aufnahmeland (z. B. Wohnen in einer Gemeinschaftsunterkunft) eine ebenso gewichtige Rolle spielt. Genauere Erkenntnisse können erst durch gezielte Interviews zu den Körperbildskulpturen und nach der Auswertung größerer Datenmengen der Skulpturen (N = 100) gemacht werden.

Anschaulich war auch die positive Beeinflussung des Körpergedächtnisses mit markanten Veränderungen der Skulpturen nach acht bis zehn wöchentlichen Kursstunden. Erreicht wurden in den Vorträgen sowohl ein interessiertes Fachpublikum als auch die breite Öffentlichkeit. Der Erfolg kann auch auf eine Kombination von wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen mit Praxiswissen sowie mit experimentellem Wissen zu erfahrbarer Anatomie in Form einer kleinen Übung in den Vorträgen zurückgeführt werden.

Auf diese Weise konnten auch Entscheidungsträger, wie der Leiter der Integrationsabteilung des Amtes für Migration und Integration der Stadt Freiburg, überzeugt

⁷ Lokal beim Amt für Migration und Integration der Stadt Freiburg, regional beim psychosozialen Zentrum Lörrach, Weil a. Rh., bundesweit bei Refugio München, Zentrum für Folteropfer, international in Großbritannien (International Conference for Global Muslim Health) und in Jordanien (International Conference on Transgenerational Trauma).

werden, der eine Empfehlung zur Übernahme des *bodymemory*-Angebots an das lokale psychosoziale Zentrum für Geflüchtete aussprach. Diese Beispiele bestätigen die Ergebnisse von Wandersmann et al. (2008), dass anschauliches Aufklärungsmaterial und gezieltes Training Innovation befördern können.

Ein besonderer Zufall war es, dass kurze Zeit nach der Durchführung der Pilotstudie das IN VIA Projekt von der Arbeitsagentur evaluiert wurde. Die Erläuterung der Forschungsergebnisse wurde von den Repräsentant*innen des Jobcenters so positiv aufgenommen, dass in der neuen Ausschreibung vom Jobcenter Gesundheitsförderung Teil der Maßnahme für geflüchtete Frauen sein muss, im Gespräch wurde hier explizit *bodymemory* genannt. Dieses Beispiel veranschaulicht, was Best und Holmes (2010, S. 149) für die Beschreibung komplexer Systeme für charakteristisch halten: „...they are nonlinear and often unpredictable, with changes on one part of the system producing unexpected changes in other parts.“

*Erfolgreiche Strukturen und engagierte Akteur*innen: Organisational Network*

Obwohl Langezeitarbeitslose als schwer erreichbarer Personenkreis gelten (Herbig et al. 2013), gelang es *bodymemory* sich dank der Unterstützung durch die fqb (Freiburger Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft) in diesem Bereich zu etablieren. Auffallend ist, dass im Gegensatz zum Bereich Flucht und Migration die Kooperation mit einem Netzwerkpartner wie der fqb erfolgreicher war. Dies liegt zum einen an der Bereitstellung eines strukturellen Rahmens (Organisation, Koordination) und vor allem an der mittelfristigen Planungssicherheit, die durch die jeweils vierjährige Projektlaufzeit von „Neue Wege in HaWei“ (Haslach, Weingarten) und aktuell „SMART in HaWei (Social Media, Arbeit, Teilhabe in Haslach und Weingarten)“ die Finanzierung der wöchentlichen *bodymemory*-Angebote in diesem Zeitrahmen ermöglicht.⁸ Zum anderen ist die fqb im Rahmen von BIWAQ selbst Teil eines weiteren Netzwerkzusammenschlusses, was nicht nur zu ausreichend Teilnehmerinnen, sondern auch zu mehr Kommunikation und Austausch und damit zu einem Vorteil aufgrund von Kooperation führt (Huxham 2003). Dies führte für *bodymemory* sogar zu weiteren Kontakten in die Wissenschaft, empfohlen durch einen Praxispartner.

Auch das Beispiel der fqb zeigt, dass die Akteursebene erneut eine zentrale Rolle spielt. Engagierte und für Innovationen offene Projektkoordinator*innen, die sich durch breite praktische Erfahrung wie fachliche Kompetenz im Bereich Gesundheitspädagogik auszeichnen, haben zum Erfolg beigetragen und können mittelfristig zu einer Weiterentwicklung und Einbettung des *bodymemory* Angebots in bestehende Unterstützungsmechanismen führen.

⁸ Gefördert wird das Projekt, an dem auch das Nachbarschaftswerk Haslach und GOETHE II (Erwerbslosenberatung und Gründungszentrum, Diakonisches Werk Freiburg) teilhaben, durch das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat und den Europäischen Sozialfonds. Seit zwei bis drei Jahren ist das Angebot gut besucht und es hat sich eine feste, sich gegenseitig unterstützende Gruppe gebildet.

4.2 Output der Innovation

Die Verfolgung eines KTA orientierten Ansatzes ermöglichte den Beginn einer Skalierung und damit geographischen Ausweitung des *bodymemory*-Ansatzes über die Kommune hinaus. Regionale, bundesweite wie internationale Anfragen sind die Folge. In Jordanien ist es *bodymemory* nun auch möglich bei der Ausbildung zukünftiger Ärzt*innen die Bedeutung von Embodiment zu unterrichten.

Nicht in diesem Maße vorgesehen und neu von IN VIA im Verlauf der Zusammenarbeit im darauf folgenden Jahr an *bodymemory* herangetragen wurde die Idee, dass auch die Kursteilnehmerinnen von aufbereiteten individuellen Forschungsergebnissen profitieren könnten. Die Sichtbarmachung des „status quo“ der eigenen inneren Befindlichkeit über den wöchentlichen Fragebogen (Hobi 1985), sowie vor allem dessen Unterteilung in die Subskalen Vitalität, intrapsychisches Gleichgewicht, soziale Extroversion und Vigilantität könnte den Frauen sowohl eine Illustration wie auch eine erste Erklärung für ihren subjektiv empfundenen Gesundheitszustand geben. Darüber hinaus könnten die Verlaufskurven verdeutlichen, dass sie selbst durch ihre Teilnahme am körperzentrierten Angebot ihre Befindlichkeit positiv beeinflussen und steuern können.

Für *bodymemory* stellt dieser Aspekt eine Möglichkeit dar dem häufig anzutreffenden Mangel an Selbstfürsorge gerade bei geflüchteten Frauen mit Kindern mit seinen potentiellen psychosomatischen Folgeerscheinungen zu begegnen. Eine Psycho- und Körperedukation vermittelt auch durch Forschungsdaten und eine bessere Aufklärung über den neurophysiologischen Traumaprozess und seine Folgen auf Körperebene könnten ein sinnvolles Instrument darstellen, in dem wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Erfahrung miteinander verschmelzen.

Auf der Forschungsebene führten die Ergebnisse der Pilotstudie zu Publikationen und wurden bei Tagungen, u. a. bei der 7th Cambridge International Mental Health Conference (UK), vorgestellt, wo sie mit dem zweiten Platz ausgezeichnet wurden. Da *bodymemory* auf der Konferenz als einzige die Verbindung von Psyche und Körper herstellte, wurde – gestützt durch den Erfolg des Projektansatzes – ein Reflexionsprozess auf Seiten der Organisatoren wie der Konferenzteilnehmer*innen hinsichtlich der Relevanz der Thematik ausgelöst, was ein Gespräch mit einem der Organisatoren wie mit Konferenzteilnehmer*innen zeigte.

5. Fazit

Von Beginn an war sich *bodymemory* seiner Sonderstellung sowohl im Bereich der Sozialen Arbeit wie auch der Wissenschaft und den hiermit verbundenen Herausforderungen (Zeitaufwand, Akzeptanz in der Wissenschaftscommunity, erschwerten Zugang zu Forschungsgeldern) bewusst. Dennoch haben sich einige unserer mittel- bis längerfristigen Ziele (Pilotstudie, Publikationen, internationale Anfragen) früher realisiert als erwartet. Die Ursache hierfür wird primär in der engmaschigen Verzahnung von Praxis

und Wissenschaft im Rahmen der Organisation gesehen, die sich nicht von ungefähr als Zentrum für Bewegung und Embodiment Forschung sieht. Aufgrund dieses Selbstverständnisses ist zum einen ein für die Soziale Arbeit niedrigschwelliges innovatives und – da im Körpergedächtnis verankert – nachhaltiges Angebot entstanden. Zum anderen konnte auf Forschungsseite dank der Kooperation mit Wissenschaftlerinnen eine erste empirische Auseinandersetzung mit der Frage eines durch Krieg, Flucht und Leben in der Fremde beeinflussten Körpergedächtnisses und hierdurch beeinträchtigten Körperbildes stattfinden (Schlee und Welsche 2020).

Aufgrund der engen Kooperation von Praxis und Forschung wurde zudem ein innovatives Forschungsinstrument in Form der Körperbildskulpturen für die Wechselwirkung von Körpergedächtnis, Körperbild und Agency im Bereich der Flucht- und Migrationsforschung (wieder)entdeckt. Allerdings: ohne die Bündelung des beidseitigen Interesses der Autorinnen an praxisorientierter Forschung im Bereich Embodiment und vor allem einem hohen Maß an (unentgeltlicher) Einsatzbereitschaft, denn der Forschungsanteil der Projekte ist bislang nicht drittmittelfinanziert, wäre dies nicht möglich gewesen.

Herausforderungen, die unsere Tätigkeit und Vorhaben einschränken, stellen sich wie folgt dar: Fördersicherheit für Praxis, und hiermit verbundene Forschungsprojekte über längere Zeiträume, die Möglichkeit Personal auf der Praxis-, wie auf der Wissenschaftsseite zu finanzieren, welches Studien wie die Dargestellte koordiniert, unterstützt und auswertet, sind notwendig. Ohne solche Förderungen bleiben innovative Studien wie die vorliegenden Einzelfälle. Gegenüber eher niedrigschwelligen Evaluationen, wie sie in der Praxis üblich sind, bietet das vorliegende Vorgehen nicht nur ein qualitativ vergleichsweise hohes und damit aussagekräftiges Design, sondern auch den Vorteil eines Erkenntnisgewinns, der Sozialarbeiter*innen in ihrem Auftrag unterstützt, tiefergehende zum Teil ursächliche Problematiken ihrer Klienten wie deren Transformationspotential zu erkennen und die Forschungsergebnisse in ihren Kontakt mit der Zielgruppe einfließen zu lassen. Ein Perspektivwechsel wird jedoch kaum möglich sein ohne Plattformen, die einen Austausch und die Kooperation zwischen Wissenschaft, Praxis und der Policy-Ebene gerade im Bereich der Sozialen Arbeit fördern.

Wie in diesem Artikel deutlich wurde, sind Akteur*innen, die Eigeninitiative ergreifen – manchmal an den Normen des Etablierten vorbei – essentiell für Innovation. Deutlich wurde auch, dass Akteur*innen, die über experimentelles Wissen, über Eigenerfahrung in einem der Innovation nahen Bereich verfügen, hierzu weitaus eher bereit sind, als andere. Darauf aufbauend müssen Strukturen geschaffen werden, die Akteur*innen diesen Spiel- und Handlungsraum geben und die Innovationen fördern.

Das vorliegende Fallbeispiel weist darauf hin, dass organisatorische Netzwerkstrukturen, in denen etablierte soziale Träger mit innovativen Projektpartnern kooperieren, das Potential haben, mehr Output als vereinzelte Ad-hoc-Maßnahmen zu generieren, deren Förderzyklen zu kurz greifen und die finanziell zu schlecht ausgestattet sind, als dass sie einen Wandel herbeiführen können. Letzteres trifft insbesondere auf die gängige Praxis der Policy-Ebene im Bereich der Flüchtlingsarbeit zu.

Literatur

- Bainbridge-Cohen, B. (2012). *Sensing, Feeling and Action*. Northampton, MA: Contact Editions.
- Best, A. & Holmes, B. (2010). Systems thinking, knowledge and action: towards better models and methods. *Evidence & Policy*, 6 (2), (S. 145–159). doi: 10.1332/174426410X502284.
- Clement, U. & Löwe, B. (1996). *Fragebogen zum Körperbild (FKB-20) Handanweisung*. Göttingen [u. a.]: Hogrefe, Verlag für Psychologie.
- Coole, D. (2005). Rethinking Agency: A Phenomenological Approach to Embodiment and Agentic Capacities. *Political Studies*, 53 (1), (S. 124–142). doi: 10.1111/j.1467-9248.2005.00520.x.
- European Commission, OECD (2016). How are refugees faring on the labour market in Europe? A first evaluation based on the 2014 EU Labour Force Survey ad hoc module. *Working Paper 1/2016* (Employment, social affairs & inclusion <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=738&langId=en&pubId=7921&visible=1>). Zugegriffen: 25. März 2020.
- Fuchs, T. (2012). The Phenomenology of Body Memory. In S.C. Koch, T. Fuchs, M. Summa & C. Müller (Hrsg.), *Body memory, metaphor and movement* (S. 9–22). Amsterdam, Philadelphia: John Benjamins P. V. doi: 10.1075/aicr.84.03fuc.
- Gallagher, S. (2005). *How the Body Shapes the Mind*. Oxford: Clarendon Press. doi: 10.1093/0199271941.001.0001.
- Georgiadou, E., Zbidat, A., Schmitt, G. M. & Erim, Y. (2018). Prevalence of Mental Distress Among Syrian Refugees with Residence Permission in Germany: A Registry-Based Study, *Frontiers in Psychiatry*, 9, August, Art. 393 (S. 1–12). doi: 10.3389/fpsy.2018/00393.
- Glasgow, R.E. & Emmons, K.M. (2007). ‚How can we increase translation of research into practice? Types of evidence needed‘. *Annual Review of Public Health*, 28, (S. 413–433).
- Green, L.W., Ottoson, J.M., Garcia, C., & Hiatt, R.A. (2009). ‚Diffusion theory and knowledge dissemination, utilization and integration in public health‘. *Annual Review of Public Health*, 30, (S. 151–174). doi: 10.1146/annurev.publhealth.031308.100049.
- Greenhalgh, T., Robert, G., Macfarlane, F., Bate, P. & Kyriakidou, O. (2004). ‚Diffusion of innovations in service organizations: systematic review and recommendations‘. *Milbank Quarterly*, 82, (S. 581–629). doi:10.1111/j.0887-378X.2004.00325.x.
- Hackney, P. (1997). *Making Connections through Bartenieff Fundamentals*. Amsterdam: Gordon & Breach.
- Herbig, B., Dragano, N. & Angerer, P. (2013). Gesundheitliche Situation von langzeitarbeitslosen Menschen. *Deutsches Ärzteblatt*, 23–24, (S. 413–419).
- Hobi, V. (1985). *Basler Befindlichkeits-Skala*. Manual. Weinheim: Beltz-Test.
- Holland, D. C. (1998). *Identity and agency in cultural worlds*. Cambridge, Mass: Harvard University Press.
- Huxham, C. (2003). ‚Theorizing collaboration practice‘. *Public Management Review*, 5, (S. 401–423). doi: 10.1080/1471903032000146964.
- Joraschky, P. & von Arnim, A. (2008). Der Körperbildskulpturtest. In P. Joraschky, T. Loew & F. Röhrich (Hrsg.), *Körpererleben und Körperbild* (S. 183–191). Stuttgart: Schattauer.
- Merleau-Ponty, M. (1966). *Phänomenologie der Wahrnehmung*. Übers. von Rudolf Boehm, Berlin: de Gruyter. doi: 10.1515/9783110871470.
- Provan, K.G., Fish, A. & Sydow, J. (2007). ‚Interorganizational networks at the network level: a review of the empirical literature on whole networks‘, *Journal of Management*, 33, (S. 479–516). doi: 10.1177/0149206307302554.
- Schlee, B. & Welsche, M. (im Druck) (2020). ‚The somatic impact of war and flight on the agent bodies of refugee women in Germany: A mixed-method approach including movement and body image sculptures‘. In J. Tántia (Hrsg.), *Embodied Research Methods, Vol. II, Embodied Research Methods Cases*. Routledge: London.

- Sebastian, S. (1996). *Veränderungen des Körperbildes im Verlauf einer Körpertherapie*. (Diss., Univ. Erlangen-Nürnberg).
- Tschacher, W. & Bergomi, C. (2011). Introduction. In W. Tschacher & C. Bergomi (Hrsg.), *The implications of embodiment: cognition and communication* (S. VII–X). Exeter: Imprint Academic.
- van der Kolk, B. (2015). *The body keeps the score: Brain, mind and body in the healing of trauma*. New York: Penguin Books.
- Wadepuhl, B. & Wadepuhl, M. (1994). Der Körperbildtest – ein dreidimensionaler Nachweis von Körperbildstörungen. In P. Hahn (Hrsg.), *Modell und Methode in der Psychosomatik* (S. 189–194). Weinheim: Deutscher Studienverlag.
- Wandersman, A., Duffy, J., Flaspohler, P., Noonan, R., Lubell, K., Stillman, L., Blachman, M., Dunville, R. & Saul, J. (2008). ‚Bridging the gap between prevention research and practice: an interactive systems framework for dissemination and implementation‘. *American Journal of Community Psychology*, 41, (S. 171–81). doi: 10.1007/s10464-008-9174-z.
- Wendler, M. & Huster, E.-U. (2015). *Der Körper als Ressource in der Sozialen Arbeit. Grundlagen zur Selbstwirksamkeitserfahrung und Persönlichkeitsbildung*. Wiesbaden: Springer-VS. doi: 10.1007/978-3-658-08778-4.

Kai Weber, Flüchtlingsrat Niedersachsen, im Gespräch mit Danielle Gluns

„Wir müssen uns die Zeit für Transfer nehmen“

Danielle Gluns: Kai, Du bist Geschäftsführer des Flüchtlingsrats Niedersachsen. Könntest Du einmal beschreiben, in welchen Bereichen beim Flüchtlingsrat Niedersachsen Transfer stattfindet?

Kai Weber: Es gibt ein paar Schnittpunkte, die uns regelmäßig in Kontakt mit Wissenschaftler*innen bringen. Das sind Fragen der Aufnahmepolitiken, der kommunalen Organisation von Zuwanderungsprozessen sowie Fragen von Gewaltschutz, mit denen wir konkret projektbezogen zu tun haben. Dann gibt es Fragen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, wo wir aktuelle Forschung rezipieren müssen. Wir sind hier in Niedersachsen in vier Arbeitsmarktnetzwerken vertreten und haben dadurch natürlich ein gesteigertes Interesse daran, die Forschung der IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) oder anderer arbeitsmarktnaher Forschungsinstitute zu begleiten, um zu schauen, wie wir unsere Praxis organisieren müssen.

Danielle Gluns: Wie sehen dann die Aktivitäten oder Prozesse aus, also wie funktioniert der Austausch mit der Wissenschaft konkret?

Kai Weber: Naja, wahrscheinlich schlechter als wünschenswert wäre. Wir haben eine punktuelle Zusammenarbeit gehabt mit Wissenschaftler*innen der Arbeitsmarktinstitute, und wir haben Kontakte gehabt mit der Universität Göttingen, etwa zuletzt im Kontext der Frage Wohnsitzauflage. Hierzu hatte die Landesregierung eine in unseren Augen mehr als dürftige so genannte Evaluation durchgeführt, die dann auf unsere Bitten hin von der Universität Göttingen kommentiert wurde. Das hat uns natürlich geholfen, weil unsere Kritik mit einer wissenschaftlichen Stellungnahme anders aufgegriffen wird.

Danielle Gluns: Ihr seid auf die Universität Göttingen zugegangen mit der Bitte, sich diese Evaluation mal unter wissenschaftlichen Qualitätskriterien anzuschauen?

Kai Weber: Genau. Es gibt in unserer Sicht sehr viele konkrete Fragestellungen, wo wir uns einen stärkeren Austausch wünschen würden. Etwa zu den Aufnahmebedingungen für Geflüchtete vor Ort: Wo wohnen die eigentlich? Es gibt hierzu keine Daten; die kommunalen Spitzenverbände sagen, das werde vor Ort schon alles gut gelöst; die Anfragen, die wir über den Landtag gestellt haben, sind verpufft, weil letztlich nur die Hälfte der Kommunen geantwortet hat und das häufig nichtssagend. So haben wir es bis heute mehr oder weniger mit einer Black Box zu tun, was den Bedarf an Unterkünften für Geflüchtete angeht, die derzeit noch in Sammelunterkünften untergebracht sind. Hier sind wir gezwungen, als NGO Druck zu machen, damit mehr planerische Wohnungspolitik betrieben wird. Das Ganze ist natürlich ein Spannungsfeld, weil

auch noch andere Gruppen diesen günstigen Wohnraum brauchen. Die Frage, wie die Bedarfe der Geflüchteten also in eine gesamtgesellschaftlich sinnvolle Strategie eingebunden werden können, da fehlen uns qualitative und quantitative Studien.

Danielle Gluns: Gibt es Möglichkeiten, der Wissenschaft solche Wissensbedarfe zuzuspielen? Oder was würdet ihr euch wünschen, um solche Bedarfe besser kommunizieren zu können?

Kai Weber: Wir müssten vermutlich häufiger zusammenkommen. Spannend wäre es natürlich, wenn wir Projekte gemeinsam entwickeln könnten, um die universitäre Forschung mit handlungspraktischen Fragen im Rahmen unserer Menschenrechtsarbeit zu verknüpfen und damit diese zu überprüfen und zu verändern.

Danielle Gluns: Also bräuchte es einen regelmäßigen Austausch darüber, welche Förderung verfügbar ist, welche Forschungsbedarfe die Praxis hat und welche Fragestellungen in der Wissenschaft diskutiert werden?

Kai Weber: Das wäre aus unserer Sicht sehr gut. Ich habe den Eindruck, es gibt im gesamten Migrationsfeld vieles, das unbeleuchtet ist, weil es kein öffentliches Interesse daran gibt, es zu untersuchen. Um noch ein weiteres Beispiel zu nennen: für uns ist es skandalös, in welchem Ausmaß rechtswidrige Haftanträge zugelassen werden. Es gibt von Seiten des Staates keinerlei Interesse daran, das statistisch zu erfassen. Wir bringen jedes Jahr unsere Statistiken heraus und zeigen, dass wieder 50 Prozent der von uns begleiteten Fälle rechtswidrig waren, aber es passiert nichts. Es gibt also eine Reihe von sehr praktischen, handlungsleitenden Fragestellungen, in denen wir gerne mit der Forschung zusammenarbeiten würden.

Danielle Gluns: Gab es auch schon Anfragen aus der Wissenschaft, wo sich Forschende Expertise von euch für die Konzeption von Forschungsprojekten einholen oder in der Umsetzung der Forschung mit euch zusammenarbeiten wollten?

Kai Weber: Ja, das gibt es auch. Es gibt Anfragen zu hospitieren und in bestimmten Netzwerken mitzulaufen, und es gibt auch den Wunsch, Forschungsergebnisse zu kommentieren oder zu bestimmten Fragen Stellung zu nehmen. Wohl in erster Linie, um unseren Blick auf die Dinge mit einzubeziehen in die Analyse. Das ist für uns auch spannend, weil das für uns auch ein Spiegel ist zu sehen, wie unsere Aktivitäten eingeordnet und aus einer anderen Perspektive wahrgenommen werden. Es findet aber eher selten statt.

Danielle Gluns: Hättet ihr das gerne häufiger oder wäre das für euch im Alltagsgeschäft nicht leistbar?

Kai Weber: Wir müssen uns die Zeit dafür nehmen. Das ist natürlich immer eine Frage der Prioritätensetzung. Im Unterschied zum universitären Betrieb ist unser Bereich ja eher handlungspraktisch organisiert, das heißt, wir müssen klar benennen, welche Inputs wir leisten wollen und welche Effekte wir uns davon versprechen. Es geht also weniger um die Erforschung von Grundlagen als vielmehr um die Änderung beschrie-

bener Sachverhalte. Der Asyl-, Migrations- und Flüchtlingsfonds (AMIF) bietet da durchaus längerfristige Perspektiven, Siebenjahresrhythmen, wo wir die Möglichkeit haben, unsere Fragestellungen zu bündeln. Es gibt natürlich für uns auch die Möglichkeit, eure Forschungsergebnisse zu rezipieren. Wir haben unterschiedlich viel Wissen darüber, wie die Forschung aufgestellt ist und sind dadurch auch angewiesen darauf, dass uns der universitäre Betrieb darauf hinweist, wo welche Erkenntnisse vorliegen. Und das ist ja letztlich die Frage, vor der wir immer stehen: Wo bekommen wir den Fuß in die Tür, um Dinge zu verändern? Die Ergebnisse helfen natürlich trotzdem manchmal für die Öffentlichkeitsarbeit, um zu zeigen, wie es auch sein könnte oder sein sollte. Es ist dann nur oft handlungspraktisch nicht umsetzbar.

Danielle Gluns: Gibt es neben den politischen Rahmenbedingungen noch weitere Barrieren für den Austausch mit der Wissenschaft?

Kai Weber: Es gibt die Notwendigkeit, von unserer Seite für eine theoretische Reflexion unserer Praxis mehr Zeit zu investieren. Wir finden teilweise gar nicht die Zeit, uns grundsätzlicher und reflektierender mit dem zu beschäftigen, was wir da eigentlich machen. Das ist sicher ein Grund, der bei uns zu suchen ist. Und es fehlt vielleicht an Formen einer organisierten gemeinsamen Diskussion von Fragestellungen. Es ist für uns auch eine relativ neue Situation, dass sich die Forschung auch so intensiv mit unserem Themenfeld beschäftigt. Das war ja lange Zeit nicht der Fall.

Danielle Gluns: Wie würdest du das einschätzen, wie im Moment die politisch-gesellschaftliche Einstellung gegenüber der Wissenschaft ist?

Kai Weber: Ich bin sicher, dass die Ergebnisse von Forschung in anderer Form rezipiert werden als die Forderungen von Lobbyverbänden. Der universitäre Betrieb produziert natürlich auch nicht im luftleeren Raum, aber er hat ein anderes Standing und findet anders Gehör. Wir sind ja auch nicht automatisch Partner; es gibt ja durchaus auch wissenschaftliche Fragestellungen und Ergebnisse, die wir nicht als hilfreich für unsere Arbeit ansehen, also insofern operieren wir schon von unterschiedlichen Standpunkten aus. Aber da wir für uns schon reklamieren würden, dass wir eine zielführende und sachbezogene Politik leisten wollen, haben wir schon ein Interesse daran, Fragestellungen zusammenzuführen, um zu gemeinsamen Erkenntnissen zu kommen. Gerade dann, wenn es sich um eine solche engagierte Forschung handelt, wie wir sie an der Universität Hildesheim erleben.

Danielle Gluns: Wenn ihr Wünsche an die Wissenschaft und andere Akteursgruppen äußern könntet, um den Austausch zu fördern, was wäre das?

Kai Weber: Die Wissenschaft könnte auch einen Beitrag dazu leisten, mehr Transparenz in das Funktionieren von Abschiebehaftanstalten zu bringen. Bislang funktionieren sie als totale Institutionen: ohne Aufsicht durch ein parlamentarisches Gremium, wie es das für normale Haftanstalten gibt, ohne Abschiebungshaftvollzugsgesetz. Die Zugänge, die wir als NGOs eigentlich rechtlich hätten, werden in der Praxis immer wieder behindert und gestört. Das ist ein dickes Brett, wo wir Unterstützung suchen.

Das ist sicher nicht ganz einfach, das aufzubrechen. Aber ich gehe davon aus, dass sich Forschungsprojekte in demokratischen Gesellschaften einen Zugang organisieren können. Und wir haben ein politisches Interesse daran, das aufzubrechen, mehr Transparenz da hineinzubringen. Und Forschungsinteresse könnte es einfach sein zu gucken, wie funktioniert das System. Das ist natürlich eine andere Fragestellung, aber erst einmal die Frage zu stellen, welche Mechanismen wirken da und wie funktioniert das System, das wäre aus unserer Sicht schon wichtig.

Danielle Gluns: Vielen Dank für das Gespräch!

III.

Beratung

Wie tragen Stiftungen wissenschaftliche Inhalte in die öffentliche und politische Debatte?¹

Matthias M. Mayer

„Aus einer neuen Studie, die die Bertelsmann-Stiftung heute in Gütersloh vorstellt, geht hervor, dass die Zahl der fragwürdigen Studien, die die Bertelsmann-Stiftung in Gütersloh vorstellt, in den letzten Jahren stark angestiegen ist.“

Titanic, 2. Dezember 2016

Operative Stiftungen sind mit ihren Themen und Inhalten häufig präsent in der öffentlichen und politischen Debatte, wie es die oben aufgeführte Meldung der Titanic aus dem Jahr 2016 in Bezug auf die Bertelsmann Stiftung überspitzt zum Ausdruck bringt. Ein wichtiges Element dieser Stiftungsarbeit ist es, wissenschaftliche Studien und Ergebnisse in den öffentlichen Raum zu transferieren und damit „[...] Problemlösungen für die verschiedensten Bereiche unserer Gesellschaft zu entwickeln und zugleich der Systemfortschreibung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu dienen“, wie es beispielsweise die Satzung der Bertelsmann Stiftung vorschreibt (Bertelsmann Stiftung 2019). Der vorliegende Beitrag soll einige Wege aufzeigen, wie Stiftungen wissenschaftliche Inhalte in die öffentliche und politische Debatte tragen, erhebt aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

1. Transfer ist im Sinne von Wirkung zu sehen

Transfer wird in diesem Beitrag als die Bereitstellung, Rekontextualisierung und Entwicklung von wissenschaftlich fundiertem Wissen in alle nicht-wissenschaftliche Bereiche der Gesellschaft verstanden. Der Transferprozess zeichnet sich dabei durch die Kooperation mit wissenschaftsexternen Akteuren und einen aktiven Bezug auf gesellschaftliche Anliegen aus. Es lassen sich drei Kategorien von Transfer unterscheiden (Gonser und Zimmer in diesem Sammelband):

1. Die **(Wissenschafts-)Kommunikation** durch die zielgruppengerechte Aufbereitung und Veröffentlichung von Forschungsergebnissen.
2. **Beratung** durch Bereitstellung und Weiterentwicklung wissenschaftlich fundierten Wissens im Sinne eines Handlungsziels in der Praxis. Die Beratung adressiert (eine) bestimmte Personen(gruppen) oder Einrichtungen, beispielsweise politische Entscheider*innen.

¹ Der Beitrag gibt die persönlichen Erfahrungen und die Meinung des Autors wieder.

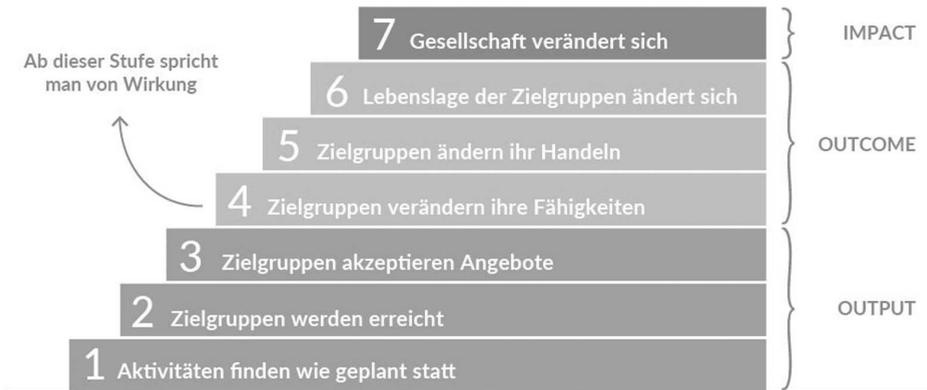


Abb. 1: Die Wirkungstreppe für gemeinnützige Organisationen; Quelle: PHINEO (2016).

3. **Kooperatives Handeln und Forschen** durch Ko-Produktion von Wissen und Wissenschafts-Praxis-Netzwerken. Von besonderem Interesse ist hierbei der Input von Akteuren aus der Praxis zu Forschungsinhalt oder Forschungsfragen, um die gesellschaftliche Relevanz der Forschung sicherzustellen.

Alle diese drei Kategorien von Transfer finden sich in der operativen Stiftungsarbeit wieder, die Grenzen sind dabei fließend. Für Stiftungen ist Transfer eng mit Wirkung verwoben. Zu messen und zu evaluieren, welche Früchte die eigene Arbeit trägt – das heißt, welche Wirkung sie erreicht – wird für Stiftungen zunehmend wichtiger. Denn es ermöglicht, die eigene Arbeit kontinuierlich zu verbessern. Im Kontext von gemeinnütziger Arbeit spricht man von Wirkung, wenn ein Projekt zu Veränderungen bei der Zielgruppe, deren Lebensumfeld oder gar der Gesellschaft führt (vgl. PHINEO 2018, S. 5).

Die unterschiedlichen Stufen von Wirkung veranschaulicht die sogenannte Wirkungstreppe für gemeinnützige Organisationen in Abbildung 1. Die untersten drei Stufen (Output) beziehen sich auf das Stattfinden der jeweiligen Aktivitäten, also beispielsweise eine Studie wird veröffentlicht, wahrgenommen und ihre Inhalte werden von den jeweiligen Zielgruppen akzeptiert (Fachcommunity, Entscheider*innen, Betroffene, Medien, breite Öffentlichkeit, etc.). Von Wirkung spricht man ab Stufe 4. Hier verändern sich die Fähigkeiten, das Handeln und die Lebenslagen der Zielgruppen (Outcomes). Von gesellschaftlichem Impact ist ab Stufe 7 die Rede. Wenn wir beim Beispiel einer veröffentlichten Studie bleiben, hieße das, politische Entscheidungsträger*innen verinnerlichen bestimmte Lösungen für gesellschaftliche Probleme, aufgrund derer sie Entscheidungen treffen, welche wiederum die Lebenslagen der Bürger*innen und schließlich die Gesellschaft verbessern. Dass einzelne Studien eine Wirkung jenseits von Stufe 4 oder 5 erreichen, ist äußerst selten. Dennoch zeigt die Wirkungstreppe auf, welche Resultate Stiftungen mit dem Transfer wissenschaftlicher Ergebnisse theoretisch erreichen können, auch über einen längeren Zeitraum beziehungsweise im direkten und indirekten Zusammenspiel mit mehreren Akteur*innen. So hilft sie, die Ressourcen der Stiftung möglichst effektiv einzusetzen.

2. Inhalte sollten mit Rückkopplung an Herausforderungen und die politische Debatte ausgewählt werden

Die Bertelsmann Stiftung kommuniziert wissenschaftliche Arbeiten, die sie selber erarbeitet, mitentwickelt oder in Auftrag gegeben hat. Um Wirkung gemäß der oben genannten Definition zu erzielen, sollten Inhalte so ausgewählt werden, dass sie dabei helfen, mit aktuellen politischen Herausforderungen umzugehen und zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beizutragen. Die Stiftungssatzung bildet dabei die thematische Klammer. Die Auswahl der Inhalte kann in unterschiedlichen Formen passieren. Hier seien drei dargestellt:

1. *Empirie kann auf Herausforderungen aufmerksam machen, für die in der öffentlichen und politischen Debatte noch kein (ausreichendes) Problembewusstsein besteht.* Als allgemeines Beispiel kann eine Studie genannt werden, die aufzeigt, dass Deutschland auf einen baldigen Lehrermangel zusteuert, wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden (Klemm und Zorn 2018). Speziell für den Bereich Fluchtforschung kann eine Studie aufgeführt werden, die darlegt, wie eine lange Dauer der Asylverfahren in Deutschland die Arbeitsmarktintegration Geflüchteter behindert (Thränhardt 2015).
2. *Empirie kann zur Versachlichung von Debatten beitragen.* Als Beispiel kann hier eine Studie aufgeführt werden, die berechnet, welche jährliche Nettozuwanderung Deutschland bräuchte, um den Rückgang des Arbeitskräfteangebots auf ein für die Wirtschaft verkraftbares Niveau zu begrenzen (Fuchs et al. 2019). Ein weiteres Beispiel ist eine Studie, die berechnet, welchen Beitrag Ausländer*innen im Durchschnitt zum deutschen Staatshaushalt leisten (Bonin 2014). Einschränkend soll hier noch erwähnt werden, dass, wenn Migration gerade sehr kontrovers diskutiert wird, solche Studien neben einer Versachlichung auch zu einer Gegenbewegung und Stimmungsmache führen können. Das ist bei sehr politischen Themen schwer zu vermeiden.
3. *Aktuell laufende Debatten können durch Analysen und konkrete Handlungsoptionen bereichert und vorangebracht werden.* Als Beispiel kann hier ein Sammelband zum diskutierten Fachkräfteeinwanderungsgesetz genannt werden, der in der frühen Phase der Diskussionen veröffentlicht wurde, das Thema Fachkräftezuwanderung aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet und Handlungsempfehlungen aus unterschiedlichen Perspektiven unterbreitet (Bertelsmann Stiftung 2017a).

Vor allem für die zweite und dritte Auswahlvariante ist es wichtig, im Sinne der dritten Transferkategorie „Kooperatives Handeln und Forschen“, die Brücke zwischen der empirischen wissenschaftlichen Forschung und der laufenden politischen bzw. öffentlichen Debatte zu schlagen. Dabei hilft ein regelmäßiger Austausch mit den Zielgruppen, wie politischen Entscheider*innen, Medienschaffenden, Betroffenen, Verbänden, Nichtregierungsorganisationen und der Verwaltung, beispielsweise über inhaltliche Workshops sowie bilaterale Gespräche. So kann herausgefunden werden,

wo die neuralgischen Punkte sind und wo neue Empirie, Analysen und Handlungsempfehlungen einen Mehrwert schaffen können.

3. In der Wissenschaftskommunikation müssen die Inhalte zielgruppengerecht aufbereitet werden

Politische Entscheider*innen, Medienschaffende, Praktiker*innen und die Öffentlichkeit haben meist nicht die Zeit und den Zugang, klassische wissenschaftliche Texte durchzuarbeiten. Das bedeutet, um den Transfer hinein in die breitere Debatte zu erreichen, ist es von Bedeutung, zielgruppengerecht zu kommunizieren (siehe hierzu auch Weigand und Förster in diesem Band). Das heißt jedoch nicht, gänzlich auf Tiefe und Komplexität zu verzichten. Vielmehr müssen die durchaus anspruchsvollen Inhalte so aufbereitet werden, dass die Zielgruppen sie schnell erschließen, verstehen und verinnerlichen können. Die folgenden Werkzeuge der inhaltlichen Aufbereitung können dazu beitragen, dass diese Transferleistung gelingt.

1. *Aus der Publikation sollten möglichst konkrete und an die politische Debatte anschlussfähige Handlungsempfehlungen entwickelt werden.*
2. *Die Publikation sollte eine vorgeschaltete Executive Summary beinhalten, welche die Kernergebnisse prägnant aufbereitet.*
3. *Zwischenfazits, beispielsweise am Ende jedes Kapitels, können dabei helfen, die Inhalte zu erschließen, ohne den gesamten Text lesen zu müssen.*
4. *Der Text sollte einer klaren Gliederung folgen, mit vielen Zwischenüberschriften, um die Verständlichkeit zu erhöhen.*
5. *Inhalte können in unterschiedlichen Formaten aufbereitet werden.* Beispielsweise als umfangreiche Studie (Beispiel: Fuchs et al. 2019 oder Angenendt et al. 2017), in Form einer Umfrage (Beispiel: Bertelsmann Stiftung 2017b), als Factsheet (Beispiel: Mayer 2019), das die wichtigsten Zahlen einfach aufbereitet oder als Policy Brief (Beispiel: Mayer 2017), der prägnant ein Thema umreißt und konkrete Politikempfehlungen unterbreitet. Dabei können die verschiedenen Formate sich auch durchaus ergänzen, da sie unterschiedliche Zielgruppen ansprechen, also beispielsweise kann auf Grundlage einer Studie auch ein kürzerer Policy Brief veröffentlicht werden.

4. Die Art der Veröffentlichung muss an die Zielgruppe angepasst werden

In der Stiftungsarbeit gibt es eine Mehrzahl an gängigen Veröffentlichungen. Je nach Inhalt und Zielgruppe ist zu entscheiden, ob die Publikation für die Fachöffentlichkeit oder die breite Öffentlichkeit publiziert werden soll (siehe hierzu auch Bonin und Mühlhäußer in diesem Band).

Lassen sich keine massenmedial wirksamen Botschaften generieren, weil die Inhalte eine bestimmte Nische betreffen oder sehr komplex und vornehmlich qualitativer Natur sind, bietet es sich an, die Publikation für die Fachöffentlichkeit bereitzustellen. Die gängigsten Methoden dafür sind Fachverteiler, bilaterale E-Mails, soziale Medien oder Fachzeitschriften. Ein Beispiel für eine für die Fachöffentlichkeit publizierte Studie ist eine komplexe, hauptsächlich qualitative Studie zu gemischten Wanderungen (vgl. Angenendt et al. 2017).

Wenn die Studienergebnisse einen zentralen gesellschaftlichen Bereich berühren, einen Neuigkeitswert aufweisen, quantifizierbar sind und sich zu klaren Botschaften verdichten lassen, dann eignen sie sich für die massenmediale Berichterstattung und können entsprechend veröffentlicht werden. Dafür muss eine Pressemitteilung erstellt werden. Idealerweise wird diese dann durch eine gezielte Ansprache von Journalist*innen flankiert, mit der Hoffnung auf Verbreitung durch Presseagenturen und eine möglichst breite Berichterstattung durch Print- und Onlinemedien sowie über Hörfunk und Fernsehen. Das Ziel ist meist, durch eine breite Berichterstattung auch relevante Entscheider*innen in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu erreichen. Als Beispiel für eine massenmediale Veröffentlichung kann wieder die oben genannte Studie aufgeführt werden, die berechnet, welchen Zuwanderungsbedarf Deutschland hat (vgl. Fuchs et al. 2019).

Alternativ kann sich auch eine Berichterstattung mit einem exklusiven Medienpartner anbieten, vor allem bei komplexen Inhalten, die sich nicht auf massenmediale Botschaften zuspitzen lassen, sondern von mehr Kontext und einer detaillierteren Betrachtung profitieren (vgl. Kösemen 2018 – mit dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) als Exklusivpartner).

5. Die Verbreitung der Ergebnisse muss durch unterschiedliche Maßnahmen flankiert werden

Die Veröffentlichung kann durch verschiedene Aktionen unterstützt werden. So kann durch eine gezielte Ansprache im Vorfeld der Veröffentlichung sichergestellt werden, dass wichtige Stakeholder über die Veröffentlichung und die Schlüsselinhalte informiert sind und gegebenenfalls in der Lage sind, öffentlich auf die Publikation zu reagieren, beispielsweise in Form einer eigenen Pressemitteilung, eines Statements oder eines Namensartikels.

Darüber hinaus sind hier Veranstaltungsformate, wie Konferenzen, Diskussionen am runden Tisch oder Workshops zu nennen. Welche konkreten Aktionen sich anbieten, hängt von der Veröffentlichung ab; beispielsweise machen große Tagungen nur bei besonders gewichtigen Publikationen und Themen Sinn. Veröffentlichungen können auch Ableger-Publikationen zur Folge haben, welche Reichweite und Wirkung weiter erhöhen – beispielsweise durch Anfragen, die Studieninhalte im Rahmen von Newslettern, Fachzeitschriften, Blogs, etc. aufzubereiten.

Im Nachgang von Veröffentlichungen können sich auch Einladungen ergeben, die Kernergebnisse auf Veranstaltungen zu präsentieren und zu diskutieren. Das kann viele Vorteile haben: Man kann Verbreitung und Transfer erhöhen, aber auch im Sinne von kooperativem Handeln wertvolles Feedback unterschiedlicher Stakeholder einholen, mit dem sich die Ergebnisse weiterentwickeln lassen oder gar Anschlussaktivitäten generiert werden können. Zudem helfen Veranstaltungen dabei, das Netzwerk auszubauen und zu pflegen.

Weitere Möglichkeiten, die Verbreitung der Inhalte zu erhöhen und zusätzliche Zielgruppen zu erschließen, ist das Nutzen von sozialen Medien, zum Beispiel in Kombination mit Infografiken, Erklär-Videos oder sogar kleinen Filmen.

6. Besonderheiten des Transfers in der Flucht- und Migrationsforschung: Notwendige Debatten dürfen nicht an der Lautstärke einer Minderheit scheitern

Die Bertelsmann Stiftung engagiert sich schon seit vielen Jahren mit unterschiedlichen Projekten im Themenfeld Migration, da es ein für die Bundesrepublik sehr bedeutenden Politikfeld ist (siehe zum Beispiel das Projekt „Migration fair gestalten“: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/migration-fair-gestalten/>). Auch im Zusammenhang mit der großen Fluchtzuwanderung der Jahre 2015 und 2016 wurden aus gesellschaftspolitischem Anlass viele Projekte mit Bezug auf Geflüchtete ins Leben gerufen.

Transfer in der der Migrations- und Fluchtforschung weist im Vergleich zu vielen anderen Politikbereichen einige Besonderheiten auf: Momentan ist das Themenfeld durch eine sehr hohe Polarisierung und Emotionalität der öffentlichen und politischen Debatte gekennzeichnet. Das bedeutet bei der massenmedialen Kommunikation von wissenschaftlichen Studien in die öffentliche Debatte, dass dies Gegenreaktionen oder gar Stimmungsmache mit den wissenschaftlichen Befunden auslösen kann, beispielsweise durch rechtspopulistische Medienplattformen oder die Alternative für Deutschland (AfD). Diese sind oft nicht sachlich, sondern ideologischer Natur und versuchen beispielsweise gemäß eines tradierten rechts(extrem)populistischen Kommunikationsmusters, etablierte Institutionen – wie die Wissenschaft generell, die Bundesregierung oder auch Stiftungen – zu diskreditieren. Auch formieren sich häufig in den sozialen Medien Zuwanderungs-skeptiker*innen, die massiv gegen wissenschaftliche Arbeiten vorgehen, deren Befunde positive Auswirkungen von Zuwanderung aufzeigen.

Wichtig ist, der lautstarken und gut organisierten Minderheit zu trotzen und wissenschaftliche Ergebnisse nicht zurückzuhalten, nur, weil sie möglicherweise starke (und populistische) Gegenreaktionen hervorrufen, die nicht immer sachlich argumentieren. Es ist darauf zu achten, die Debatte immer wieder auf die Sachebene zurückzuholen. Blogbeiträge bieten sich beispielsweise an, bestimmte Vorwürfe zu sammeln und sachlich zu entkräften, im Versuch, eine faktenbasierte Debatte zu führen.

7. Fazit: Die Wege zur gewünschten Wirkung variieren und es braucht einen langen Atem

Der Transfer wissenschaftlicher Inhalte in die Zielgruppen hinein ist ein vielschichtiger und multidirektionaler Prozess. Stiftungen sprechen dabei meist von Wirkung. Einen Königsweg, um Wirkung zu erzielen, gibt es dabei nicht. Denn wie Wirkung erzielt werden kann, ist abhängig von den jeweiligen Zielsetzungen, den Inhalten und den Zielgruppen. Fünf Punkte können jedoch helfen, die Wirkung der Stiftungsarbeit zu erhöhen. Erstens veranschaulicht die Wirkungstreppe, was Wirkung heißt und welche unterschiedlichen Wirkungen es gibt. Das hilft die Stiftungsaktivitäten zu fokussieren. Zweitens sollten für Politik und Öffentlichkeit relevante Inhalte ausgewählt werden – in Einklang mit der Stiftungssatzung. Drittens müssen die Inhalte zielgruppengerecht aufbereitet und viertens die Art der Veröffentlichung an die Zielgruppe angepasst werden. Begleitmaßnahmen können fünftens dabei helfen, die Wirkung zu erhöhen.

Ein gewisses Maß an Bescheidenheit ist angebracht. Wirkung zu erzielen ist ein längerfristiger Prozess, der auch meist nicht alleine bewerkstelligt werden kann, sondern im Zusammenspiel mit Kooperationspartner*innen oder Organisationen, die ähnliche Zielsetzungen besitzen. Um abschließend auf das anfängliche Titanic-Zitat zurückzukommen: Satirezeitschriften sind in der Regel keine Zielmedien für die Streuung von Inhalten. Werden jedoch bestimmte Inhalte von Satirezeitschriften oder -sendungen aufgenommen, zeigt das zumindest, dass man in Bezug auf den Transfer auf einem guten Weg ist.

Literatur

- Angenendt, S., Kipp, D. & Meier, A. (2017). *Gemischte Wanderungen: Herausforderungen und Optionen einer Dauerbaustelle der deutschen und europäischen Asyl- und Migrationspolitik*. Bertelsmann Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/doi/10.11586/2020008> (Zugriff: 10.03.2020).
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). (2017a). *Faire Fachkräftezuwanderung nach Deutschland: Grundlagen und Handlungsbedarf im Kontext eines Einwanderungsgesetzes*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). (2017b). *Willkommenskultur im Stresstest: Einstellungen in der Bevölkerung 2017 und Entwicklungen und Trends seit 2011/2012*. Bertelsmann Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/doi/10.11586/2020009> (Zugriff: 10.03.2020).
- Bertelsmann Stiftung (2019). Satzung der Bertelsmann Stiftung. Bertelsmann Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Corporate/Organisation/Satzung_der_Bertelsmann_Stiftung_2019.pdf (Zugriff: 10.03.2020).
- Bonin, H. (2014). *Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt*. Bertelsmann Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/doi/10.11586/2020010> (Zugriff: 10.03.2020).
- Fuchs, J., Kubis A. & Schneider L. (2019). *Zuwanderung und Digitalisierung: Wie viel Migration aus Drittstaaten benötigt der deutsche Arbeitsmarkt künftig?* Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/doi/10.11586/2019013> (Zugriff: 10.03.2020).

- Klemm, K. & Zorn D. (2018). *Lehrkräfte dringend gesucht: Bedarf und Angebot für die Primarstufe*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/doi/10.11586/2017048> (Zugriff: 10.03.2020).
- Kösemen, O. (2018). *Bürgersinn in der Einwanderungsgesellschaft: Was Menschen in Deutschland unter einem guten Bürger verstehen*. Bertelsmann Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/doi/10.11586/2018064> (Zugriff: 10.03.2020).
- Mayer, M. (2017). Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz. *Policy Brief Migration, 08.2017*. Bertelsmann Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/deutschland-braucht-ein-einwanderungsgesetz/> (Zugriff: 10.03.2020).
- Mayer, M. (2019). Fachkräftezuwanderung aus Drittstaaten nach Deutschland 2018. *Factsheet Migration 10.2019*. Bertelsmann Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/fachkraeftezuwanderung-aus-drittstaaten-nach-deutschland-2018/> (Zugriff: 10.03.2020).
- PHINEO (2015). *Kursbuch Wirkung: Das Praxishandbuch für alle, die Gutes noch besser tun wollen*. Berlin: PHINEO.
- Thränhardt, D. (2015). *Die Arbeitsintegration von Flüchtlingen in Deutschland. Humanität, Effektivität, Selbstbestimmung*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/doi/10.11586/2020011>(Zugriff: 10.03.2020).

Kommunale Integrationspolitik in ländlichen Räumen in Deutschland

Strategische Zukunftsaufgabe für vielfältige Zuwanderung

Raphaela Schweiger & Lisa Marie Veyhl¹

Zuwanderung in ländliche Räume ist kein neues Phänomen – doch seit wenigen Jahren rückt die Aufmerksamkeit der Bundes- und Landespolitik, Verwaltungen, Stiftungen und Öffentlichkeit auf die dortigen besonderen Integrationsbedingungen (Ritgen 2018). Grund hierfür ist unter anderem, dass seit der starken Flüchtlingszuwanderung 2015/16 mehr Neuzugewanderte in ländlichen Räumen leben. Sie sind jedoch von einer großen Vielfalt der Migration geprägt: Spätaussiedler*innen, Flüchtlinge, Bürger*innen der Europäischen Union (EU), ausländische Fachkräfte, aber auch Rückwanderer*innen aus den Städten – sie alle siedeln sich in ländlichen Räumen Deutschlands an. Immer mehr dieser Kommunen und Regionen denken im Zuge des demografischen Wandels darüber nach, wie die Bindung und der Verbleib von Migrant*innen vor Ort gesichert und gestärkt werden können. Im Rahmen der Entwicklung des Nationalen Aktionsplans Integration (NAP-I) hat sich eine Arbeitsgruppe auch den „Besonderen Herausforderungen der Integration in ländlichen Räumen“ unter Vorsitz des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft gewidmet.² Stiftungen haben sich in den letzten Jahren verstärkt Integrationsfragen in ländlichen Räumen angenommen.³ Ebenfalls sind viele neue Forschungsprojekte entstanden, die in Teilen noch nicht abgeschlossen sind (vgl. z. B. BAMF 2018; Bolte und Kirchhoff 2015; Mehl 2017; Ohliger et al. 2017).

Der Beitrag blickt dabei auf Querschnittsbereiche und -aufgaben, die insbesondere für ländliche Räume bei der Gestaltung kommunaler Integrationspolitik relevant erscheinen. Auch wenn ländliche Räume vielfältig sind, so sind grundlegende Erkenntnisse und Ansätze, um den besonderen Integrationsbedingungen gerecht zu werden, transferier- und skalierbar. Anders als in der Konzeptualisierung der Einleitung vorgeschlagen (vergleiche Gonser und Zimmer in diesem Band), wird Transfer in diesem

1 Die Autorinnen sind bei der Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart, tätig. Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung der Autorinnen wieder.

2 Für die Arbeitsgruppen und Schwerpunkte des Nationalen Aktionsplans Integration vgl. <https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-und-person/aktionsplan-integration>.

3 Das Bundesprogramm „Willkommen bei Freunden – Bündnisse für junge Flüchtlinge“ der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung unterstützte bis 2018 Landkreise, Städte und Gemeinden bei der Aufnahme und Betreuung geflüchteter Kinder und Jugendlicher (<https://www.willkommen-bei-freunden.de/programm/>). Im Jahr 2018 hat die Robert Bosch Stiftung auf Basis einer Bedarfsanalyse das Programm „Land.Zuhause.Zukunft – Integration und Teilhabe von Neuzuwanderern in ländlichen Räumen“ aufgelegt (www.land-zuhause-zukunft.de).

Beitrag als die Übertragung von Methoden aus der Praxis und den Austausch zwischen Akteur*innen aus der Praxis verstanden. Die Erkenntnisse speisen sich sowohl aus in diesem Beitrag zitierter Literatur, aber vor allem aus Erfahrungen und Gesprächen mit Akteuren aus der Praxis in ländlichen Räumen, auf Bundes- und Landesebene – aus Politik und Verwaltung, Zivilgesellschaft sowie der Wirtschaft –, mit denen die Autorinnen in den vergangenen Jahren eng zusammengearbeitet haben.

1. Die Vielfalt der Migration in ländliche Räume

Zuwanderung in ländliche Räume wird häufig mit Flüchtlingen in Verbindung gebracht. Jedoch sind die Zuwanderergruppen, die in ländlichen Räumen leben oder dorthin migrieren divers (Kordel und Weidinger 2020). Zwischen 2013 und 2018 hat in ländlichen Räumen insbesondere die ausländische Bevölkerung stark zugenommen,⁴ wobei es wichtig zu betonen ist, dass sich auch deutsche Staatsbürger*innen dort (erneut) niederlassen.

Für Akteure lokaler Integrationspolitik ist es essentiell, die Vielfalt der Zuwanderung in ihrem jeweiligen ländlichen Raum zu erkennen und (Steuerungs-)Maßnahmen und Ziele darauf anzupassen – für das Anwerben, die Integration und das Bleiben. Die unterschiedlichen Zuwanderergruppen, die gemeint sind, wenn dieser Beitrag von (Neu-)Zuwanderung in ländlichen Räumen spricht, sind folgende (vgl. auch Kordel und Weidinger 2020):

- **Flüchtlinge** werden während der Dauer des Asylverfahrens durch den dezentralen Verteilmechanismus auch in ländlichen Räumen untergebracht.⁵ Nach Abschluss des Asylverfahrens treffen viele Menschen neue Wohnortentscheidungen, die sie häufig in die nächste Großstadt oder eine infrastrukturell besser angebundene Kleinstadt führen. Einige verbleiben auch im ländlichen Raum.
- **Neuzugewanderte, die zum Zweck der Erwerbstätigkeit** in ländliche Räume kommen, müssen zwischen EU-Zuwander*innen und Drittstaatenangehörigen unterschieden werden. Für beide Gruppen ist ein Anstieg in den letzten Jahren zu verzeichnen.⁶ Viele von ihnen sind sowohl im primären Sektor (z. B. Saisonarbeit), als auch im sekundären und tertiären Bereich (z. B. Gesundheits- und Pflegeberufe) tätig.
- **Rückwanderer*innen und Lifestyle-Migrant*innen** sind oftmals gut ausgebildet und entscheiden sich aufgrund der vorhandenen Entfaltungsmöglichkeiten, bzw.

4 Eigene Berechnungen von Kordel und Weidinger (2020) auf Basis von Daten des Statistischen Bundesamts 2019.

5 Die im August 2016 eingeführte Wohnsitzauflage kann die Weiterwanderung in andere Bundesländer verhindern und innerhalb der Länder Flüchtlinge an einen Ort zuweisen. Dadurch ist es möglich, dass Flüchtlinge (zumindest für einen Zeitraum) in ländlichen Räumen verbleiben müssen (SVR-Forschungsbereich 2016).

6 Eigene Berechnungen von Kordel und Weidinger (2020) auf Basis von Daten des Statistischen Bundesamts 2019.

dem Streben nach einem besseren Leben, wieder in ländliche Räume zurückzukehren oder sich dort niederzulassen.

- **Ruhestandwanderer*innen** verfügen häufig über ausreichend finanzielle Ressourcen und ziehen in ihrer zweiten Lebenshälfte gerne in ländliche Räume.

Diese Vielfalt der Zuwanderung gilt es zu berücksichtigen, wenn kommunale Migrations- und Integrationspolitik in ländlichen Räumen strategisch und strukturell über die Ebenen hinweg und mit einer Vielzahl von beteiligten Akteur*innen gestaltet wird. Die Aufzählung zeigt zudem: Geht es um die Gestaltung vielfältiger Zuwanderung, lohnt sich der breite Blick auf Menschen, die in ländliche Räume (zurück)wandern können.

Wichtig ist auch der Gedanke des *Mainstreamings*, das heißt Integration als Querschnittsthema zu einem zentralen Bestandteil bei allen Entscheidungen und Prozessen zu machen und dabei die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen aller Beteiligten umfassend zu berücksichtigen (BMZ 2019). Integrations- und Teilhabeangebote müssen letztendlich allen zugutekommen, da sie nur so von der breiten Bevölkerung akzeptiert werden. Es sollten folglich gleichwertige Lebensverhältnisse für alle angestrebt werden.

2. Die Zukunft kommunaler Integrationspolitik in ländlichen Räumen: Strukturen und Zusammenarbeit sowie Integration und Bindung ermöglichen

Zuwanderung in ländliche Räume wird verstärkt unter den Gesichtspunkten des demografischen Wandels diskutiert – und damit auch mit dem Gedanken, Neuzuwander*innen zu gewinnen und Migrant*innen an den neuen Wohnort zu binden, womit der Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung vor Ort entgegengewirkt werden kann. Hierfür sind die Förderung von Integrationsmaßnahmen und eine steuernde Integrationspolitik unerlässlich.

„Bindung“ an einen Ort entsteht, wenn Menschen am Geschehen einer Gemeinde beteiligt sind. Kern dessen ist die gesellschaftliche Teilhabe, die jedoch nur in Teilen über Maßnahmen, vor allem aber über das „Wohlfühlen“ und das „sich zugehörig fühlen“ an einem Ort erreicht werden kann. Dies gilt nicht nur, aber auch für Flüchtlinge und Migrant*innen, die sich in ländlichen Räumen (zeitweise) niederlassen. Hierbei ist es wichtig den Zusammenhang zwischen Bindung und Mobilität explizit herauszustellen: Auch bei Migrant*innen wird die Entscheidung darüber, ob sie bleiben oder weiterwandern im Alltag immer wieder ausgehandelt. Mit der weltweit zunehmenden Mobilität lässt sich daher besser von temporärer Bindung sprechen (Kordel und Weidinger 2020).

Doch was spricht explizit für den Verbleib in ländlichen Räumen? In vielen ländlichen Räumen gibt es genügend bezahlbaren Wohnraum und gegebenenfalls sogar die Möglichkeit, Eigentum zu erwerben. Auch die Aussichten auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz in einem mittelständischen Betrieb sind in ländlichen Räumen größer

(Robert Bosch Stiftung 2019; Ohliger et al. 2017). Ebenso überwiegen insbesondere für zugewanderte Familien häufig die Vorteile im Vergleich zu städtischen Regionen, z. B. weil ausreichend Betreuungsangebote vorhanden sind. Wie im städtischen Kontext ist es für Zuwander*innen auch in ländlichen Räumen wichtig, Anbindung an eigene Communities zu finden (z. B. kulturelle Angebote, Einkaufsmöglichkeiten, Hilfe beim Ankommen). Aus diesen Standortfaktoren lassen sich Haltestrategien erarbeiten, die ländliche Räume angesichts des demografischen Wandels sowohl für die Aktivierung bereits länger in der Region lebender als auch für die Gewinnung einer Vielfalt von neuen Bewohnern und damit für ihre Entwicklung, nutzen können. Der Blick auf die Chancen und das Potenzial von Zuwanderung kann also zu einem Standortmarketing nach innen und außen führen (Kordel und Weidinger 2020; SVR-Forschungsbereich 2017).

Viele ländliche Kommunen haben, ebenso wie die Städte in Deutschland, verstärkt Flüchtlinge aufgenommen. Die Landkreise und ihre Gemeinden haben auf die Situation seit Frühsommer 2015 schnell und effizient reagiert und auch ihre dezentrale Siedlungsstruktur für die Unterbringung gut genutzt.⁷ Dies hat besonders dort gut funktioniert, wo die Politik- oder Verwaltungsspitze (d. h. Bürgermeister*in oder Landrät*in) sich der Aufgabe explizit angenommen hat. Gleichzeitig musste die Aufnahme- und Integrationspolitik in vielen Landkreisen und ihren Gemeinden neu oder anders organisiert werden (Ohliger et al. 2017, S. 35 f.).⁸ Seitdem hat sich in einigen ländlich geprägten Kommunen viel getan: An vielen Orten wurde die Bindung und Integration der Flüchtlinge als Chance verstanden. Sie haben ihre Strukturen und teils auch Strategien für die kommunale Integrationspolitik weiterentwickelt und dabei auch andere Integrationsthemen mit auf die Agenda gesetzt – wie z. B. die Integration von Menschen, die zum Erwerb der Arbeit in den Landkreis kommen.

Für die Gestaltung strategischer Integrations- und Teilhabepolitik in ländlichen Räumen erscheinen zwei Querschnittsbereiche für die Zukunft besonders relevant: die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Landkreis und angehörigen Städten und Gemeinden und die Schaffung von starken Bündnissen zwischen Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. In beiden Bereichen gilt es, Ansätze und Maßnahmen zur Bindung von Migrant*innen in ländlichen Räumen zu integrieren.

2.1 Ebenen übergreifende Zusammenarbeit zwischen Landkreis und angehörigen Gemeinden stärken

Landkreise und ihre angehörigen Gemeinden sind besonderen strukturellen Herausforderungen ausgesetzt: denn die Landkreise sind für viele Integrationsaufgaben zu-

⁷ Anfang 2016 gaben insgesamt 64 % der Entscheidungsträger in ländlichen Kreisen und Kommunen an, vorwiegend dezentral unterzubringen – im Vergleich zu 34 % in kreisfreien Großstädten (Institut für Demoskopie Allensbach 2016, S. 13).

⁸ Beispielsweise richtete der Landkreis Goslar im Jahr 2016 in einem ehemaligen Hotel ein Integrationszentrum ein, in dem alle Angebote im Zuge der Aufnahme, Ankunft und Erstintegration gebündelt wurden (Flüchtlinge in Niedersachsen 2016).

ständig – sie sind u. a. Träger von Ausländer- und Sozialbehörden, Jugendämtern und Jobcentern, häufig auch der Kreisvolkshochschule. In ihre Zuständigkeit fällt auch die Anschlussunterbringung. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit und strategische Ausgestaltung der Integrationsarbeit mit den angehörigenden Gemeinden, in denen die Neuzugewanderten leben und die Integration im Alltag stattfindet. Integration wird damit häufig auf Kreisebene gesteuert und auf der lokalen Ebene umgesetzt, was „eine sehr gute Zusammenarbeit und Abstimmung der beteiligten Akteure innerhalb der Kommunalverwaltung, aber auch mit Partnern wie freien Trägern, Vereinen, Migrantenselbstorganisationen (MSO) oder Ehrenamtsinitiativen“ erfordert (Münch und Schreiner 2019; vgl. auch Ritgen 2018).

Gespräche der Praxis machen jedoch auch das Spannungsfeld zwischen Gemeinden und Landkreis deutlich: Während die Gemeinden – und insbesondere ihre Bürgermeister*in – von der Bürger*in aus denken, muss der Landkreis mit Blick auf die strukturellen und übergreifenden Fragen für den gesamten Kreis agieren. Bei Integrations Themen – mit den vielen Zuständigkeiten struktureller Natur auf Landkreisebene – kann es hier schnell zu Konflikten zwischen Landkreis und Gemeinde kommen, denn die Neuzugewanderten leben in den Gemeinden selbst.⁹ Beide Seiten – Landkreise und Gemeinden – haben eine Verantwortung, dass das Zusammenspiel zwischen den Ebenen gelingt.

Wichtig hierfür sind u. a. Transparenz, Rollenklarheit zwischen den Ebenen, die Beteiligung aller relevanten Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung sowohl auf Gemeinde- als auch Landkreisebene sowie ein kontinuierlicher Austausch aller. Hinzu kommt eine klare Kommunikation auf Basis von guten Beispielen, aber auch integrationsbezogener Daten, um Diskurse bei Bedarf zu versachlichen (Münch und Schreiner 2019).

Dabei spielt auch der Transfer von Erfahrungen und Erkenntnissen eine ganz wesentliche Rolle (vgl. Transferbegriff in der Einführung des Sammelbands). Im Kontext der Gestaltung von Integrationspolitik in ländlichen Räumen ist dabei der Austausch und die Zusammenarbeit verschiedener Akteursgruppen (z. B. Landkreis-Gemeinden, Politik-Verwaltung-Zivilgesellschaft, zwischen Landkreisen) zur Gestaltung strategischer Integrationspolitik in ländlichen Räumen essentiell. Um dies nachhaltig und faktenbasiert tun zu können, braucht es deutlich mehr wissenschaftliche Erkenntnisse, die in Praxis und Politik einfließen. Im Rahmen des Programms Land.Zuhause.Zukunft unterstützt die Robert Bosch Stiftung in Kooperation mit der Universität Hildesheim die am Programm beteiligten Landkreise mit Beratungsprozessen zur Strategie- und Konzeptentwicklung und begleitet bei der Umsetzung und dem Austausch. Sie schafft ein Netzwerk aus Akteuren unterschiedlicher Landkreise und bietet eine Plattform für politische und strategische Kommunikation. Während in der Pilotphase des Programms wissenschaftliche Akteure nur partiell in diese Austauschprozesse eingebunden

⁹ Erkenntnisse aus einem Workshop der Robert Bosch Stiftung mit Bürgermeister*innen aus kleineren und mittleren Gemeinden.

wurden, wird die Fortsetzungsphase seit Herbst 2019 bewusst mit der Universität Hildesheim als Kooperationspartner durchgeführt, um den Transfer zwischen Politik, Praxis und Wissenschaft noch stärker zu fördern.

2.2 Integrationspolitik (vor allem) in ländlichen Räumen braucht starke Bündnisse zwischen Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft

Integrationspolitik funktioniert nur in einem starken Bündnis aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Da das Politikfeld fast alle gesellschaftlichen Bereiche (z. B. Wohnen, Bildung, Arbeit, soziale Teilhabe) umfasst, ist – neben der Zusammenarbeit zwischen Landkreis und angehörigen Städten und Gemeinden – die sektorenübergreifende Zusammenarbeit unbedingt erforderlich. Dies gilt insbesondere in ländlichen Räumen, wo es einerseits weniger Akteure gibt, diese sich jedoch meist gut kennen. Die Umsetzung über die Ebenen hinweg ist komplex und zeitaufwändig.

Für die Zusammenarbeit und Zielerreichung ist die Entwicklung eines gemeinsamen Integrations- und Teilhabekonzeptes wesentlicher Erfolgsfaktor (Münch und Schreiner 2019). Die von Beginn an partizipative, prozesshafte Erarbeitung und/oder Aktualisierung des Konzeptes prägt die weitere Zusammenarbeit und trägt zur Vernetzung und Schaffung vertrauensvoller Bündnisse bei.¹⁰ Die Verwaltung nimmt bei der Schaffung und Koordinierung dieser Bündnisse eine Schlüsselrolle ein und sorgt dafür, dass sie aufrechterhalten werden. Ihre Zusammenarbeit mit den Bereichen Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft wird näher beleuchtet.¹¹

Rolle der Politik und Verwaltungsspitzen

Eine zukunftsorientierte und strategische Integrationspolitik im Landkreis und den angehörigen Gemeinden braucht die Unterstützung der Landrät*in, des Kreistags sowie der Bürgermeister*innen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Dies ist nicht nur für die Kommunikation nach außen wichtig,¹² sondern auch für die Unterstützung der Mitarbeiter*innen der Verwaltung. Neben finanziellen und personellen Ressourcen ist die Verortung innerhalb der Verwaltung wichtig, um die vielen Querschnittsaufgaben adressieren zu können.¹³ Zudem sollten Verwaltungen interne

10 Dabei ist es nicht nur wichtig, bekannte Akteure einzubinden, sondern auch neue und relevante Partner*innen für die bearbeiteten Themen im Feld einzuführen, z. B. MSOs, muslimische Gemeinden oder die Wirtschaft.

11 Die Erfahrungen und Erkenntnisse speisen sich im Wesentlichen aus der Pilotphase des Programms „Land.Zuhause.Zukunft“ der Robert Bosch Stiftung.

12 Studien zeigten mehrfach, dass die Haltung und die Kommunikation von Landrät*innen und Bürgermeister*innen wichtig für die Akzeptanz kommunaler Integrationspolitik ist (vgl. z. B. Bohn und Alicka 2015).

13 Dabei gibt es kein „Rezept“, wie Verwaltungen im Bereich Integration aufgestellt sein müssen. Jedoch lassen sich aus bisheriger Forschung Typen von Verwaltungen herausarbeiten, die die Chancen und

Sensibilisierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für die gesamte Mitarbeiterschaft anbieten. Für die zuständigen Mitarbeiter*innen ist es wesentlich einfacher, wenn sie mit Kolleg*innen zusammenarbeiten, die im Thema geschult sind.

Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft

Die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft ist eingeübter als mit der Wirtschaft und hat sich seit 2015 intensiviert. Landkreise und Gemeinden gehen jedoch Kooperationen insbesondere mit etablierten Vereinen und Verbänden ein (Ohliger und Veyhl 2019). MSOs spielen dagegen in ländlichen Räumen eine weitgehend marginale Rolle, häufig sind sie nicht vorhanden – oder der kommunalen Verwaltung nicht bekannt. Für Landkreise und Gemeinden gibt es drei mögliche Strategien zu einer Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, die auch gemeinsam verfolgt werden können:

1. **Interkulturelle Öffnung von Vereinen und Verbänden:** Dafür braucht es einerseits die Stärkung und Qualifizierung der Neuzugewanderten selbst, da diesen das vielfältige Vereins- und Verbandswesen mit seinen formellen und informellen Regularien häufig nicht kennen. Andererseits können auch Vereine und Verbände bei ihrer interkulturellen Öffnung aktiv begleitet werden (Ohliger und Veyhl 2019).¹⁴
2. **Unterstützung und Förderung von MSOs:** Bestehende Organisationen können stärker gefördert und in Beteiligungsprozesse eingebunden werden (Schader Stiftung 2014), neue Initiativen können bei der Vereinsgründung unterstützt werden. Ebenso sind muslimische Gemeinden wichtige Akteure, auch in ländlichen Räumen (Perabo 2018).
3. **Unterstützung bei der Gründung von Integrationsausschüssen oder -beiräten¹⁵ auf Stadt- und Gemeindeebene sowie auf Landkreisebene:** Integrationsbeiräte ermöglichen die Interessenvertretung von Migrant*innen und schaffen für Politik und Verwaltung Ansprechpartner*innen.¹⁶

Zusammenarbeit mit der Wirtschaft

Im Bereich der lokalen Wirtschaft sind die Handwerks- oder Handelskammer sowie kleinere und mittelständische Unternehmen wichtige Akteure in der lokalen Integrati-

Herausforderungen der Organisationsformen kommunaler Integrationspolitik beleuchten (vgl. z. B. Kühn 2018, S. 26 ff.).

14 Neben den Sportvereinen gibt es gute Praxis u. a. bei freiwilligen Feuerwehren oder Heimatvereinen (vgl. Ohliger und Veyhl 2019).

15 Integrationsausschüsse oder -beiräte sind zumeist die neuere Bezeichnung für Ausländerbeiräte, die seit den 1970er Jahren in vielen Kommunen eingerichtet wurden. Sie sind beratende Gremien des Stadt- oder Gemeinderats.

16 So gibt es z. B. in der Stadt Ludwigslust (Landkreis Ludwigslust-Parchim) seit 2018 auch einen Integrationsbeirat (Stadt Ludwigslust 2019).

onspolitik. Ihre Einbindung in die lokalen Bündnisse erweist sich in der Praxis für die Kommunalverwaltungen im Bereich Integration/Soziales oft schwierig. Bessere Zugänge zur Zielgruppe sind in der Wirtschaftsförderung und anderen wirtschaftsnahen Bereichen der Verwaltung vorhanden. Es kann sich lohnen, über Kolleg*innen den Kontakt zur Zielgruppe aufzunehmen und bei den Wirtschaftsakteuren selbst ihre konkreten Interessen und Wünsche für die Zusammenarbeit abzufragen. Zusätzlich gilt es, neue Wege zu finden, um die Zielgruppe besser zu erreichen: durch andere und kürzere Vernetzungsformate, die nicht den klassischen Workshop-Formaten entsprechen, das heißt, dass sie beispielsweise vor Ort in Betrieben und Unternehmen praxisorientiert durchgeführt werden. Auch können neue digitale Tools, wie Webinare, für die Zusammenarbeit ausprobiert werden.¹⁷

3. Besondere Bedarfe und Integrationsbedingungen ländlicher Räume im Überblick: Handlungsempfehlungen für die Gestaltung der Integrationspolitik in Kommunen sowie auf Landes- und Bundesebene

Die Herausforderungen kommunaler Integrationspolitik in ländlichen Räumen unterscheidet sich nicht deutlich von denen in größeren Städten – viele der Herausforderungen sind ähnlich, Chancen sind mitunter aufgrund der unterschiedlichen strukturellen Bedingungen unterschiedlich gelagert, z. B. auf dem Wohnungsmarkt. Dennoch haben Landkreise und ihre angehörigen Gemeinden spezifische Bedingungen, die bei der Gestaltung strategischer Integrationspolitik in den Kommunen, auf Landes- und Bundesebene berücksichtigt werden müssen:

1. Die Abstimmung und strategische Zusammenarbeit zwischen Landkreis und angehörigen Gemeinden erfordert Zeit und Ressourcen sowie ein Verständnis für die jeweiligen Aufgabenbereiche (Münch und Schreiner 2019). Dies muss sich in den Integrations- und Teilhabekonzepten der Kreise mit ihren Gemeinden widerspiegeln.
2. Einige Landkreise und ihre Gemeinden in Deutschland haben noch wenig(er) Erfahrung als große Städte bei der Integrationsarbeit. Dennoch gibt es ein großes Interesse einer Vielzahl von Landkreisen, sich zukunftsorientiert diesem Thema zu widmen. Dies sollte proaktiv von Bundes- und Landespolitik unterstützt werden.¹⁸
3. Die Integrationskurse des Bundes sind in ländlichen Räumen besonderen und lokal sehr unterschiedlichen Bedingungen ausgesetzt, z. B. mit Blick auf die Nachfragestruktur, Kursgrößen oder Mobilität. Daher ist eine Dezentralisierung von Orga-

¹⁷ Die Erfahrungen und Erkenntnisse speisen sich im Wesentlichen aus der Pilotphase des Programms „Land.Zuhause.Zukunft“ der Robert Bosch Stiftung.

¹⁸ Beispielsweise haben sich von den 295 Landkreisen in Deutschland auf die Ausschreibung des Programms „Land.Zuhause.Zukunft“ der Robert Bosch Stiftung im Herbst 2019 insgesamt 31 Landkreise beworben, jedoch insgesamt etwa 60 Landkreise ihr Interesse bekundet.

nisations- und Entscheidungsbefugnissen von Vorteil, ebenso wie eine Flexibilisierung und Diversifizierung von Integrationskursangeboten (Ohliger und Schweiger 2019b; Deutscher Landkreistag 2017).

4. Ländliche Räume benötigen bei der Gewinnung ausländischer Fachkräfte besondere Strategien für die Gewinnung, Vor-Integration, die Unterstützung beim Ankommen sowie für die Integration und Bindung an die Gemeinde oder den Landkreis (Ohliger und Schweiger 2019a). Programme des Bundes könnten einen besonderen Fokus auf die Unterstützung ländlicher Räume bei Triple-Win-Projekten legen.
5. Landkreise führen in der Regel keine eigene Bevölkerungs- und Einwohnerstatistik, somit sind sie auf die Bereitstellung der Städte und Gemeinden angewiesen. Damit ist auch ein aggregiertes oder individualisiertes Integrationsmonitoring ein besonders wichtiges Instrument, um Integrationsmaßnahmen zielgerichtet zu steuern. Die Entwicklung und Umsetzung sollte finanziell vom Bund unterstützt werden (Ohliger und Schweiger 2019c).
6. Für die Entwicklung der ländlichen Zivilgesellschaft sollte sowohl die interkulturelle Öffnung der Vereine vorangetrieben als auch MSOs bei ihrer Gründung und im weiteren Aufbau unterstützt werden, wozu auch religiöse Vereine und Moscheegemeinden zählen (Ohliger und Veyhl 2019). Es gilt auch, die Beteiligung und Interessensvertretung von Migrant*innen zu stärken (vergleiche dazu auch Hoesch und Altundal-Köse in diesem Band).
7. Kommunen – auch Landkreise – ebenso wie Flüchtlinge selbst brauchen stärkere Mitsprache bei der Verteilung auf Kommunen, um Integration fördern und Sekundärmigration zu reduzieren (Bendel et al. 2019, S. 6; SVR-Forschungsbereich 2017, S. 9). Ebenfalls ermöglicht dies kleineren Kommunen eine stärkere Steuerung des Zuzugs in die eigene Gemeinde und gleichzeitig, humanitärem Schutz nachzukommen.¹⁹

Vorgaben und Regularien für kommunalen Integrationspolitik werden in den Landeshauptstädten und in Berlin gemacht. Bei den Kommunen, die eine Stimme am Tisch haben, handelt es sich – jenseits der kommunalen Spitzenverbände – häufig um Städte. Auch „Gute Praxis“ stammt häufig aus Städten. Dies ist nicht verwerflich, sondern der Migrations- und Integrationsgeschichte in Deutschland geschuldet. Dennoch zeigt die Arbeit mit und in ländlichen Kommunen, dass die Strukturen und Vorgaben teils nicht auf ihre Bedarfe ausgerichtet sind – und auch, dass ein Gefühl vorherrscht, ihre Stimme würde nicht gehört. Insbesondere die letzten Jahre kommunaler Integrationspolitik haben jedoch gezeigt, dass ländliche Räume besondere Integrationspotenziale haben, mit ihren strukturellen Chancen und Herausforderungen innovativ wirken und Vorbilder sein können. Dass nun ein Nationaler Aktionsplan Integration und viele weitere

¹⁹ Eine weitere Möglichkeit besteht in der Beteiligung von Kommunen am Programm „Neustart im Team“ (NesT), das über privates Sponsoring die Aufnahme von bis zu 500 besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen ermöglicht (UNHCR 2019). Für 2020 hat Deutschland die Fortführung des Resettlements in Zusammenarbeit mit dem UNHCR angekündigt (Tagesschau 2019).

Akteure sich für die Bedarfe, Chancen und Herausforderungen ländlicher Räume bei der Integrationspolitik engagieren, ist eine gute Entwicklung. Diese hat jedoch noch einen weiten Weg zu gehen.

Literatur

- Bendel, P., Schammann, H., Heimann, C. & Stürner, J. (2019). *Der Weg über die Kommunen. Empfehlungen für eine neue Schlüsselrolle der Kommunen in der Flüchtlings- und Asylpolitik der EU*. Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.). <https://www.boell.de/de/2019/02/11/der-weg-ueber-die-kommunen>. Zugegriffen: 22. 11. 2019.
- Bohn, I. & Aliche, T. (2015). *Wie kann Integration von Flüchtlingen gelingen, damit die Stimmung nicht kippt?* Eine Expertise. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag.
- Bolte, C. & Kirchhoff, G. (2015). *Migration und Integration im ländlichen Raum*. Schader Stiftung (Hrsg.). <https://www.schader-stiftung.de/themen/demographie-und-strukturwandel/fokus/laendlicher-raum/artikel/migration-und-integration-im-laendlichen-raum>. Zugegriffen: 22. 11. 2019.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). (2018). *Integration von Geflüchteten in ländlichen Räumen*. <https://www.bamf.de/SharedDocs/ProjekteReportagen/DE/Forschung/Integration/integration-gefluechtete-laendlicher-raum.html>. Zugegriffen: 22. 11. 2019.
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). (2019). Erste Sitzung der Arbeitsgruppe „Besondere Herausforderungen der Integration in ländlichen Räumen“. https://www.bmel.de/DE/Laendliche-Raume/_texte/AG_Herausforderungen_Integration_LR.html. Zugegriffen: 22. 11. 2019.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. (BMZ) (2019). *Mainstreaming*. <https://www.bmz.de/de/service/glossar/M/mainstreaming.html>. Zugegriffen: 27. 11. 2019.
- Deutscher Landkreistag. (2017). *Integration im ländlichen Raum beschleunigen – Koordinierung der Sprachförderung auf Landkreisebene ermöglichen*. Beschluss des Präsidiums des Deutschen Landkreistages vom 15./16. Mai 2017. https://www.landkreistag.de/images/stories/publikationen/170517_PosPapier_Integration_beschleunigen.pdf. Zugegriffen: 22. 11. 2019.
- Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. (2018). *Startschuss für den Nationalen Aktionsplan Integration*. <https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-und-person/aktionsplan-integration>. Zugegriffen: 22. 11. 2019.
- Flüchtlinge in Niedersachsen. (2016). *Goslar übernimmt Vorreiterrolle – Neues Integrationszentrum eröffnet*. https://www.fluechtlinge.niedersachsen.de/startseite/koodinierung_fluechtlingsversorgung/fluechtlinge_niedersachsen/probleme_im_zusammenleben/zum_nachmachen_und_weitersagen_vorbildliche_beispiele_aus_niedersachsen/goslar-uebernimmt-vorreiterrolle--neues-integrationszentrum-eroeffnet-140611.html. Zuletzt zugegriffen: 12. 3. 2020.
- Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR-Forschungsbereich). (2016). *Ankommen und bleiben – Wohnsitzauflagen als integrationsfördernde Maßnahmen?* Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs 2016-6. https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2016/11/SVR_FB_Wohnsitzauf//sx/lage.pdf. Zugegriffen am 22. 11. 2019.
- Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR-Forschungsbereich). (2017). *Wie gelingt Integration? Asylsuchende über ihre Lebenslagen und Teilhabeperspektiven in Deutschland*. Eine Studie des SVR-Forschungsbereichs und der Robert Bosch Stiftung. https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2017/11/SVR-FB_Wie_gelngt_Integration.pdf. Zugegriffen: 22. 11. 2019.

- Institut für Demoskopie Allensbach. (2016). *Situation und Strategien in den Kommunen. Zum Umgang mit der aktuellen Zuwanderung von Asylsuchenden*. <https://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/studie-situation-und-strategien-den-kommunen>. Zugegriffen am 22. 11. 2019.
- Kordel, S. & Weidinger, T. (2020). *Wechselwirkungen, Steuerungsmaßnahmen und Handlungsempfehlungen: Vielfalt von Zuwanderung und Entwicklung ländlicher Räume*. Robert Bosch Stiftung (Hrsg.). https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2020-02/Kurzexpertise_Vielfalt_von_Zuwanderung.pdf. Zugegriffen: 01.02.2019.
- Kühn, B. (2018). *Kommunale Integrationspolitik. Eine Handreichung für die kommunale Praxis*. Texte der KommunalAkademie Band 1. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.). <https://library.fes.de/pdf-files/akademie/kommunal/14585.pdf>. Zugegriffen: 22. 11. 2019.
- Mehl, P. (Hrsg.). (2017). *Aufnahme und Integration von Geflüchteten in ländliche Räume: Spezifika und (Forschungs-)herausforderungen*. Beiträge und Ergebnisse eines Workshops am 6. und 7. März 2017 in Braunschweig. Thünen Institut (Hrsg.). https://www.thuenen.de/media/publikationen/thuenen-report/Thuenen_Report_53.pdf. Zugegriffen: 22. 11. 2019.
- Münch, C. & Schreiner, F. (2019). *Zusammenarbeit von Landkreisen und angehörigen Gemeinden sowie Städten bei der kommunalen Integrationspolitik*. Robert Bosch Stiftung (Hrsg.). <https://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/kommunale-integrationspolitik-zusammenarbeit-von-landkreisen-und-angehoerigen-gemeinden>. Zugegriffen: 22. 11. 2019.
- Ohliger, R. & Schweiger, R. (2019a). *Gute Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen: Pflege sichern, Migration nutzen*. Robert Bosch Stiftung (Hrsg.). <https://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/gute-daseinsvorsorge-laendlichen-raeumen-pflege-sichern-migration-nutzen>. Zugegriffen: 22. 11. 2019.
- Ohliger, R. & Schweiger, R. (2019b). *Integrationskurseangebote in ländlichen Räumen stärken: Differenzierte Angebote ermöglichen – Flexibilität erhöhen*. Robert Bosch Stiftung (Hrsg.). <https://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/integrationskurseangebote-laendlichen-raeumen-staerken-differenzierte-angebote>. Zugegriffen: 22. 11. 2019.
- Ohliger, R. & Schweiger, R. (2019c). *Kommunales Integrationsmonitoring (KiIM) als Instrument kommunalpolitischer Gestaltung: Daten vernetzen, Integrationsverläufe individuell erfassen und begleiten*. Robert Bosch Stiftung (Hrsg.). <https://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/daten-vernetzen-integrationsverlaeuft-individuell-erfassen-und-begleiten>. Zugegriffen: 22. 11. 2019.
- Ohliger, R., Schweiger, R. & Veyhl, L. (2017). *Auf dem Weg zur Flüchtlingsintegration in ländlichen Räumen: Ergebnisse einer Bedarfsanalyse in sieben Landkreisen*. Robert Bosch Stiftung (Hrsg.). https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf_import/Bedarfsanalyse_Fluechtlingsintegration_in_laendlichen_Raeumen.pdf. Zugegriffen: 22. 11. 2019.
- Ohliger, R. & Veyhl, L. (2019). *Mitwirkung, Mitgliedschaft, Bindung: Zugänge für Neuzuwanderer in die (ländliche) Zivilgesellschaft*. Robert Bosch Stiftung (Hrsg.). <https://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/mitwirkung-mitgliedschaft-bindung-zugaenge-fuer-neuzuwanderer-die-laendliche>. Zugegriffen: 22. 11. 2019.
- Perabo, T. (2018). *Musliminnen und Muslime in ländlichen Räumen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Wie kann Verwaltung neue Aufgaben gut meistern?* Friedrich-Ebert-Stiftung und Robert Bosch Stiftung (Hrsg.). <https://library.fes.de/pdf-files/dialog/14716.pdf>. Zugegriffen: 22. 11. 2019.
- Ritgen, K. (2018). Integration in ländlichen Räumen – die Rolle der Landkreise. In: Gesemann, F. & Roth, R. (Hrsg.). *Handbuch lokale Integrationspolitik* (S. 407–431). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-13409-9_18
- Robert Bosch Stiftung. (2019). *Vielfalt kann ländliche Räume stärken*. <https://www.bosch-stiftung.de/de/news/vielfalt-kann-laendliche-raeume-staerken>. Zugegriffen: 22. 11. 2019.
- Schader-Stiftung. (Hrsg.) (2014). *Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur in strukturschwachen ländlichen Regionen. Ein Handbuch für Kommunen*. <https://www.schader-stiftung.de>

- de/fileadmin/content/Handbuch_interkulturelle_OEffnung_ueberarbeitet_01-2015.pdf. Zugriffen: 22.11.2019.
- Stadt Ludwigslust. (2019). Integrationsbeirat der Stadt Ludwigslust. <https://www.stadtludwigslust.de/stadt-lulu/beteiligungsgremien/integrationsbeirat/>. Zugriffen: 26.11.2019.
- Tagesschau. (2019). *Deutschland nimmt weitere Flüchtlinge auf*. 24.11.2019. <https://www.tagesschau.de/inland/fluechtlinge-umsiedlung-101.html>. Zugriffen: 25.11.2019.
- UNHCR. (2019). *Neues Aufnahmeprogramm NesT vorgestellt*. <https://www.unhcr.org/dach/de/30736-neues-aufnahmeprogramm-nest-vorgestellt.html>. Zugriffen: 24.11.2019.
- Willkommen bei Freunden. (2018). *3 Jahre „Willkommen bei Freunden“. Eine Bilanz*. <https://www.willkommen-bei-freunden.de/programm/>. Zugriffen: 22.11.2019.
- Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Räumen. (2019). Projektinformation. <https://www.gefluechtete-in-laendlichen-raeumen.de/projektinfo/>. Zugriffen: 25.11.2019.

„Wir brauchen klare und quantifizierbare Standards“

Holger Bonin & Nicola Mühlhäußer

Nicola Mühlhäußer: Lieber Herr Bonin, vielen Dank, dass Sie sich Zeit für das Gespräch nehmen! Sie sind seit 2016 Forschungsdirektor beim IZA Bonn, dem Institute of Labour Economics. Können Sie uns beschreiben, welches Transferkonzept und welche Strategien im IZA verfolgt werden?

Holger Bonin: Das IZA versteht sich als Brückenbauer für die Arbeitsmarktforschung und hat dafür eine besondere Struktur. Wir sind auf der einen Seite ein Forschungsinstitut mit physischem Sitz in Bonn, mit ständig rund zwanzig Wissenschaftler*innen. Auf der anderen Seite ist das IZA ein Netzwerk, das in zwölf Programmbereichen rund um den Globus vereint. Beide Seiten sind dabei eng miteinander verzahnt – über die Arbeit der Forscher*innen in Bonn als Deputy Program Directors, eine Vielzahl wissenschaftlicher Veranstaltungen, unser Forschungsdatenzentrum, unsere Schriftenreihen. Die große Offenheit des IZA für Aktivitäten im Bereich Transfer ist schon durch unseren Stiftungsauftrag angelegt. Unser Geldgeber – die Deutsche Post Stiftung – fördert die Grundlagenforschung mit der Erwartung, dass exzellente Forschung gesellschaftlich relevant ist, und dass das IZA die Bedeutung und Tragweite ihrer Erkenntnisse als neutraler Makler sichtbar macht. Darum leisten wir einen umfassenden aktiven Wissenstransfer, der sich an Zielgruppen im Dreieck Bürger-Unternehmen-Politik richtet. Dabei hilft uns ein eigener Stab an Eventmanager*innen und auch an Medienleuten, die dafür da sind, die verschiedenen Formate zu bespielen, die man bespielen muss, um in der Medien-Gesellschaft von heute durchzudringen. Das IZA führt also ständig Transferaktivitäten durch, und die Qualität dieser Aktivitäten ist auch Teil der Kriterien, anhand derer wir uns selbst evaluieren.

Nicola Mühlhäußer: Das ist interessant! Verschiedene Institute haben dafür ja sehr unterschiedliche Bewertungskriterien. Können Sie uns ein wenig genauer beschreiben, wie Transfer am IZA über diese Kriterien genau gefasst wird?

Holger Bonin: Tatsächlich ist die Qualität von Transferaktivitäten viel schwerer zu fassen als im Bereich des wissenschaftlichen Outputs, wo etwa Journal Rankings und Zitationshäufigkeiten bei Publikationen viel genutzte Kriterien sind. Dennoch versuchen wir mit unserem Leistungszielkatalog Transferleistungen zu fassen und zu operationalisieren – quantitativ wie qualitativ. Dabei unterscheiden wir zunächst zwischen zwei Bereichen, die von uns ganz unterschiedlich bespielt werden, und für die wir entsprechend unterschiedliche Bewertungskriterien heranziehen: die Politikberatung und die Wissenschaftskommunikation.

Im Bereich der Politikberatung verwenden wir vier verschiedene Targets – also Ziele. Das erste Ziel ist die *wissenschaftliche Qualität* unserer Projekte zur Politikberatung. Das bedeutet für uns, dass Projektergebnisse nicht nur dem Auftraggeber dienen

sollen, sondern auch Eingang in die Wissenschaft finden und entsprechende Qualitätsanforderungen erfüllen müssen. Einer unserer Indikatoren dafür ist, wie oft Projektergebnisse in wissenschaftlichen Zeitschriften mit Begutachtungsverfahren (Peer Review) publiziert werden. Ein zweiter Indikator ist, dass die für Beratungsvorhaben erstellten Datensätze und Auswertungsroutinen der Wissenschaft zur Nachnutzung zur Verfügung gestellt werden und damit in Replikationsstudien überprüft werden können. Schließlich messen wir die durchschnittliche Dauer der vom IZA durchgeführten Beratungsprojekte. Das ist für uns ein Qualitätsmaßstab, weil sich neuartige Forschungsergebnisse nun einmal nicht auf die Schnelle produzieren lassen.

Das zweite Ziel des IZA im Bereich der Politikberatung ist die *Transparenz*. Diese messen wir am Anteil der Projektendberichte, die durch den Auftraggeber veröffentlicht werden. Natürlich sollte dieser Indikator möglichst den Wert 100 Prozent annehmen. Das dritte Ziel ist *politische Relevanz*. Damit meinen wir, dass unsere Ergebnisse von verantwortlichen Entscheidungsträger*innen rezipiert werden – wobei wir natürlich nicht so naiv sind zu glauben, dass Empfehlungen aus der Wissenschaft auch eins zu eins umgesetzt werden. Wie unsere Politikberatung auf der politischen Ebene konkret ankommt, lässt sich natürlich nur sehr schwer greifen. Wir versuchen es daran zu messen, ob wir wirklich an der höchsten politischen Ebene dran sind und zählen dafür die Anzahl der formale Treffen auf den höchsten politischen Führungsebenen – wobei wir bis zur Ebene von Staatssekretär*innen hinunter gehen. So erfassen wir zum Beispiel Gespräche zum Informationsaustausch auf der Ministerebene, wie sie etwa im Rahmen meiner Tätigkeit als Mitglied der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI-Kommission) der Bundesregierung einigermaßen regelmäßig vorkommen. In ähnlicher Weise zu werten sind die Mitwirkung in Enquete-Kommissionen oder die Teilnahme an Anhörungen im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren im Deutschen Bundestag. Das vierte Ziel, dem die Politikberatung des IZA verpflichtet ist, ist *politische und ideologische Neutralität*. Arbeitsmarktfragen sind gesellschaftlich oft kontrovers, und die Antworten, die die Wissenschaft dazu liefern kann, sind häufig alles andere als eindeutig. Darum bedarf es einer ausgewogenen und fundierten Information aus der Position des neutralen Maklers. Ich bin überzeugt: Alles andere verbreitert die Kluft zwischen Forschung und Praxis und verstärkt die Glaubwürdigkeitsprobleme meiner Disziplin. Unsere Neutralität messen wir am politischen Spektrum der Institutionen, die unsere Beratungsleistungen in Anspruch nehmen. Darum zählt es für uns als ein Erfolg, wenn das IZA, wie es etwa bei Fragen zur Ausgestaltung der Familienpolitik in Deutschland der Fall ist, mit fast allen Parteien regelmäßig im Gespräch ist.

Nicola Mühlhäußer: Darf ich Ihnen eine kurze Zwischenfrage stellen, bevor wir zum großen Feld der Wissenschaftskommunikation kommen? Wie können wir uns den Austausch zwischen Ihnen und den Ministerien genau vorstellen? Woher kommen die Inhalte, und wer legt die Fragestellungen fest?

Holger Bonin: Bei den politikberatenden Vorhaben kommt die Fragestellung im Normalfall von den Bundesministerien. Wir bieten da bei Ausschreibungen mit, die zu unseren oben erklärten Zielen passen, und müssen uns also im Wettbewerb gegen

andere Forschungseinrichtungen durchsetzen. Dabei setzen wir auch auf die Kooperation mit anderen Instituten. Ein Beispiel ist die derzeit laufende Gesamtevaluation der arbeitsmarktpolitischen Integrationsmaßnahmen für Geflüchtete für das Bundesarbeitsministerium, an der unter unserer Führung vier weitere Institute beteiligt sind. Außerdem haben wir nach Ausschreibungen Rahmenverträge erhalten, die den Ministerien die Möglichkeit geben, für kleinteiligere Beratungsvorhaben kurzfristig und flexibel auf uns zuzugehen. Schon mehrere Jahre läuft etwa unser Rahmenvertrag mit dem Bundesarbeitsministerium, in dem es um Vorhaben zu Zukunftsfragen des Sozialstaats und zur Zukunft der Sozialpolitik in Deutschland geht. In diesem Rahmen gibt es ungefähr zehn Mal im Jahr eine Koordinierungsrunde, in der das Ministerium und wir uns über laufende Initiativen und interessante neue Fragestellungen austauschen. Ebenfalls in diesem Rahmen erstellen wir einmal im Quartal einen Forschungsmonitor für die Arbeitsebene des Ministeriums, der die Ergebnisse wichtiger neuer Studien adressatengerecht zusammenfasst und ihre Qualität bewertet; der Forschungsmonitor weist auch auf neu gestartete Forschungsvorhaben hin, die für das Ministerium relevant werden könnten. Dieses Material wird offenbar von den Mitarbeiter*innen im Bundesarbeitsministerium dankbar aufgenommen – was auch damit zusammenhängen dürfte, dass viele von ihnen stark forschungsorientiert denken. Jedenfalls sind die von dort kommenden Erwartungen an die forschungsbasierte Politikberatung sehr hoch – was den genannten Zielen des IZA in diesem Bereich sehr entgegenkommt. Ich wünschte, ich könnte das von allen Ministerien sagen.

Nicola Mühlhäußer: Sie sagten, dass neben Politikberatung auch die Wissenschaftskommunikation eine wichtige Aufgabe für das IZA ist. Wie können wir diese Form des Transfers genau verstehen?

Holger Bonin: Wir arbeiten aktiv daran, die Ergebnisse unserer Forscher*innen in Bonn und im IZA-Netzwerk verständlich aufbereitet unter Zielgruppen außerhalb der Wissenschaft – Stakeholder, Medienleute, interessierte Bürger*innen – zu verbreiten. Auch auf diesem Gebiet messen wir die Qualität unserer Arbeit an mehreren Zielen. Eines davon ist die Bereitstellung von *Informationen mit Nutzwert*. Dazu verfolgen wir insbesondere der Anzahl der Downloads der Veröffentlichungen in unseren Schriftenreihen. Für die breite Öffentlichkeit wohl am interessantesten ist davon die „IZA World of Labor“ – ein Online-Kompendium mit rund 500 Einträgen, das das aktuelle Wissen zu zentralen Fragen der internationalen Arbeitsmärkte in konziser und allgemein verständlicher Form aufbereitet. Die Einträge wurden allein letztes Jahr über 30.000 Mal heruntergeladen. Mit viel Aufwand betreiben wir einen Newsroom, in dem neu erschienene Diskussionspapiere journalistisch anschaulich aufgearbeitet werden. Außerdem sind wir bei Twitter. Wir experimentieren momentan etwas, um noch besser zu lernen, welche Inhalte bei diesen Formaten besonders gut ankommen. Anders als wir gedacht hatten, kommen offenbar auch Ergebnisse aus der internationalen Forschung gut an – wenn sie etwas mit der Alltagsrealität der Menschen, etwa Aspekten der Arbeitsorganisation oder der Personalführung zu tun haben. Das spüren wir an steigenden Zahlen von Followern. Allgemein verfolgt das IZA mit seiner Wissenschaftskommunikation auch das Ziel, eine

möglichst große Reichweite zu erzielen. Dies beurteilen wir anhand der Reichweiteninformationen zu den für das Institut täglich professionell erstellten Presseclippings. So wissen wir, dass die Berichterstattung über IZA-Forschung jeden Tag im Durchschnitt knapp 300.000 Leser*innen in den Print-Medien und fast eine Million Leser*innen in online-Medien erreicht.

Nicola Mühlhäußer: Sie hatten ein großes Projekt im Bereich der Fluchtmigration erwähnt. Können Sie uns vielleicht noch ein wenig mehr über dieses Projekt erzählen, und wie genau ihre Transferaktivitäten dabei aussehen?

Holger Bonin: Dieses Forschungsprojekt ist meines Wissens das umfangreichste Evaluationsvorhaben des Bundesarbeitsministeriums seit der umfassenden Gesamtbewertung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente im Zusammenhang mit den Hartz-Reformen. Bei diesem Projekt geht es darum zu bewerten, wie sich der Einsatz von aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen – dazu gehören etwa die Förderung einer beruflichen Weiterbildung oder die Hilfen zur Berufswahl und Berufsausbildung – auf die soziale Teilhabe und die Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten auswirkt, die seit 2015 nach Deutschland gekommen sind. Die Fluchtforschung ist an sich kein Kernthema des IZA, aber ist für uns gleich aus mehreren Gründen trotzdem besonders attraktiv. Wir können über die Koordination eines Konsortiums von Instituten zur Vernetzung und zum Wissenstransfer innerhalb der Forschung beitragen. Durch die lange Laufzeit von annähernd vier Jahren gibt uns das Projekt die Möglichkeit, das Thema tief zu durchdringen, und zudem ist eine Analyse auf äußerst solider Datengrundlage möglich. So können wir die Sozialdaten von fast einer halben Million Personen mit Fluchthintergrund auswerten, die an den Maßnahmen teilgenommen haben oder hätten teilnehmen können. Damit können wir die Förder- und Arbeitsmarktverläufe der Zielgruppe tagesgenau verfolgen. Hinzu kommen die Daten aus einer Panel-Befragung, für deren erste Welle fast 10.000 Geflüchtete eine Stunde lang persönlich befragt wurden. Die für die Integrationschancen zentralen Unterstützungsstrukturen und Akteurskonstellationen vor Ort erfassen wir über eine flächendeckende Organisationsbefragung und darüber hinaus über 20 umfassende lokale Fallstudien. All dies lässt erwarten, dass die erzielten Forschungsergebnisse auch in hochrangigen Fachjournalen publiziert werden können. Kurz: Das Vorhaben trifft sehr gut die Qualitätsziele, die das IZA mit dem Engagement in der Politikberatung verbindet.

Bei der Entscheidung des IZA, sich in diesem Projekt zu engagieren, spielte natürlich auch die hohe gesellschaftspolitische Relevanz des Themas eine Rolle. Wir gehen davon aus, dass die Ergebnisse der Evaluation – wie auch immer sie aussehen werden – angesichts der nach wie vor aufgeheizten Debatte über die Asyl- und Integrationspolitik in Deutschland auf große Resonanz stoßen werden. Nachdem der Endbericht vom Auftraggeber abgenommen ist, können wir über die Studienergebnisse frei verfügen, und wir werden gewiss eine umfassende Transferinitiative dazu starten. Die Erstellung wissenschaftlicher Publikationen ist dafür nur ein Baustein. Gewiss wird es auch Policy Briefs und Pressegespräche, Veranstaltungen zur Diskussion der Befunde mit den in der Integrationspolitik aktiven Stakeholdern geben. Aber solange die Evaluation noch

läuft, ist es für all dies noch zu früh. Die schon vorliegenden Ergebnisse sind noch vorläufig und an vielen Stellen auch noch nicht belastbar. Deshalb vollzieht sich die Diskussion darüber in erster Linie mit dem Auftraggeber. Aber da wir den Jobcentern und Arbeitsagenturen schon mit einem umfangreichen Fragebogen viel Mühe bereitet haben, warten einige der Zuständigen wahrscheinlich neugierig auf erste Resultate. Manche haben vielleicht die Sorge, dass ihre Integrationsstrategien systematisch weniger erfolgreich sein könnten als andere. Ob das zutrifft, können wir derzeit aber noch gar nicht sagen. Allerdings kann sich jeder Interessierte selbst ein Bild machen, wo wir mit dieser Evaluation stehen. Im Juni 2020 ist nämlich der zweite Zwischenbericht zu diesem Vorhaben als BMAS-Forschungsbericht und in unserer eigenen Reihe von IZA Research Reports erschienen (Bonin et al. 2020). Ich bin sicher, dass sich an diese Veröffentlichung einige Diskussionen mit Fachleuten in Sachen Arbeitsverwaltung und Integration von Menschen mit Fluchthintergrund anschließen werden.

Nicola Mühlhäußer: Wie es aussieht, können wir sehr gespannt auf die endgültigen Ergebnisse sein. Vielen Dank für die ausführliche Erläuterung! Gibt es denn abgesehen von dem was wir bereits besprochen haben, noch Punkte, die Sie gerne mit uns teilen würden?

Holger Bonin: Ja, ich würde gerne nochmal zu unserem Ausgangspunkt zurückkommen. Zweifellos wird Transfer als Thema für die Wissenschaft immer wichtiger – und das ist völlig richtig so. Während Forscher*innen recht klare Maßstäbe dafür haben, was hervorragende wissenschaftliche Arbeit ist, ist für sie die Qualität von Transferaktivitäten wie Politikberatung oder Wissenschaftskommunikation viel schwerer zu fassen. Darum bastelt jeder an eigenen Indikatoren, die für Außenstehende dann schwer nachvollziehbar sind und im wissenschaftlichen Wettbewerb keine belastbaren Rankings ermöglichen. Will man Transferaktivitäten in den Zielsystemen von Wissenschaftler*innen und Forschungseinrichtungen ernsthaft verankern und durch geeignete Anreizsysteme wirksam fördern, brauchen wir eine Verständigung auf klarere und auch quantifizierbare Standards.

Literatur

Bonin, H., Boockmann, B., Brändle, T., Bredtmann, J., Brussig, M., Dorner, M., Fehn, R., Frings, H., Glemser, A., Haas, A., Höckel, L.-S., Huber, S., Kirsch, J., Krause-Pilatus, A., Kugler, P., Rinne, U., Rossen, A., Wapler, R., Wolf, K. (2020): IZA Research Report No. 94: Begleitevaluation der arbeitsmarktpolitischen Integrationsmaßnahmen für Geflüchtete – Zweiter Zwischenbericht. <https://www.iza.org/publications/r/211/begleitevaluation-der-arbeitsmarktpolitischen-integrationsmassnahmen-fur-gefluchtete-zweiter-zwischenbericht>. Zugegriffen: 29.06.2020.

Elena Albrecht, Rolf Hackenbroch und Reinhard Mitschke, Bildungskoordinatoren des Rhein-Neckar-Kreises für Neuzugewanderte, im Gespräch mit Nicola Mühlhäußer

„Transfer in der Koordination von Bildungsangeboten für Neuzugewanderte“

Nicola Mühlhäußer: Liebe Frau Albrecht, lieber Herr Dr. Hackenbroch, lieber Herr Mitschke, vielen Dank, dass Sie sich Zeit für das Gespräch nehmen! Sie sind die Bildungskoordinator*innen des Projekts „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ im Rhein-Neckar-Kreis. Können Sie uns beschreiben, in welchen Bereichen Ihrer Arbeit Sie Transfertätigkeiten durchführen?

Rolf Hackenbroch: Zur Einordnung unserer Arbeit zunächst ein paar Eckdaten: Seit 2016 gibt es die Bildungskoordination in der Stabsstelle Integration des Landratsamts Rhein-Neckar-Kreis, die durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird. Zu unseren Aufgabengebieten gehört die Herstellung von Transparenz der Bildungsangebote für Neuzugewanderte, die Zusammenarbeit mit Bildungsakteurinnen und -akteuren und die Initiierung von Projekten in den 54 Städten und Gemeinden des Rhein-Neckar-Kreises. Grundsätzlich sind wir für alle Neuzugewanderten unabhängig von deren Alter zuständig. Zu unseren Projekten gehören beispielsweise Unternehmenstreffen, in denen wir gemeinsam mit Arbeitsmarktakteurinnen und -akteuren Unternehmen für die Einstellung von Neuzugewanderten sensibilisieren und Unterstützungsmöglichkeiten vorstellen. Aber wir sind auch im Bereich der Zivilgesellschaft aktiv; hier haben wir Theater- und Musikprojekte und ganz aktuell ein Quartiersentwicklungsprojekt initiiert.

Wir arbeiten personen- und bedarfsorientiert, ressourcenoptimierend und unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Häufig erfahren wir direkt von Akteurinnen und -akteuren im Landkreis oder von der Zielgruppe selbst von Bedarfen. Zur Begründung von Maßnahmen und für unsere strategische Zielplanung ziehen wir aber grundsätzlich Studien und Ergebnisse aus der Forschung hinzu.

Reinhard Mitschke: Wenn ich an dieser Stelle ergänzen darf, im Grunde läuft unsere Transfertätigkeit in zwei Richtungen. Zum einen verläuft sie von der Wissenschaft in die Praxis: In unseren Projekten findet ein Transfer bildungstheoretischer Modelle aus drei zentralen Bereichen statt; erstens Portfoliotheorie aus dem Bereich des selbstgesteuerten Lernens, zweitens das Lebenslange Lernen als grundlegende Metatheorie der Bildungswissenschaft und drittens eine praxisorientierte, zielgruppenspezifische Umsetzung des Konzepts der Potenzial- und Kompetenzanalyse aus dem Bereich der Kompetenzforschung. Zum anderen finden die Ergebnisse der Evaluationen der Integrationspraxis im Rhein-Neckar-Kreis durch die Pädagogische Hochschule Heidelberg – z. B. im Projekt *Transfer Together* – und das Institut für Mittelstandsforschung

der Universität Mannheim Einzug in die Migrations- und Integrationsforschung. Darüber hinaus sind wir in Netzwerken aktiv, wie beispielweise in den Fachgruppen der Transferagentur Hessen.

Nicola Mühlhäußer: Welche Gruppen von Akteur*innen sind bei diesen Transfertätigkeiten beteiligt, welche Zielsetzung verfolgen Sie damit und wie sehen konkrete Maßnahmen und Strategien aus?

Elena Albrecht: Von Beginn waren wir als Mitarbeiter*innen der Stabsstelle Integration Teil des Integration Points des Rhein-Neckar-Kreises. Dieser wurde vom Jobcenter Rhein-Neckar-Kreis initiiert und stellt ein Netzwerk maßgeblicher, an der Arbeitsmarktintegration beteiligter Organisationen an einem zentralen Ort dar. Diese Tatsache ermöglicht es uns, den Kontakt mit den zuständigen Organisationen, wichtiger noch, den Personen, herzustellen und immer aktuell informieren zu können.

Im Mittelpunkt unserer Arbeit und der des Integration Points steht die Integration von Neuzugewanderten in unterschiedlichen Lebensbereichen und Lebensphasen. Es gilt möglichst unabhängig von Herkunft oder Status im Asylverfahren, eine umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben im Rhein-Neckar-Kreis zu ermöglichen. Bildung und die Arbeitsmarktintegration sind dabei zwei große Faktoren, die individuell dazu beitragen, sich über eine steigende Selbstständigkeit und eine wachsende Selbstwirksamkeitserfahrung als vollwertiger Bestandteil der Aufnahmegesellschaft anzusehen.

Daher vertreten wir die Strategie des ganzheitlichen Ansatzes und einen weiten Bildungsbegriff. Diese Grundhaltung kennzeichnet uns als Team und schlägt sich konkret in unserer Arbeit nieder. Dementsprechend breit aufgestellt sind auch die Gruppen von Akteuren, mit denen wir kooperieren. Größere Projekte lassen wir zusätzlich durch Steuerungsgruppen begleiten, in denen unter anderem die Wissenschaft vertreten ist.

Reinhard Mitschke: Lassen Sie mich die Ausführungen meiner Kollegin anhand eines Beispiels verdeutlichen: Mit der Lern-Praxis-Werkstatt, die es derzeit an einem und perspektivisch an zwei Standorten im Rhein-Neckar-Kreis gibt, wird eine lebens- und arbeitsweltliche Orientierung und eine Heranführung an die eigenen Potenziale der Teilnehmenden verfolgt. Dazu werden verschiedene Module angeboten. Unterstützt wird die niederschwellige Orientierung im Arbeitskontext durch einen integrierten Prozess von Potenzial- und Kompetenzanalyse und begleitender Beratung. Die Teilnehmenden werden in ressourcenorientierter, wertschätzender Art und Weise unter anderem von Ehrenamtlichen bei ihrer Selbsteinschätzung in vier Kompetenzbereichen begleitet: Personale Kompetenz, Soziale Kompetenz, Methodenkompetenz und berufliche Basiskompetenzen. Ergänzt wird diese Selbsteinschätzung um die Feststellung der Stärken und der größten Entwicklungspotenziale der Teilnehmenden. Das Modul entspricht den Vorgaben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zu Potenzial- und Kompetenzanalysen und ist durch die Nutzung der Bertelsmann Kompetenzkarten auch an andere Analysetools und Beratungsangebote anschlussfähig.

Rolf Hackenbroch: Neben solchen regionalen Angeboten gestalten wir auch kreisweite Angebote: Sind die Geflüchteten im Rhein-Neckar-Kreis erst einmal angekommen und möchten sich selbstständig über Bildungsangebote informieren oder sind Personen auf der Suche nach ebensolchen Angeboten zu deren Unterstützung, hilft ihnen die Bildungs- und Beratungsdatenbank weiter. Hier haben wir einen Transfer des Ansatzes des lebenslangen Lernens auf die Transparentmachung der Bildungsmaßnahmen für Neuzugewanderte im Rhein-Neckar-Kreis vollzogen. Die Bildungs- und Beratungsdatenbank wird von den verantwortlichen Personen in den Kommunen mit Unterstützung der lokalen Anbieterinnen und Anbietern und uns als Bildungskoordination gepflegt. Sie ist online verfügbar und soll aus Nachhaltigkeitsgründen auf andere Zielgruppen erweitert werden.

Nicola Mühlhäußer: Stichwort Transfer mit der Wissenschaft: Was sind Ihrer Ansicht nach zentrale Herausforderungen?

Elena Albrecht: Vielleicht lässt sich diese Frage anhand unserer digitalen Lösung Mobile Biografie am besten beantworten. Ich möchte Ihnen beispielhaft unsere Vorgehensweise skizzieren:

Studien (z. B. Vogel und Scheiermann 2019; OECD 2017; Böll Stiftung 2017) zeigen, dass auch und gerade für Geflüchtete die Anerkennung und das Wissen um die eigene Biografie und deren Selbstgestaltungsmöglichkeit von herausragender Bedeutung ist. Weitere Faktoren sind die Vernetzung der unterschiedlichen am Integrationsprozess beteiligten Akteur*innen und auch das Vorhandensein von Dokumenten und allgemeinen Unterlagen zur Person und ihrer Lebenswelt.

Dies haben wir anhand der „Mobilen Biografie (MoBio)“ für den Rhein-Neckar-Kreis umgesetzt: Die Mobile Biografie ist zunächst aus der Idee eines digitalen Bildungsportfolios für Neuzugewanderte heraus entstanden und wurde im Laufe der Umsetzung an andere Bedingungen aktiv angepasst. Das mehrsprachige Programm versetzt die nutzenden Personen in die Lage, ihre wichtigsten Daten und Dokumente jederzeit zuverlässig und aktuell an jedem Aufenthaltsort zur Verfügung zu haben. Ausgewählte Informationen können dann strukturiert sowohl in die Gesellschaft, als auch in den Arbeitsmarkt oder das Bildungssystem weitergegeben werden

Wir haben hier auf Grundlage von wissenschaftlichen Erkenntnissen ein sehr umfassendes Tool entwickelt. Zum einem und zuvorderst als eine digitale, strukturgebende Portfoliolösung für die Geflüchteten selbst. Zum anderen als eine Plattform, die es erleichtert, die im Feld agierenden Organisationen unterstützend unter Vermeidung von Doppelstrukturen in den Bildungsprozess der Geflüchteten einzubinden.

Damit verbinden sich notwendigerweise große Herausforderungen. Vielleicht kann diese mein Kollege Hackenbroch näher erläutern.

Rolf Hackenbroch: An erster Stelle brauchte es ein tieferes Verständnis der Struktur des Bildungssystems und des Arbeitsmarktes. Hier lieferten beispielsweise die Studien und Berichte des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit, des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge und des Deutschen Instituts

für Internationale Pädagogische Forschung sowie Stellungnahmen des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg weiterführende Erkenntnisse. Der kritische Punkt ist allerdings die Umsetzung von wissenschaftlichen Inhalten in eine praktikable Lösung. Auch unter Einbeziehung der wichtigsten Praxisakteurinnen und -akteure haben sich in der Konzeption Stolpersteine ergeben. In der Praxis zeigt sich deutlich, dass wissenschaftliche Erkenntnisse nur schwer direkt übertragen werden können. Wünschenswert für die Zukunft wäre daher eine praxisorientiertere Forschung, in der die Bedingungen für das Gelingen eines Transfers stärker beleuchtet werden.

Nicola Mühlhäußer: Gibt es weitere Anregungen, Gedanken, Ideen zum Themenkreis Transfer, die Sie mit uns teilen möchten?

Reinhard Mitschke: Wie die Kolleginnen und Kollegen es oben bereits angedeutet haben, muss der Migrations- und Integrationsbereich dauerhaft erforscht werden. Punktuelle und rein am Bedarf orientierte Untersuchungen einzelner Themenfelder können hier nicht ausreichend sein. Ebenfalls wichtig erscheint uns eine aktivere Präsenz vor Ort. Studien zu bestimmten, eher aus den Verwaltungsprozessen heraus entstandenen Problematiken sind für die an der Integration vor Ort Beteiligten oft nicht nachvollziehbar. Es muss aktiver und direkter im Feld gearbeitet werden. Metastudien mit Metadaten reichen hier nicht aus. Eine direktere Ansprache der Entscheidungsträgerinnen und -träger in Politik und Gesellschaft sollte erfolgen. Es reicht nicht, abzuwarten, bis der gesellschaftliche Druck die Politik erneut zur Bereitstellung von Forschungsgeldern und Fördermittel bewegt. Eine Aufgabe von Wissenschaft ist es auch Ergebnisse verständlich zur Interpretation bereitzustellen, unabhängig von Ergebniserwartungen und positiv unterstützenden Ergebnissen für Politik und Gesellschaft. Ganz konkret schlagen wir deshalb vor:

Erstens mehr Praktikerinnen und Praktiker in Forschungsprojekte einbeziehen. Wir haben z. B. in unseren größeren Projekten Steuerungskreise mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Wissenschaft; warum haben wissenschaftliche Projekte nicht ebenso vermehrt Steuerungskreise mit Vertretungen aus der Praxis?

Zweitens sollte die Ergebnisdarstellung in jedem Fall so aufbereitet werden, dass daraus ein größtmögliches Verstehen, eine größtmögliche Verbreitung und dadurch eine größtmögliche Teilhabe aller Menschen in der Gesellschaft resultiert.

Einen Überblick über die Arbeit der Bildungskoordination der Stabsstelle Integration des Rhein-Neckar-Kreises erhalten Sie hier: <https://www.rhein-neckar-kreis.de/integration>

Literatur

- Heinrich-Böll-Stiftung. (2017). Welcome to Germany VI. *Dossier Arbeitsmarktintegration*. https://heimatkunde.boell.de/sites/default/files/arbeitsintegration_pdf_06_2017.pdf. Zugegriffen: 20. März 2020.
- OECD Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. (2017). Nach der Flucht: Der Weg in die Arbeit. Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen in Deutschland. <https://www.oecd.org/berlin/publikationen/Arbeitsmarktintegration-von-Fluechtlingen-in-Deutschland-2017.pdf>. Zugegriffen: 20. März 2020.
- Vogel, C., & Scheiermann, G. (2019): Vielfalt in der beruflichen Bildung – betriebliche Ausbildung von Geflüchteten erfolgreich gestalten. <https://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/10341>. Zugegriffen: 20. März 2020.

Kontakt

E-Mail: integration@rhein-neckar-kreis.de

IV. Kooperation und Anwendung

Wissen und Multiperspektivität in regionalen Wissenschaft-Praxis-Kooperationen der Fluchtforschung in der Rhein-Neckar-Region

Monika Gonser & Petra Deger

Einleitung

Der Zuzug von Geflüchteten in den letzten Jahren hat die Frage nach der Relevanz von Wissenschaft und Forschung zur Bearbeitung gesellschaftlicher Herausforderungen verdeutlicht.¹ Gleichzeitig erwies sich die Gemengelage als so komplex und die Herausforderungen – auch wegen der zunehmenden Bedeutung populistischer Parteien – als so drängend, dass der wissenschaftliche „Regelprozess“ der Isolierung eines Problems aus fachlicher Perspektive, der anschließenden Forschung und im Nachgang entwickelten Handlungsempfehlungen für die „Praxis“ nicht praktikabel erschien. In der Rhein-Neckar-Region wurden bzw. werden vor dem Hintergrund dieser Gemengelage zwei Projekte durchgeführt, die explizit als Wissenschaft-Praxis-Kooperationen im Bereich Fluchtforschung entwickelt und umgesetzt werden. Dies ist zum einen das Reallabor Asylsuchende in der Rhein-Neckar-Region (*Reallabor Asyl*), das sich in den Jahren 2016 bis 2019 – interdisziplinär zusammengesetzt – dem Themenkomplex Flucht, Migration und Arbeit in der Metropolregion Rhein-Neckar gewidmet hat. Das zweite Projekt ist eingebettet in ein größeres Transfervorhaben mit dem Titel *transfer together*. Der vorliegende Beitrag zeigt anhand von Beispielen aus dem *Reallabor Asyl* und *transfer together*, wie in diesen Kooperationen mit zentralen Fragen von Wissenschaft-Praxis-Kooperationen, nämlich Wissen und Multiperspektivität, umgegangen wird. Dazu werden zunächst die beiden Aspekte – Wissen und Multiperspektivität – eingeführt und anschließend die beiden Projekte vorgestellt. Der Beitrag nimmt dann anhand von drei Transferprojekten aus dem *Reallabor Asyl* und *transfer together* den Umgang mit Wissen und Multiperspektivität in den Blick.

Wissenstypen in Wissenschaft und Praxis

Wissen ist gemäß der auch für diesen Beitrag geltenden Definition von Wissenschaftstransfer (s. Einleitung) der zentrale Gegenstand, um den sich alle Aspekte von Transfer drehen. In der Wissenssoziologie (Berger und Luckmann 1969, Mannheim 1964) geht man unter anderem der Frage nach, wie Wissen und Sinn in verschiedenen Handlungskontexten produziert werden. Unabhängig davon wie dies konkret vonstattengeht, gilt die Grundannahme der gesellschaftlichen Produktion von Wirklichkeit

¹ Vgl. Einleitung in diesem Band.

und auch von Wissen. Die Frage der Trennung zwischen Wissenschaft und Nicht-Wissenschaft stellt sich in dieser Form nicht oder nicht im herkömmlichen Sinn, da angenommen wird, dass auch wissenschaftliches Wissen sozial produziert wird.

Wissenschaftlich begründetes Wissen wird demgegenüber definiert als Wissen, „das (1) aus der Distanz zu praktischem Handeln und praktischer Verwendung gewonnen wird und sich auf die Identifikation (2) kontextunabhängiger sowie (3) personenunabhängiger Gegebenheiten richtet“ (Böhle 2003, S. 147). Gleichwohl gilt insbesondere für sozialwissenschaftliches Wissen, dass es kaum unter Laborbedingungen zu produzieren ist, sondern vielmehr auf die Analyse komplexer sozialer Situationen verwiesen ist, die auch teilweise allein durch die Anwesenheit von Forschenden beeinflusst werden. Dies trifft für Forschungskontexte mit Praxisakteuren in besonderem Maße zu. Zudem lassen sich durch die hohe Komplexität sozialer Situationen häufig kaum eindeutige Kausalitäten bestimmen. Auf diesen Sachverhalt hat Mulgan (2012, S. 61) auch in Hinblick auf soziale Innovationen hingewiesen: „the nature of the knowledge involved in social innovation is different from knowledge about physics or biology, or indeed the claims made for economic knowledge: it is more obviously contingent, temporary, and often context-bound.“ Diese im Vergleich zu den Naturwissenschaften andere Art der Objektivität beeinflusst entsprechend das Maß, in dem von der Übertragbarkeit von Erkenntnissen und Methoden in ein anderes reales Setting auszugehen ist und trifft damit den Kern von Wissenschaftstransfer.

An die Generierung von wissenschaftlich begründetem Wissen werden insbesondere im Hinblick auf die Identifikation möglichst kontextunabhängiger Gegebenheiten besondere Anforderungen – wie ein regelgeleitetes Vorgehen, intersubjektive Nachvollziehbarkeit etc. – gestellt, um Distanzierung und Abstraktion zu gewährleisten. Erfahrungswissen hingegen entfaltet seinen Nutzen durch Konkretisierung und Kontextualisierung (siehe hierzu auch Hoesch und Altundal-Köse in diesem Band). Soll also – wie in den hier zu diskutierenden Praxisbeispielen – eine Kooperation oder ein Transfer zwischen einer wissenschaftlichen und einer praktischen Sinnwelt erfolgen, so muss entsprechendes Wissen für die jeweils andere Sinnwelt erschließbar gemacht, also distanziert und abstrahiert oder konkretisiert und kontextualisiert werden. Hierfür ist es zunächst notwendig zu verstehen, zwischen welchen Sinnwelten in den o. g. Projekten Kooperation oder Transfer stattfinden soll.

Multiperspektivität in Wissenschaft und Praxis

Sowohl Wissenschaft als auch Praxis sind generell in unterschiedliche Subsinnwelten gegliedert. In der Wissenschaft sind dies vor allem die unterschiedlichen Disziplinen, die sich nach Stichweh (2013, S. 15) durch „einen gemeinsamen Kommunikationszusammenhang, einen akzeptierten Korpus wissenschaftlichen Wissens und als Set von Fragestellungen, Forschungsmethoden sowie paradigmatischen Problemlösungen und eine spezifische berufliche Sozialisation des wissenschaftlichen Nachwuchses“ charakterisieren lassen. Multiperspektivität ergibt sich innerhalb der Wissenschaft

dann durch interdisziplinäre Kooperationen. Potthast (2013, S.180) unterteilt interdisziplinäre Kooperationen dabei in Abhängigkeit ihres Integrationsgrades in vier Stufen: 1) Prädisziplinarität, in der eine Disziplin Expertise als Hilfswissenschaft auf Anfrage liefert; 2) Multidisziplinarität, in der sich unterschiedliche Disziplinen separat auf den gleichen Gegenstand beziehen; 3) Interdisziplinarität im engeren Sinne, bei der unterschiedliche Disziplinen gemeinsam eine Fragestellung im Rahmen eines gemeinsamen Forschungsdesigns erarbeiten und 4) Transdisziplinarität, bei der die interdisziplinäre Kooperation im engeren Sinne zusätzlich um Akteure jenseits der Wissenschaft beispielsweise aus Politik, Wirtschaft oder Zivilgesellschaft ergänzt wird.

Zwar ist häufig in Transferzusammenhängen von „der Praxis“ die Rede, diese lässt sich jedoch ebenso wie die Wissenschaft in eigene Subwelten unterteilen. Eine hilfreiche Unterteilung bieten hierfür systemtheoretische Ansätze (z. B. Schimank 2007 und 2012), in denen sich gesellschaftliche Teilsysteme dadurch auszeichnen, dass sie sich aus einer funktionalen Ausdifferenzierung heraus gebildet haben und jedes Teilsystem in einer Gesellschaft eine je eigene Funktion erfüllt. So ordnet das gesellschaftliche Teilsystem ‚Wissenschaft‘ Erkenntnis entlang der Leitdifferenz ‚wahr‘ und ‚unwahr‘ ein, während das Teilsystem ‚Politik‘ mehrheitlich tragfähige Entscheidungen trifft entlang der Leitdifferenz ‚Macht‘ und ‚keine Macht‘, das Teilsystem ‚Wirtschaft‘ Angebot und Nachfrage entlang der Leitdifferenz ‚Profit‘ und ‚kein Profit‘ zusammenbringt etc. Dabei funktionieren die unterschiedlichen Teilsysteme innerhalb von je eigenen Hierarchien, Qualitätssicherungssystemen, Risikoabsicherungen und anderem mehr (Gonser et al. 2019).

Fluchtforschung an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg

Aufgrund der verstärkten Zuwanderung von Geflüchteten in den Jahren 2015 und 2016 bildeten sich an der PH Heidelberg, einer von sechs Pädagogischen Hochschulen in Baden-Württemberg, formlose Themeninseln von Forschungs- und Lehrthemen zu Aspekten von Flucht und Integration. Aufbauend auf die Bildung von Themeninseln zu Aspekten von Flucht und Integration stellte das Aufgreifen innovativer, auf die Praxis gerichteter Forschungs- und Kooperationsformen in diesem Umfeld einen weiteren, sich folgerichtig ergebenden Schritt dar. Es bildete sich in der Fluchtforschung zunächst ein strukturell abgegrenztes Projekt heraus, in diesem Fall das *Reallabor Asyl*, in dessen Rahmen lokale Kooperationen mit Praxisakteuren initiiert, aufgebaut und verstetigt wurden. Auf Grundlage dieser Erfahrungen wurde der thematische Fokus – Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten – als Teilvorhaben in *transfer together*, einem multithematischen Transferprojekt der PH Heidelberg verankert.

Reallabor Asylsuchende in der Rhein-Neckar-Region

Das Land Baden-Württemberg förderte in den Jahren von 2015 bis 2019 insgesamt 14 Reallabore, unter dem Titel bzw. Themenfokus *Reallabor Stadt*. Reallabore oder engl. ‚Living Labs‘ bezeichnen ein spezifisches, transdisziplinäres und transformatives Forschungssetting, in dem Vertreter*innen von Wissenschaft und Praxis in entsprechenden transdisziplinären Kooperationen gemeinsam Wissen produzieren. Idealtypisch erfolgt der Forschungsprozess dabei auf Augenhöhe, d.h. Wissenschaftler*innen und Praxisakteur*innen treffen die wesentlichen Entscheidungen zu Forschungsfragen, -methoden und -prozess gemeinsam. Meist bieten Reallabore außerdem Möglichkeiten der Partizipation am erweiterten Forschungsprozess, beispielsweise über Beteiligung von Bürger*innen an Erhebungen oder durch die Reflexion von Erkenntnissen mit nicht in der Wissenschaft und nicht im Reallabor verankerten Expert*innen. Darüber hinaus beinhalten Reallabore oft ein experimentelles Setting in dem Sinn, dass über (Real)Experimente neue Methoden und Ansätze in der „realen Welt“ eingesetzt werden (Schäpke et al. 2017). Mit diesem Format war das Vorgehen der Ko-Konstruktion von Wissen im Austausch mit Praxisakteur*innen als legitimer, förderungswürdiger Zugang markiert worden.

Eines der geförderten Reallabore – das Reallabor Asylsuchende in der Rhein-Neckar-Region – war an der PH Heidelberg angesiedelt. Weiterhin beteiligt waren das Centrum für soziale Innovationen (CSI), das Geographische Institut der Universität Heidelberg (GI) sowie das Leibnitz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim (ZEW). Im Rahmen des Reallabors Asylsuchende in der Rhein-Neckar-Region kooperierten vier Forschungseinrichtungen und drei Kommunen², sowie zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure, Schulen und Behörden. Im Zentrum der Arbeit des Reallabors stand die „Analyse von Faktoren für eine nachhaltige gesellschaftliche Integration von Geflüchteten in die Region, in Ausbildung und Beschäftigung.“³ Aufbauend auf der Analyse wurden Modellansätze und -prozesse zu Teilfragen lokaler Integration entwickelt und getestet.

Das Reallabor Asylsuchende in der Rhein-Neckar-Region war in vier Themen-/Arbeitsfelder (Teilprojekte) strukturiert, wobei jeweils eine Forschungseinrichtung die Federführung innehatte: (1) berufliche Bildung (PH Heidelberg), (2) Arbeitsmarktintegration (ZEW), (3) sozialräumliche Integration (GI) und (4) zivilgesellschaftliches Engagement (CSI). Die Anforderungen an die wissenschaftlichen Akteure wurden im Wesentlichen durch ein Netz von Praxispartner*innen an die Wissenschaft herangetragen. Ausgehend von den Situations- oder auch Problembeschreibungen der Praxis wurde ko-konstruktiv ein Forschungsdesign entwickelt, das stetig mit den Praxisakteur*innen rückgekoppelt wurde.

Auf Seiten der Praxispartner*innen stellte sich die jeweilige Struktur sehr heterogen dar. Üblicherweise wurden Aktivitäten im Bereich Wissenschaftstransfer und Kooperation jedoch auf der Arbeitsebene geleistet, häufig durch Integrationsbeauf-

2 Stadt Heidelberg, Stadt Sinsheim, Stadt Wiesloch.

3 www.reallabor-asyll.de, zuletzt abgerufen am 22.06.2019.

trage oder Zuständige im Themenbereich Migration, Flucht oder Sprache, während entsprechende Zielvorgaben und Rahmenbedingungen durch das Direktorium gesetzt wurden. Insgesamt waren die Aktivitäten im *Reallabor Asyl* sehr auf ko-konstruktive Zugänge ausgerichtet, also solche, die davon ausgehen, dass sowohl die Definition einer gesellschaftlichen Problemlage als auch deren Bearbeitung in Kooperation verschiedener Akteure vonstattengeht.

Flucht, Migration und Arbeit in der Metropolregion Rhein-Neckar im Rahmen von *transfer together*

Eine etwas andere Logik verfolgt das Projekt *transfer together*. Mit der Förderinitiative ‚Innovative Hochschule‘ nahm die Bundesebene die Förderung der sogenannten ‚Third Mission‘ in den Blick, worunter die „gesellschaftsbezogenen Hochschulaktivitäten (...) vor dem Hintergrund der Wissensgesellschaft zu verstehen sind“ (Roessler et al. 2015, S. 5). Das zentrale Projektziel von *transfer together* besteht darin, Forschungsfelder, die sich auch in der Vergangenheit schon mit Wissenstransfer befasst haben, auszubauen und nachhaltige Transferstrukturen und -kompetenz an der PH Heidelberg zu institutionalisieren. Neben einem Transferzentrum, das für die gesamte Hochschule Beratung und Infrastruktur für Transferprojekte anbietet, werden vier thematisch bereits bestehende Transferbereiche systematisch ausgebaut und im Transferzentrum gebündelt.⁴

Das Teilprojekt *Flucht, Migration und Arbeit in der Metropolregion*, das im Transferbereich ‚Interkulturelle Bildung‘ verortet ist, wurde aus dem *Reallabor Asyl* heraus initiiert und setzt die im Reallabor eingerichtete Kooperation mit einigen der langjährigen Praxispartner*innen fort. Als Kernangebote an die Praxis bietet es vor allem wissenschaftlich fundiertes Überblickswissen und die Vermittlung von good practices an und leistet konzeptuelle Prozessberatung, methodische Unterstützung bei der Durchführung von Befragungen und Evaluationen sowie Netzwerkarbeit.

Der Umgang mit der Ko-Produktion von Wissen zwischen Wissenschaft und Praxis und Multiperspektivität in den Transferprojekten der PH Heidelberg

Das Zusammenspiel unterschiedlicher Wissenstypen und Perspektiven hatte unterschiedliche strukturelle, methodische und inhaltliche Auswirkungen auf Projektgestaltungen – sowohl im *Reallabor Asyl* als auch in *transfer together*. Im Vergleich dieser Möglichkeiten zeigen sich auch die verschiedenen Potentiale und Schwierigkeiten dieser Formate. Anhand von drei Transferbeispielen – ‚Lerntheken‘, ‚Arbeitgeberservice‘⁵

4 Dies sind im Einzelnen: Bildung für nachhaltige Entwicklung, MINT, interkulturelle Bildung sowie Prävention und Gesundheitsförderung.

5 Da es sich beim ‚Arbeitgeberservice‘ um die Bezeichnung des Modellvorhabens innerhalb des Projektes handelt wird auf eine gendergerechte Formulierung verzichtet.

und das Workshopformat ‚Integrationskonzepte‘ – wird dies im Folgenden dargestellt und diskutiert.

Die ‚Lerntheken‘

Die Einbindung der im Rahmen des Flüchtlingszuzugs angekommenen Kinder und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter stellte die Bildungsinstitutionen vor spezifische Herausforderungen. Dies hatte im Wesentlichen drei Gründe: zum einen war der Bildungshintergrund der Kinder und Jugendlichen außerordentlich heterogen und reichte von Personen, die auch im jugendlichen Alter nicht alphabetisiert waren bis zu Personen, die eine Schule besucht haben, die einem Gymnasium entspricht. Diese Herausforderungen der sehr heterogenen Bildungshintergründe und des Fehlens der für diese Lernbedingungen geschulten Lehrpersonen wurden aus der Praxis, namentlich aus der Heidelberger Diakonie und der Volkshochschule Heidelberg an das *Reallabor Asyl* herangetragen. Zum zweiten zeigte sich auch eine sehr große sprachliche Heterogenität. Schließlich ist, drittens, das deutsche Bildungssystem nicht darauf ausgerichtet, Kinder und Jugendliche während des laufenden Schuljahres zu integrieren. Dieser komplexen Herausforderung versuchte man durch ein Angebot zu begegnen, das darauf abzielt, dass Schüler*innen eigenständig Deutsch lernen können. Mittels sog. Lerntheken ist das Erlernen der deutschen Sprache möglich – unabhängig von bisherigen Bildungserfahrungen.

Im Projekt ‚Lerntheken‘ wurden insgesamt zehn Lerntheken konzeptualisiert, entwickelt und erprobt als Möglichkeit des teilbetreuten, individuellen, digital unterstützten Sprachenlernens. Diese Lerntheken sind mobil und können beispielsweise in Aufnahmeeinrichtungen eingesetzt werden. Konkret ist unter den Lerntheken Lernmaterial zu verstehen, das sowohl online genutzt als auch in Thekenform für den Lernenden aufgebaut werden kann. Die Lerntheken bieten die Möglichkeit, im Selbststudium oder als Gruppe, didaktisch per Audiotext in relevanten Sprachen oder durch eine Lehrperson angeleitet in modular nicht aufeinander aufbauenden Lernschritten erste Grundlagen der deutschen Sprache zu erwerben und einzuüben. Lerntheken sind in vielen Kontexten des Sprachenlernens wie Aufnahmezentren, regulären Bildungseinrichtungen, Selbststudium etc. möglich und der Erfolg des Transferansatzes hängt beispielsweise nicht davon ab, wie das Lernarrangement (Lernzeiten, Heterogenität der Gruppen, Individual- oder Gruppensetting etc.) in einzelnen Aufnahmezentren tatsächlich gestaltet ist. Die Lerntheken werden augenblicklich digitalisiert und dann online abrufbar sein. Das Kernelement des Wissenschaftstransfers im Format Lerntheken besteht in der Berücksichtigung der ständigen Änderungen, mit denen das Lernumfeld konfrontiert ist, der größeren Unwägbarkeit, Abhängigkeit von Rahmenbedingungen und der unterschiedlichen zeitlichen Organisation von Lerngelegenheiten. Die sozialwissenschaftliche Analyse der Unterschiede zwischen üblichen Sprachlernsettings und den Anforderungen der Gruppe der Geflüchteten seit 2015 führte zu einer stärkeren methodischen Flexibilisierung. Wissenschaftstransfer erfolgte in der Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf andere, heterogenere Settings. Wichtig war dabei,

dass die Lösungsanforderung von den Praxispartner*innen kam und die Lerntheken in einem ko-konstruktiven Prozess entwickelt wurden.

Die Lerntheken resultierten aus der Übertragung wissenschaftlich fundierten Wissens zum Spracherwerbsprozess, das im Kontext des hohen Bedarfs an individualisierten Lernprozessen in der Aufnahmeeinrichtung und als Antwort auf den Wunsch nach einer nachhaltigen online-Nutzung der Lernmaterialien entwickelt wurde. In enger Kooperation zwischen zwei Mitarbeiterinnen des *Reallabor Asyl* mit einer für den Deutschunterricht zuständigen Mitarbeiterin der Heidelberger Volkshochschule sowie der Heidelberger Diakonie, die in den Erstaufnahmeeinrichtungen die Sprachstandserhebungen vornahm, wurden die Herausforderungen spezifiziert und wissenschaftliches Wissen auf ein Feld jenseits des schulischen Unterrichts übertragen. Damit kann man im Fall der Lerntheken von einem transdisziplinären Prozess der Wissensgenerierung sprechen im Sinne von Gibbons et al. (1994), also als Kooperation zwischen Wissenschaft und Praxis. Der Inhalt der Kooperation ist dabei auf lebensweltliche Herausforderungen aus der Praxis ausgerichtet, die im Hinblick auf das Setting und die Beteiligten nicht besonders komplex sind und von der Praxis klar formuliert wurden. Es wurde nicht eine konkrete, ausbuchstabierte Methode Inhalt von Wissenschaftstransfer, sondern die Übertragung einer wissenschaftlichen Perspektive und einer wissenschaftlichen Analyse und Systematisierung, und ihre Integration und Anpassung in den praktischen Lernkontext stellte die eigentliche Transferleistung dar.

Auch im Hinblick auf Multiperspektivität stellen sich die Lerntheken ausdifferenziert dar, sowohl in der Entwicklung als auch in der potentiellen Anwendung. Durch die Einbindung disziplinärer Perspektiven zweier unterschiedlicher Forschungseinrichtungen, der PH Heidelberg und des CSI, konnte in der Erprobungsphase der Lerntheken durch Befragung und Evaluation sowohl der Lernenden als auch unterstützender Lernpersonen und ehrenamtlich Tätiger durch das CSI ein differenzierender Blick auf Anwendungsvoraussetzungen und -variationen geworfen werden. Durch die Inblicknahme potentieller Anwendungen nicht nur einer Bildungssituation (beispielsweise Aufnahmeeinrichtungen), sondern die Anpassung der Lerntheken an schulische oder virtuelle Lernsituationen konnten unterschiedliche Praxiswelten einbezogen werden. Insgesamt handelt es sich also um einen stärker auch interdisziplinär ausgerichteten Transferprozess (vgl. Gonser und Zimmer in diesem Band), der transdisziplinäre Wissensgenerierung miteinschloss.

Der ‚Arbeitgeberservice‘

Für Geflüchtete, die nicht mehr schulpflichtig waren, stellte sich als besondere Herausforderung der Arbeitsmarktzugang dar. Einerseits konnte festgestellt werden, dass die Geflüchteten eine sehr hohe Arbeitsmotivation hatten (vgl. auch Hoesch und Altundal-Köse in diesem Band). Allerdings lag in vielen Fällen kein Bildungsabschluss vor, in den meisten Fällen kein Berufsabschluss oder abgeschlossenes Studium und in fast allen Fällen keine oder nur sehr rudimentäre Deutschkenntnisse. Gleichzeitig wurde von verschiedenen Seiten (u. a. Kommunalverwaltung, Wirtschaftsvereinigungen, Industrie-

und Handelskammer) in den beteiligten Kommunen der Mangel an Fachkräften, insbesondere in Handwerksberufen, als Problem der regionalen Wirtschaft formuliert. Im Laufe mehrerer Gespräche mit verschiedenen Akteur*innen vor Ort entstand die Idee, ein Angebot für Arbeitgeber*innen zu entwickeln. Den Arbeitgeber*innen sollte die Möglichkeit zur Nutzung von passgenauen Unterstützungsangeboten bei der Beschäftigung von Geflüchteten in rechtlicher, sprachlicher und organisatorischer Hinsicht geboten werden. Auf Seiten des Reallabors waren die PH Heidelberg und das ZEW beteiligt. Lokal verortet sollte das Angebot in den Kommunen Wiesloch und Sinsheim werden.

Dazu wurden zunächst eine Bedarfsanalyse auf der Basis einer Geflüchtetenbefragung (n=300) in Wiesloch und Sinsheim (Deger et al. 2017) sowie Expert*inneninterviews mit Arbeitgeber*innen (u. a. Gonser 2017) durchgeführt. Darauf aufbauend wurde dann ein Praxispartner, das Bildungswerk von Südwestmetall (BBQ), gefunden, der für die konkrete Umsetzung des Projekts Strukturen vor Ort bereitstellte. Um den Bedarf des ‚Arbeitgeberservices‘, jenseits der Gespräche mit Praxispartner*innen, noch genauer abschätzen zu können und die Maßnahmen passgenauer zu gestalten, wurden telefonische Interviews mit Betrieben geführt.

In diesem Projekt erwies sich sowohl die Wissensgenerierung als auch die Frage der Multiperspektivität als eine Herausforderung, da nach relativ aufwändigen Vorbereitungen die tatsächliche Nachfrage nach den Dienstleistungen des ‚Arbeitgeberservices‘ gering blieb. Während die Wissensgenerierung zur Vorbereitung des Modellprojektes bei der Befragung von Geflüchteten unproblematisch verlief, stellte sich die telefonische Befragung von Arbeitgeber*innen aufgrund mangelnder Teilnahmebereitschaft als schwierig dar. Dadurch war auch das Ergebnis der Befragung nicht belastbar. Es zeigte sich, dass auch die Einschätzung der Kooperationspartner zum Bedarf der Arbeitgeber*innen, wahrscheinlich aufgrund der sehr großen Heterogenität der Bedarfe, kaum passgenau war. Ursächlich für die Schwierigkeiten war möglicherweise die Tatsache, dass die Kooperationspartner nicht die unmittelbar durch den geplanten Service Adressierten waren. Die Kooperationspartner standen mit Akteur*innen vor Ort in lockerem Kontakt, waren aber selbst nicht unmittelbar Betroffene. Eine weitere Herausforderung war, dass sich die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Beschäftigung von Geflüchteten stetig veränderten – was zu großer Verunsicherung der Arbeitgeber*innen und auch zu einer sehr kurzen Gültigkeitsdauer der für die Arbeitgeber*innen zusammengetragenen Informationen führte. Es zeigte sich, dass wissenschaftliche Erkenntnisse, die mit einer gewissen Zeitverzögerung (teilweise nur wenige Wochen oder Monate) zurück ins Feld kamen, von den Veränderungen überholt wurden. Trotz enger Kooperation mit den Praxispartner*innen zeigte die Maßnahme kaum Wirkung, weil einerseits die Daten für eine genauere Passung mangels Teilnahmebereitschaft nicht erhoben werden konnten und die rechtlichen Rahmenbedingungen für Beschäftigung einem so raschen Wandel unterlagen, dass die Inhalte des Services stetig hätten aktualisiert werden müssen. So zeigte sich, dass in diesem Fall erfolgreicher Wissenschaftstransfer nicht möglich war.

Was die Multiperspektivität betrifft, so kann für die Wissenschaft die Erprobung einer innovativen Methode, die nicht die vorab erwarteten Ergebnisse zeigt, immer

noch eine relevante Erkenntnis mit sich bringen, die sich für eine Veröffentlichung eignet. Im politischen Kontext ist es schon deutlich schwieriger, den Ressourceneinsatz eines Modellprojekts, das die intendierten Ziele nicht erreicht, zu rechtfertigen. Auch die Zeithorizonte variierten stark. Während der gesellschaftliche und damit politische Druck zu einem verbesserten Aufnahmesystem und günstigeren Integrationsbedingungen in den Jahren 2015 und 2016 sehr groß war und damit neue Erkenntnisse und Methoden zum sofortigen Einsatz gefragt waren, funktioniert Wissenschaft durch die vielen, systemimmanenten Erprobungs- und Diskursschleifen wesentlich langsamer.

Was das Aufeinandertreffen der Handlungslogiken je unterschiedlicher gesellschaftlicher Teilsysteme betrifft, so kann die sich daraus ergebende Multiperspektivität entsprechender Projekte nicht aufgelöst werden. Dies ist weder möglich noch wünschenswert, da die intersektorale Zusammenarbeit als einer der Vorteile von transdisziplinären Kooperationen erachtet wird (Buttkereit 2009), der die Ergebnisqualität derartiger Projekte steigert. Um jedoch auch mit den daraus entstehenden, oben genannten Herausforderungen umzugehen, ist es notwendig, die Multiperspektivität auch hinsichtlich Methoden und Ergebnissen der Zusammenarbeit zu wahren.

Das Workshopformat ‚Integrationskonzepte‘

Die Transferfertigkeiten des *transfer together*-Teilprojekts Flucht, Migration und Arbeit in der Metropolregion Rhein-Neckar bauen stark auf den Transfererfahrungen des *Reallabor Asyl* auf. Das Projekt hat jedoch nicht den Anspruch, selbst Forschung zu betreiben, sondern primär bestehendes, wissenschaftlich generiertes Wissen in die Praxis einzubringen. Wissenschaftlich fundiertes Wissen muss dann aus einem für die Praxis relevanten Themenbereich entsprechend so ausgewählt und aufbereitet werden, dass es für die Praxis anwendbar, verständlich und anschlussfähig ist (Kleist et al. 2019; Schmid und Kück 2018).

Die Workshopreihe ‚Integrationskonzepte zur Steuerung kommunaler Integration‘ leistet entsprechend Transfer, indem sie bestehendes Erfahrungswissen in Kommunen der Metropolregion Rhein-Neckar wissenschaftlich fundiert systematisiert. Dazu wurden die für die Erarbeitung und Umsetzung von kommunalen Integrationskonzepten zuständigen Mitarbeiter*innen von neun Kommunen zu ihren Ansätzen, Erfahrungen und Empfehlungen im Rahmen leitfadengestützter Expert*inneninterviews befragt. Die so erhaltenen Ergebnisse wurden systematisiert und aus der thematisch einschlägigen wissenschaftlichen Literatur ergänzt. Die Ergebnisse wurden dann in ein Workshop-Konzept gegossen, mit dem kommunale Mitarbeiter*innen, die die Entwicklung eines Integrationskonzepts zur Aufgabe haben, vorbereitet und begleitet werden. Der Transferaspekt des Projekts ist also eher im Bereich der wissenschaftlichen Systematisierung, Reflexion und Anreicherung von Erfahrungswissen zu sehen und lässt die Sozialwissenschaften – nicht nur aber auch – als Hilfswissenschaften (Potthast 2013) in Erscheinung treten (für ein ähnliches Beispiel siehe Schütte et al. in diesem Band). Man kann diesen Transfer als erfolgreich bezeichnen, weil die Zielsetzung der Praxispartner*innen erreicht und ein Mehrwert vor Ort sichtbar wurde. Grundlage des Erfolges

war auch hier eine sehr klare Auftragstellung, die durch ein kohärentes mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiertes Feld von Praxispartner*innen gekennzeichnet ist. Zudem ist die Komplexität und die Veränderungsgeschwindigkeit des politischen Umfeldes wesentlich geringer als beispielsweise beim ‚Arbeitgeberservice‘.

Zusammenfassung

In den verschiedenen Transfervorhaben im *Reallabor Asyl* und in *transfer together* wurden verschiedene Formate mit unterschiedlichem Erfolg durchgeführt. Eine Übertragung stabiler wissenschaftlicher Erkenntnisse in neue raum-/zeitliche Settings erwies sich im Format der Lerntheiken als sehr erfolgreich. Ebenfalls erfolgreich ist die wissenschaftsgeleitete Systematisierung von Praxiswissen und Praxislösungen für Fragen, die sich in den verschiedenen Kommunen auf ähnliche Art stellen. Als Erfolgskriterien haben sich im Nachhinein v. a. folgende Faktoren erwiesen: zum einen eine klar formulierte Herausforderung aus der Praxis und zum zweiten eine überschaubare Anzahl von nicht allzu heterogenen Praxispartner*innen, die an der Formulierung des Auftrags mitgewirkt haben und auch in Form von Rückmeldeschleifen in den gemeinsam entwickelten Prozess eingebunden sind. Als besonders ungünstige Rahmenbedingungen für Wissenschaftstransfer haben sich eine stetig und rasant verändernde Umwelt wie auch unklare Anbindungen und Verantwortungen der Praxisakteur*innen erwiesen. In einer solchen Konstellation kollidieren die Zeithorizonte von Wissenschaft mit dem Erfordernis immer neuer Lösungen für kurzfristig sich verändernde Problemlagen. Darüber hinaus braucht Ko-Design dauerhafte Akteurskonstellationen, weil andernfalls die jeweiligen Herangehensweisen stetig neu ausgehandelt werden müssen. Im Anschluss an Rose et al. (2019) können wir festhalten, dass Wissenschaftstransfer durch reflektierende Forscher*innen weniger voraussetzungsvoll ist als die Rolle des Ermöglichenden („facilitators“).

In erfolgreichen wie auch weniger erfolgreichen Formen des Wissenschaftstransfers finden aber wichtige Lernprozesse statt. Wie von Schneidewind (2014) beschrieben, findet Lernen über soziale Prozesse statt. Ob es sich, wie Singer-Brodowski et al. (2018) konstatieren, um Lernumwelten („learning environments“) handelt, lässt sich auf Grundlage unserer Erfahrungen noch nicht abschließend beurteilen. Es scheint aber bedeutsam zu sein, die Rolle der Wissenschaft (und der Wissenschaftler*innen) noch stärker zu reflektieren.

Literatur

- Berger, P. & Luckmann, T. (2018). *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*. 27. Aufl. Frankfurt am Main: Fischer.
- Böhle, F. (2003). Wissenschaft und Erfahrungswissen – Erscheinungsformen, Voraussetzungen und Folgen einer Pluralisierung des Wissens. In: S. Böschen & I. Schulz-Schaeffer (Hrsg.). *Wissenschaft in der Wissensgesellschaft* (S. 143–177). Wiesbaden: Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-663-07783-1_7.

- Buttkereit, S. (2009). *Intersectoral Alliances – an institutional economics perspective*. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag.
- Deger, P., Gonser, M., Kolb, M., Kück, S., Lange, M., Mildenerger, G., Pfeiffer, F., Sommerfeld, K., & West, C. (2017). *Integrationspotenziale: Ausgewählte Ergebnisse der Reallabor-Befragungen unter Geflüchteten*. Mannheim: ZEW.
- Gonser, M. (2017). *The labour market integration of refugees. White paper – A focus on Europe*. <https://press.adecco.com/assets/the-adecco-group-white-paper-labour-market-integration-of-refugees-7df4-2cb12.html?lang=en>. Zugegriffen: 08.07.2019.
- Gonser, M., Eckart, J., Eller, C., Köglberger, K., Häußler, E. & Piontek, F. (2019). Unterschiedliche Handlungslogiken in transdisziplinären und transformativen Forschungsprojekten – Welche Risikokulturen entwickeln sich daraus und wie lassen sie sich konstruktiv einbinden? In: A. DiGiulio, & R. Defila (Hrsg.). *Handbuch transdisziplinärer und transformativer Methoden*. Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-27135-0_3, S. 39–83.
- Kleist, J. O., Engler, M., Etzold, B., Mielke, K., Oltmer, J., Pott, A., Schetter, C. & Wirkus, L. (2019). *Flucht- und Flüchtlingsforschung in Deutschland – Eine Bestandsaufnahme. Abschlussbericht, Verbundprojekt ‚Flucht: Forschung und Transfer‘*. Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück / Bonn: Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC), Juni 2019.
- Knoblauch, H. (2014). *Wissenssoziologie*. München: UVK Verlagsgesellschaft, 3. Auflage.
- Mannheim, K. (1964). *Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk*. Eingeleitet und Herausgegeben von Kurt H. Wolff. Berlin/Neuwied: Luchterhand.
- Mulgan, G. (2012). The Theoretical Foundations of Social Innovation. In: A. Nicholls & A. Murdock (Hrsg.). *Social Innovation. Blurring Boundaries to Reconfigure Markets* (S. 33–65). Basingstoke: Palgrave Macmillan. https://doi.org/10.1057/9780230367098_2.
- Pothast, T. (2013). Epistemisch-moralische Hybride und das Problem interdisziplinärer Urteilsbildung. In: M. Jungert, E. Romfeld, T. Sukopp, & U. Voigt. (Hrsg.), *Interdisziplinarität. Theorie, Praxis, Probleme* (S. 173–191). Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Rose, M., Wanner M. & Hilger, A. (2019). *Das Reallabor als Forschungsprozess und -infrastruktur für nachhaltige Entwicklung. Konzepte, Herausforderungen und Empfehlungen*. 196_Wuppertal Papers. Wuppertal.
- Schäpke, N., Stelzer, F., Bergmann, M., Singer-Brodowski, M., Wanner, M., Caniglia, G. & Lang, D.J. (2017). *Reallabore im Kontext transformativer Forschung. Ansatzpunkte zur Konzeption und Einbettung in den internationalen Forschungsstand*. (No. 1/2017) Leuphana Universität Lüneburg, Institut für Ethik und Transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung.
- Schimank, U. (2007). *Theorien gesellschaftlicher Differenzierung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schimank, U. (2012). Wissenschaft als gesellschaftliches Teilsystem. In: S. Maasen, M. Kaiser, M. Reinhart & B. Sutter (Hrsg.). *Handbuch Wissenschaftssoziologie*. Wiesbaden: Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18918-5_9.
- Schmid, V. & Kück, S. (2019). Examining transdisciplinary research. Insights from everyday work at Reallabor Asyl. In: *GAIJA* 28/2(2019):172–173. <https://doi.org/10.14512/gaia.28.2.20>.
- Schneidewind, U. (2014). Urbane Reallabore – ein Blick in die aktuelle Forschungswerkstatt. In: *pnd online* 3, (S. 1-7).
- Singer-Brodowski, M., Beecroft, R. & Parodi, O. (2018). Learning in Real-World Laboratories. A Systematic Impulse for Discussion. In: *GAIJA* 27/S1, (S. 23–27). <https://doi.org/10.14512/gaia.27.S1.7>.

Transfer of Knowledge for and with Whom?

Ethical Reflections on Participatory Research with Displaced People

Ulrike Krause & Cordula von Denkowski

Zusammenfassung

Projekte in der Flucht- und Flüchtlingsforschung erheben nicht selten den Anspruch, relevant für Politik und Praxis sein zu wollen, indem sie etwa zur Verbesserung des Flüchtlingsschutzes oder politischer Entscheidungen beitragen möchten. In diesem Kapitel erweitern wir das zumeist eng gefasste Verständnis von Praxisrelevanz, indem wir Geflüchtete als ‚Expert*innen ihrer eigenen Situation‘ verstehen und somit als wichtige Akteur*innen sowie Zielgruppe für Transfer in der Flucht- und Flüchtlingsforschung. Diese Rolle von Geflüchteten als Expert*innen und Akteur*innen entspricht Ansätzen partizipativer Forschung, die in diversen Formen in der Flucht- und Flüchtlingsforschung praktiziert werden. Aufgrund der aktiven Beteiligung von Geflüchteten im Forschungsprozess beanspruchen partizipative Forschungsprojekte häufig, das Wissen und die Perspektiven von Geflüchteten besser zu berücksichtigen als nicht-partizipative Forschung. Trotz ihres Potentials ist partizipative Forschung jedoch nicht automatisch vorteilhafter oder ‚ethischer‘ als andere Formen, sondern kann Geflüchtete auch in Gefahr bringen. Solche kritischen Reflexionen möglicher Risiken der Durchführung partizipativer Forschung mit Geflüchteten stehen im Mittelpunkt dieses Beitrags. Konkret diskutieren wir anhand von Beispielen aus unserer eigenen Forschung mit Geflüchteten potenzielle Gefährdungen durch aktive Beteiligung in schwierigen Forschungskontexten, verschwommene Grenzen und fließende Machtverhältnisse zwischen Forschenden und ‚Erforschten‘. Abschließend kehren wir zum Thema der Praxisrelevanz zurück und diskutieren, was Relevanz von Forschungsergebnissen für Geflüchtete selbst bedeuten kann.

1. Introduction

Should forced migration studies be relevant to policy and practice? This question has been a contentious issue among academics for several decades. While some scholars argue against the need for practical relevance and emphasize the value of ‘policy-irrelevant’ scholarship (see Bakewell, 2008; van Hear, 2012), others support the notion. Among them are Jacobsen and Landau (2003), who highlight the “dual imperative” and argue that researchers should both adhere to academic standards and transfer results to decision makers and service providers in order to improve the protection and living conditions of refugees. This dual imperative, however, regards researchers as the main producers of scientific knowledge and calls on them to share ‘their’ knowledge primarily with authorities, such as governments or international organizations. As Rodgers (2004, pp. 48f.) criticizes, this keeps knowledge “within the domain of the powerful interest groups that respond to it.” According to this narrow understanding of practice-relevant research, transfer of knowledge is a unidirectional process, extending from academia to policy and practice but excluding those directly affected by forced migration.

However, as outlined in the introduction to this book (Gonser & Zimmer, this volume), the transfer of knowledge in the context of forced migration studies is a multidirectional and multidimensional exchange process between academia and society. This is not limited to the communication of research results and advice to policy makers or service providers, but also includes the sharing and discussion of research and its findings with society, and with displaced people in particular.¹ Even more broadly, transfer activities also include cooperative research on the part of scientists and non-academic experts, among them displaced people.

The latter position is key in our chapter. We understand displaced people as experts on their own situation, and neither top-down research procedures ‘about’ them nor the transfer of findings solely to policy actors can do justice to their expert roles. Instead, recognizing displaced people as experts calls for participatory approaches, as these offer ways to actively involve them in research. Diverse approaches have been used in forced migration studies, and they are often thought to better capture the people’s knowledge and positions in research projects (see below). Despite their potential, however, participatory approaches are not automatically more beneficial than other forms of research and can also put displaced people at risk. Carrying out research with displaced people as participants or even as co-researchers thus requires methodological and ethical reflection.

In this chapter, we focus on those ethical challenges we consider particularly relevant to participatory research with displaced people. For forced migration studies, some university institutes as well as the International Association for the Study of Forced Migration (IASFM) have developed ethical guidelines (see RSC, 2007; IASFM, 2018). As a basic principle, we understand research ethics “as a code of conduct for scholars as well as a framework for normative scrutiny of research in a broader sense” (Krause, 2017b, pp. 1f.).² Ethics thus include rules for researchers as well as norms for reflecting upon the research process. In other words, ethical research requires ethical reflexivity – that is, “a continuous process of critical scrutiny and interpretation, not just in relation to the research methods and the data but also to the researcher, participants, and the research context” (Guillemin & Gillam, 2004, p.275). In this chapter, we address the challenges and potential risks of active participation in difficult research contexts, blurred boundaries, and fluid power relations between researchers and ‘those researched’ as well as the relevance and ownership of research findings. We structure our chapter based on these risks and start by broadly addressing the transfer of knowledge to displaced people as experts on their own situation.

1 On knowledge mobilization and transfer, see also the recently published volume edited by McGrath and Young (2019). The collection includes various important perspectives that we could not reflect in our chapter because the book was published after we finished this chapter.

2 Regarding ethical discussions in forced migration studies, some edited volumes and special issues, in addition to various articles, have been published. For comprehensive volumes, see Voutira and Doná (2007), Crisp (2007), Block et al. (2013) and Temple and Moran (2011).

2. Participatory Research in Forced Migration Studies

Drawing on Jacobsen and Landau's (2003) notion of the dual imperative, the ultimate aim of transfer activities in forced migration research is to improve the situation and protection of displaced people. Yet with our approach of understanding displaced people as experts on their own situation, this aim is expanded to promoting their access to and especially their participation in various societal systems, such as health, education and employment. Forced migration research that aims to undertake transfer activities therefore needs to identify and consider the perspectives and needs of displaced people themselves. Otherwise the research results will be of limited validity. One way of respecting displaced people's views is by actively involving them in research processes.

Strategies for cooperative research with non-academics vary and are not limited to forced migration studies. One of the strategies for actively involving (displaced) people in transfer activities in a broad sense is participatory research, which fundamentally aims to promote the active involvement of social groups, including marginalized and excluded groups, in the research (von Unger, 2014, p. 1). We use the term 'participatory research' in this chapter as a superordinate concept, including a variety of research approaches (see e.g. Aden et al., 2019). They all have in common that they examine social issues and problems in a cooperative way, with a view to understanding and transforming them. One particular form is transdisciplinary research (see Hadorn et al., 2008; Defila & Di Giulio, 2018b). Defila and Di Giulio (2018a) identify research as transdisciplinary if it actively involves both researchers from different disciplines and members of society and/or practitioners, so-called "non-certified experts" (p. 40), in the entire research process from developing research questions to generating results. The non-certified experts do not necessarily have to be displaced people but certainly can. Transfer, as noted above, is not limited to the unidirectional presentation of findings but comprises the exchange of knowledge between scholars and members of society – for instance, forced migrants.

According to von Unger et al. (2014, p. 2), participatory research has the potential to transform power relations so that 'the researched' become important counterparts and partners, and – if applicable – even co-researchers or peer researchers. Accordingly, several scholars of forced migration studies have been promoting, applying and reflecting on participatory approaches (see e.g. Harrell-Bond & Voutira, 2007; Doná, 2007; van der Velde et al., 2009; Hugman et al., 2011; Moran et al., 2011; Banks et al., 2013; Halilovich, 2013; Krause, 2017a; Aden et al., 2019). Within a growing body of research, Qasmiyeh and Fiddian-Qasmiyeh (2013) most notably conceptualize the "third voice" as the result of a co-production of knowledge whereby scholars speak together with displaced people when analyzing and publishing findings together.

However, such discussions should not lead to the bold assumption that participatory research is ethical per se. First of all, forced migration studies is a multidisciplinary field, encompassing a wide variety of academic disciplines with their respective theoretical and methodological traditions. For example, when scholars in the social sciences seek to better understand the subjective perspectives and agency of displaced people,

such as their experiences, needs and resources, participatory research appears highly useful. In this case, it would make sense to elaborate on which participatory approaches are suitable and how to best engage displaced people as research partners rather than just collecting data from them.

Yet participatory research is certainly not a panacea in forced migration studies. Instead, its suitability depends on the field and the concrete research questions, and researchers need to carefully assess whether such approaches are acceptable and ethically appropriate for their respective projects. While general ethical norms and procedures, such as ‘do no harm,’ informed consent and confidentiality, apply to all types of research on human subjects, there are specific ethical challenges in participatory research (see e.g. Banks et al., 2013). Ethical reflexivity is all the more important and it starts with a conscious and responsible decision about whether or not – and to what extent – displaced people will be actively involved in a particular research project. Mock participation has to be avoided, and the ethical implications of genuine participation need to be considered and addressed carefully, since active participation in research can also put displaced people at risk, as we show in the next section.

3. Risks of Participatory Research

In some cases, empirical research in general, and participatory approaches in particular, can turn out to be harmful for displaced people. In the following, we elaborate on three risks that are especially relevant to participatory research with displaced people: increased visibility, mistrustful relationships and re-traumatization.

Compared to other forms of empirical research, participatory approaches usually involve people for a longer period of time and require more intensive social interactions between researchers, research participants and the community in which the research project takes place. This intensive and prolonged participation makes displaced people more visible to community members, authorities and the general public, thereby putting them at higher risk.

One example from our own research illustrates this risk of increased visibility: While carrying out participatory research about gender-based violence in a refugee camp in Uganda, we always looked for quiet, secure places for interviews. Some women (interestingly not men) expressed their wish to speak in a public place in the base camp. This felt to us as if they were striving to show that they were not speaking of ‘secrets’ nor sharing too much information and ultimately had nothing to hide. This must be seen in the broader context: Many people reasoned that violence was rarely reported due to, among other things, fear of increased violence or stigmatization and social exclusion. Yet when humanitarian staff or other displaced people were passing by, sometimes the interview participants paused or lowered their voices for a short moment. Thus, visibility was used strategically to reduce risks but it could also pose risks. Our research in Uganda also showed that refugees dared to speak openly about the difficulties of humanitarian aid and expressed their hope that the research would contribute to change. As Gerver

(2013) argues, some refugees may use their participation as a platform to make their voices and stories heard, thus opposing “blanket anonymity” in publications.

A second risk concerning increased visibility is that of identification. For example, displaced people without legal status or those still fearing persecution despite having fled to a safer place may fear being identified if they actively participate in research. This happened during the preparatory stage of a participatory study with North Korean refugees in Germany. The study eventually had to be cancelled when most North Koreans refused to participate because they mistrusted both the German researcher and other North Koreans. Having lived in a repressive surveillance state, in which entire families are sent to prison camps if state authorities learn about the escape of one family member to another country, North Korean refugees live in constant fear of being identified and spied on by agents or informants of the North Korean intelligence services (von Denkowski, 2019, pp.227, 333f.). Close cooperation with a German researcher and other North Koreans in a participatory research project could make it more difficult for North Koreans to conceal their identity. This may have been the reason for their refusal to participate in the project.

If humanitarian or political stakeholders are actively involved in research, displaced people may refrain from speaking openly about issues if they perceive these stakeholders as part of the problem. This can occur no matter how much time and effort has been put into building trust. For example, in a participatory research project with youth gang members from an internally displaced community in Peru, the difficult and long-lasting process of gaining trust almost failed when the local municipality – under the pretext of research cooperation – tried to influence the objectives of the project and to obtain information about the participating youth gang members (Strocka, 2008).

Mistrustful relationships may also become an ethical problem in research if displaced people who participate as co-researchers, interpreters or interviewees stem from conflicting ethnic, religious or political groups, or if the research takes place in refugee camps, which are often characterized by ongoing conflict and contested informal power hierarchies (Mackenzie et al., 2007, pp.303). This may not only cause mutual mistrust, thereby hindering research cooperation, but may also put displaced people at risk of being emotionally or even physically harmed if latent conflicts are reenacted in interactions between peer researchers, other research participants and the displaced community in which the research is conducted. The cautious and fair selection of peer researchers and research participants is therefore key to research with displaced people (Ellis et al., 2007, p.464). Otherwise such studies run the risk of representing only the dominant voices and reproducing abusive power relationships, an issue we address later in this chapter.

Finally, a third type of risk is that of re-traumatization, which applies to all empirical research with displaced people but is particularly relevant to participatory approaches. Most forced migrants have had terrible experiences in their home countries, on their arduous and life-threatening escape routes, or even after arrival in a refugee camp or an institution for asylum seekers: common experiences include physical, emotional and sexual violence; the witnessing of death and destruction; a

lack of food and shelter; loss of and separation from loved ones; and discrimination by authorities and inhabitants of the receiving country. Despite a remarkable level of resilience, forced migrants often lack the resources to successfully cope with such potentially traumatic experiences. As a consequence, some of them develop mental health problems, such as post-traumatic stress disorder, depression or anxiety (see for a review Turrini et al., 2017), but they often do not receive appropriate treatment due to the barriers to accessing mental health and psychosocial support services (Satinsky et al., 2019). Participation in a research project can be an empowering and healing experience that helps displaced people overcome feelings of powerlessness and despair originating from traumatic experiences (Ellis et al., 2007, p. 465). Taking on the role of co-researcher may help traumatized people discover that they are not ‘crazy,’ that their situation is similar to that of many others, and that they are active survivors rather than passive victims.

On the other hand, being a co-researcher in a project examining the situation of displaced people also involves frequent and intensive confrontation with individual narratives of horror and suffering, which may trigger re-traumatization in researchers with unprocessed traumatic experiences. While re-traumatization can also occur in other empirical research, such as trauma-focused research (Newman & Kaloupek, 2004), there is a particular risk in participatory projects because they involve displaced people for a longer period of time and in a more intensive way. Thus, participatory projects that include face-to-face interviews between displaced people as peer researchers and research participants should carefully select the themes and questions addressed in order to minimize the risk of re-traumatization. Moreover, the establishment of a psychosocial support network for those actively involved in the research process should be a mandatory task in any participatory research project that includes displaced people.

Hence, from an ethical point of view, before participatory research with forced migrants is implemented it is crucial to thoroughly consider the local contexts and possible dangers that can arise. This is key not only when scholars enter settings for the first time, but also and especially when they have been working in settings repeatedly, as they may have become accustomed to the dangers and take the risks less seriously. Although it is the ethical responsibility of researchers to ensure that participation does not endanger the safety and well-being of the people involved, the risks cannot be assessed by scholars alone. Instead, these people need to be included in identifying the potential dangers of participation, and their individual concerns about participation must be respected (for do no harm analysis see Krause, 2017b). In addition, as risks depend on specific local conditions that may change over time, participatory risk assessments need to be carried out repeatedly over the course of the research process (Mackenzie et al., 2007).

4. Negotiating the Roles of 'Participants' and 'Researchers'

Research with any social actors relates to questions of power. One way to reduce power asymmetries between researchers and participants is to involve the latter in data collection and analysis as peer researchers (see, among others, Marlowe et al., 2015; Turner, 2010). As noted above, the engagement of displaced people may contribute to their empowerment, as they will acquire knowledge and skills and will influence the research. However, this perspective demands on pragmatic, ethical and power-critical reflections.

On the one hand, truly participatory procedures require time, skills and mutual trust. When working with displaced people as peer researchers for data collection and analysis, scholars are responsible for adhering to academic and ethical standards. If peer researchers do not have an academic background, principle investigators need to inform and train them about procedures, methods and norms. Such processes may be desirable but not always feasible, since the time and funding available for research projects is usually limited to two or three years. Thus, a more realistic way of involving forced migrants in research may be to consult with them about the appropriateness of the research questions and methods as well as the practical relevance of the expected results.

On the other hand, even if displaced people take on the role of peer researchers, it is scholars who 'allow' or 'enable' them to do so, perhaps even in the hope of 'empowering' them. Such perspectives on participatory research risk romanticizing the work because they draw on an oversimplified understanding of power relations in terms of binary contradictions that assumes that researchers are generally 'powerful' and participants 'powerless.' Power relations in forced migration studies are, however, much more complex and dynamic. They are embedded in a network of many actors who may influence the research process in a way that scholars can hardly predict or control. Examples of these actors are research institutions, public authorities, humanitarian agencies, gatekeepers, interpreters and informal leaders among displaced people. Within such actor networks, power cannot be attributed unequivocally to a single actor but rather circulates in ways that depend on the specific context and situation (Doná, 2007).

Our own research also disproves the bold assumption that displaced people are powerless, or must be 'empowered' by external forces such as scholars. For instance, one current project focuses on refugees' agency and how they organize in groups for their own and their community's benefit. The project employs case studies from Uganda and works together with displaced people to collect and partly also analyze and publish findings (for examples of publications see Krause & Gato, 2019; Katembo, 2019). Moreover, another participatory study commissioned by an international organization was carried out with internally displaced youth, to assess their needs in a post-conflict area. When the payment of the honorarium for the young peer researchers was delayed, they felt betrayed. As a consequence, they took possession of the data they had collected and threatened to delete them. As peer researchers in the project, they understood the value of the data and used this knowledge to secure their rights and equal treatment. While the situation was ultimately resolved to everyone's satisfaction,

this example shows that displaced people are not ‘powerless’ or ‘helpless’ victims but rather agents whose roles we need to take seriously in research.

The nature of power relations points to the general need for self-reflexivity among researchers and all parties involved in participatory projects. Among scholars of qualitative social research, this is likely to be a fairly common part of academic work. Yet forced migration studies is a multidisciplinary field, and not all academic disciplines consider reflexivity to be an indispensable part of research ethics and methodology. Being self-reflexive is not limited to considering whether we have the necessary knowledge and skills to carry out empirical work in general, and participatory approaches in particular. It also requires us to question our motives and aims for undertaking participatory research, our ability to communicate and cooperate with people appropriately in difficult contexts, and our willingness to work with them on equal footing. As a part of this, ethical reflexivity implies that researchers need to minimize the negative effects of their actions, be conscious about the limits and impediments of their research, and continuously reflect on their embeddedness in networks of power circulation (Doná, 2007; Guillemin & Gillam, 2004).

5. Relevance of the Research – for Displaced People as Well

Research is generally regarded as scientifically relevant if it addresses knowledge gaps and generates new insights. Practical relevance in the field of (forced) migration and refugee studies usually refers to the usefulness of research findings for designing and implementing laws and policies related to asylum, migration and integration as well as for improving services for refugees and migrants. Yet even if research is relevant from both a scientific and a policy perspective, this does not mean that it is also ‘relevant’ to displaced people.

So when is research relevant or useful to displaced people – especially for those without an academic background? This may be the case, for example, when the findings directly benefit them, when they can use the insights gathered to improve living conditions in their communities, or when the research contributes to amendments that safeguard their rights and protection. Yet not all research findings can be directly translated into actions that are helpful to displaced people. The research can nevertheless be relevant to them if it opens up new perspectives on their own situation – for instance, by showing that the everyday hardship they encounter is not just an individual problem but a shared one, or by inviting them to discuss the findings with a view to identifying possible ways forward. These insights might contribute to changing the situation for the better in the long run.

Nevertheless, structural issues might prevent sharing findings as part of participatory research procedures. Among other issues, applied research in the field of forced migration studies often overlooks the dimension of relevance to displaced people as experts on their own situation. Such research projects are at times commissioned and/or funded directly by political, non-governmental or humanitarian institutions and

these are likely to prioritize receiving results. In the case of independent research, the findings have so far been transferred primarily to policy makers and service providers but rarely to displaced people themselves. If researchers want to discuss findings with the latter, support is required (e.g., for travel costs), but limited funding for research projects may not allow for such ‘extras.’

Moreover, displaced people rarely have an influence on what is being researched, how the research is carried out or how the research findings are used. Research that defines practical relevance solely in terms of its usefulness for political decision makers runs the risk of reinforcing and stabilizing existing societal power hierarchies, and contributing to silencing the voices of displaced people in public discourse (see also Rodgers, 2004).

Drawing on the abovementioned debates about participatory research, we therefore propose a ‘triple imperative’ by adding a third component to Jacobsen and Landau’s (2003) concept – that is, the perspective of displaced people as experts on their own situation. Research that follows this triple imperative thus aims to produce results that are (1) academically rigorous, (2) relevant to policy and practice and (3) relevant to displaced people themselves (for a similar argument see also Block et al., 2012, p. 84).

We are not demanding that *all* forced migration research necessarily has to fulfil the second and third conditions. Research must also be possible for purely scientific purposes. However, studies aiming for practical relevance, and particularly those claiming to be participatory, should recognize or even attempt to ensure that the research is also relevant to displaced people themselves. One way to do this is to involve displaced people in establishing the focus of the research. Through the joint elaboration of what questions are important, how questions can be tackled, who should be talked to, and where and how, displaced people can influence the research and scholars can gather in-depth insights into local conditions. If ethical procedures to prevent harm are considered, this can be an ‘empowering’ experience in itself as it can enable displaced people to systematically reflect on their situation, cooperate with scholars, and learn about research procedures. In this way, ‘relevant’ participatory research may facilitate and strengthen reciprocal relationships.

In spite of such approaches, one may counter that no matter how participatory a project was, its findings will not be meaningful to displaced people as they are highly theoretical or linked to broader academic debates. We are not arguing that scholars should stop taking part in academic discussions or writing articles for peer-reviewed journals. Nor are we saying that sharing findings guarantees that displaced people can immediately improve their own situation. However, from an ethical perspective, the findings resulting from participatory processes belong not only to scholars but also to research participants – that is, displaced people as key actors. After all, the findings are based on their stories and narratives.

In order to respect these people’s co-ownership, results should also be published and distributed in accessible, non-academic formats, because the respective insights become relevant to participants if they can understand and use them. In transdisciplinary projects, this may be less of an issue as displaced people are involved in the

entire process and thus also in generating and distributing results. However, in other participatory studies researchers are responsible for presenting and sharing results in a way that is comprehensible to displaced people. This includes reporting relevant results in non-academic language, translating them into local languages if necessary and distributing them through media that are frequently used by and easily accessible to displaced people.

6. Conclusion

In this chapter, we have suggested extending the meaning of 'practical relevance' and 'transfer' in forced migration studies by including the perspectives of displaced people as experts on their own situation. By adopting this perspective and involving displaced people actively in the research process, scholars acknowledge that their views, concerns and demands do matter – far beyond the value of data collection. Moreover, transfer in the context of forced migration studies is a multidirectional and multidimensional exchange process between science and society that aims to improve the situation and participation of displaced people. The latter's role, however, is often regarded as that of passive beneficiaries rather than active agents of transfer activities. Participatory research promotes an active role in transfer for displaced people and can lead to research findings that are relevant and meaningful to them.

However, when forced migration scholars opt for a participatory approach, they need to reflect on their – often implicit – motives and aims: Is participation only being used as a means to an end – namely, to generate more and richer data for the researcher? Or do researchers truly want to involve displaced people in the research process, even if this makes the entire process slower, ethically and methodologically challenging, and much less controllable? In the latter case, forced migration scholars need to be aware of the specific ethical implications of participatory research that involves displaced people as peer researchers and experts on their own situation. If researchers decide to use a participatory approach, they should be transparent about the meaning and extent of participation in their respective studies. Otherwise displaced people may develop false expectations regarding their influence on the research process and the benefits of the results.

Context-specific ethical considerations are always necessary to understand how research in general and participatory approaches in particular may also contribute to harm, which researchers must seek to reduce. In this article, we have discussed several risks we consider particularly relevant to participatory research with displaced people but that do not necessarily outweigh the benefits. In order to minimize risks, it is vital to actively involve displaced people in risk assessments, which should be carried out repeatedly over the course of the research process. Participatory research also requires ongoing ethical reflection on the power dynamics between academic researchers, peer researchers and other research participants. These power relations are complex and may change across local contexts and situations. Since these dynamics influence the research

process, from the selection of research questions to the analysis and distribution of research findings, researchers need to be aware of them and prevent abusive power relations that may harm or silence persons involved in the research.

Finally, the ‘relevance’ of research to displaced people also depends on the usefulness of its findings. Transfer in forced migration studies often focuses on sharing research findings with political and humanitarian decision makers only. In participatory research, however, displaced people acquire co-ownership of the results through their active involvement in data collection and analysis. From an ethical point of view, the research results therefore need to also be presented and published in languages and formats that are comprehensible and accessible to them.

In sum, involving displaced people in transfer through their active participation in research that is relevant to them is a challenging endeavor that requires ongoing ethical reflection. Nevertheless, we are convinced that it is worthwhile and can be a mutually enriching experience.

References

- Aden, S., Schmitt, C., Uçan, Y., Wagner, C., & Wienforth, J. (2019). Partizipative Flucht-migrationsforschung. Eine Suchbewegung. *Z’Flucht. Zeitschrift für Flucht- und Flüchtlings-forschung*, 3(2), 302–319. <https://doi.org/10.5771/2509-9485-2019-2-302>
- Bakewell, O. (2008). Research Beyond the Categories: The Importance of Policy Irrelevant Research into Forced Migration. *Journal of Refugee Studies*, 21(4), 432–453. <https://doi.org/10.1093/jrs/fen042>
- Banks, S., Armstrong, A., Carter, K., Graham, H., Hayward, P., Henry, A., ... Strachan, A. (2013). Everyday Ethics in Community-based Participatory Research. *Contemporary Social Science*, 8(3), 263–277. <https://doi.org/10.1080/21582041.2013.769618>
- Block, K., Riggs, E., & Haslam, N. (Eds.). (2013). *Values and Vulnerabilities. The Ethics of Research with Refugees and Asylum Seekers*. Toowong: Australian Academic Press.
- Block, K., Warr, D., Gibbs, L., & Riggs, E. (2012). Addressing Ethical and Methodological Challenges in Research with Refugee-background Young People: Reflections from the Field. *Journal of Refugee Studies*, 26(1), 69–87. <https://doi.org/10.1093/jrs/fes002>
- Crisp, J. (2007). Foreword. *Refugee Survey Quarterly*, 26(3), 5. <https://doi.org/10.1093/rsq/hdi0238>
- Defila, R., & Di Giulio, A. (2018a). Partizipative Wissenserzeugung und Wissenschaftlichkeit – Ein methodologischer Beitrag. In R. Defila & A. Di Giulio (Eds.), *Transdisziplinär und transformativ forschen* (pp. 39–67). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-21530-9_2
- Defila, R., & Di Giulio, A. (Eds.). (2018b). *Transdisziplinär und transformativ forschen*. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-21530-9>
- Doná, G. (2007). The Microphysics of Participation in Refugee Research. *Journal of Refugee Studies*, 20(2), 210–229. <https://doi.org/10.1093/jrs/fem013>
- Ellis, B. H., Kia-Keating, M., Yusuf, S. A., Lincoln, A., & Nur, A. (2007). Ethical Research in Refugee Communities and the Use of Community Participatory Methods. *Transcultural Psychiatry*, 44(3), 459–481. <https://doi.org/10.1177/1363461507081642>
- Gerver, M. (2013). Exceptions to Blanket Anonymity for the Publication of Interviews with Refugees: African Refugees in Israel as a Case Study. *Research Ethics*, 9(3), 121–139. <https://doi.org/10.1177/1747016113481176>

- Guillemin, M., & Gillam, L. (2004). Ethics, Reflexivity, and “Ethically Important Moments” in Research. *Qualitative Inquiry*, 10(2), 261–280. <https://doi.org/10.1177/1077800403262360>
- Hadorn, G. H., Hoffmann-Riem, H., Biber-Klemm, S., Grossenbacher-Mansuy, W., Joye, D., Pohl, C., ... Zemp, E. (Eds.). (2008). *Handbook of Transdisciplinary Research*. Dordrecht: Springer Netherlands. <https://doi.org/10.1007/978-1-4020-6699-3>
- Halilovich, H. (2013). Ethical Approaches in Research With Refugees and Asylum Seekers Using Participatory Action Research. In K. Block, E. Riggs, & N. Haslam (Eds.), *Values and Vulnerabilities. The Ethics of Research with Refugees and Asylum Seekers* (pp. 127–150). Toowong: Australian Academic Press.
- Harrell-Bond, B. E., & Voutira, E. (2007). In Search of ‘Invisible’ Actors: Barriers to Access in Refugee Research. *Journal of Refugee Studies*, 20(2), 281–298. <https://doi.org/10.1093/jrs/fem015>
- Hugman, R., Bartolomei, L., & Pittaway, E. (2011). Human Agency and the Meaning of Informed Consent: Reflections on Research with Refugees. *Journal of Refugee Studies*, 24(4), 655–671. <https://doi.org/10.1093/jrs/fer024>
- International Association for the Study of Forced Migration (IASFM). (2018). Code of ethics: Critical reflections on research ethics in situations of forced migration.
- Jacobsen, K., & Landau, L. B. (2003). The Dual Imperative in Refugee Research: Some Methodological and Ethical Considerations in Social Science Research on Forced Migration. *Disasters*, 27(3), 185–206. <https://doi.org/10.1111/1467-7717.00228>
- Katembo, I. (2019). Refugee Youths as Development Partners, Not Merely Recipients.
- Krause, U. (2017a). Researching (with) refugees? Ethical considerations on participatory approaches.
- Krause, U. (2017b). *Researching Forced Migration. Critical Reflections on Research Ethics during Fieldwork*. Retrieved from <https://www.rsc.ox.ac.uk/publications/researching-forced-migration-critical-reflections-on-research-ethics-during-fieldwork>
- Krause, U., & Gato, J. (2019). Escaping Humanitarian Aid in Camps? Rethinking the Links Between Refugees’ Encampment, Urban Self-Settlement, Coping and Peace. *Friedens-Warte*, 92(1/2), 76–97. <https://doi.org/10.35998/fw-2019-0005>
- Mackenzie, C., McDowell, C., & Pittaway, E. (2007). Beyond ‘Do No Harm’: The Challenge of Constructing Ethical Relationships in Refugee Research. *Journal of Refugee Studies*, 20(2), 299–319. <https://doi.org/10.1093/jrs/fem008>
- Marlowe, J. M., Lou, L., Osman, M., & Alam, Z. Z. (2015). Conducting Post-disaster Research with Refugee Background Peer Researchers and their Communities. *Qualitative Social Work*, 14(3), 383–398. <https://doi.org/10.1177/1473325014547252>
- McGrath, S. & Young, J. E. E. (Eds.). (2019). *Mobilizing Global Knowledge: Refugee Research in an Age of Displacement*. Calgary: University of Calgary Press.
- Moran, R., Mohamed, Z., & Lovel, H. (2011). Breaking the Silence: Participatory Research Processes about Health with Somali Refugee People Seeking Asylum. In B. Temple & R. Moran (Eds.), *Doing Research with Refugees: Issues and Guidelines* (pp. 55–74). Bristol: The Policy Press. <https://doi.org/10.1332/policypress/9781861345981.003.0004>
- Newman, E., & Kaloupek, D. G. (2004). The risks and benefits of participating in trauma-focused research studies. *Journal of Traumatic Stress: Official Publication of The International Society for Traumatic Stress Studies*, 17(5), 383–394. <https://doi.org/10.1023/B:JOTS.0000048951.02568.3a>
- Qasmiyeh, Y. M., & Fiddian-Qasmiyeh, E. (2013). Refugee Camps and Cities in Conversation. In J. Garnett & A. Harris (Eds.), *Rescripting Religion in the City. Migration and Religious Identity in the Modern Metropolis* (pp. 131–148). Farnham: Ashgate.
- Refugee Studies Centre. (2007). Ethical Guidelines for Good Research Practice. *Refugee Survey Quarterly*, 26(3), 162–172. <https://doi.org/10.1093/rsq/hdi0250>

- Rodgers, G. (2004). Hanging Out with Forced Migrants: Methodological and Ethical Challenges. *Forced Migration Review*(21), 48–49.
- Satinsky, E., Fuhr, D. C., Woodward, A., Sondorp, E., & Roberts, B. (2019). Mental health care utilisation and access among refugees and asylum seekers in Europe: A systematic review. *Health Policy*, 123(9), 851–863. <https://doi.org/10.1016/j.healthpol.2019.02.007>
- Strocka, C. (2008). Participatory research with war-affected adolescents and youth: Lessons learnt from fieldwork with youth gangs in Ayacucho, Peru. In J. Hart (Ed.), *Years of conflict. Adolescence, political violence and displacement* (pp. 255–276). Oxford, New York: Berghahn.
- Temple, B., & Moran, R. (Eds.). (2011). *Doing Research with Refugees: Issues and Guidelines*. Bristol: The Policy Press.
- Turner, S. (2010). Research Note: The silenced Assistant. Reflections of invisible Interpreters and Research Assistants. *Asia Pacific Viewpoint*, 51(2), 206–219. <https://doi.org/10.1111/j.1467-8373.2010.01425.x>
- Turrini, G., Purgato, M., Ballette, F., Nosè, M., Ostuzzi, G., & Barbui, C. (2017). Common mental disorders in asylum seekers and refugees: umbrella review of prevalence and intervention studies. *International Journal of Mental Health Systems*, 11(51), 1–14. <https://doi.org/10.1186/s13033-017-0156-0>
- van der Velde, J., Williamson, D. L., & Ogilvie, L. D. (2009). Participatory Action Research: Practical Strategies for Actively Engaging and Maintaining Participation in Immigrant and Refugee Communities. *Qualitative Health Research*, 19(9), 1293–1302. <https://doi.org/10.1177/1049732309344207>
- van Hear, N. (2012). Forcing the Issue: Migration Crises and the Uneasy Dialogue between Refugee Research and Policy. *Journal of Refugee Studies*, 25(1), 2–24. <https://doi.org/10.1093/jrs/fer052>
- von Denkowski, C. A. (2019). *State Security and Secret Policing in North Korea: An Interdisciplinary Study on State Criminality and Formal Social Control*. Frankfurt a. M.: Verlag für Polizeiwissenschaft.
- von Unger, H. (2014). *Partizipative Forschung: Einführung in die Forschungspraxis*. Wiesbaden: Springer. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-01290-8>
- von Unger, H., Narimani, P., & M'Bayo, R. (2014). Einleitung. In H. von Unger, P. Narimani, & R. M'Bayo (Eds.), *Forschungsethik in der qualitativen Forschung* (pp. 1–14): Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-04289-9_1
- Voutira, E., & Doná, G. (2007). Refugee Research Methodologies: Consolidation and Transformation of a Field. *Journal of Refugee Studies*, 20(2), 163–171. <https://doi.org/10.1093/jrs/fem017>

Arbeitsmarktintegration von Frauen mit Migrations- oder Fluchthintergrund

Chancen und Herausforderungen eines engeren Austauschs zwischen Praxis, Wissenschaft und Verwaltung

Kirsten Hoesch & Şaziye Altundal-Köse

1. Notwendigkeit und Chancen eines besseren Transfers

„In der Praxis liegen Theorie und Praxis weiter auseinander als in der Theorie“ – so lautet ein Bonmot, das unsere Erfahrungen als Migrant*innenorganisation (MO) und sozialer Dienstleister im Bereich Migration und Integration auf den Punkt bringt.¹ Anders ausgedrückt: Die soziale Wirklichkeit ist häufig viel facettenreicher und komplexer, als theoretische Modelle ebenso wie politische oder bürokratische Steuerungsansätze dies zu erfassen in der Lage sind. Und die Folgen davon sind in der Praxis deutlich spürbarer als es das abstrakte Wissen um Diskrepanzen zwischen Theorie und Praxis nahelegen kann.

Was das *konkret* heißt und welche Effekte dieses Phänomen hat, soll in diesem Beitrag am Beispiel der Arbeitsmarktintegration von Frauen mit Migrations- oder Fluchthintergrund und im Kontext unserer Erfahrungen in der Projektpraxis, im Umgang mit Verwaltung sowie Zielgruppen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen gezeigt werden. Dazu werden zunächst die wichtigsten Ergebnisse verschiedener Studien zur Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Frauen skizziert. Im nächsten Schritt stellen wir Erfahrungen des VMDO aus dem Bereich Arbeitsmarktintegration vor und formulieren vor diesem Hintergrund Beobachtungen an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis. Zum Schluss gehen wir der Frage nach, wie ein besserer Transfer gelingen könnte. Denn wir sind der Überzeugung, dass ein systematischer Transfer von spezifischem Wissen zwischen den relevanten Akteur*innen im Handlungsfeld Integration ein Gewinn in vielfacher Hinsicht wäre.

Unter Transfer verstehen wir – in Übereinstimmung mit den Herausgeberinnen (s. Gonser und Zimmer in diesem Band) – einen *multidirektionalen* Prozess. Dabei stellt die Beteiligung der Wissenschaft zwar eine notwendige Bedingung dar, allerdings gehen wir in Abgrenzung zu einem stark wissenschaftszentrierten Transferverständnis davon, dass auch die Praxis maßgebliche Impulse und Informationen aus ihren spezifischen Wissensbeständen in Richtung Wissenschaft geben kann. Ein solcher

1 Der Verbund der sozial-kulturellen Migrant*innenvereine in Dortmund e.V. (VMDO), dessen Mitarbeiterinnen die Autorinnen sind, ist ein Zusammenschluss von 60 integrativ wirkenden und säkularen Migrant*innenorganisationen in Dortmund und Träger zahlreicher Projekte, sozialer Dienstleistungen und Bildungsangebote, www.vmdo.de.

Transfer ebenso wie eine Reflexion des eigenen Tuns und die Verortung in einem übergeordneten Kontext kommen jedoch oft zu kurz.

Die Beobachtungen, die hier formuliert werden, speisen sich auch aus einem besonderen Interesse und den langjährigen beruflichen Erfahrungen der beiden Autorinnen, nämlich zum einen in der Migrationsforschung (Hoesch) und zum anderen in der Integrationspraxis (Altundal-Köse).

2. Arbeitsmarktintegration von Frauen mit Flucht- oder Migrationshintergrund

Die langfristig erfolgreiche Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund in Deutschland ist mit Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt grundlegend, denn:

In einer Marktwirtschaft ist der effektive und gleichberechtigte Zugang zum Arbeitsmarkt beziehungsweise zu selbständiger Tätigkeit entscheidend für die Integration, da davon Status, Zugehörigkeit und soziale Kontakte abhängen. (Thränhardt 2010, S. 21)

Seit der starken Fluchtmigration 2015/2016 wird die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten in Deutschland besonders wachsam, oftmals skeptisch beobachtet. Anders als bei Arbeitsmigrant*innen wird im Falle der Geflüchteten häufig angenommen, dass diese kaum in den Arbeitsmarkt vermittelbar seien, da sie nicht aufgrund ihrer Qualifikationsprofile, sondern aus humanitären Gründen einen Aufenthaltstitel erhielten. Diese Vorbehalte gelten für geflüchtete Frauen umso mehr, da häufig diffus unterstellt wird, dass sie aus diversen Gründen weder vermittelbar seien noch von sich aus eine Arbeitsmarktteilnahme wünschen. Eine ganze Reihe jüngerer Studien (u. a. Liebig 2018, Brücker et al. 2016, Brücker et al. 2019, Worbs und Baraulina 2017) widerlegen diese einfachen Annahmen und geben Hinweise, wie Potenziale bei geflüchteten Frauen erschlossen werden können.

Die wichtigsten Ergebnisse:

Die Erwerbsquote der seit 2015 zugezogenen Geflüchteten ist gestiegen von 20 % in 2017 auf 35 % Ende 2018, bei Frauen lag sie jedoch 2017 bei 6 %, bei Frauen mit Kleinkindern bei nur 3 % (Brücker et al. 2019, S. 1, S. 12). Die niedrige Erwerbsbeteiligung weiblicher Geflüchteter, die – je nach Studie, Messzeitpunkt und Alter – zwischen 12 und 22 Prozentpunkten unterhalb derjenigen von Männern liegt (Brücker et al. 2019 bzw. Liebig 2018), verdeckt jedoch, dass es eine *hohe Motivation* bei den Frauen gibt, eine Arbeit aufzunehmen. In einer Befragung von Geflüchteten 2016 äußerten 85 % der Frauen einen Erwerbswunsch gegenüber 97 % der Männer (2014: 79 % vs. 92 %) (vgl. Worbs und Baraulina 2017, S. 12; Brücker et al. 2016). Ursächlich für die Diskrepanz zwischen Wunsch und tatsächlicher Erwerbsbeteiligung ist ein ganzes Bündel von Faktoren, wobei insbesondere familiäre Konstellationen (s. u.), (mangelnde) Teilnahme an Sprach- und Integrationsmaßnahmen sowie (mangelnde) frühere Berufserfahrungen eine hervorsteckende Rolle spielen. Dabei bedingen sich

diese Faktoren oft gegenseitig. Etwas vereinfacht zusammengefasst weisen die Studien in leichten Variationen Folgendes nach:

- Es fällt auf, dass insbesondere Frauen mit Kleinkindern, ganz besonders Alleinerziehende, nicht an grundlegenden Integrationsmaßnahmen wie Sprach- und Integrationskursen teilnehmen. Grund dafür sind meist mangelnde Kinderbetreuungsmöglichkeiten.
- Zentrale Voraussetzung für später gelingende Arbeitsmarktintegration ist das erfolgreiche Absolvieren von Sprachkursen.
- In einer langfristigen Perspektive zeigen Frauen durchaus gute Ergebnisse bei der Erwerbsbeteiligung. Allerdings setzt diese Phase später ein als bei Männern und ist voraussetzungsreicher (s. auch Punkt 4 Beobachtung 3).

Betrachtet man die Lebenssituation geflüchteter Frauen genauer, so wird deutlich, wie und warum sich die genannten Faktoren so stark auswirken: In Deutschland leben 67% der geflüchteten Frauen mit ihren Kindern in einem Haushalt, 33% mit Kleinkindern bis drei Jahren. Demgegenüber leben 20% der Männer mit ihren Kindern in einem Haushalt, 11% mit Kleinkindern. 17% der Frauen und 2% der Männer sind alleinerziehend (Brücker et al. 2019, S.2). Den Frauen kommt die Hauptverantwortung für die Familie zu. Sie stellen aus diesem Grund ihre eigenen Wünsche zurück (Worbs und Baraulina 2017). Hinzu kommt, dass geflüchtete Frauen oftmals im ersten Jahr nach der Flucht schwanger werden, da ein Kinderwunsch aufgrund der Lebensumstände aufgeschoben wurde (vgl. Liebig 2018, S.9).

3. Beobachtungen zwischen Wissenschaft und Praxis

Um unseren Erfahrungskontext besser nachvollziehbar zu machen, stellen wir unsere Organisationsstruktur kurz vor. Der VMDO ist ein Verbund von mehr als 60 integrativ wirkenden Migrantenvereinen² in Dortmund und Umgebung, gegründet 2008. Seine Mitgliedsvereine verbindet eine lokale, partizipative, herkunftsunabhängige, kulturübergreifende und säkulare Orientierung. Ziel der VMDO-Aktivitäten ist es, die gleichberechtigte Teilhabe insbesondere von Menschen mit Migrationsgeschichte zu fördern. In seiner hauptamtlichen Struktur als Bildungs- und Projektträger ist er mit seinen knapp 50 Mitarbeiter*innen in den Arbeitsbereichen Arbeit und Soziales, Bildung, Neuzuwanderung und Integration, Kinder und Jugend sowie Kultur aktiv.³ Das Bildungswerk des Verbunds (Bildungswerk Vielfalt) ist anerkannter Weiterbildungs-

2 Für eine Darstellung von lokalen Verbänden als neuem Organisationstyp von MOen s. Hoesch 2019; zur Entwicklung von MOen allgemein s. Hunger und Holz 2019.

3 Neben der hauptamtlichen Arbeit als Träger gibt es zwei weitere Arbeitsbereiche, nämlich die Unterstützung seiner Vereine und Ehrenamtlichen bei der Professionalisierung und interkulturellen Öffnung sowie die Interessenvertretung von Migrant*innen in gesellschaftspolitischen Debatten in Dortmund und überregional.

träger. VMDO-Beschäftigte sind u. a. Sozialarbeiter*innen, Pädagog*innen, Sozialwissenschaftler*innen, Ethnolog*innen, Jobcoaches und systemische Berater*innen.

Unsere arbeitsmarktbezogenen Erfahrungen gründen auf laufenden und abgeschlossenen Projekten im Bereich der Arbeitsmarktintegration von Frauen mit Flucht-/Migrationshintergrund sowie der Trägerschaft verschiedener (Berufs-)Beratungsstellen für Geflüchtete und Migrant*innen. Außerdem bieten wir Eltern-Kind-Gruppen für Geflüchtete und niedrigschwellige Sprachkurse mit Kinderbetreuung an. Zudem sind wir lokal und überregional im fachlichen Austausch mit anderen Trägern und Integrationspraktiker*innen.⁴ Zwischen 2015 und 2017 war der VMDO Träger zweier Übergangseinrichtungen für Geflüchtete.

Unser Ansatz beinhaltet, dass Probleme, die der eigentlichen, qualifikatorischen Vorbereitung auf Bildung oder Beschäftigung vorgelagert sind, miteinbezogen werden. Konkret werden familiäre Konstellationen, diverse soziale Problemlagen sowie sprachlich und kulturell bedingte Probleme im Umgang mit Behörden adressiert. Zudem beinhalten die Angebote kostenlose Kinderbetreuung. Diese Form von kultursensibler, oftmals muttersprachlicher Sozialberatung flankiert den eigentlichen Qualifizierungs- und Vermittlungsprozess. Beratung und Angebote setzen sich aus folgenden Bausteinen zusammen:

- Bedarfsorientierte Einzelberatung; Einbezug Familie/Partner
- Gruppenunterricht in berufsbezogenen Bereichen ebenso wie Alltagsbewältigung und Orientierung (u. a. berufsbezogenes Deutsch, Informationen lokaler Arbeitsmarkt, Bildungssystem, Sozialversicherung etc., Kinderbetreuung, Pflege älterer Angehöriger, Berufsorientierung, digitale Kompetenzen)
- Einzel- und Gruppencoachings (soziale Stärkung, Empowerment, Bewerbungstraining)
- Einsatz von Vorbildern/Mentorinnen
- Alltagsbegleitung (durch Ehrenamtliche)
- Muttersprachliche Beratung falls gewünscht⁵
- Intensiv begleitete Praktika

Vor diesem Hintergrund möchten wir im Folgenden die Quintessenz unserer Erfahrungen und Beobachtungen an der Schnittstelle Praxis/Wissenschaft/Verwaltung/Politik formulieren.

1. Guter Transfer sollte die ‚Paralleluniversen‘ Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft verbinden

Die Ergebnisse deutscher wie auch internationaler quantitativer Vergleichsstudien zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten, insbesondere Frauen, kommen zu einem

4 U.a. besteht ein überregionaler Austausch über den Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen (BV NeMO), kommunal über diverse Gremien und Arbeitskreise.

5 Alle Berater*innen sind mehrsprachig. I.d.R. können die Sprachen Arabisch, Englisch, Französisch, Türkisch, Kurdisch, Rumänisch durch VMDO-Hauptamtliche abgedeckt werden, weitere durch Ehrenamtliche.

übereinstimmenden Ergebnis: Der entscheidende Faktor für eine erfolgreiche Arbeitsmarkt- und/oder Bildungsintegration ist das Vorhandensein von Kinderbetreuung. Daraus schlussfolgert beispielsweise eine OECD-Studie, dass bei Integrationsmaßnahmen

mehr zeitliche und organisatorische Flexibilität erforderlich [ist], um den spezifischen Bedürfnissen von Frauen mit kleineren Kindern gerecht zu werden. Sonst können sie die nötige Förderung erst in Anspruch nehmen, wenn sie mit geringer Wahrscheinlichkeit einen Effekt auf ihre Integrationsergebnisse hat. (Liebig 2018, S. 9)

Auch sind spezifische Sprachkurseangebote für Mütter (Liebig 2018, S. 9) sowie weiterführende Programme mit berufsbezogenem Deutsch sinnvoll (Brücker et al. 2019, S. 18).

Damit decken sich die Ergebnisse dieser Studien mit unseren Erfahrungen in der praktischen Arbeit. Neben anderen sozialen Herausforderungen (s. Beobachtung 2) sticht das Problem mangelnder Kinderbetreuung ganz klar hervor. Allerdings erleben wir regelmäßig, dass Kinderbetreuung auch in bedarfsorientierten Projekten nicht mitfinanziert werden kann. Unserer Erfahrung nach sind Stiftungen hier flexibler als Jobcenter, bei denen juristische Gegebenheiten teilweise verhindern, dass Kinderbetreuung mitberücksichtigt werden kann. Damit weicht das in Deutschland praktizierte Modell der amtlich geplanten Arbeitsmarktintegrationsmaßnahmen für (geflüchtete) Frauen meistens deutlich von den zentralen Empfehlungen und Erkenntnissen der Studien (s. o.) ab. Zivilgesellschaftliche Akteure versuchen diese Lücke zu schließen.

Aus unserer Sicht entsteht (und verbleibt) Wissen – wie beispielsweise um Erfolgsfaktoren der Arbeitsmarktintegration weiblicher Geflüchteter – zu oft in ‚Paralleluniversen‘ ohne direkte Berührungspunkte. Das hier gewählte Beispiel zeigt, dass von unterschiedlichen Seiten mit unterschiedlichen Methoden letztlich ähnliche bzw. anschlussfähige Erkenntnisse zu Tage gefördert wurden. Das Wissen der MOen und anderer zivilgesellschaftlicher Akteure an der ‚Basis‘ entsteht schneller, könnte Wissenschaft, Verwaltung und Politik inspirieren – ist jedoch nicht gesichert. Wissenschaft bietet hier mehr Sicherheit, ist zugleich aber schwerfälliger (siehe hierzu auch Gonsler und Deger in diesem Band). Verwaltung verfügt i. d. R. über bessere Infrastruktur als zivilgesellschaftliche Akteure, steckt aber bisweilen in Routinen fest, die Wandel und Anpassung im sehr dynamischen Bereich Integration erschweren. Eine mangelnde interkulturelle Öffnung tut ihr Übriges. Guter Transfer im Sinne einer ‚knowledge mobilization‘ (siehe hierzu auch Chia-Kangata et al. in diesem Band) in alle Richtungen sollte hier Austausch zwischen den ‚Paralleluniversen‘ in Gang setzen und Verbindungen schaffen. Für die Wissenschaft würde dies frische Impulse und neue Perspektiven aus der Praxis bedeuten, für die Praxis die Chance eigenes Handeln stärker mit Bezug auf evidenzbasiertes Wissen zu bewerten.

2. Arbeitsmarktintegrationspolitische Instrumente sind oft zu eindimensional und werden den komplexen sozialen Problemlagen nicht gerecht.

Es existieren zahlreiche Faktoren, die zentral für gelingende Arbeitsmarktintegration sind. Oft sind es komplexe soziale Problemlagen, Ängste und Hemmungen im Um-

gang mit deutschen Behörden, die der eigentlichen Phase von berufsbezogener Qualifizierung und Vermittlung vorgelagert sind. Zudem finden sich bei Berater*innen und Vermittler*innen nicht selten fest verankerte, jedoch oft nicht zutreffende Bilder und Wahrnehmungen bezüglich der Bildungs- und Arbeitsmarktaspirationen geflüchteter Frauen. Häufig herrscht die Vorstellung vor, dass Frauen aus bestimmten Herkunftsregionen kulturell bedingt ohnehin nicht an der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit interessiert sind. Diese Annahme wird jedoch durch Studien widerlegt, die zeigen, dass sich eine niedrige Frauenerwerbstätigkeit im Herkunftsland *nicht* automatisch auf Wünsche und tatsächliche berufliche Integration im Aufnahmeland auswirken (Liebig 2018, S. 24). Entscheidend ist vielmehr, dass realistische Konzepte entwickelt werden, die die tatsächlichen Bedarfe der Frauen berücksichtigen, um Hürden auf dem Weg zu einer späteren beruflichen Integration aus dem Weg zu räumen. Nur so kann die Diskrepanz zwischen Aspirationen und tatsächlicher Erwerbsbeteiligung verringert werden. Dazu stellen Worbs und Baraulina fest:

Zur besseren Einschätzung der Potenziale von geflüchteten Frauen und zur Entwicklung realistischer Bildungs- oder Erwerbsperspektiven erscheint es deshalb wichtig, frühzeitig mit ihnen in Kontakt zu treten, ihre tatsächlichen Kenntnisse und Fähigkeiten zu erfassen und sie umfassend zu informieren. (2017, S. 12)

Die Autorinnen zeigen, dass *wenn* Frauen an Integrationsmaßnahmen und Sprachkursen teilnehmen, *dann* sogar erfolgreicher sind als Männer. Hierin sehen sie einen „Hinweis, dass die Problematik für geflüchtete Frauen vor allem der Einstieg in die Kurse ist.“ (Worbs und Baraulina 2017, S. 8) Das gleiche gilt für Frauen, denen der Einstieg in eine berufliche Qualifikation gelingt und die dann vergleichbar erfolgreich beim Erreichen eines Abschlusses sind wie Männer (Worbs und Baraulina 2017, S. 9).

Unserer Erfahrung nach mangelt es vor allem an stärker ausdifferenzierten Angeboten im niedrigschwelligen Bereich. So ist z. B. für die Teilnahme an vielen Qualifizierungsmaßnahmen der erfolgreiche Abschluss eines Integrationskurses Voraussetzung. Allerdings benötigen viele Frauen zunächst einmal *grundlegende* Unterstützung (u. a. Kinderbetreuung, muttersprachliche Erstberatung, soziale Stärkung, Alltagsbegleitung), um überhaupt einen Integrationskurs besuchen zu können. Auch kulturelle und familiäre Probleme, Traumatisierungen etc. werden nicht ausreichend im Rahmen herkömmlicher Programme adressiert. Hier sind mehr *ganzheitliche* Ansätze nötig, die zeitlich und von der Zielsetzung her einen oder mehrere Schritte zurückgehen und diese bislang raren Unterstützungsangebote liefern. Es geht also darum, individuell realistische Konzepte und Qualifizierungspläne zu entwickeln, die auch diverse Probleme der Alltagsbewältigung ausreichend einbeziehen. Die tatsächlichen Kenntnisse und Fähigkeiten der Frauen werden unserer Erfahrung nach zu wenig berücksichtigt, weshalb Programme oft an der sozialen Realität vorbei geplant werden. Mangelnde Teilnahme oder Abbrüche sind die Folge.

3. *Mehr langfristige, belastbare Studien und ihr systematischer Transfer würden Problemerkennntnis und -bearbeitung verbessern.*

Die existierenden Erkenntnisse tragen kaum zu einer wahrnehmbar besseren Problembearbeitung bei. Als Träger sozialer Projekte erleben wir, dass es sehr mühsam ist ‚Dinge in Bewegung zu bringen‘ für Gruppen ohne Lobby. Dieses strukturelle Problem wird auch in der bereits zitierten OECD-Studie (Liebig 2018) deutlich, die die Dreifachbenachteiligung – als Migrantin, als Geflüchtete, als Frau – bereits in ihrem Titel erwähnt.

Mit Blick auf die Bedeutung von Wissenschafts- und Praxistransfer sind vor allem die Studienergebnisse zu *langfristigen* Effekten interessant. Sie könnten helfen, neue Perspektiven zu eröffnen und den Boden für neue Ansätze dort zu bereiten, wo kurzfristiges Denken und zu kurz gedachtes Kosten-Nutzen-Kalkül vorherrschen. Denn erst in einer Langfristperspektive zeigt sich deutlich, dass sich die für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration geflüchteter Frauen zunächst höheren Investitionen letztlich in mehrfacher Hinsicht auszahlen.

Während bei Männern in den ersten fünf bis neun Jahren nach Einreise ein relativ starker Anstieg der Beschäftigungsquoten zu beobachten ist, der dann nachlässt, „ist der Integrationspfad weiblicher Flüchtlinge durch bescheidene, aber stetige Zuwächse gekennzeichnet, die mindestens 10–15 Jahre andauern.“ (Liebig 2018, S. 8) Die Beschäftigungsquote geflüchteter Frauen erreicht viel später ihren Spitzenwert als die im Inland geborener Frauen, nämlich im Alter von 40 bis 54 Jahren (Liebig 2018, S. 29). Außerdem ist die Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen entscheidend für die Arbeitsmarktergebnisse ihrer Kinder, wie erste Langzeitdaten für Schweden zeigen. Die Studie stellt einen erheblichen positiven Einfluss auf die spätere Erwerbstätigkeit der Töchter berufstätiger Migrantinnen fest (OECD 2017; Liebig 2018).

Die Studien liefern somit handfeste Ergebnisse, die höhere Investitionen mit Verweis auf die Erfolgsaussichten rechtfertigen können. Genau solche Argumente auf der Ebene aggregierter Daten und jenseits von Einzelerfahrungen helfen der Praxisseite, ihre Position zu unterfüttern und in Verhandlungen mit Fördergebern und Entscheidern zu überzeugen (siehe hierzu auch Weber in diesem Band).

4. *Der Alltag der Menschen spiegelt sich nicht ausreichend in Gesetzestexten, Implementation und Maßnahmen wider. Transfer könnte als Korrektiv dienen.*

Die vorangehende Beobachtung Nr. 3 ist Ausdruck eines größeren, übergeordneten Problems: Als Anbieter kultursensibler, sozialer Dienstleistungen erleben wir in verschiedenen Bereichen, dass sich der Alltag der Menschen nicht ausreichend in Gesetzestexten und den daraus folgenden Ansätzen zur Herstellung gleichberechtigter Teilhabe widerspiegelt. Die Beobachtung, dass es an bedarfsgerechten, stärker ausdifferenzierten Angeboten mangelt, trifft auch auf andere Bereiche als Arbeitsmarktintegration zu, u. a. Migration und Alter, Bildungs- und Arbeitsmarktintegration allgemein, diverse soziale Problemlagen. MOen, die in diesen Bereichen mit spezifischen Angeboten aktiv sind, entwickeln sich in Reaktion auf *tatsächlich auftretende Bedarfe* – und oft unfreiwillig – zu „A bis Z-Servicestellen“, deren Unterstützung von Sozialberatung über

Hilfe beim Ausfüllen von Formularen, Verstehen und Beantworten amtlicher Korrespondenz bis hin zu den eigentlichen Qualifizierungs- und Beratungsleistungen reicht. Im direkten Kontakt von kultursensiblen / interkulturell geschulten Mitarbeiter*innen mit Migrant*innen/Geflüchteten zeigt sich, dass ohne ganzheitliche, bedarfsgerechte Ansätze oftmals die Grundlagen fehlen, um die voraussetzungsreichen Angebote der Regelinstitutionen in Anspruch nehmen zu können. MOen finden sich somit häufig in der Rolle, den Weg dorthin zu bahnen. Neben den eigentlichen Qualifizierungs- und Beratungsleistungen in bestimmten Handlungsfeldern geht es oft darum, vorbereitend zu wirken, Ängste zu nehmen und keine ‚kalte Konfrontation‘ entstehen zu lassen, wie der Kontakt zu Behörden häufig empfunden wird. Diese ‚kalte Konfrontation‘ entsteht dort, wo wenig interkulturelle Öffnung und Kompetenz vorhanden ist.

Unsere Erfahrung zeigt, dass Regelangebote für Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund nicht ausreichen, weil vielfältige Hürden den Weg dorthin versperren. Rechtskreis- und wahrnehmungskreisübergreifende Probleme (wie etwa Kinderbetreuung, Hemmungen, Ängste, Sprachprobleme etc.) hebeln – wenn nicht angemessen adressiert – die möglichen positiven Wirkungen von Angeboten und Maßnahmen aus. Im Rahmen von Transfer wäre es wichtig, Wissenschaft und Verwaltung diese „Erfahrungen an der Basis“ (noch) näher zu bringen. Dazu wäre eine stärkere Durchlässigkeit und Wahrnehmungsbereitschaft für Wissen ‚von unten‘ nach oben, d. h. hin zu etablierten/institutionellen Praxisakteuren wie auch Wissenschaft nötig. Eine solche multidirektionale ‚knowledge mobilization‘ hätte den Zweck, eine systematische, nicht nur erratische, bedarfsgerechte Anpassung von Steuerungsansätzen und Maßnahmen-Konzeptionierungen zu ermöglichen.

5. *Potenziale sozialer Innovation werden nicht ausgeschöpft.*

MOen ebenso wie andere im Bereich Integration tätige Träger und zivilgesellschaftliche Akteure bringen erhebliche Potenziale sozialer Innovation mit, die – wenn gut transferiert – auch das Handeln von Verwaltung inspirieren könnten. Soziale Innovation verstehen wir – nach Howaldt und Schwartz (2010) – als Neukonfiguration sozialer Praxen mit dem Ziel, Probleme besser zu lösen als bestehende Ansätze. MOen und ihre Aktiven zeichnen sich meist durch eine starke persönliche Motivation in ihren Engagementfeldern aus, gepaart mit einer starken Empathie für das Gefühl fremd zu sein. Im Zuge der starken Fluchtmigration 2015/2016 haben sich zahlreiche MOen in der Flüchtlingsarbeit engagiert, die vorher kaum in diesem Bereich aktiv waren (Hoesch und Harbig 2019). Die besondere Empathie, eine oft größere Flexibilität und schnelle Reaktionsfähigkeit ebenso wie die wirtschaftliche Abhängigkeit von der permanenten Entwicklung innovativer Modellprojekte⁶ führen dazu, dass in

6 Zahlreiche Migrant*innenorganisationen finanzieren ihre Bildungsangebote und sozialen Dienstleistungen überwiegend aus zeitlich befristeten Projektmitteln. Diese Mittel werden i. d. R. von verschiedenen Förderern (öffentliche wie Bundes- oder Länderministerien oder -programme, private wie Stiftungen) für Modellprojekte vergeben. Voraussetzung für die Förderung ist jeweils ein nachzuweisender innovativer Ansatz, der nicht einfach bestehende Angebote fortführen darf.

MOen oft neue Ideen zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen entstehen. Allerdings bedarf es eines systematischen Austauschs, damit diese Ideen zum einen in einer viel stärker entlang gefestigter Routinen handelnden Verwaltung ankommen, zum anderen, damit sie auch in der Wissenschaft wahrgenommen werden und auf diesem ‚Umweg‘ dann mit mehr Gewicht – gefestigt durch gesicherte Erkenntnisse und größere Datensätze – im Zuge von Beratung und fachlichem Austausch an Politik und Verwaltung vermittelt werden. Umgekehrt ist es auch für zivilgesellschaftliche Akteure wichtig, sich über den Einbezug von gesichertem Wissen/Studien zu orientieren und das eigene Handeln zu reflektieren und in einem größeren Kontext zu verorten. Auch hier hat unsere Erfahrung gezeigt, dass dies zu wenig geschieht.

6. *Unterschiedliche Formen von Wissensproduktion und -diffusion erschweren Transfer zwischen Systemen/Organisationen.*

In Wissenschaft und Integrationspraxis werden unterschiedliche Ziele verfolgt und Wissen auf unterschiedliche Weise produziert, gespeichert und weitergegeben. Die Abgrenzung der Wissenschaft gegenüber anderen gesellschaftlichen Teilsystemen basiert auf der Leitunterscheidung wahr/unwahr; die Methodik zielt darauf, gesicherte Erkenntnisse zu erzeugen und die Komplexität der Realität im Rahmen von Theorien und Modellen zu reduzieren. Das *Publizieren* und *Vorstellen* von wissenschaftlichen Ergebnissen ist wissenschaftlichem Arbeiten immanent, da nur so Überprüfbarkeit, Anschlussfähigkeit in Diskursen und Kritik möglich sind – Voraussetzungen zur Erfüllung der Leitunterscheidung wahr/unwahr.

Eine solche Form systematischer Wissensproduktion, -speicherung und -diffusion ist in Politik, Verwaltung und bei zivilgesellschaftlichen Akteuren nicht gegeben. Hier ist die Wissensproduktion stark handlungsorientiert und weniger systematisch. Das schließt nicht aus, dass auch hier Erkenntnisse gesammelt, gespeichert und organisationintern/-extern weitergegeben werden. Allerdings ist die Priorisierung/Allokation der Ressourcen und die Ausdifferenzierung und Professionalisierung der Methoden eine andere, auch abhängig von der jeweiligen Organisationsform und ihren wirtschaftlichen Grundlagen. So geht es in erster Linie darum, den Wähler zu überzeugen (Politik), spezifische Organisationsziele zu erreichen (z. B. gemäß Satzung von Vereinen) oder Gesetze zu implementieren oder vorzubereiten (Verwaltung). Wissen und Erkenntnisse sind nur insofern relevant als sie dazu beitragen, diese Ziele zu erfüllen.

Beide Formen der Wissensproduktion bringen jeweils Vor- und Nachteile mit sich. Der Produktionsprozess wissenschaftlicher Erkenntnisse ist oft langwierig, geht jedoch weit über den Einzelfall hinaus und kann mit Blick auf die Praxis eine Orientierungshilfe geben, um individuelle Erfahrungen zu verorten und eine Reflexion des praktischen Handelns anzuregen. Zugleich sind unabhängig produzierte wissenschaftliche Erkenntnisse geeignet, Politik- und Verwaltungshandeln jenseits von Partikularinteressen anzuleiten/zu inspirieren. Der Preis für die Aggregation von Daten, die Reduktion von Komplexität und den langwierigen Erkenntnisprozess besteht darin, dass manche Aspekte sozialer Realität durch das Raster fallen und schnelle, jüngste Entwicklungen nur sehr zeitverzögert wahrgenommen werden. Bestimmte Aspekte bleiben – auch

in Abhängigkeit des Blickwinkels, der ‚blinden Flecken‘ und der Vorlieben von Forscher*innen – unterbelichtet.

In der Praxis hingegen ist das Lernen und Entwickeln neuer Lösungsstrategien eher inkrementell. Es gibt viele Einzelerfahrungen, allerdings fehlt teilweise der Weitblick, der Vergleich, das Wissen um die Existenz eigener ‚blinder Flecken‘. Oft sind schnelle Reaktionen nötig, die dann kaum Zeit zur Reflexion oder zur systematischen Verarbeitung/Verortung des inkrementell erworbenen Wissens lassen. Wahrnehmen und Handeln kann dann an ein ‚Fahren auf Sicht‘ bei Nebel erinnern.

Auch die ökonomische Ausstattung von Organisationen entscheidet darüber, wie viel Raum für Wissensmanagement und -transfer gegeben ist. So liegt auf der Hand, dass Verwaltung und Strukturen mit Planstellen und verlässlichen Budgets größere Spielräume haben, als zivilgesellschaftliche Organisationen, die überwiegend von Projektfinanzierung abhängen und erhebliche Anteile ehrenamtlicher Arbeit aufweisen (siehe hierzu auch Weber in diesem Band).

4. Wie kann Transfer besser gelingen?

Bis hierhin sollte deutlich geworden sein, dass ein stärkerer Transfer zwischen verschiedenen Praxis-Akteuren und Wissenschaft sinnvoll, aber nicht einfach umzusetzen ist. Er dient der Inspiration, der Reflexion, Verortung in größeren Kontexten, auch der Selbstvergewisserung, dem Bewusstmachen eigener ‚blinder Flecken‘ – und setzt den Risiken von Betriebsblindheit und Routinen das Potenzial von sozialer Innovation gegenüber. Aus unserer Perspektive als MO und sozialer Dienstleister beinhaltet Transfer die Chance, Instrumente und Angebote an die gesellschaftliche Realität anzupassen. Transfer ist auch ein Korrektiv, damit in der Praxis Theorie und Praxis nicht zu weit auseinanderdriften. Umgekehrt beinhaltet Transfer ein Feedback für die Praxis, ob sie inkrementell in die richtige Richtung geht oder vom Weg abzukommen droht. Anekdotische Erfahrungen können an breitere Datenanalysen gekoppelt werden, um so fundiert bedarfsgerechte Angebote zu entwickeln. Wie kann Transfer also besser gelingen? Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten, wir möchten aber aus unserer Perspektive einige Ideen skizzieren, die wir als Einladung zu einer weiterführenden Diskussion, auch zu Fragen bezüglich der Machbarkeit, verstehen.

- Eine strategische Diffusion wissenschaftlicher Erkenntnisse an alle Beteiligten ist essenziell. Hierzu müssten geeignete Formate/Textformen/Veranstaltungen gefunden werden. Vor allem müsste diese Diffusion stärker als integraler Bestandteil in Projekt- und Ressourcenplanungen berücksichtigt werden – sowohl in wissenschaftlichen Projekten als auch bei Trägern und Akteuren in der Praxis.
- MOen müssen ihrerseits stärker an einer strategischen Diffusion ihres Wissens arbeiten. Dazu gehört an erster Stelle auch eine bessere Öffentlichkeitsarbeit und Sichtbarmachung ihres spezifischen Wissens. Allerdings liegen hier auch die größten Hürden: Die Abhängigkeit von Projektförderungen und die insgesamt engen

Personal- und Finanzressourcen machen es sehr schwer, diese zusätzliche Aufgabe zu bewältigen.

- Da MOen und ähnlich aufgestellte zivilgesellschaftliche Akteure aus den genannten strukturellen Gründen Schwierigkeiten haben, diese zusätzliche Aufgabe zu meistern, wäre ein stärkeres aktives Einbeziehen von MOen in den wissenschaftlichen Diskurs wünschenswert. Dies sollte nicht nur im Rahmen punktueller Interviews erfolgen, sondern z. B. bereits in einer frühen Phase der Konzeption von Forschungsprojekten (siehe hierzu auch Chia-Kangata et al. in diesem Band). So könnten von Beginn an ‚blinde Flecken‘ vermieden und Praxis-Impulse bereits für die Entwicklung von Forschungsdesigns gegeben werden. Aus Sicht von MOen wäre es wünschenswert, stärker als Gesprächspartner*innen, Inputgeber*innen oder Interviewpartner*innen einbezogen zu werden, nicht nur als ‚Zugangsbeschaffer‘ zu bestimmten Gruppen. Dies könnte z. B. im Rahmen von kooperativem, transdisziplinärem und partizipativem Forschen geschehen, wie es in der Einleitung (Gonser und Zimmer in diesem Band) skizziert wird. In Teile des Forschungsprozesses würden Praxisakteure kooperativ eingebunden.
- Transfer muss in Projektförderungen stärker berücksichtigt, verlangt und auch angemessen finanziert werden, und zwar sowohl in Forschungsprojekten als auch in Praxisprojekten.

Literatur

- Brücker, H., Croisier, J., Kosyakova, Y., Kröger, H., Pietrantuono, G., Rother, N., & Schupp, J. (2019). Geflüchtete machen Fortschritte bei Sprache und Beschäftigung. Zweite Welle der IAB-BAMF-SOEP-Befragung. *IAB-Kurzbericht* 03/2019, <http://doku.iab.de/kurzber/2019/kb0319.pdf>. Zugegriffen: 29.03.2019.
- Brücker, H., Rother, N., & Schupp, J. (2016). IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse, Forschungsbericht 29 des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb29-iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete.pdf?__blob=publicationFile. Zugegriffen: 29.03.2019.
- Hoesch, K. (2018). *Migration und Integration. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS. doi: 10.1007/978-3-658-09736-3.
- Hoesch, K. (2019). Heimatverein 4.0: Lokale Verbände als Migrantenorganisationen neuen Typs. *Migration und Soziale Arbeit*, 1/19, (S. 28–38).
- Hoesch, K., & Harbig, G. (2019). Migrantenorganisationen in der Flüchtlingsarbeit: Neue Chancen für die kommunale Integrationspolitik? Überlegungen anhand des Projektes Samo.fa und des lokalen Verbundes VMDO. In: B. Blättel-Mink, T. Noack, C. Onnen, K. Späte & R. Stein-Redent (Hrsg.), *Flüchtigkeiten. Sozialwissenschaftliche Debatten* (S. 103–131), Reihe Sozialwissenschaften und Berufspraxis. Wiesbaden: Springer VS. doi: 10.1007/978-3-658-27216-6_6.
- Howaldt, J., & Schwarz, M. (2010). Social Innovation. Concepts, research fields and international trends. Online verfügbar http://www.sfs.tu-dortmund.de/odb/Repository/Publication/Doc/1289/IMO_Trendstudie_Howaldt_Schwarz_englische_Version.pdf. Zugegriffen: 08.12.2019.

- Hunger, U., & Holz, D. (2019). Das zivilgesellschaftliche Engagement von Migrantenorganisationen. Ein Überblick über die Vielfalt und aktuelle Trends. *Migration und Soziale Arbeit*, 1/19, (S. 18–23).
- Liebig, T. (2018). Dreifach benachteiligt? Ein erster Überblick über die Integration weiblicher Flüchtlinge, OECD Publishing, Paris. <https://www.oecd.org/berlin/publikationen/FI%C3%BCchtlingsfrauenStudie.pdf>. Zugegriffen: 29. 03. 2019. doi: 10.1787/b0cf3f35-de.
- OECD (2017). Catching up? Intergenerational Mobility and Children of Immigrants, OECD Publishing, Paris. doi: 10.1787/9789264288041-en.
- Thranhardt, D. (2010). Integrationsrealität und Integrationsdiskurs. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 46–47/2010. doi: 10.3790/rup.46.1.47.
- Worbs, S., & Baraulina, T. (2017). Geflüchtete Frauen in Deutschland: Sprache, Bildung, Arbeitsmarkt. Kurzanalyse des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, 01/2017. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Kurzanalysen/kurzanalyse7_gefluchtete-frauen.pdf?__blob=publicationFile. Zugegriffen: 29. 3. 2019.

Im Dialog zwischen ethnographischer Forschung und Erkenntnistransfer

Das Beispiel des Beschwerdemanagements für Geflüchtete

Anett Schmitz

1. Einleitung

Seit dem langen Sommer der Migration gewinnt das Thema Flucht eine neue Dimension in der öffentlichen, politischen und wissenschaftlichen Debatte. Aus diesem Grund steigt auch die Nachfrage nach fundierter wissenschaftlicher Expertise für unterschiedliche Akteur*innen der Praxis. Dieser Beitrag diskutiert die spezifische Rolle ethnographisch-partizipativer Forschung für die Praxis und dem damit verbundenen Wissens- und Erkenntnistransfer am Beispiel eines praxisorientierten Projekts zum Thema Beschwerdemanagement (BM) für Geflüchtete in Aufnahmeeinrichtungen in Deutschland, die im Rahmen einer Auftragsstudie von Januar 2018 bis Mai 2019 durchgeführt wurde.¹

Die nicht einheitliche Verwendung der Begriffe Wissen und Transfer im wissenschaftlichen Kontext macht zunächst eine Erklärung in diesem Beitrag notwendig. Unter Wissens- und Erkenntnistransfer wird hier kein eindimensionaler Prozess der Wissensübertragung von einem Träger zu einem Empfänger verstanden (wie etwa bei Piller und Hilgers 2013, S. 20), sondern ein multidirektionaler Prozess dynamischer, zirkulärer Interaktionen zwischen unterschiedlichen Akteur*innen der Wissenschaft und Praxis (vgl. Gonser und Zimmer in diesem Band), die in einem dialogischen Kommunikationsprozess unterschiedliche Arten von Wissen austauschen.

Wissen wird hier im breiten Sinne verstanden: Es geht sowohl um wissenschaftlich fundiertes Wissen, das in die Praxis fließt, als auch um Erfahrungswissen der Expert*innen aus der Praxis, Informationen, Beobachtungen und deren Interpretationen, die aus der Praxis in die Wissenschaft fließen und somit dazu beitragen, dass sich diese unterschiedlichen Arten von Wissen miteinander verschränken (vgl. auch Gonser und Deger in diesem Band). Aus diesem Dialog können sich neue (innovative) Erkenntnisse für die wissenschaftliche Theoriebildung und praktische Arbeit herauskristallisieren. Die Nutzung dieses Wissens bzw. der wissenschaftlichen Erkenntnisse in der Praxis hat Rückwirkungen auf die Wissenschaft, da praktische Fragen und Probleme in weiterführende wissenschaftliche Fragen transferiert werden können und umgekehrt (vgl. Gräsel 2019, S. 3).

¹ Die Auftragsstudie wurde von den Ethnolog*innen Claudia Böhme (Universität Trier), Anett Schmitz (Universität Trier) und Michael Schönhuth (Universität Trier) geleitet und durchgeführt; siehe Schmitz und Schönhuth (2020).

Folgende Frage steht im Fokus des Beitrags: Wie kann durch ethnographisch-partizipative Forschung generiertes Erkenntniswissen in die Praxis transferiert und als Lösung konkreter Probleme angewendet werden?

Die Auftragsstudie hatte zum Ziel, handlungsrelevante Erkenntnisse über Beschwerdemöglichkeiten in den Aufnahmeeinrichtungen zu gewinnen und erste konkrete Empfehlungen für die Implementierung von Instrumenten und Maßnahmen für ein *kultursensibles Beschwerdemanagement* (BM) in Aufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete zu formulieren. Dabei sollte es um einen Bottom-up-Prozess gehen, bei dem die Forscher*innen gemeinsam mit Akteur*innen der Praxis, wie Sozialmitarbeiter*innen, leitenden Mitarbeiter*innen und Geflüchteten selbst, ein Konzept entwickeln, das zu dem jeweiligen lokalen Kontext passt. Solche Auftragsstudien stellen im deutschsprachigen Wissenschaftsraum weitgehend ein Desiderat dar (vgl. Klocke-Daffa 2019, S.V).

2. Erkenntnistransfer in der Fluchtforschung: Ein blinder Fleck?

Die Frage nach der Bedeutung wissenschaftlicher Expertise für die Praxis ist nicht neu: Bereits vor einundneunzig Jahren erkennt Bronislaw Malinowski den wichtigen Beitrag der wissenschaftlichen Expertise und des Wissenstransfers für die Verwaltung der Kolonien (vgl. Malinowski 1929, S. 23). Doch auch heute ist in vielen akademischen geisteswissenschaftlichen Disziplinen, im Gegensatz zu naturwissenschaftlichen Fächern, die Verzahnung von Wissenschaft und Praxis durch eine große Diskrepanz gekennzeichnet und ist oft an die Frage geknüpft, nach welchen ethisch-moralischen Kodizes Wissenschaftler*innen in gesellschaftliche und politische Prozesse eingreifen können oder in diesen Prozessen etwas verändern dürfen (vgl. Schönhuth 2019, S. 77–93). Aber gerade in einem solchen multidisziplinären Querschnittsfeld wie der Migrations- und Fluchtforschung spielen Erkenntnistransfer sowie wissenschaftsübergreifende Dialoge eine unerlässliche Rolle, nicht zuletzt, um „blinde Flecken“ disziplinärer Ansätze ausleuchten zu können (Kleist et al. 2019, S. 19). Hier steht Fluchtforschung in Deutschland noch an ihren Anfängen (vgl. Gonser und Zimmer in diesem Band). Der Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis wird zusätzlich durch theoretische, methodische und praxisbezogene Herausforderungen erschwert und ist häufig aufgrund von Missverständnissen und daraus folgenden Desinteressen auf beiden Seiten wenig zielführend (vgl. Klocke-Daffa 2019, S. 6). Dabei könnten ethnographische Forschungsansätze, insbesondere durch Anwendung von partizipativen Methoden, in sensiblen Feldern wie Migration und Flucht für die Wissenschaft wie für die Praxis zum Tragen kommen, um eine systemimmanente Veränderung im Sinne einer „interkulturellen Öffnung“ bzw. der Gestaltung von innovativen Konzepten und Maßnahmen zu einem institutionellen Lernprozess zu initiieren. Unter dem Gesichtspunkt der kulturellen Vielfalt und Diversität kann dies dazu führen, dass die eigene institutionelle Anfälligkeit, für die als ‚kulturell‘ wahrgenommenen bzw. ausgewiesenen Störungen, reduziert werden (vgl. Schönhuth et al. 2019).

3. Einbettung des Beschwerdemanagements im Kontext der Fluchtforschung

Der Begriff ‚Beschwerdemanagement‘ ist aus der Betriebswirtschaftslehre bekannt, eine Begriffsbestimmung nach Stauss und Seidel 1998 findet sich im Glossar dieses Bandes. Im Kontext von Flucht und Asyl taucht der Begriff Beschwerdemanagement verstärkt im Jahr 2014 nach dem Missbrauchsskandal in Burbach auf (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2017). Seitdem ist BM für Geflüchtete ein Thema in der öffentlichen, politischen und medialen Debatte. Freie Wohlfahrtsverbände und Wissenschaftler*innen fordern unabhängige Stellen für BM, die sowohl für Geflüchtete als auch für (ehrenamtliche) Mitarbeiter*innen eine zentrale Anlaufstelle sein sollen.

In der Fluchtforschungsdebatte widmen sich bisher nur wenige Studien dieser Thematik und fokussieren sich dabei meist auf vulnerable Gruppen wie Kinder (Enders 2018) und Frauen (Rabe 2015). Empirische Studien zeigen ein großes Gewalt- und Konfliktpotential in Geflüchtetenunterkünften, die strukturell wie institutionell bedingt sind (vgl. Täubig 2009; Achhammer und Herbst 2014; Bauer 2017; Christ et al. 2017). Schmitz und Schönhuth (2020) stellen in Anlehnung an Goffman (1961) in ihrem Beitrag fest, dass Geflüchtetenunterkünfte als „*quasi totale Institutionen*“ beschrieben werden können, wo der Alltag fremdbestimmt ist. Doch im Gegensatz zu Goffmans passiven, machtlosen „Insassen“ in Gefängnissen oder einer Psychiatrie, sehen sie die Geflüchteten trotz Reglementierungen ihrer Handlungsmächtigkeit nicht gänzlich beraubt. Vielmehr verfügen diese über spezielle Formen von Agency, die sie je nach eigener Position im System sehr unterschiedlich nutzen (vgl. Schmitz und Schönhuth 2020). Was jedoch in solchen Institutionen bleibt, ist die „*totale institutionelle Macht*“ (Schmitz und Schönhuth 2020), die gleichzeitig Gewalt und Konfliktpotential hervorruft.

Um dies einzudämmen, haben verschiedene Landesregierungen im Rahmen der Initiative „Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ in ihren Aufnahmeeinrichtungen Gewaltschutzkonzepte formuliert, innerhalb derer eine unabhängige Beschwerdestelle für Geflüchtete etabliert werden soll (vgl. BMFSFJ und UNICEF 2018, S. 18). Mittels eines funktionierenden BMs sollen Konflikte frühzeitig erkannt werden, und in einen für alle Beteiligten transparenten Systemprozess überführt werden. Als solches soll BM vor allem die betroffenen ‚Kund*innen‘ dabei unterstützen, ihre Bedürfnisse und Unzufriedenheit gegenüber der Institution schriftlich oder mündlich zu äußern. Gleichzeitig stellt BM eine westliche Institutionslogik mit dem Ziel der Etablierung von Qualitätsstandards im betriebswirtschaftlichen Sinne dar. Doch die seit 2015 auf Bundes- und Landesebene eingeführten Vorschläge für die Ausgestaltung eines solchen Konzepts wie Beschwerdekästchen, Ombudsstellen oder dezentrale Beschwerdestellen zeigen in der Praxis wenig Erfolg und werden von Geflüchteten kaum nachgefragt, wie Evaluierungen einschlägiger Modelle in verschiedenen Bundesländern zeigen (vgl. Diakonisches Werk 2016). Dies liegt einerseits daran, dass es hier um Geflüchtete als ‚Kund*innen‘ mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen, Erfahrungen, Motiven und Resilienz- und

Verletzlichkeitsgrenzen handelt, für die das Konzept BM erst einmal ‚befremdlich‘ ist und kulturell geöffnet und ‚übersetzt‘ werden muss. Andererseits werden aufgrund unterschiedlicher sozialer Konstellationen wie Angst, Unsicherheit, prekäre oder laufende Asylverfahren, Probleme verschwiegen und keine Beschwerden eingelegt. Gerade in einem solchen spezifischen Feld, in dem herkömmliche BM-Konzepte nicht zweckmäßig funktionieren, bedarf es eines starken Dialogs zwischen Wissenschaft und Praxis, um innovative und vor allem kultursensible Ansätze (Schönhuth 2005, siehe das Stichwort Kultursensibilität im Glossar diesen Bandes) für BM zu entwickeln, die bisherige Ansätze in diesem Feld ergänzen.

4. Das ethnographische Wissen und seine ‚Übersetzung‘ für die Praxis

Ursprünglich stammend aus der Ethnologie, stellt Ethnographie heute in vielen geistes-, sozial- und humanwissenschaftlichen Disziplinen eine verbreitete Forschungsmethode durch ihren spezifischen Ansatz des „Entdeckens“ dar (vgl. Breidenstein et al. 2013). Die Wahl dieser Methode für unsere Studie war dadurch begründet, dass sie erlaubt über den ‚gewöhnlichen Tellerrand‘ hinauszuschauen und soziale Praktiken und Phänomene alltagsnah zu beobachten und zu analysieren. *Ethnographisches Wissen* wird durch spezielle Methoden generiert und dokumentiert (verschriftlicht oder aber auch visualisiert). Ein wichtiges Charakteristikum der Ethnographie ist die stationäre (längerfristige) Feldforschung (vgl. Malinowski 1922) an einem bestimmten Ort, bei der Ethnograph*innen an den Geschehnissen, Lebenswirklichkeiten der beforschten Akteur*innen teilhaben, je nach Feldzugang auch bestimmte soziale Rollen übernehmen und sich durch unterschiedliche Datenerhebungstechniken (s. Kap. 4.2) ethnographisches Wissen über lokale Verhältnisse, Lebensweisen, Alltagspraktiken aneignen und diese analysieren. Ethnographie ist ein Forschungsstil, der grundsätzlich Offenheit postuliert, d. h. Hypothesen und deren Überprüfung, wie dies bei einer quantitativen Forschung üblich ist, spielen beim ethnographischen Forschen keine zentrale Rolle. Es geht darum, die Perspektive der Erforschten zu verstehen oder die unterschiedlichen Sichtweisen im Feld auszuloten.

Wie kann ein solches Wissen für Adressat*innen der Praxis verständlich, erklärbar und sinnvoll nutzbar gemacht und eine Art wissensbasierte Handlungsfähigkeit erzeugt werden? Wie können durch dieses Wissen in der Praxis gesellschaftliche Herausforderungen oder lokale Konfliktpotentiale handelnd bewältigt oder auch gesellschaftliche Entscheidungsfindungsprozesse und Lösungsansätze entwickelt werden? Oder aber auch im Sinne von „Do-Some-Good“ statt „Do-No-Harm“ gesprochen: Wie kann ethnographische Arbeit positive Wirkungen für die beforschte Gruppe hervorbringen (Schönhuth 2019, S. 92)?

Die Antworten auf diese Fragen hängen stark vom Forschungskontext, von der Forschungskommunikation und von den unterschiedlichen Interessen der beteiligten Akteur*innen ab, die im Feld aus ihren unterschiedlichen Perspektiven heraus agieren und das ethnographische Feld mitgestalten und -beeinflussen. Sowohl für die Wissen-

schaft als auch für die Praxis bedeutet diese Herausforderung in erster Linie eine notwendige Übersetzungsarbeit: Zum Einen heißt das, dass die durch die Praxis der Ethnographie gewonnenen Erkenntnisse, den in der Praxis agierenden unterschiedlichen Akteur*innen so ‚übersetzt‘ werden müssen, dass nicht nur die zentrale Botschaft der Erkenntnisse, sondern auch der Prozess der Wissensgenerierung (Methodik) deutlich wird. Zum Zweiten heißt das, Erkenntnisse den unterschiedlichen Akteur*innen so zur Verfügung zu stellen, dass sie daraus in ihrem lokalen Kontext handlungsrelevante Möglichkeiten erkennen und diese niedrigschwellig nutzen können – beispielsweise durch praktische Handlungsempfehlungen wie wir noch später zeigen werden.

4.1 Die Eröffnung des Dialogs zwischen Wissenschaft und Praxis

Die erste Phase unserer Forschung war durch die Eröffnung eines Dialogs zwischen Wissenschaft und Praxis gekennzeichnet, um Wege für gemeinsame Austauschprozesse zu schaffen. Den Anstoß für einen solchen Dialog gab der im Herbst 2017 an der Universität Trier organisierte Workshop zum Thema BM für Geflüchtete mit fünfzehn Wissenschaftler*innen und Expert*innen. Dieser hatte zum Ziel, erste theoretische, empirische und praktische Erkenntnisse und Erfahrungen zum Thema BM in Aufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete zu eruieren. Bereits bei diesem ersten dialogischen Austauschprozess wurde die unerlässliche Rolle wissenschaftlicher Expertise bei der Frage der Gestaltung von BM für Geflüchtete in Aufnahmeeinrichtungen sichtbar: In Anschluss an die Erfahrungen der eingeladenen Expert*innen, dass die bisherigen BM-Konzepte in ihren Einrichtungen von Geflüchteten nicht ausreichend nachgefragt wurden, stellten Wissenschaftler*innen und Expert*innen fest, dass es zur Implementierung eines BMs für ein solch sensibles Feld wie Geflüchtetenunterkünfte weitere, durch wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse begründete Ansätze zu einem kultursensiblen BM-Konzept bedarf, das den Bedürfnissen geflüchteter Menschen gerecht werden kann.

4.2 Die Anwendung ethnographisch-partizipativer Methoden zur Erkenntnisgewinnung in einem sensiblen Forschungsfeld

Im März 2018 startete das Forschungsteam mit den ersten unstrukturierten und unsystematischen Aufenthalten in unterschiedlichen Aufnahmeeinrichtungen, um sich vor allem mit dem Forschungsfeld vertraut zu machen und bereits im Rahmen solcher Aufenthalte eine Analyse relevanter Dokumente durchzuführen. Gerade solche informellen Aufenthalte dienen auch dazu, neben Beobachtungen des Unterkunftsalltags, mit Geflüchteten und Sozialmitarbeiter*innen in vertrauten Räumen ins spontane Gespräch zu kommen und Kontakte zu knüpfen. Diese Phase dauerte bis Ende Mai 2018 und umfasste zehn Aufenthalte und zahlreiche Gespräche mit Personal und Geflüchteten der besuchten Einrichtungen.

Gestützt auf die ersten Erkenntnisse des Forschungsfeldes, startete die zweite Forschungsphase vom September 2018 bis Ende Mai 2019 in drei unterschiedlichen

Aufnahmeeinrichtungen in Deutschland mit einer spezifischen Methodologie der feldforschenden und partizipativen Ethnographie. Dabei ging es darum, die Lebenswelten von Geflüchteten in diesen Einrichtungen alltagsnah und systematisch vor dem Hintergrund ihrer Konflikt- und Beschwerdepraktiken und deren Bewältigungsstrategien zu untersuchen. Im Mittelpunkt unseres methodischen Vorgehens standen systematische teilnehmende Beobachtungen, in der Regel zweimal die Woche, und eine Reihe partizipativer Methoden, die nicht nur von uns als Forscher*innen im Feld eingesetzt wurden, um Erkenntnisse zu generieren, sondern auch die Möglichkeit boten, Geflüchtete wie Mitarbeitende der Einrichtungen im Sinne eines Bottom-up-Prozesses in die Forschung einzubinden.

Im Rahmen der teilnehmenden Beobachtungen haben wir uns an unterschiedlichen Tagen und Tageszeiten an diversen Orten und Arbeitsbereichen der Aufnahmeeinrichtungen wie Kleiderkammer, Kantine, medizinischer Station, Bettwäscheausgabe, Transfer-Büro usw. aufgehalten und je nach Situation und Möglichkeit verschiedene Aufgaben übernommen. So war es möglich, nicht nur Konfliktsituationen, Beschwerdemöglichkeiten aus der Nähe zu beobachten, sondern auch mit Geflüchteten ins Gespräch zu kommen. Um Einsichten in die Wohnsituation von Geflüchteten zu erhalten, haben wir gemeinsam mit Sozialmitarbeiter*innen an mehreren routinemäßigen Rundgängen in unterschiedlichen Häusern teilgenommen. Eine wichtige Station für unsere Beobachtungen war der für Geflüchtete besonders vertraute Ort der Teestube, an dem sich die Bewohner*innen zu unterschiedlichen Tageszeiten aufhielten. Die Teestube fungiert für die Bewohner*innen nicht nur als eine Art Café, sondern vor allem als Informations- und Austauschraum: Hier tauschten sich die Bewohner*innen über Probleme, Konflikte in Bezug auf die eigene Lebenssituation und den Unterkunftsalltag, Informationen zum Asylverfahren und Zukunftsperspektiven und das Leben in Deutschland aus; Netzwerke wurden geknüpft; und Freizeit durchs Spielen, Kaffeetrinken und andere Aktivitäten gestaltet. So konnten wir auch als Forscher*innen nach der Bekanntgabe unserer Forschungsziele und -fragen in einer ungestörten Atmosphäre beim Teetrinken oder bei Gemeinschaftsspielen mit Bewohner*innen in Kontakt kommen und informelle Gespräche führen. Diese Gespräche ergaben sich situativ mit den Geflüchteten, die Interesse und Vertrauen signalisierten. Dabei verzichteten wir bewusst auf die Aufzeichnung der Gespräche mit einem Aufnahmegerät, weil formelle Einzelgespräche bei den Geflüchteten eher Misstrauen und Angst erzeugten. Zudem ist der Begriff des ‚Interviews‘ bei Geflüchteten mit den Anhörungen im BAMF eindeutig negativ besetzt. Nach jedem Gespräch führten wir ein Gesprächsprotokoll in unserem Feldtagebuch, das wir anschließend analysierten.

Eine weitere Methode unserer partizipativen Forschung war das Verfahren des engen Begleitens ausgewählter Sozialmitarbeiter*innen in ihrem Organisationsalltag, das sogenannte *Shadowing* (vgl. Czarniawska 2007). Dabei wurden die Sozialmitarbeiter*innen der Einrichtungen mehrmals für einen ganzen Tag in ihrem Arbeitstag von uns begleitet, um auch so ihren Alltag in unterschiedlichen Gesprächs-, Konflikt- und Problemsituationen zu beobachten und mögliche ‚blinde Flecken‘ im Agieren mit

Geflüchteten zu entdecken. Gerade zu Sozialmitarbeiter*innen unterhalten viele Bewohner*innen enge, vertrauensvolle und häufig auch freundschaftliche Beziehungen. Diese Nähe-Distanz Grenze, aber auch die häufig prekären Arbeitsbedingungen in den Einrichtungen tragen oft dazu bei, dass gerade die Sozialmitarbeiter*innen mehrfach physisch und psychisch belastet sind (vgl. Schönhuth et al. 2019). Nach jeder Begleitung erfolgte eine Rückmeldung an die Mitarbeiter*in. So konnten gemeinsam mit Forscher*innen auch Lösungen für bestimmte Alltags- oder gar Belastungssituationen gefunden werden.

Für unsere ethnographisch-partizipative Forschung spielte insbesondere die Begleitung der Forscher*innen durch Feldassistent*innen eine wichtige Rolle. Während der Feldforschung haben sich mehrere Bewohner*innen der Einrichtungen, zu denen die Forscher*innen bereits durch ihre längeren Aufenthalte und unterschiedliche Sprachkenntnisse Vertrauen aufgebaut hatten, als Feldassistent*innen etabliert. Diese unterstützten mit ihrem Insiderwissen die Arbeit im Feld regelmäßig und fungierten teilweise als Gatekeeper zu ansonsten verschlossenen Feldern, in denen wir uns nur äußerst behutsam bewegen konnten (Schönhuth et al., S. 17). Zudem versorgten die Feldassistent*innen uns mit Fotos und Nachrichten über Smartphone und berichteten so über Konfliktsituationen im Unterkunftsalltag. Durch den Einsatz des Smartphones als eine solche partizipative Methode, war es möglich am Unterkunftsalltag auch an Tagen teilzuhaben, an denen unser Forschungsteam nicht vor Ort war. Auf diese Weise wurden auch die Partizipationsmöglichkeiten für die Geflüchteten als beforschte Personen gestärkt: Sie konnten aktiv mit in die Forschung einbezogen und ihre Perspektive in unterschiedlichen Situationen näher analysiert werden, als das sonst durch ein formelles Interviewverfahren oder durch nichtteilnehmende Beobachtungen möglich gewesen wäre.

4.3 Zu Vertrauens- und Misstrauensdynamiken im ethnographischen Feld

Immer wieder stießen wir als Forscher*innen während unserer Feldforschung auf unterschiedliche Vertrauens- und Misstrauensdynamiken: einerseits im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis, aber noch stärker im Dialog zwischen Forscher*innen und Geflüchteten. Im ersten Fall äußerte sich die Misstrauensdynamik lediglich in der Anfangsphase vor allem in Bezug auf Ethnographie als möglicherweise nicht zielführende Methode in diesem Kontext. Um diese anfängliche Skepsis einzudämmen, wurde unser ethnographischer Arbeitsprozess in ihren unterschiedlichen Durchführungsphasen in Interaktionen mit Praktiker*innen, beispielsweise bei gesonderten Treffen zwischen Wissenschaftler*innen und den Sozialmitarbeiter*innen, gemeinsam reflektiert, offene Fragen wurden diskutiert und die sonst komplexe und für die Praktiker*innen oft unverständliche Methodologie erklärt und in praktischen Fallbeispielen aus dem eigenen Praxiskontext dargelegt. Im Rahmen solcher dialogischen Interaktionen und Reflexionsarbeit konnte vor allem Transparenz geschaffen und Vertrauen aufgebaut werden, was für den weiteren Forschungsdialog eine wichtige Voraussetzung war.

In Bezug auf die Zusammenarbeit mit Geflüchteten begleiteten uns die unterschiedlichen Vertrauens- und Misstrauensdynamiken während unserer gesamten Feldforschungsphase. Diese waren teilweise so stark ausgeprägt, dass sie unsere Feldforschung in unterschiedlichen Phasen vor große ethisch-moralische und methodische Herausforderungen stellte (vgl. Hynes 2003). Aus diesem Grund waren in der gesamten Forschungsphase ein besonders sensibles Vorgehen (dazu gehörte z. B. der Verzicht auf Aufzeichnung von Gesprächen mit einem Aufnahmegerät), Zeit und Geduld für Vertrauensaufbau notwendig, ohne die weder Erkenntnisgewinn noch -transfer möglich wären (vgl. dazu auch Krause und von Denkowski in diesem Band).

5. Diskussion der Forschungsergebnisse: Von Ethnographie zu einem kultursensiblen Beschwerdemanagement

Die von uns besuchten Aufnahmeeinrichtungen bemühen sich seit 2015 um ein institutionalisiertes BM für Geflüchtete. So gab es in diesen Aufnahmeeinrichtungen zum Zeitpunkt unserer Forschung sowohl unterschiedliche Arten von Gesprächsbögen, die von Sozialen Diensten in Gesprächssituationen mit Bewohner*innen eingesetzt wurden, als auch ‚Kummerkästen‘ (Briefkästen), in die die Bewohner*innen ihre Beschwerden einwerfen konnten. Diese wurden von Geflüchteten jedoch kaum nachgefragt. Unsere Forschungsergebnisse zeigen, dass die Ursachen für diese geringe Nachfrage systemimmanent sind: Die restriktiven und teils als repressiv empfundenen institutionellen Rahmenbedingungen führen dazu, dass bei Geflüchteten das notwendige Systemvertrauen (vgl. Gilbert 2006; Luhmann 2009) für ein funktionierendes BM fehlt (vgl. Schmitz und Schönhuth 2020). Dieses Systemvertrauen erodiert aufgrund unterschiedlicher Vulnerabilitätskonstellationen wie beispielsweise noch laufende Asylverfahren, persönliche Ängste, Kulturschockerfahrungen, gefühlte Machtlo-

sigkeit bei Geflüchteten immer mehr. Weitere strukturelle Hürden wie Intransparenz der Abläufe, fehlende Informationen und Erklärungen lösen bei Geflüchteten nicht nur eine Art latente Überforderung und Irritation aus, sondern erschweren auch den kultursensiblen Umgang mit Geflüchteten. Vor allem können die in den Aufnahmeeinrichtungen vorhandenen Beschwerdemechanismen den individuellen Bedürfnissen und Handlungsoptionen von Geflüchteten unter heteronomen Alltagsbedingungen (vgl. Seukwa 2007) nicht gerecht werden, wie beispielsweise ein Briefkastensystem, das kaum für solche verwaltungsmäßig gerahmten und regelbedürftigen Institutionen wie Aufnahmeeinrichtungen geeignet ist. Abgesehen davon, dass ein solches Verfahren bestimmte Personengruppen wie Analphabet*innen von vornherein ausschließt und aufgrund der Anonymität des Briefkastens das Beschwerdeverfahren – insbesondere der Rücklauf – nicht transparent gestaltet werden kann, entsprechen briefliche Eingaben nicht dem Wunsch vieler befragter Bewohner*innen, Probleme möglichst rasch und ohne große administrative Wege zu lösen. Die eingegangenen Beschwerden werden je nach ‚Dringlichkeit‘ eingestuft und einer Lösung zugeführt. Dabei wird von der Institution übersehen, dass ‚Dringlichkeit‘ je nach Position im System und je nach Perspektive und Handlungsmöglichkeit eine relative Größe darstellt (vgl. Schönhuth et al. 2019). Während eine Gewaltkonstellation für die Aufnahmeeinrichtung einen dringlichen Grund darstellt und von den Mitarbeitenden vorrangig bearbeitet wird, hat ein nicht funktionierender Internetanschluss aufgrund fehlenden WLANs für die Aufnahmeeinrichtung keine Dringlichkeit, da es aus der Sicht der Institution nicht „ums Überleben“ geht (Zitat des Leiters des Sozialdienstes einer Aufnahmeeinrichtung). Aus der Sicht der Bewohner*innen stellt ein dauerhafter WLAN-Zugang aber ein zentrales Überlebensinstrument dar. Internet ermöglicht die Aufrechterhaltung sozialer Netzwerke mit Familienangehörigen, Freund*innen im Herkunfts- und Aufnahmeland und ist gleichzeitig eine Informations- und Austauschplattform in Bezug auf das soziale Leben in Deutschland, das Asylverfahren, die Gesetze usw. Dies zeigt, dass BM-Konzepte, die ausschließlich einer (westlichen) Institutionslogik folgen, in ihrer Gewichtungsllogik dem Beschwerdeverständnis von geflüchteten Menschen nicht in jedem Fall gerecht werden können (Schmitz und Schönhuth 2020). Ein Beobachtungsbeispiel soll an dieser Stelle verdeutlichen, wie wichtig ein solch kultursensibler Umgang mit Beschwerden ist:

Beobachtungsausschnitt aus einer Aufnahmeeinrichtung, April 2019

Die Analyse unserer Beobachtungen und Gespräche mit Bewohner*innen zeigen, dass in allen der von uns untersuchten Unterkünfte das Kantinenessen zu einem der größten Beschwerdefelder gehört. Trotz geäußerter Beschwerden der Bewohner*innen über die Qualität und Unverträglichkeit des Essens, wurden in den Unterkünften keine Maßnahmen zur Änderung ergriffen. Eine zufällige Beobachtung während der Feldforschung zeigte wie Bewohner*innen dennoch eine spezifische Beschwerdeform generierten, um gegen die Untätigkeit der Institution passiv zu ‚protestieren‘:

„(...) auf dem Dachboden des gegenüberliegenden Hauses, wo Geflüchtete untergebracht sind, liegen zahlreiche ‚weiße Brötchen‘ verstreut. Auf meine Frage, warum dies so sei, bemerkt der Mitarbeiter des Sozialdienstes, dass diese Geste als Protest gegen das Essen und gegen die ‚weißen Brötchen‘ zu verstehen ist. Gleichzeitig zeigt er sich enttäuscht darüber, dass mit Lebensmitteln so umgegangen wird (...).“ (Beobachtungsausschnitt, 04.04.2019)

Aus einer kultursensiblen Beobachtungsperspektive lässt sich diese Geste als Ausdruck eines passiven Widerstandes in einer insgesamt empfundenen Ohnmachtkonstellation lesen (vgl. Bosse 1979). Gleichzeitig zeigt die Reaktion des angesprochenen Mitarbeiters, wie solche eindeutigen Zeichen des passiven Widerstandes durch moralische Bewertung wieder (unabsichtlich) entwertet und stumm gemacht werden und zugleich kulturelle Vorurteilmuster sogar noch verstärken.

Diese durch ethnographische Forschung generierte Erkenntnis erfordert die Einführung eines kultursensiblen BMs, der, über ein bei der Institution vorhandenes Verständnis von ‚Herkunftskulturen‘ hinaus, Beschwerdebarrieren anerkennt, die der besonders vulnerablen Situation und institutionellen Ohnmachtkonstellation von Geflüchteten in Aufnahmeeinrichtungen geschuldet sind (Schönhuth et al. 2019, S. 49)

5.1 Von Forschungsergebnissen zu Handlungsoptionen für die Praxis

Ein *kultursensibles BM* zielt, in dem für unsere Studie definierten Sinne darauf ab, die bestehenden persönlichen, strukturellen, kulturellen und sozialen Barrieren für Beschwerden für die Verantwortlichen der Einrichtungen sichtbar zu machen und über Aufklärung und vertrauensbildende Maßnahmen, den Aufbau niedrigschwelliger und durch möglichst barrierefreie Zugangswege und Strukturen sowie adäquate Instrumente, einen möglichst gleichberechtigten Zugang zu dieser besonderen Form des Qualitätsmanagements für Geflüchtete wie Mitarbeiter*innen zu schaffen (Schönhuth et al. 2019, S. 6). Durch unsere ethnographischen Erkenntnisse zu Beschwerdefeldern und -möglichkeiten in drei Aufnahmeeinrichtungen wurden insgesamt 25 Handlungsempfehlungen zu unterschiedlichen Bereichen der Organisationspraxis formuliert und an die Praxis weitergegeben, die eine essenzielle Rolle zur Implementierung eines kultursensiblen BMs spielen. An dieser Stelle sollen drei ausgewählte Handlungsempfehlungen dargelegt werden, um den Weg von wissenschaftlichen Erkenntnissen zu konkreten Lösungsansätzen für die Praxis zu veranschaulichen:

1. Aufgrund des nicht vorhandenen Systemvertrauens bedarf es einer kulturellen Öffnung des BM-Begriffs. Dies kann beispielsweise durch sensibilisierende Maßnahmen wie Workshops, Runde Tischgespräche auf allen Ebenen der Mitarbeitenden wie Geflüchteten stattfinden. Für Geflüchtete können solche Sensibilisierungen bereits auch schon im Rahmen von Sprachkurs- oder Freizeitangeboten in der Unterkunft erfolgen. Diese böten, neben der kulturellen Öffnung des BM-Begriffs, auch die Möglichkeit, im Rahmen solcher Gespräche, gruppenspezifische bedarfsgerechte Beschwerdemöglichkeiten zu eruieren und diese in der Praxis anzuwenden.
2. Zur Institutionalisierung eines kultursensiblen BM-Konzepts bedarf es Diversifizierung und Erweiterung der vorhandenen Mechanismen in den Aufnahmeeinrichtungen. Wichtig ist, dass diese dennoch niedrigschwellig und für ALLE (auch Kinder/Jugendliche und Analphabet*innen) zugänglich sind. Dabei stellt auch das Smartphone, das von Geflüchteten als beliebtes Instrument im Alltag benutzt wird, ein solch niedrigschwelliges Instrument dar, das bisher als digitale Beschwerdemöglichkeit noch nicht zum Einsatz kommt.
3. Der Einsatz von partizipativen Methoden wie Photovoice (vgl. Nykiforuk et al. 2011) oder Ranking- und Scoring-Techniken (vgl. Schönhuth und Kievelitz 1996), die mit Visualisierungen arbeiten, scheinen gerade vor dem Hintergrund der kulturell unterschiedlich empfundenen Dringlichkeit und Relevanzstrukturen verschiedener Beschwerdekategorien wichtig. So könnten die Bewohner*innen ihre Situation mit Handyfotos in einer Art Fotostory erzählen und so auf bestimmte Probleme aufmerksam machen, die von der Institution aufgrund der ‚westlichen‘ Logik bisher als Problem nicht erkannt worden sind.

6. Fazit

Der Beitrag versucht anhand einer ethnographischen Auftragsstudie zum BM für Geflüchtete in den Aufnahmeeinrichtungen in Deutschland zu zeigen, wie der Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis gestaltet werden und ethnographisches Wissen in die lokale Organisationspraxis transferiert werden kann. So hängt auch die Zukunft des BMs für Geflüchtete von diesem immer wichtiger werdenden Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis ab, um gemeinsam nachhaltige Konzepte für solch komplexe Felder zu entwickeln. Zugleich geht es darum ein Forum zum Ideen- und Informationsaustausch für Geflüchtete und Praktiker*innen zu etablieren. Die Grundlagenforschung profitiert von diesem wechselseitigen Dialog mehrfach, wenn durch die erkenntnisorientierte Forschung Wissen generiert wird, das auch in der Praxis potentiell genutzt werden kann (vgl. Antweiler 1998, S.227). So können theoretische Grundlagen und empirische Ergebnisse nicht nur in der ‚scientific community‘ diskutiert werden, sondern auch mit Akteur*innen der Praxis. Es geht also um eine Win-Win-Situation durch gleichzeitige Durchdringung und Verbindung des akademischen und praktischen Wissens, auf dessen Basis neue lokale, regionale und transnationale Kooperationsmöglichkeiten, Vernetzungen und (Wissens-)Austausch stattfinden, neue Forschungsprojekte und innovative Entwicklungen initiiert werden. Aus einem solchen Dialog heraus können Wissenschaftler*innen als sogenannte „change agents“ (Klocke-Daffa 2019, S. 18) fungieren und durch Beratung, Expertise, konkrete Handlungsempfehlungen und gesellschaftliche Transformationsprozesse erwirken (vgl. Klocke-Daffa 2019, S. 18).

Literatur

- Achhammer, M., & Herbst, S. (2014). Der (Asyl)-Proceß – Über die institutionelle Fremdbestimmung von Asylbewerberinnen und -bewerbern in Deutschland. In: M. Aced, T. Düzyol, A. Rüzgar, & C. Schaft (Hrsg.), *Migration, Asyl und (post-)migrantische Lebenswelten in Deutschland: Bestandsaufnahme und Perspektiven migrationspolitischer Praktiken* (S. 205–226). Berlin: LIT Verlag.
- Antweiler, C. (1998). Ethnologie als gesellschaftlich relevante Humanwissenschaft: Eine Systematisierung praxisorientierter Richtungen und eine Position. *Zeitschrift für Ethnologie*, 123, H. 2 (1998), (S. 215–255).
- Bauer, I. (2017). Unterbringung von Geflüchteten in deutschen Kommunen: Konfliktmediation und lokale Beteiligung. Flucht: Forschung und Transfer. State of Research Papier 10, Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück / Bonn: Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC).
- BMFSJF & UNICEF (2018). Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften. <https://www.bmfsfj.de/blob/117472/bc24218511eaa3327fda2f2e8890bb79/mindeststandards-zum-schutz-von-gefluechteten-menschen-in-fluechtlingsun/sx-terkuenften-data.pdf> Zugriffen: 22. August 2019.
- Bosse, H. (1979). *Diebe, Lügner, Faulenzer. Zur Ethnohermeneutik von Abhängigkeit und Verweigerung in der Dritten Welt*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt (EVA).
- Breidenstein, G., Hirschauer, S., Kalthoff, H., & Nieswand, B. (2013). *Ethnografie. Die Praxis der Feldforschung*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH.

- Christ, S., Meinighaus, E., & Röing, T. (2017). *Konfliktprävention in Unterkünften – Selbstverantwortung geflüchteter Menschen*. Bonn: Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC).
- Czarniawska, B. (2007). *Shadowing – And other techniques for doing fieldwork in modern societies*. Kopenhagen: Copenhagen Business school.
- Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e. V. (2016). Beschwerdemanagement in Flüchtlingsunterkünften – so kann es gehen. <https://www.diakonie-portal.de/download/tagungsdokumentation-gewaltschutz-fluechtlingsunterkuenften>. Zugegriffen: 20. September 2017.
- Enders, U. (2018). Kinderrechte und Beschwerdemanagement in Flüchtlingsunterkünften. Kinderschutz in Gemeinschaftseinrichtungen. In: L. Hartwig, G. Mennen, & C. Schrapfer (Hrsg.), *Handbuch Soziale Arbeit mit geflüchteten Kindern und Familien* (S. 616–621). Weinheim: Beltz Juventa.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung FAZ (2017). Anklage wegen Misshandlung von Flüchtlingen. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/fluechtlinge-misshandelt-anklage-im-burbachskandal-14935851.html>. Zugegriffen am: 24.03.2020.
- Gilbert, D. (2006). Systemvertrauen in Unternehmensnetzwerken. Eine Positionsbestimmung aus strukturierungstheoretischer Perspektive. In: K. Götz (Hrsg.), *Vertrauen in Organisationen* (S. 113–134). Mering: Rainer Hampp.
- Goffman, E. (1961). *Asylums; essays on the social situation of mental patients and other inmates*. Garden City, N.Y.: Anchor Books.
- Gonser, M. & Zimmer, K. (2020). Wissensmobilisierung und Transfer in der Fluchtforschung: Begriffsbestimmung und Bestandsaufnahme. In: M. Gonser, K. Zimmer, N. Mühlhäußer & D. Gluns (Hrsg.), *Wissensmobilisierung und Transfer in der Fluchtforschung: Kommunikation, Beratung und gemeinsames Forschungshandeln* (S. 13–31). Münster: Waxmann.
- Gräsel, C. (2019). Transfer von Forschungsergebnissen in die Praxis. In: C. Donie, F. Foerster, M. Obermayr, A. Deckwerth, G. Kammermeyer, G. Lenske, M. Leuchter, & A. Wildemann (Hrsg.), *Grundschulpädagogik zwischen Wissenschaft und Transfer* (S. 2–12). Wiesbaden: Springer VS.
- Hynes, T. (2003). *The issue of ‚trust‘ or ‚mistrust‘ in research with refugees: choices, caveats and considerations for researchers*. Working Paper No. 98. Geneva: UNHCR.
- Kleist, O.J., Engler, M., Etzold, B., Mielke, K., Oltmer, J., Pott, A., Schetter, C., & Wirkus, L. (2019). Flucht- und Flüchtlingsforschung in Deutschland: Eine Bestandsaufnahme. Abschlussbericht, Verbundprojekt ‚Flucht: Forschung und Transfer‘, Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück / Bonn: Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC).
- Klocke-Daffa, S. (Hrsg.) (2019). *Angewandte Ethnologie: Perspektiven einer anwendungsorientierten Wissenschaft*. Wiesbaden: Springer VS. doi: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-25893-1>
- Luhmann, N. (2009). *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität* (4. Aufl.). Stuttgart: UTB GmbH.
- Malinowski, B.K. (1922). *Argonauts of the Western Pacific. An Account of Native Enterprise and Adventure in the Archipelagoes of Melanesian New Guinea*. New York: Dutton.
- Malinowski, B.K. (1929). Practical Anthropology. *Journal of the International African Institute*, 2 (1), (S. 22–38). doi: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-25893-1>
- Nykiforuk, C. I.J., Vallianatos, H., & Nieuwendyk, L. M. (2011). Photovoice as a Method for Revealing Community Perceptions of the Built and Social Environment. *International Journal of Qualitative Methods*, 10 (2), (S. 103–124).
- Pawlowsky, P. (1998). *Wissensmanagement: Erfahrungen und Perspektiven*. Wiesbaden: Gabler Verlag. doi: <https://doi.org/10.1007/978-3-322-82768-5>.

- Piller, F.T. & Hilgers, D. (Hrsg.) (2013). *Praxishandbuch Technologietransfer: Innovative Methoden zum Transfer wissenschaftlicher Ergebnisse in die industrielle Anwendung*. Düsseldorf: Symposion Publishing GmbH.
- Rabe, H. (2015). Effektiver Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt – auch in Flüchtlingsunterkünften – Policy Paper Nr. 32, Berlin. https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Policy_Paper/Policy_Paper_32_Effektiver_Schutz_vor_geschlechtsspezifischer_Gewalt.pdf. Zugegriffen: 28.05.2018.
- Schmitz, A. & Schönhuth, M. (2020). Zwischen Macht, Ohnmacht und Agency: Beschwerdemanagement für Geflüchtete. *Zeitschrift Migration und Soziale Arbeit* 42 (1), S. 46–56.
- Schönhuth, M. (2005). *Glossar Kultur und Entwicklung. Ein Vademecum durch den Kultur-Dschungel*. <http://www.kulturglossar.de/>. Zugegriffen: 31.03.2020.
- Schönhuth, M. (2019). Ethik zwischen akademischer und anwendungsorientierter Ethnologie – Ein Vergleich von Kodizes. In: S. Klocke-Daffa (Hrsg.), *Angewandte Ethnologie: Perspektiven einer anwendungsorientierten Wissenschaft* (S. 77–96). Wiesbaden: Springer VS. doi: https://doi.org/10.1007/978-3-658-25893-1_2
- Schönhuth, M. & Kievelitz, U. (1996). *Participatory Learning Approaches: Rapid Rural Appraisal/Participatory Appraisal. An introductory guide*. Roßdorf: GTZ.
- Schönhuth, M., Schmitz, A., & Böhme, C. (2019). Beschwerdemanagement für Geflüchtete in den Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende. Working Paper. Trier, Mai 2019. (im Review).
- Seukwa, L. H. (2018). Handlungsfähigkeit und Heteronomie. Eine kompetenztheoretische Perspektive auf fluchtmigrationsbedingte Bildungsdiskontinuitäten. In: J. Bröse, S. Faas, & B. Stauber (Hrsg.), *Flucht. Herausforderungen für soziale Arbeit* (S. 73–93). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Stauss, B. & Seidel, W. (1998). *Beschwerdemanagement: Fehler vermeiden – Leistung verbessern – Kunden binden*. München, Wien: Hanser.
- Täubig, V. (2009). *Totale Institution Asyl: empirische Befunde zu alltäglichen Lebensführungen in der organisierten Desintegration*. München: Weinheim.

Flüchtlingsbewegungen 2015/2016 nach Deutschland

Anstöße für transdisziplinäre Zusammenarbeit und Forschung

Patricia M. Schütte, Jana-Andrea Frommer, Malte Schönefeld & Andreas Werner

Einleitung/Hintergründe¹

Zwischen Spätsommer 2015 und Frühsommer 2016 nahmen in kurzer Zeit Flüchtlingsbewegungen nach Europa enorm zu: Allein in Deutschland suchten mehr als 745.000 Menschen Asyl und Zuflucht, wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bekannt gab (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2020). Die Zahlen überstiegen sogar jene aus den 1990er Jahren, als es ebenfalls zu größeren Bewegungen von Flüchtlingen nach Deutschland in Folge unterschiedlicher Ereignisse und Krisen kam.² Die zunächst politisch und medial mit dem Begriff der ‚Willkommenskultur‘ versehene und unter der Ansage „Wir schaffen das!“ laufende Phase schlug nur kurze Zeit nach ihrem Beginn im Sommer 2015 in eine Situation um, die medial unter der Überschrift „Flüchtlingskrise“ aufgefasst wurde. Die Situation hatte Auswirkungen auf verschiedene gesellschaftliche Teilsysteme. Insbesondere Akteure des Feldes der Inneren Sicherheit waren in der Pflicht, die Situation zu ‚managen‘. Die mit der herausfordernden Situation einhergehenden Be- und Überlastungen individueller Organisationen waren in dem Kontext (öffentlich) deutlich sichtbar (z. B. Schütte-Bestek et al. 2017 zur Belastungssituation der deutschen Bundespolizei). Viele Organisationen der Exekutive standen massiv unter dem Druck, Liegenschaften für Ankunft, Registrierung, Unterbringung und Weiterleitung vorzubereiten und zu betreiben. Dabei waren behördliche Einsatzkräfte teilweise bis zu einem Jahr im Einsatz. Organisationen des Katastrophenschutzes bauten bundesweit Registrierungsstellen, Erstaufnahmeeinrichtungen, Notunterkünfte und Warteräume auf und sorgten für Versorgungs- und Betreuungsmöglichkeiten. Polizeikräfte wurden über Monate in Grenz- bzw. Ankunftsregionen abgeordnet, um Aufgaben beispielsweise im Rahmen des „Integrierten Flüchtlingsmanagements“ abzarbeiten (Schütte-Bestek et al. 2017). Teilweise wurde auch von einem Versagen der Verwaltungsstrukturen gesprochen (z. B. Bogumil et al. 2016). Die besondere Lage bedingte die Zusammenarbeit verschiedener Zuständigkeitsbereiche (z. B. kommunale Strukturen, polizeiliche, nicht-

1 Teile der Einleitung basieren auf einem Beitrag, der auch im Tagungsband Empirische Polizeiforschung XXIII „Polizei und Migration“ erschienen ist (Frommer et al. 2020).

2 Die Bewegungen von teilweise über 430.000 Menschen in einem Jahr (1993) (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2020) resultierten aus folgenden Situationen: Deutsche Wiedervereinigung, Kriegs- und Krisensituationen auf dem Balkan, in der ehemaligen Sowjetunion, zwischen Äthiopien und Eritrea, zwischen Mali und Burkina Faso sowie in Burundi, in der Demokratischen Republik Kongo, im Senegal und in Simbabwe.

polizeiliche Kräfte der Gefahrenabwehr sowie andere ehrenamtliche und zivilgesellschaftliche Helfer*innen), die dafür personelle, logistische und materielle Ressourcen bereitstellten sowie Schnittstellen bilden mussten, die im sonstigen „Organisationsalltag“ so nicht bestanden. Ein gewisses Durcheinander von Zuständigkeiten aufgrund der großflächigen, grenz- und organisationsüberschreitenden Lage wird dabei immer wieder von betroffenen Organisationsvertreter*innen hervorgehoben.

Bereits auf der Tagung „Forschungsperspektiven der Zuwanderung“ an der Deutschen Hochschule der Polizei im April 2016 mahnte der damalige Vizepräsident des BAMF an, dass es dringend einer Dokumentation und Rekapitulation der Situation bedürfe. Er betonte die enorme Bedeutung für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), ihre Arbeit während dieser herausfordernden Phase zu evaluieren und daraus zu lernen (vgl. auch Bonin und Mühlhäußer in diesem Band). Neben einem Abrufen des personengebundenen Wissens und einer Reflexion dessen, gilt es, Erkenntnisse und Schlussfolgerungen aus der Situation strukturiert festzuhalten und für zukünftige Ereignisse nutzbar zu machen. Denn die momentane Lage ist durchaus nicht vor kurzfristigen Änderungen gefeit. Des Weiteren sind mittelfristig neue Herausforderungen denkbar, beispielsweise erneute oder sich intensivierende kriegerische Konfrontationen in den Ländern Nord- und Subsahara-Afrikas sowie des Nahen und Mittleren Ostens. Immer wieder wird auch auf eine wahrscheinliche Zunahme von „Klimaflüchtlingen“ infolge einer fortschreitenden globalen Erwärmung hingewiesen (Terminski 2012) – im Vergleich zu plötzlichen Fluchtbewegungen aufgrund von kurzfristigen Extremereignissen allerdings eher ein „Slow-onset event“ (Matias 2017).

Da die rückwirkende Evaluation und Aufbereitung der damaligen Lage keine originäre Aufgabe von o.a. BOS ist bzw. als solche gesehen wird, fehlte es damals wie heute an zeitlichen, personellen und finanziellen Ressourcen, dieser (Zusatz-)Aufgabe nachzukommen. So ist es wenig verwunderlich, dass bis heute die folgenden Fragen scheinbar offenblieben³: Wie erfassten die beteiligten Akteure die Situation insgesamt und wie gingen sie in der kurzen Reaktionszeit mit der Lage um? Wie arbeiteten sie mit anderen zusammen? Welche positiven und negativen Erfahrungen machten sie und was lernten sie daraus? Welche Erkenntnisse aus der Lage sind auf andere Situationen übertragbar?

Für viele Akteure (der Praxis) stellt es ein Problem dar, dass sie noch keine Antworten auf diese Fragen haben. Entsprechend suchen die Akteure nach Erklärungen für Entscheidungen und Ansatzpunkten, um ihr Wissen nachhaltig zu dokumentieren und für andere ähnliche Szenarien nutzbar zu machen. Durch einen Mangel an Dokumentation und Archivierung der vergangenen Erfahrungen und Wissensbestände schwinden die Gelegenheiten (außerhalb einzelner Personengedächtnisse), Erkenntnisse für

3 Derzeit wird in mehreren Forschungsprojekten an der genannten Thematik gearbeitet. Ergebnisse lassen allerdings noch auf sich warten, da die meisten Projekte erst 2018 bzw. teilweise 2019 gestartet sind. Mit endgültigen Ergebnissen der Projekte ist daher voraussichtlich nicht vor Ende 2020 zu rechnen.

die gegenwärtige Arbeit, ähnliche Lagen sowie das aktuelle Organisationswissen zu erhalten und zu verwenden (Schütte-Bestek et al. 2017). Dies ist vermutlich einer der Gründe, warum sich bspw. BOS verstärkt Akteuren der Wissenschaft zuwenden und einen Bedarf nach Unterstützung äußern. Die o.a. Lage führt somit zu einem gestiegenen Bedarf an transdisziplinären Ansätzen, bei denen Wissenschaftler*innen zusammen mit Expert*innen der Praxis arbeiten und entsprechende, praxisrelevante Erkenntnisse generieren (Bührmann und Franke 2018). Für die Wissenschaft verspricht dies ebenfalls Gewinn. Denn letztlich führt die Berücksichtigung von Bedürfnissen aus der Praxis in wissenschaftlichen Kontexten auch zur Aufdeckung von ernstzunehmenden Forschungslücken, die u.U. ansonsten nicht adressiert würden. Wissenschaftler*innen bleiben dadurch einer realitätsnahen Forschung verhaftet, welche durchaus Abnehmer*innen in der Praxis findet.

Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der Frage, wie transdisziplinäre Forschung (s. Definition weiter unten) in einem solchen Rahmen aussehen kann. Dazu wird auf das Beispiel des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projektes „Sicherheitskooperationen und Migration (SiKoMi)“ zurückgegriffen.⁴ In den folgenden Abschnitten werden transdisziplinäre Forschungsansätze innerhalb des Projektes SiKoMi angesprochen und im Weiteren diskutiert, welche Funktionen eine so beschriebene Transdisziplinarität erfüllt, welche Schwierigkeiten und Perspektiven sie beinhaltet.

Forschungsprojekt SiKoMi – Ansätze der Transdisziplinarität

Der Forschungsverbund, bestehend aus der Bergischen Universität Wuppertal, der Deutschen Hochschule der Polizei, dem Deutschen Roten Kreuz und dem E-Learning-Dienstleister time4you GmbH, nahm im September 2018 seine Arbeit mit dem Ziel auf, interorganisationale Zusammenarbeit und Wissensmanagement in der Situation 2015/2016 aufbauend auf verschiedenen Akteursperspektiven (Polizei, Hilfsorganisationen, Kommunen und private Sicherheit) zu rekonstruieren. Darüber hinaus wird nach nachhaltigen, praxisorientierten Mitteln gesucht, gewonnene Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Lage – aber auch in Bezug auf andere Lagen – vermittel- und übertragbar zu machen. Dazu werden technische Möglichkeiten geschaffen, die an typischen Übertragungswegen und -techniken der jeweiligen Organisationen ansetzen sollen. Dementsprechend ist das Projekt in fünf ineinandergreifende Arbeitspakete (AP) gegliedert, die eine stufenweise inhaltliche Weiterentwicklung ermöglichen (s. Abb. 1).

Alle Stufen beinhalten transdisziplinäre Ansätze, die dazu dienen, gewonnene Erkenntnisse immer auch auf praktische Relevanz hin zu überprüfen und anzupassen.

⁴ Das Projekt „Sicherheitskooperationen und Migration (SiKoMi)“ wird vom BMBF im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit“ für die Zeit vom 01.09.2018 bis zum 31.08.2021 gefördert. Näheres zum Projekt findet sich unter folgender Webseite: www.sikomi.de.



Abb. 1: Arbeitspakete im Projekt SiKoMi; eigene Darstellung.

Vor dem Hintergrund verstehen wir Transdisziplinarität als ein ausgewogenes Miteinander, welches sich durch einen hohen Partizipationsgrad sowie verschiedene (quantitative und qualitative) Methoden auszeichnet, welche Wissenschaftler*innen, Praktiker*innen, Stakeholder bzw. Anspruchsgruppen etc. aus unterschiedlichen Disziplinen und Sektoren in einen gemeinsamen Prozess integrierten (Neuhauser et al. 2018, S.224). Zu betonen ist dabei die „Augenhöhe“ von Forscher*innen und Praktiker*innen im Prozess, wodurch sich die transdisziplinäre Zusammenarbeit im Projektkontext am ehesten mit dem Begriff der „participatory transdisciplinarity“ fassen lässt (Defila und Di Giulio 2018; Mobjörk 2010). Damit ist das Vorgehen hier abzugrenzen von einem rein partizipativen Forschungsansatz, der die beteiligten Praxispartner*innen und Anwender*innen zwar zu Wort kommen lässt, aber die Entscheidungshoheit allein bei den Forscher*innen und Verbundpartner*innen verbleibt und somit keine wirkliche „Augenhöhe“ hergestellt wird (Gonser und Zimmer in diesem Band). Dennoch ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass dies nicht mit dem Aufgeben der wissenschaftlichen Distanz gleichzusetzen ist, denn letztere ist gerade wichtig, um die gemeinsam erarbeiteten Ergebnisse kritisch zu reflektieren und in den größeren fachwissenschaftlichen Zusammenhang einzubetten.

Im folgenden Teil werden transdisziplinäre Ansätze und ihre Funktionen anhand von Beispielen aus Interaktionen von Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen in der Vorprojektphase sowie den ersten Arbeitsphasen (AP 1 und AP 2) näher dargestellt.

Funktionen, Herausforderungen und Perspektiven transdisziplinärer Projektarbeit – Empirische Hinweise und Thesen⁵

Forschungssetting und Thesen

Aus dem diskursiven Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis ging die grundlegende These hervor, dass sich hinter dem Begriff der vermeintlichen „Flüchtlingskrise“ eigentlich Krisen im Bereich der zivilen Sicherheit verbergen könnten. Diese Annahme manifestiert sich unter anderem in den dabei entstandenen folgenden drei Vorüberlegungen:

- Erstens zeichnet sich eine „Verwaltungskrise“ ab, die erst in der akuten Situation 2015/16 offensichtlich wurde. Viele kommunale Strukturen schienen bspw. überfordert, Verfahren konnten kaum noch abgearbeitet werden, Hilfsangebote Ehrenamtlicher waren schwer zu steuern. Zuständigkeits- und Ressourcenfragen kamen auf, da (bis auf den Main-Taunus-Kreis) kein Katastrophenfall ausgerufen, aber einige der verfügbaren Katastrophenschutzkräfte im Einsatz waren. In vielen Fällen wurde Amtshilfe angefordert. Dadurch ergaben sich überschneidende Kompetenzen und Verantwortungsbereiche.
- Darüber hinaus finden sich Hinweise auf Modernisierungsdefizite im System des Bevölkerungsschutzes, welcher noch heute Strukturen aufweist, die im so genannten Kalten Krieg aufgebaut wurden. Zusätzlich erschwerten die Herausforderungen föderalistischer Prinzipien die Koordination und Zusammenarbeit bspw. in Hinblick auf Informationsaustausch zwischen Ländern über vorhandene Ressourcen und Bedarfe (z. B. Roth 2016; Wendekamm & Schütte 2019).
- Drittens ist hier eine „Wissenskrise“ unter den beteiligten Akteuren wahrscheinlich, wenn davon ausgegangen wird, dass naheliegende Erfahrungen, wie die der Flüchtlingssituation Anfang der 1990er Jahre (s. o.), womöglich aus Mangel an Nachbereitung und Evaluation kaum Berücksichtigung bei den Überlegungen und Entscheidungen der Situation 2015/2016 fanden.

Darauf aufbauend wurden zum Projektauftritt zunächst Grundlagen erarbeitet (AP 1), um die Ideen, Themen und Thesen aus der Planungsphase einzuordnen und in ein konkretes Untersuchungsdesign zu überführen (AP 2). Dazu wurde in einem ersten Schritt eine Medieninhaltsanalyse durchgeführt, um die Zusammenarbeit von BOS während der Migrations- und Flüchtlingsbewegungen der 1990er und 2015/2016 mit Blick auf die ausgewählten Fallregionen⁶ in Deutschland zu vergleichen. In einem zweiten Schritt wurden diese Erkenntnisse mit Ergebnissen aus Literaturanalysen zu den Themen „organisationsübergreifende Zusammenarbeit“ und „Wissensmanage-

⁵ Die Äußerungen basieren auf Erfahrungen der Forschenden, Austausch mit Praktiker*innen und leitfadengestützten Expert*inneninterviews im Kontext des BMBF-Projektes SiKoMi (www.sikomi.de).

⁶ In AP 2 werden insgesamt vier Fallstudien an den Standorten Trier, Osnabrück, Bad Fallingbostal und Berlin erstellt. Im Anschluss erfolgt ein bundesweiter Fragebogen zur Erhebung von Formen der Zusammenarbeit und Erlebnisse im Kontext von Erstaufnahmeeinrichtungen.

ment“ verbunden. Alle daraus gewonnenen Informationen wurden in einem Multimetoden-Untersuchungsdesign (AP 2) berücksichtigt und in vielschichtigen Erhebungs- und Analysemethoden verarbeitet. Die qualitative Forschungsphase („Exploration“) mit einem Schwerpunkt auf Expert*inneninterviews und als Ausgangspunkt für alle weiteren Untersuchungen diente dabei als Möglichkeit, Erfahrungen und Wissen der in der damaligen Situation involvierten Personen einzuholen. Da diese Phase bereits abgeschlossen ist und viele Eindrücke transdisziplinärer Forschung vermittelte, befassten sich die weiteren Ausführungen damit.

Funktionen, Chancen und Herausforderungen von Transdisziplinarität am Beispiel von Expert*inneninterviews

(1) Theorie und Praxis im gegenseitigen Realitätscheck

Im Rahmen von Expert*inneninterviews hatten die befragten Personen die Möglichkeit, ihre „systeminterne Handlungsexpertise“ einzubringen (vgl. auch Gonser und Deger in diesem Band). Darunter ist (implizites) Wissen einer Personengruppe zu verstehen, welches in erster Linie auf Erfahrungen sowie der Ausübung von Aktivitäten beruht. Diese Expertise von Praktiker*innen ist unerlässlich für ein tiefes Verstehen der Logik des Untersuchungsgegenstandes sowie für das Generieren neuer Erkenntnisse daraus. Die zu untersuchenden Personen entscheiden aufgrund der offen gestellten Fragen in einem Interview zum Teil selbst, welche Schwerpunkte sie legen und gestalten so den Forschungsprozess aktiv mit. Neben einer Deskription und Inspektion des Phänomens, führt eine solche Gesprächsführung gleichzeitig auch zu einer Reflexion, die Veränderungen im System bzw. der Struktur ermöglichen kann. Da dieser Aspekt nicht primär zu einer sozialwissenschaftlichen Analyse beiträgt, findet er oftmals wenig Aufmerksamkeit (Froschauer und Lueger 2003, S.37 ff.). Im Gespräch hatten die interviewten Personen so bspw. Gelegenheit, Ausführungen der Presseberichterstattung zu Zusammenarbeitsformen und Informationsaustausch zu kommentieren bzw. gegebenenfalls zu berichtigen. Die transdisziplinäre Arbeit erfüllt hier – aber auch in späteren Projektphasen – eine Korrektivfunktion in inhaltlicher wie methodischer Hinsicht. Für die Wissenschaftler*innen bedeutete es, dass vorherige Annahmen über die Situation durch die Praktiker*innen mehr oder weniger „geerdet“ und an reale Erlebnisse angepasst werden konnten. Zum Beispiel, um die durch Literatur- und Medienrecherche getätigten Annahmen sowie eigene Vorstellungen über die damalige Situation zu verifizieren oder falsifizieren, sprich die eigenen a priori getätigten Vorstellungen und theoretischen Konstrukte zu hinterfragen. Für Praktiker*innen ermöglichte die abstraktere wissenschaftliche Betrachtung sachliche Distanz, eine neutralere Deutung und Einordnung eines teilweise emotional stark aufgeladenen Themas. Auf diese Weise wurde gemeinsam ein Überblick erarbeitet, der beide Seiten in der Darstellung berücksichtigt (gemeinsame Deutungshoheit).

(2) *Das Ergebnis – Eine gemeinsame Leistung*

Durch Gesprächsführung und Auseinandersetzung mit den Themen des Forschungsprojekts wird das eigene Handeln bzw. die eigene Organisation und darin verankertes Verhalten von den befragten Personen reflektiert (Schlee und Welsche in diesem Band). Im Kontext des Themenkomplexes von SiKoMi und des Vergleichs mit anderen Organisationen werden dabei zum Teil ganz automatisch grundsätzliche Reflexionsprozesse bezüglich des Vorgehens der eigenen Organisation (im Vergleich zu anderen) angeregt. In Interviews mit Polizeikräften zeigte sich beispielsweise, dass diese zum Teil zu der Einschätzung gelangten, einerseits zielorientierte, persönliche Kontakte zu nutzen und bei Einsätzen pragmatisch vorzugehen, andererseits jedoch im Gegensatz zu anderen Organisationen kaum Raum für Verhandlung von Entscheidungen haben. Personal der privaten Sicherheit berichteten Ähnliches. Mitarbeiter*innen der öffentlichen Verwaltung fühlten sich beispielsweise in der Lage, erstmals „frei“ zu entscheiden, teilweise unabhängiger von hierarchischen Begrenzungen. Praktiker*innen sind Expert*innen für die eigene Organisation und haben durch eine gezielte Befragung (bspw. Anregung zur Betrachtung aus unterschiedlichen Perspektiven) die Möglichkeit, zu einer ausgewogenen Bewertung der (etablierten) Handlungsweisen zu gelangen. Dies zeigte sich an Narrationen bzw. Erzählsträngen bei der Gesprächsführung, in denen Verbindungen bzw. Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen Aspekten hergestellt wurden, wenn bspw. Hemmnisse bei der Versorgung von Menschen aufgrund fester bzw. bürokratischer Organisationsstrukturen erkannt wurden. Zusätzlich deuteten Aussagen wie „ich weiß, worauf Sie hinaus möchten“ oder „jetzt, wo ich darüber nachdenke“ darauf hin, dass Muster erkannt und neue Aspekte bewusst zur Kenntnis genommen wurden.

Des Weiteren wurde vermeintlich verlorengegangenes oder vergessenes Wissen aufgrund des strukturierten Vorgehens während der Interviews (als auch während des gesamten Forschungsprozesses) erneut abgerufen, wieder erinnert und gemeinsam mit den Forschenden im Sinne von Gedächtnisleistungen rekonstruiert. So wurde sowohl bei der Herstellung des Feldzugangs als auch bei der Interviewführung mehrfach der Umstand thematisiert, dass die Flüchtlingssituation bereits einige Jahre vergangen sei, wodurch die Erinnerung schwierig würde. Zusätzlich scheinen sich viele der befragten Mitarbeiter*innen der Organisationen nicht mehr in den damaligen Funktionen zu befinden bzw. teilweise nicht einmal mehr in den gleichen Organisationen tätig zu sein wie noch 2015/2016. Daher wurden im Vorfeld der Interviews seitens der Interviewpartner*innen auch zum Teil Bedenken geäußert, sich möglicherweise nicht gleich an alle Details erinnern zu können. Hinweise darauf lassen sich auch innerhalb der Interviews sowohl in Form von längeren Sprech- bzw. Denkpausen finden als auch in Aussagen wie „durch unser Gespräch kommt langsam die Erinnerung zurück“. In einigen Fällen erinnerten sich die Interviewpartner*innen sogar wieder an Dinge, von denen sie noch im Vorgespräch berichteten, sie könnten sich daran nicht mehr erinnern. Zum Teil wurden manche Fragen auch erst später im Interview oder im Nachgang beantwortet, da sich erst nach und nach mit der Erzählung und dem tiefergehenden Zurückversetzen in die damalige Situation zurückerinnert wurde. Dabei

kommt der Kommunikation zwischen Untersuchungssubjekten und Forschenden im qualitativen Forschungsprozess selbst eine bedeutende Rolle bezüglich einer damit verbundenen Reflexivität und Prozesshaftigkeit zu (Lamnek 2010, S. 20 ff.).

Hinsichtlich einer Dokumentation und Aufarbeitung der Lagebewältigung während der Flüchtlingssituation 2015/16 bestätigte sich, dass hierfür kaum personelle sowie zeitliche Ressourcen vorhanden waren und sind. Zusätzlich erschwerende Faktoren bei der Aufarbeitung liegen in einer Gewährleistung von einerseits genügend Abstand zur eigenen Organisation und der Einordnung der persönlichen Erfahrungen und andererseits einer gewissen Unabhängigkeit bezüglich der Ergebnisse und Empfehlungen. Gerade aus diesem Grund können Universitäten und Forschungseinrichtungen durch die Erhebung und Untersuchung von Phänomenen einen relevanten Beitrag bei der Dokumentation, Reflexion und Aufarbeitung leisten. Die Wissenssicherung wird somit mehr oder weniger „outsourct“. Schlussendlich ergibt sich ein Transfer durch „die Bereitstellung, Rekontextualisierung und Entwicklung von wissenschaftlich fundiertem Wissen in der Praxis“ (Gonser und Zimmer in diesem Band, S. 15). Wissenschaftler*innen profitieren dabei von der Erinnerung der Befragten für den wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn, Praktiker*innen von der Dokumentation und Sicherung des Erlebten.

(3) „*Quid pro quo*“ beim Verbindungsaufbau

Zudem wird den Praktiker*innen im Rahmen transdisziplinärer Forschung eine Stimme geboten, welche mit Hilfe der Wissenschaft eine Öffentlichkeit bekommen kann. Wissenschaftler*innen andererseits haben die Möglichkeit, mit ihren Ergebnissen außerhalb des „Elfenbeinturms“ Gehör zu finden. Hanschitz et al. (2009, S. 193) erklären das folgendermaßen:

„Dem Verzicht auf wissenschaftliche Autorität steht auf partizipativer Ebene die Selbstbefähigung der PraxisakteurInnen gegenüber. Beide Seiten verlieren ihre Rollensicherheiten zugunsten der Fähigkeit, Probleme über die Grenzen der wissenschaftlichen und fachlichen Kompetenz hinweg gemeinsam zu bearbeiten und zu lösen.“ (Hanschitz et al. 2009, S. 193)

In der transdisziplinären Projektarbeit wird also die Wissenschaftsperspektive um die Einblicke in die Praxis erweitert und ist somit gefordert, sich den Anforderungen, Gegebenheiten und realen Umständen zu stellen, mit denen die Untersuchungspersonen konfrontiert sind. Dies geht oftmals über die „von außen“ sichtbare Arbeit hinaus und berücksichtigt die internen Strukturen von Personen und Organisationen, die ansonsten lediglich eine „Black Box“ bleiben würden im Diskurs über Bewältigung der Flüchtlingssituation. So lässt sich anhand der Interviews im Rahmen von SiKoMi z. B. ableiten, dass die Einsatzkräfte zum einen einer erheblichen Arbeitsbelastung ausgesetzt waren, die sie teilweise an physische Grenzen brachte, zum anderen waren sie aufgrund der teilweise verheerenden Zustände in den Unterkünften, den Schicksalen der Menschen und Familien ebenso psychisch stark belastet. Die Nachfrage, ob eine solche oder ähnliche Situation im Vorfeld schon einmal erlebt wurde, wurde größtenteils – trotz zum Teil vieler Dienstjahre und einer Vielzahl an Einsätzen – verneint. Hinzu kamen systemimmanente Strukturen, wie politische Entscheidungen,

bürokratische und rechtliche Bestimmungen, die es den betreffenden Personen zusätzlich erschwerten, Maßnahmen einzuleiten und umzusetzen. Hiermit sind auf der einen Seite nicht nur Limitierungen beim Agieren von Organisationen vorgegeben, sondern auf der anderen Seite bergen diese Limitierungen auch Frustrationspotenziale für die Personen in den Organisationen, die zusätzlich bewältigt werden müssen.

Die Berücksichtigung von und die Auseinandersetzung mit diesen Faktoren in der Forschung kann dazu beitragen, dass Wissenschaft die Chance wahrnimmt, wichtige Impulse zu erhalten und so zu einem vollständigeren Bild der Flüchtlingssituation zu gelangen. Die Bereitschaft, nicht im „Alleingang“, sondern gemeinsam mit den in die Lage involvierten Praktiker*innen zu einer Deutungshoheit über die damalige Lage überein zu kommen, erhöht so die Wahrscheinlichkeit auch außerhalb der wissenschaftlichen Community im praktischen Bereich anschlussfähig zu sein. Nicht selten begegnete uns Wissenschaftler*innen ganz zu Anfang – wenn auch nur latent – eine ablehnende Haltung, die sicherlich mit der Befürchtung verbunden war, man wollte den Praktiker*innen etwas über deren Arbeit erzählen oder sie gar dazu belehren. Im Rahmen des Projekts zeigte sich bisher, dass es gerade das Interesse der Forschenden an der Erfahrung und der Expertise war, was dazu führte, dass etwaige Zweifel auf Seiten der Einsatzkräfte abgebaut wurden und wir infolge viel Unterstützung durch die Organisationen und die entsprechenden Personen erhielten und noch erhalten (in Form von Interviews, Dokumenten, weiterführenden Informationen etc.). Auch die Perspektive, außenstehenden Wissenschaftler*innen von den Erlebnissen zu berichten, um damit ein mögliches öffentliches Gehör zu finden, motivierte viele der Interviewpartner*innen, sich Zeit für ein Interview zu nehmen und Informationen für die Forschung bereitzustellen.

Darüber hinaus nehmen Wissenschaftler*innen als neutrale Außenstehende eine Brücken- bzw. Vermittlungsfunktion ein zwischen den unterschiedlichen Akteuren (in dem Fall Organisationen). Im Fall von SiKoMi resultiert das aus der Rundumsicht des Forschungsdesigns, welche verschiedene Akteursperspektiven integriert. Dadurch werden die Beteiligten füreinander sensibilisiert und sie erweitern ihr Verständnis über die jeweils andere Organisation, ohne dass Organisationen selbst z. B. ihre Verschwiegenheitsprinzipien bzw. -verpflichtungen verletzen müssen. Ein Beispiel sind Vorurteile zwischen Polizei und Hilfsorganisationen, die zum Teil auf Unwissenheit über Aufgabenwahrnehmungen und intern gegebenen Strukturen basieren. Dies zeige sich laut den Interviewpartner*innen zwar im Einsatz, wird aber darüber hinaus kaum überorganisational thematisiert oder gemeinsam reflektiert. Ähnliches ergab sich bei der Zusammenarbeit zwischen Polizeiorganisationen und kommunalen Behörden – auch hier kam es zu einer unterschiedlichen Auffassung der Aufgabenwahrnehmung. So führte ein unterschiedliches Verständnis der Bereitschafts- bzw. Dienstzeiten zu einigen Streitpunkten, Unklarheiten und Verzögerungen bei der Versorgung der Geflüchteten, da kommunale Verwaltungsbehörden im Gegensatz zu Polizeibehörden in der Regel keinen Schichtdienst ausüben, die Lage es aber erfordert hätte, bis in die Abendstunden oder darüber hinaus zu arbeiten. Entsprechend fielen in der Konsequenz viele nicht originäre und ungewohnte Aufgaben auf die Polizeien zurück, die ohnehin bereits weit im Bereich der Überstunden arbeiteten. Diese zusätzlichen Belas-

tungen ließen sich vermeiden, wenn es ein besseres gegenseitiges Verständnis für die jeweils andere Organisation und ein gemeinsames Verständnis für die erforderlichen Maßnahmen der entsprechenden Situation gäbe.

Fazit und Ausblick

Ausgangspunkt des vorliegenden Beitrags war die Frage: Wie kann transdisziplinäre Forschung im Rahmen eines anwendungsbezogenen Projektes aussehen? Anhand einzelner Arbeitspakete und -schritte des BMBF-Projektes SiKoMi wurden Beispiele aufgeführt, die darauf hindeuten, dass Transdisziplinarität beim Zusammenspiel von Wissenschaft und so genannter Praxis nicht erst nach Bewilligung eines Projektes bedeutsam wird, sondern schon in der Vorphase relevant ist. Das wird auch von vorhandenen Studien und Aufsätzen untermauert (Vgl. bspw. Defila und Di Giulio 2018; Defila et al. 2006). Aus den vorherigen Abschnitten lassen sich einige Funktionen transdisziplinären Arbeitens ableiten (s. Tab. 1):

Tab. 1: Funktionen transdisziplinärer Ansätze; eigene Darstellung

1. Theorie und Praxis im gegenseitigen Realitätscheck	
Umfassende(re) Gegenstandsbetrachtung und gemeinsame Deutungshoheit	→ Praktische Tiefe (für Wissenschaft (W)) → Theoretische Einordnung (für Praxis (P))
Korrektivfunktion	→ „Erdung“ durch Praxis (W) → Sachliche Distanz (P)
2. Das Ergebnis – Eine gemeinsame Lösung	
Reflexionsanstöße	→ Hinterfragung von Konstrukten (W) → Evaluation (P)
Gedächtnisleistungen	→ Erhebung von Erinnerungen (W) → Outsourcing der Wissenssicherung (P)
3. „Quid pro quo“ beim Verbindungsaufbau	
Erhalt einer Stimme (in unterschiedlichen Sphären)	→ Aufmerksamkeit außerhalb des „Elfenbeinturms“ (W) → Möglichkeit der Öffentlichkeit (P)
Sensibilisierung und Vertrauensaufbau	→ Zugangsmöglichkeiten und reibungslose Forschung (W) → Neutrale Vermittlung und Übersetzung verschiedener Perspektiven (P)

Dadurch wird auch der Weg für weitere transdisziplinäre Ansätze innerhalb der Projektdurchführung geebnet. In den zukünftig folgenden Arbeitspaketen von SiKoMi (AP 3 und AP 4) wird auch weiterhin verstärkt auf einen partizipativen Ansatz und die Zusammenarbeit mit Praktiker*innen gesetzt, um handhabbare Lösungen zu finden,

die durch nachhaltiges Benutzungsinteresse weitergeführt werden. Die im Projekt bevorstehenden Anwender*innenworkshop dienen dazu, die zuvor gewonnenen Ergebnisse in einem transdisziplinären Prozess auf den Prüfstand zu stellen (AP 3). Unter Projektbedingungen geschaffene „Communities of Practice“ sollen identifizieren, was relevantes Wissen vor dem Hintergrund der Flüchtlingssituation ist und wie es für andere Szenarien weitergegeben und aufbereitet werden kann. Darüber hinaus sollen zusammen Instrumente und Wege eines praktikablen „Wissensmanagements“ und gemeinsamen Lernens gefunden werden, welche an die Praxisgegebenheiten und -bedarfe angepasst und mit Hilfe digitaler Lösungen umgesetzt werden (AP 4).

Die o.a. Ausführungen zeichnen ein insgesamt recht positives Bild transdisziplinärer Forschung, weil es die eigenen Erfahrungen und Erlebnisse der Autor*innen im Rahmen von SiKoMi hergeben. Sie haben die vornehmlich positiven Seiten somit selbst erlebt. Das soll jedoch keinesfalls darüber hinwegtäuschen, dass sich solche Prozesse in anderen Fällen durchaus schwieriger gestalten können. Es bestehen immer wieder Gefahren auf beiden Seiten: „Bereichsegoismen“, die eine gleichwertige Zusammenarbeit erschweren und den jeweils anderen degradieren; Instrumentalisierung, um z. B. eigene Entscheidungen zu legitimieren und Veränderungen zu erzwingen, Sachverhalte (öffentlich) anzuprangern, politische Entscheidungen zu beeinflussen etc.; Misskommunikation und Missverständnisse aufgrund unterschiedlicher (Fach-)Sprachen und Begrifflichkeiten, die zu Misstrauen, brüchigen Beziehungen und im schlimmsten Fall zur gegenseitigen Verschließung führen können. Aber auch die Gefahr, aufgrund der Nähe zu den Praktiker*innen, die nötige kritisch-wissenschaftliche Distanz zu verlieren darf von Seiten der Wissenschaftler*innen nicht unterschätzt werden. Die Liste ließe sich erweitern. Trotz des Vorhandenseins solcher Gefahren ist anzunehmen, dass diese Punkte für (ernsthaft) an transdisziplinären Ansätzen interessierte Akteure nur eine untergeordnete Rolle spielen sollten. Vielmehr – davon gehen wir zumindest aus – stehen die positiven Seiten der Transdisziplinarität im Vordergrund: Win-Win-Situationen durch Erfahrungs- und Wissensaustausch, ein Voneinander- und Miteinander-Lernen sowie insgesamt eine gegenseitige Bereicherung in Bezug auf einen bestimmten Phänomenbereich, welcher ohne den jeweils anderen nicht erreichbar ist. Insbesondere anwendungsbezogene Forschungsprojekte wie SiKoMi, in denen Partizipation von Praktiker*innen ein maßgeblicher Teil des Projektes ist, sind unseres Erachtens geeignete Plattformen, um die positiven Resultate transdisziplinärer Forschung zu bewerben und zukünftig die weitere Annäherung von Wissenschaft und Praxis zu unterstützen.

Literatur

- Bogumil, J., Hafner, J., & Kuhlmann, S. (2016). Verwaltungshandeln in der Flüchtlingskrise. *Verwaltung & Management* 22 (3), 126–136. doi: 10.5771/0947-9856-2016-3-126.
- Bührmann, A. D., & Franke, Y. (2018). Sammelbesprechung: Transdisziplinarität: Versuch einer Kartografierung des Feldes. *Forum Qualitative Sozialforschung*, 19 (2). doi: 10.17169/fqs-19.2.3047.

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2020). Aktuelle Zahlen zu Asyl. Tabellen, Diagramme, Erläuterungen. Ausgabe Januar 2020, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-januar-2020.pdf?__blob=publicationFile&v=3. Zugegriffen: 12.03.2020.
- Defila, R., & Di Giulio, A. (2018). Partizipative Wissenserzeugung und Wissenschaftlichkeit – ein methodologischer Beitrag. In R. Defila & A. Di Giulio (Hrsg.), *Transdisziplinär und transformativ forschen* (S.39–67). Wiesbaden: Springer VS. doi: 10.1007/978-3-658-21530-9_2.
- Defila, R., Scheuermann, M., & Di Giulio, A. (2006). *Forschungsverbundmanagement. Handbuch für die Gestaltung inter- und transdisziplinärer Projekte*. Zürich: Vdf Hochschulverl.
- Frommer, J.-A., Schönefeld, M., Schütte, P. M., Werner, A., Epple, G., & Fiedrich, F. (2020). „Die Geschichte lehrt dauernd, aber sie findet keine Schüler“ – Ansatzpunkte für ein Lernen der Polizei aus den Flüchtlingsbewegungen 2015/2016. In H. Groß & P. Schmidt (Hrsg.), *Polizei und Migration. Empirische Polizeiforschung XXIII* (S.251–271). Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Froschauer, U., & Lueger, M. (2003). *Das qualitative Interview. Zur Praxis interpretativer Analyse sozialer Systeme* (UTB Soziologie, Bd.2418). Wien: WUV. doi: 10.1007/s11577-004-0059-3.
- Hanschitz, R.-C., Schmidt, E., & Schwarz, G. (2009). *Transdisziplinarität in Forschung und Praxis. Chancen und Risiken partizipativer Prozesse* (Schriften zur Gruppen- und Organisationsdynamik, Bd. 5): VS Verlag für Sozialwissenschaften. doi: 10.1007/978-3-531-91451-0.
- Lamnek, S. (2010). *Qualitative Sozialforschung*. Weinheim: Beltz. doi: 10.17877/DE290R-9414.
- Matias, D. M. (2017). Slow Onset Climate Change Impacts. Global Trends and the Role of Science-Policy Partnerships, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik. Discussion Paper: 24/2017. https://www.die-gdi.de/uploads/media/DP_24.2017.pdf. Zugegriffen: 12.03.2020.
- Mobjörk, M. (2010). Consulting versus participatory transdisciplinarity: A refined classification of transdisciplinary research. *Futures* 42 (8), 866–873. doi: 10.1016/j.futures.2010.03.003
- Neuhauser, L., Wang, X., Hong, Y., Sun, X., Zong, Z., Shu, X., Mao, J., Lee, E. W.-J., & Aibe, S. (2018). Collaborative Research and Action: The Changzhou Worker Wellness Project. In D. Fam, L. Neuhauser & P. Gibbs (Hrsg.), *Transdisciplinary Theory, Practice and Education* (Bd. 8, S.221–239). Cham: Springer International Publishing. doi: 10.1007/978-3-319-93743-4_15.
- Roth, F. (2016). Warum der Bevölkerungsschutz modernisiert werden muss. <https://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/lehren-der-fluechtlingskrise-warum-der-katastrophenschutz-modernisiert-werden-muss-14292776.html>. Zugegriffen: 12.03.2020.
- Schütte-Bestek, P. M., Wendekamm, M., & Pudlat, A. (2017). Eruption eines Dauerbrenners!? Zur Neuentdeckung von Flucht und Migration als Paradigma ziviler Sicherheit. In S. Lessenich (Hrsg.), *Geschlossene Gesellschaften. Verhandlungen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg 2016*. http://publikationen.sociologie.de/index.php/kongressband_2016/article/view/451/pdf_80. Zugegriffen: 12.03.2020.
- Terminski, B. (2012). Environmentally-Induced Displacement. Theoretical Frameworks and Current Challenges, Center for Ethnic and Migration Studies at Université de Liège. <http://labos.ulg.ac.be/cedem/wp-content/uploads/sites/14/2012/09/Environmentally-Induced-Displacement-Terminski-1.pdf>. Zugegriffen: 12.03.2020.
- Wendekamm, M., & Schütte, P. M. (2019). Sicherheitsproduktion in unübersichtlichen Zeiten. Ist die Innere Sicherheit fit für die Zukunft? In N. Burzan (Hrsg.), *Komplexe Dynamiken globaler und lokaler Entwicklungen. Verhandlungen des 39. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Göttingen 2018*. https://publikationen.sociologie.de/index.php/kongressband_2018/article/view/982/1226. Zugegriffen: 12.03.2020.

One Mission?

Integrationsförderung in der dualen Berufsausbildung durch multilateralen und reziproken Transfer im regionalen Netzwerk

Kirsten Rusert, Mehmet Kart & Margit Stein

1. Einleitung

Historisch betrachtet sind Forschung und Lehre die am Humboldt'schen Bildungsideal orientierten Kerndimensionen universitären Handelns (vgl. Himpsl 2017 o. S.; Roessler et al. 2015, S. 4).

(Wissens- und Technologie-)Transfer sowie Weiterbildung und gesellschaftliches Engagement werden als weitere Aufgaben im Zusammenhang mit einer Third Mission von Universitäten diskutiert und politisch gefordert (vgl. Roessler et al. 2015, S. 4f./8). Dabei besteht innerhalb der deutschen Hochschullandschaft (noch) kein homogenes Begriffsverständnis (vgl. Henke und Schmid 2016, S. 66). Henke et al. (2016, S. 19) verweisen auf die Notwendigkeit und die damit verbundenen Schwierigkeiten, die hinzugekommene Third Mission einerseits mit Forschung und Lehre zu kontextuieren und sie andererseits voneinander abzugrenzen, um sie als universitäre Kernaufgabe(n) klar fassen zu können.

Der im Beitrag vorgestellte Ansatz einer One Mission ermöglicht Universitäten für Forschungsbereiche mit gesellschaftlichem Bezug eine wechselseitig prozesshafte und gleichberechtigte Beziehung von Third Mission mit Forschung und Lehre. In diesem Verständnis ist One Mission anschlussfähig an die Idee der Citizen Science, die partizipative Forschung als Möglichkeit zur Teilhabe und Reflexion von Wissenschaft versteht (vgl. Bonn et al. 2016, S. 16ff.). Damit erschließt sich eine synergetische Perspektive, in der die Kernbereiche universitären Handelns aufeinander bezogen und sich gegenseitig fördernd agieren können (vgl. Pasternack 2008). Die Voraussetzungen dafür werden exemplarisch an dem vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geförderten Service Learning Projekt SKM (Soziale Kompetenzen für Auszubildende und Mediationstraining für Ausbilder*innen) der Universität Vechta vorgestellt. SKM zielt auf die Integration von Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung in der dualen Berufsausbildung mittels Förderung von sozialen Kompetenzen.

Im Beitrag wird zunächst eine Begriffsklärung von Third Mission vorgenommen, das Verständnis einer One Mission sowie das Projekt mit seiner theoretischen Verortung im Service Learning werden vorgestellt. Im Fokus steht die Vernetzung der Akteur*innen in der dualen Berufsausbildung Geflüchteter im ländlichen Raum. Beteiligte Akteur*innen werden anhand des Konzepts der Teilhabe zur Arbeitsmarktintegration identifiziert. Berücksichtigt wird auch, dass Betriebe und Politik in der

Beschäftigung Geflüchteter einen Lösungsansatz für den im betrachteten ländlichen Raum (Landkreis Vechta) bestehenden Fachkräftemangel sehen (vgl. Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung o. J.)

Eine netzwerktheoretische Einordnung zu den Transferprozessen im Projekt orientiert sich an den Charakteristika für Communities of Practice. Dadurch erschließen sich Perspektiven für eine Gestaltung der Zusammenarbeit, die eine nachhaltige und dauerhafte Zusammenarbeit mit den Akteur*innen – auch über eine zeitlich befristete Projektstruktur – ermöglichen. Der Beitrag schließt mit einem Ausblick ab, wie *One Mission* auch in anderen Zusammenhängen gesellschaftliche Transformationsprozesse begleiten und fördern kann.

2. First, Second und Third Mission oder One Mission?

Third Mission als öffentlicher Auftrag an die Hochschulen wird immer noch kontrovers diskutiert. Zum Widerspruch kommt es vor allem, wenn praxisorientierte Forschung gegenüber universitärer (Grundlagen-)Forschung als unwissenschaftlicher betrachtet wird. Wissenstransfer als Aufgabe in den Hochschulgesetzen (exemplarisch § 3 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 NHG) wird in diesem Verständnis als oktroyiert empfunden, sodass das Humboldt'sche Grundprinzip universitärer Autonomie von staatlichen und anderen äußeren Einflüssen als gefährdet gesehen wird (vgl. Diskussion dazu bei Henke et al. 2016a, S. 33; Würmseer 2016, Pasternack 2004/2008).

Als versöhnende Position schlägt Würmseer (2016, S. 25 ff.) vor, den Reflexionsprozess einer nicht selbstreferentiellen Forschung einzubeziehen, sodass der Blick von außen die Perspektiven erweitern kann. Die Umwelt der universitären Strukturen, d. h. die „aktuellen gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Rahmenbedingungen“ (ebd.) einzubeziehen, ist damit notwendig für den Forschungsprozess. Nutzenorientierung von Wissenschaft bezieht sich aus dieser Perspektive auf den Output, nicht auf das Vorgeben von Forschungsinhalten oder die interessenorientierte Beeinflussung von Ergebnissen. Third Mission ist somit auch eine forschungsfördernde Kommunikations- und Reflexionsstrategie.

Roessler et al. (2015, S. 13) definieren Third Mission in einer Ausweitung des „Aktivitätsradius von Hochschulen auf ökonomische, gesellschaftliche, politische und soziale Bereiche in der Region und darüber hinaus [...]“. Henke und Schmid (2016, S. 63) betonen Interaktionen mit nicht-universitären Akteur*innen, um gesellschaftliche Veränderungsbedarfe zu begleiten, die im Zusammenhang mit Forschung und Lehre, der ersten und zweiten Mission, stehen und deren Ressourcen nutzen. Der Beitrag folgt somit einem engeren Verständnis von Third Mission als in der Einleitung dargestellt (Gonser und Zimmer in diesem Band).

Der Definition folgend werden die Dimensionen Forschung, Lehre und Third Mission interdependent kontextuiert und damit als *One Mission*. (siehe Abbildung 1) betrachtet.

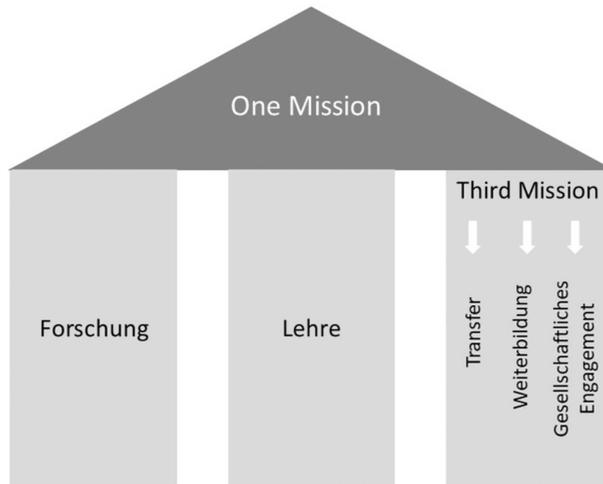


Abb. 1: One Mission.

Henke et al. (2016, S. 98, auch Würmseer 2016, S. 22) differenzieren die Handlungsfelder

- Weiterbildung als berufsbezogene Fortbildung, akademische Weiterbildung,
- Transfer als Wissensentwicklung, -vermarktung, -vermittlung,
- gesellschaftliches Engagement als bürgerschaftliches Engagement, Community Service, Widening Participation.

Das nachfolgend vorgestellte Projekt SKM bewegt sich prozessual und inhaltlich sowohl in Forschung, Lehre und Third Mission, spezifiziert in die Bereiche Wissenstransfer und gesellschaftliches Engagement. Es ist daher besonders geeignet, in einer überschaubaren Projektstruktur die Idee der *One Mission* abzubilden (siehe Abbildung 2). Die stark dialogisch kooperative Ausrichtung wird im Kontext des Transferverständnisses der Einleitung des Sammelbandes (Gonser und Zimmer in diesem Band) als eine Form des *Kooperativen Handelns und Forschens* gesehen, grenzt sich jedoch in der Verwendung der zentralen Begrifflichkeit Third Mission von dieser ab.

3. Service Learning Projekt SKM als Third Mission

Als Lernform in den USA entwickelt, soll Service Learning zivilgesellschaftliches Engagement strukturiert forcieren. Im universitären Kontext werden Studierende partizipativ an die Erreichung ihrer curricularen Lernziele herangeführt. Dabei werden tatsächlich existente zivilgesellschaftliche Bedarfe aufgegriffen. Die Haltung der Beteiligten ist von Reziprozität gekennzeichnet, dies beinhaltet Kommunikation und Kooperation der Universität (bzw. der beteiligten Mitarbeitenden) und beteiligter



Abb. 2: One Mission im Projekt SKM.

zivilgesellschaftlicher Akteur*innen wie auch verbindlich eingeplante Zeiten für Reflexion. Transfer ist somit ein fester Bestandteil der Lernform.

Interaktion im Serviceprozess wirkt demokratiefördernd, wenn es gelingt, ein Verständnis eines Miteinanders zu erleben. Schnebel und Gerholz (2019) sprechen von einer „face-to-face Ebene der Demokratie“. Dabei sollten Service- und Lernprozess miteinander sequentiell verknüpft werden. Transparenz über die Lernentwicklung trägt zum besseren Verständnis bei und begünstigt den Lernprozess.

Mit dem vom Bundesministerium für Wirtschaft und Entwicklung geförderten Projekt an der Universität Vechta werden die Bedingungen für einen gelingenden Ausbildungsverlauf sowie die Herausforderungen für Auszubildende mit eigener Flucht- und Migrationserfahrung herausgearbeitet. Vermehrte Ausbildungsabbrüche dieser Auszubildendengruppe (vgl. Kroll und Uhly 2018, S. 29 f.) werden insbesondere mangelnden sprachlichen Kompetenzen angelastet. Als weiteren Grund geben in der Studie des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung (KOFA 2017) befragte Ausbildungsbetriebe an, dass den Auszubildenden soziales und (inter)kulturelles Kapital fehle. Es wird geschildert, dass sich Auszubildende an die „deutsche Arbeitsmentalität“, z. B. den „betriebliche[n] Umgangston“ gewöhnen müssten (KOFA 2017, S. 10; vgl. OECD 2017). Diese Aussagen deuten auf einen fehlenden Zugang zu inkorporiertem kulturellem Kapital (vgl. Bourdieu 2015), das über Familie, Erziehung und Interaktion erworben wird und sowohl für die Integration insgesamt als auch für das erfolgreiche Absolvieren der Ausbildung erforderlich ist. Dazu gehören auch soziale Kompetenzen, auf die das Projekt fokussiert (vgl. hier auch Scheiermann in diesem Band).

Missverständnisse und Konflikte resultieren auch aus unterschiedlicher Wahrnehmung, wenn implizites Erfahrungswissen vorausgesetzt wird.¹ Da Schutzsuchende auf-

1 Aussage in einem Interview: „Erklären Sie mal einem Auszubildenden aus Äthiopien, was Aquaplaning ist.“

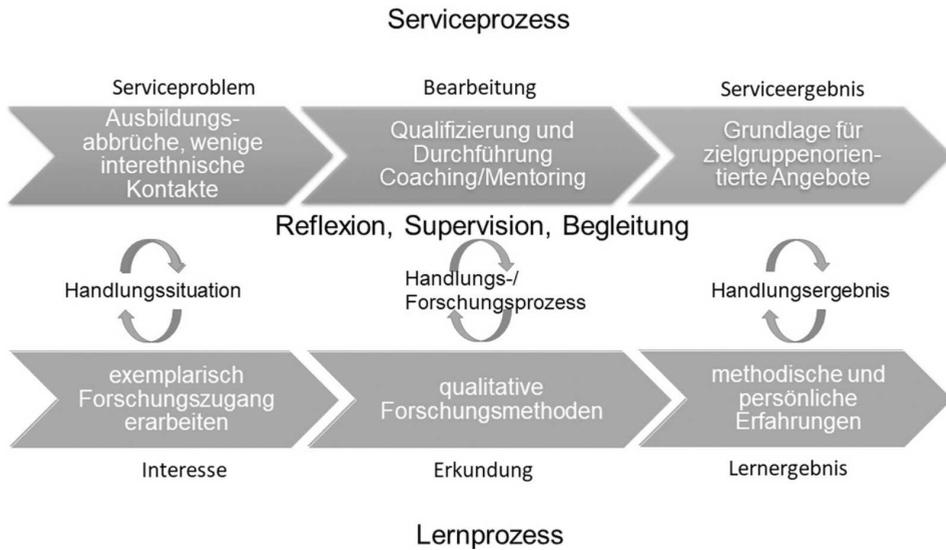


Abb. 3: Serviceprozess im Projekt SKM (Rusert et al. 2019, S. 385 angelehnt an Schnebel und Gerholz 2019).

grund der besonderen Lebenssituation in Flüchtlingsunterkünften nur erschwert soziale Kontakte zu Einheimischen aufbauen können, fällt es zusätzlich schwer, Grundlagen zum fehlenden kulturellen Kapital aufzubauen, das in der Aufnahmegesellschaft handlungsleitend ist (vgl. Wiedner et al. 2018, S. 24).

Diese Ausgangssituation greift das Projekt SKM auf und schafft durch ein Mentoring im Tandem eine*r Studierenden mit eine*r Auszubildenden interethnische Begegnungsräume. Die Interaktionen stärken als Bridging-Sozialkapital² soziale Kompetenzen der Auszubildenden, gleichzeitig ermöglicht es den teilnehmenden Studierenden interkulturelle Erfahrungen. Dabei werden soziale Kompetenzen im Rahmen des Projekts nach Stein (2003, S. 83) als Sensitivität, Kontaktfähigkeit, Soziabilität, Teamorientierung und Durchsetzungsstärke definiert.

Der Ablauf des Serviceprozesses im Projekt SKM wird in Abbildung 3 dargestellt.

Innerhalb des Mentorings wird im Einverständnis mit den Auszubildenden ein Interview durchgeführt, das von Studierenden im Seminar ausgewertet wird. Mit dem Kontakt auf Augenhöhe erschließt sich den Studierenden eine einzigartige Möglichkeit des Feldzugangs, der forschungsethisch besonderer Sensibilität und Transparenz bedarf. Insbesondere Forschungsvorhaben mit vulnerablen Gruppen, wie in der Migrations- und Fluchtforschung, sollten Raum für eine Ko-Konstruktion aller am Forschungsprozess Beteiligten geben. Auch wenn vor allem der sensible Umgang mit

² Putnam (2000 S. 22ff.) bezeichnet Bridging Sozialkapital als Brücke zwischen sozialen Gruppen, im Gegensatz zu Bonding Sozialkapital, das innerhalb der eigenen Gruppe aufgebaut wird. Inklusiv gedacht kann es Identitäten erweitern und Reziprozität erzeugen. Es kann gesellschaftliche Kohärenz fördern.



Abb. 4: Forschungsprozess SKM.

den Bedürfnissen der Befragten im Fokus steht, profitieren auch die Forschenden: Im intensiven Austausch können möglicherweise neue Informationen und weitere Daten generiert werden (vgl. Mey und Ruppel 2018, S. 209f./Fedyuk und Zentai 2018, S. 175). Studierende, die angeleitet von Lehrenden mit dieser Haltung das Forschen erlernen, gewinnen zusätzlich zu einem Bewusstsein der Subjektivität von qualitativer Forschung praxisbezogene Erfahrungen in ihren künftigen Berufsfeldern.

In den Supervisionen beschreiben Studierende ihre Mentees als zunächst vorsichtig und zurückhaltend. Die Treffen finden in der Freizeit und außerhalb von Schule und Betrieb statt. Auszubildende schätzen, dass sie nach ihren Bedarfen gefragt selbst als Auftraggeber*innen des Mentorings fungieren sowie den Kontakt zu etwa Gleichaltrigen. Zugesicherte Vertraulichkeit, Anonymität sowie die eigene Entscheidung über Teilnahme oder Abbruch des Mentorings geben die erforderliche Sicherheit, der Durchführung des Interviews zuzustimmen. Die Auswertungen sind nicht auf die Interviews beschränkt, sondern umfassen zusätzlich Dokumentationen des Mentorings. Bei Rückfragen können Studierende ihre Interviewpartner*innen einbeziehen. Einen Überblick über den Forschungsprozess bietet Abbildung 4.

Die Ausbildungsbetriebe waren interessiert, die eigene Praxis zu reflektieren und zu diskutieren. In diesem Kontext sind Interviews ausschließlich mit den Projektmitarbeitenden entstanden, die einen ganzheitlicheren Einblick in die Ausbildungspraxis zur beruflichen Integration von Schutzsuchenden in engagierten Betrieben geben. Das vorgesehene Mediations- und Coachingangebot wurde dagegen nachrangig in Anspruch genommen.

Die Forschung im Serviceprojekt SKM trifft auf den von Söhn und Marquardsen (2017, S. 31) konstatierten Bedarf, die Erwartungen und Ziele von Geflüchteten stärker in der Forschung zu berücksichtigen. Das Arbeitsbündnis Teilhabe (2015) betont die Bedeutung von partizipativen Forschungsmethoden, in der die Beforschten als

„aktiv und gleichberechtigt Handelnde“ einbezogen werden, um Transformation zur inklusiven Gesellschaft zu fördern. Dort wird zudem der Transfer von Forschungsergebnissen fokussiert:

Teilhabeforschung kann Erkenntnisse darüber liefern, wie Gesellschaft mit Verschiedenheit umgeht bzw. wie gesellschaftliche Gruppen Verschiedenheit(en) handhaben. Sie kann außerdem Hinweise dazu liefern, wie Unterstützungssysteme, Regelwerke und Praktiken gestaltet sein müssen, um eine gleichberechtigte und diskriminierungsfreie Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu fördern. Die Praxisrelevanz der Teilhabeforschung wird dadurch befördert, dass Fragen aus der Praxis an Wissenschaft und Forschung gestellt und die Forschungsergebnisse in die Praxis vermittelt werden (Aktionsbündnis 2015, S. 6).

Die Schwerpunktsetzung entspricht der Vorgehensweise im Projekt SKM und kann auch über Intersektionalität hinaus auf die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten adaptiert werden.

4. Arbeitsmarktintegration als Teilhabe im Inklusionskonzept

Arbeitsmarktintegration bedeutet mehr als reine Arbeitsvermittlung, wenn sich Integration an Teilhabechancen orientiert. Die verschiedenen Ebenen des Konzepts wurden vom Aktionsbündnis Teilhabeforschung (2015, S. 3) definiert:

Teilhabe wird zunächst verstanden als Wechselwirkungsverhältnis zwischen Gesellschaft, Umwelt und Individuum. Strukturell, auf der Ebene von Gesellschaft und Umwelt, beinhaltet Teilhabe die Bedingungen, Ressourcen und Möglichkeiten für das barrierefreie und vielfältige Eingebunden-Sein in gesellschaftliche und kulturelle Lebensbereiche und Funktionssysteme. Auf der Ebene von Prozessen meint Teilhabe die Möglichkeiten zur (An-) Teilnahme, Beteiligung, Mitwirkung und Mitbestimmung in den persönlichen, öffentlichen und politischen Angelegenheiten. Auf individueller Ebene lässt sich Teilhabe als Verwirklichungschancen im Sinne von Handlungs- und Gestaltungsspielräumen in persönlicher Lebensführung und Alltagsbewältigung verstehen. [...] Auf normativer Ebene ist Teilhabe positiver Ausdruck gesellschaftlicher Zugehörigkeit und damit ein Gegenbegriff zu sozialer Ausgrenzung.

Angelehnt an den Capability-Ansatz ergeben sich Teilhabechancen aus Interaktionen und sozialen Handlungen im Kontext von individuellen Ressourcen und Biographien, spezifischer Situation, sozioökonomischer Bedingungen und Umwelt (vgl. Stiglitz, Sen und Fitoussi 2009, S. 15). Ein wichtiger Aspekt ist die Möglichkeit, ein eigenes Lebensmodell wählen zu können: „In effect, what really matters are the capabilities of people, that is, the extent of their opportunity set and their freedom to choose among this set, the life they value.“ (ebd.).

Für Teilhabe am Arbeitsmarkt ergeben sich die tatsächlichen Chancen aus dem Aufeinandertreffen individueller Kompetenzen und Wünsche mit den in der Aufnahmegesellschaft geltenden normativen und institutionellen Bedingungen. Für eine Erwerbstätigkeit jenseits von prekärer Beschäftigung werden in Deutschland grundsätzlich formale Ausbildungs- oder Studienabschlüsse vorausgesetzt. Für Geflüchtete ist bereits der Zugang zur dualen Berufsausbildung oder Studium aufgrund administra-

tiver und formaler Voraussetzungen oft verwirrend. Ein System der in Deutschland geregelten dualen Berufsausbildung, das über Curricula für Berufsschule und betriebliche Ausbildung sowie Berichtswesen und durch Prüfungsordnungen geregelte Zwischen- und Abschlussprüfung zum Berufsabschluss führt, ist in den Herkunftsländern in der Regel nicht bekannt. Die Prüfungen erweisen sich bei vielen Schutzsuchenden, die den Weg in die duale Berufsausbildung geschafft haben, als unüberwindbare Hürde zum ersten Arbeitsmarkt. Häufiger als ihre Kolleg*innen ohne Fluchterfahrung und Migrationshintergrund beenden sie ihre Ausbildung ohne Abschluss (vgl. Kroll und Uhly 2018, S.29f.).

Bezogen auf die Mehrdimensionalität des Teilhabeconzepts rücken für die Arbeitsmarktintegration Geflüchteter vor allem die Bereiche Erwerbsarbeit und Bildung in den Fokus. Voraussetzung für eine gesicherte Lebenssituation sind jedoch auch Wohnen und Gesundheit.

Längerfristig restringierte Lebenszustände, wie sie im Kontext von Fluchtmigration zweifellos gegeben sind, können zu einer Anpassung und Engführung der eigenen Teilhabeziele führen. Erst mit Zugang zu neuen Ressourcen und praktischer Unterstützung werden Optionen ins Auge gefasst, die bisher nicht möglich erschienen – diese Dynamik zwischen Teilhabezielen, verfügbaren Ressourcen und der Auswahlmenge an Handlungsoptionen gilt es im Folgenden zu berücksichtigen (Söhn und Marquardsen 2017, S.8, vgl. auch Bartelheimer et al. 2015, S.16).

Je frühzeitiger mögliche Probleme im Ausbildungsverlauf erkannt werden, desto gezielter können Auszubildende unterstützt werden. Eine ganzheitliche Begleitung der dualen Berufsausbildung mit dem Ziel der Teilhabe kann nur durch eine Vernetzung der Beteiligten und Betroffenen gewährleistet werden.

5. Transfer des Projekts SKM in einer Community of Practice

Nach Rürup et al. (2015: 205) sind Netzwerke eine Verbindung von Akteur*innen und ihrer Beziehungen miteinander. Interorganisationale Netzwerke entstehen außerhalb operational geschlossener Systeme. Um eine lose Kopplung von Akteur*innen mit dem Ziel des Wissenstransfers in einer Kooperation zu beschreiben, eignet sich das Modell der Communities of Practice, die North et al. wie folgt definieren (2000, S. 54):

[...] über einen längeren Zeitraum bestehende Personengruppen, die Interesse an einem gemeinsamen Thema haben und Wissen gemeinsam aufbauen und austauschen wollen. Die Teilnahme ist freiwillig und persönlich. Communities of Practice sind um spezifische Inhalte gruppiert.

Wenger (2004, S. 2) betont den Wissenstransfer:

Communities of practice are groups of people who share a passion for something that they know how to do, and who interact regularly in order to learn how to do it better. [...] Communities of practice manage their knowledge. If you had enough knowledge to micro-manage communities of practice, you would not need them.

Communities of Practice sind in einem hohen Maß selbstorganisiert, so entscheidet die Gruppe über Managementfunktionen sowie In- und Exklusion (North et al. 2004, S. 43 nach Sharp 1997). Wenger (2004) charakterisiert sie über drei prägende Charakteristika (s. Abbildung 5).

Communities of Practice: fundamentale Charakteristika
nach Wenger, Etienne (Knowledge management as a doughnut - 2004)



Abb. 5: Communities of Practice: Charakteristika (nach Wenger 2004).

Die *Domain* umfasst und definiert das Kernthema, das die *Community* zusammenbringt. Daraus entstehen weitere Unterbereiche (Domains) nach praktischen Problemstellungen. Auch die Personen, die für das (Unter-)Thema stehen, gehören zur *Domain*. Es geht dabei nicht um die Bewältigung einer Aufgabe, sondern um die „area of knowledge“ (ebd.), die entdeckt und entwickelt wird.

Die *Community* bezeichnet die Gruppe von Akteur*innen und ihre Beziehungen. Der Grad der Beteiligung und die Qualität der Interaktion ist entscheidend, inwieweit Probleme adressiert werden können und Wissen geteilt werden kann. Wie im Bildungsnetzwerk sind die Beziehungen dauerhaft angelegt, sodass aus „Novizen“, die zunächst eher konsumieren, „Prosumenten“ werden, die gleichermaßen konsumieren und produzieren. Die *Community* regelt die In- und Exklusion von Mitgliedern. Die Kommunikationsform ist dabei variabel und kann sowohl virtuell wie auch persönlich stattfinden.

Communities of Practice bringen Praktiker*innen zusammen, die implizites Wissen kumulieren und durch die Entwicklung von Lösungen und Skills sowie dem Lernen aus Fehlern neues Wissen generieren, reproduzieren und transformieren, das der *Community* zugänglich gemacht wird.

An bestehende formale und informale Netzwerke im ländlichen Raum mit vielen persönlichen Beziehungen können befristete Projekte wie SKM mit einer *Community of Practice* anknüpfen, um mit Vertrauensarbeit schnell in einen wechselseitigen Aus-

tausch zu treten und alle drei Dimensionen universitären Handelns gleichberechtigt umzusetzen.

5.1 Akteur*innen in der dualen Berufsausbildung aus Sicht der Teilhabeforschung

Die für die Ausbildung von Schutzsuchenden relevanten und beteiligten Akteur*innen wurden in SKM anhand der Teilhabedimensionen identifiziert:

Akteur*innen im *Bereich Arbeit* sind zunächst die Unternehmungen, die als Ausbildungsbetriebe Auszubildende beschäftigen. Aufgaben von Jobcenter und Agentur für Arbeit sind (unter anderem), Arbeitssuchende in Arbeit zu vermitteln und Arbeitgeber*innen zu beraten.

Die Kammern als berufsständige Körperschaften öffentlichen Rechts vertreten die Interessen ihrer Mitglieder, somit auch in Beschäftigungsfragen. Als Selbstverwaltungsorgan der Arbeitgeber*innen übernehmen hoheitlich Kontroll- und Regelungsfunktionen im Rahmen des Berufsbildungsgesetzes (vgl. Elten 2017, S. 1). Insofern übernehmen sie auch Aufgaben, die den *Bereich Bildung* berühren. Lernortübergreifend erbringen Berufsschulen den Anteil der schulischen Bildung, während die praktische Anleitung in den Ausbildungsbetrieben stattfindet.

Der *Bereich Gesundheit*³ wird administrativ von den Ländern geregelt. Die Verfahrensweise ist zum einen die Ausstellung von Krankenscheinen über die Sozial- und Gesundheitsämter von Städten und Landkreisen oder die Ausstellung von Gesundheitskarten, bei denen den Gesetzlichen Krankenkassen Verwaltungskosten für die Abrechnung von Leistungen erstattet werden. Leistungen erbringen die Leistungsträger wie Ärzte, Therapeuten, Kliniken usw. Für Arbeitssicherheit und Gesundheitsprävention von Auszubildenden sind die Berufsgenossenschaften und die Gesetzlichen Krankenversicherungen zuständig

Im *Bereich Wohnen* gibt es unterschiedliche Modelle, bei denen die Kommunen selbst die Verantwortung für die Unterbringung von Geflüchteten übernehmen oder diese Aufgabe freien oder privaten Trägern überlassen. Die Kommunen sind im Bereich der Administration und Umsetzung, sowie für die Gesamtaufgabe der Integration zuständig, die sowohl auf die Geflüchteten als auch auf die Aufnahmegesellschaft bezogen ist. Ihre Aufgaben umfassen somit *alle Bereiche*. Politisch sind die Bundes- und Landesparlamente zuständig, nachrangig kommunalpolitische Gremien.

Abbildung 6 ist vervollständigt um die ehrenamtliche und hauptamtliche Unterstützung von Schutzsuchenden, womit auch die Integrationsbeauftragten der Wohl-

3 Die Bereiche Gesundheit und Wohnen wurden in der Projektarbeit nur in Einzelfällen berührt und daher auch im Transfer nachrangig betrachtet. Dies liegt an der Fokussierung auf die sozialen Kompetenzen des Projekts. Exemplarisch für Pflegeberufe stellt Köhler (2019, o. S.) gegenüber einheimischen Beschäftigten ein „erhöhtes Risiko arbeitsbedingte[r] Gesundheitsgefährdungen und Diskriminierung bei Pflegekräften mit Migrationserfahrung“ fest. Ein vertiefter Umgang mit dieser Teilhabedimension ist daher wünschenswert.

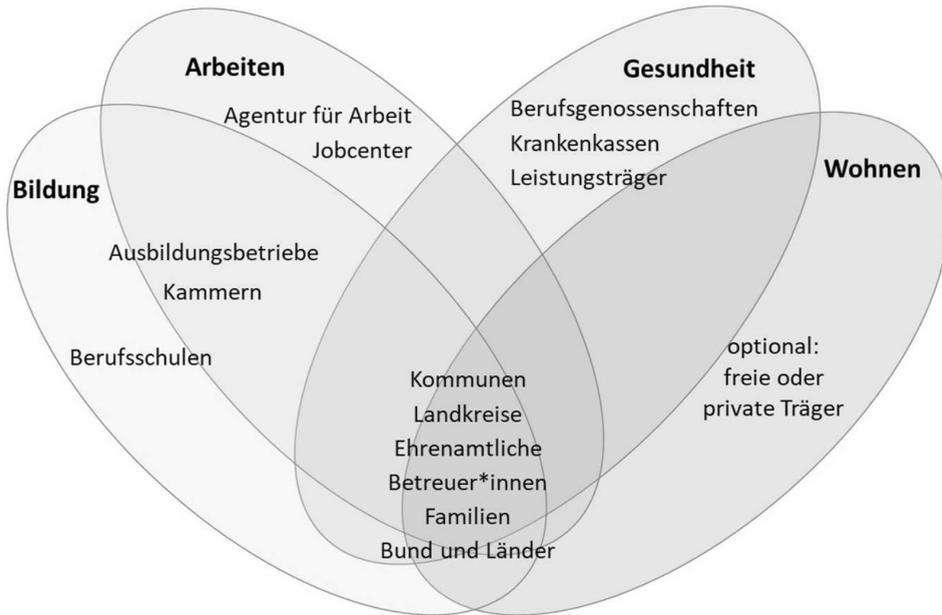


Abb. 6: Akteur*innen in den Teilhabedimensionen.

fahrtsverbände berücksichtigt werden. Auch wenn Überschneidungen herausgearbeitet wurden, sind diese nicht abschließend. So wurde z. B. in den Interviews der Auszubildenden mehrfach geschildert, dass sie auch Hilfestellung in der Schule oder im Ausbildungsbetrieb erhielten, die über den Bereich *Bildung* hinausging.

5.2 Lokale Vernetzung zur dualen Berufsausbildung im ländlichen Raum

Das Projekt SKM bezieht sich unmittelbar auf das direkte Umfeld der Universität Vechta, den Landkreis Vechta. Der Kontaktaufbau persönlicher Beziehungen wird durch die räumliche Nähe begünstigt. Voraussetzung ist, dass ein persönlicher oder sachlicher Nutzen für die Akteur*innen erkennbar ist. Die Akteur*innen stehen in loser Kopplung zueinander, auf dem Land bestehen zahlreiche informale und formale Beziehungen.

Die Vernetzung um das Projekt SKM besteht in einer losen Struktur ohne Verpflichtung der Teilnehmenden und verfügt über keine Netzwerkkoordination. Domain war die Arbeitsmarktintegration junger Schutzsuchender in der dualen Berufsausbildung. Die Community sind Akteur*innen aus den Teilhabedimensionen Bildung und Arbeit, durch die Beteiligung von Ehrenamtlichen sowie Trägern der Jugendhilfe werden die Bereiche Wohnen und – eher nachrangig – Gesundheit tangiert. Soziale Beziehungen bestanden vielfach bereits vor dem Projektstart, an diese konnte für den Transferprozess angeknüpft werden. Zu Netzwerkaktivitäten laden die Projektmitarbeitenden ein und stellen Informationen aus dem Projekt sowie Austausch zu relevanten Themen in der Ausbildung von Geflüchteten in den Vordergrund. Die

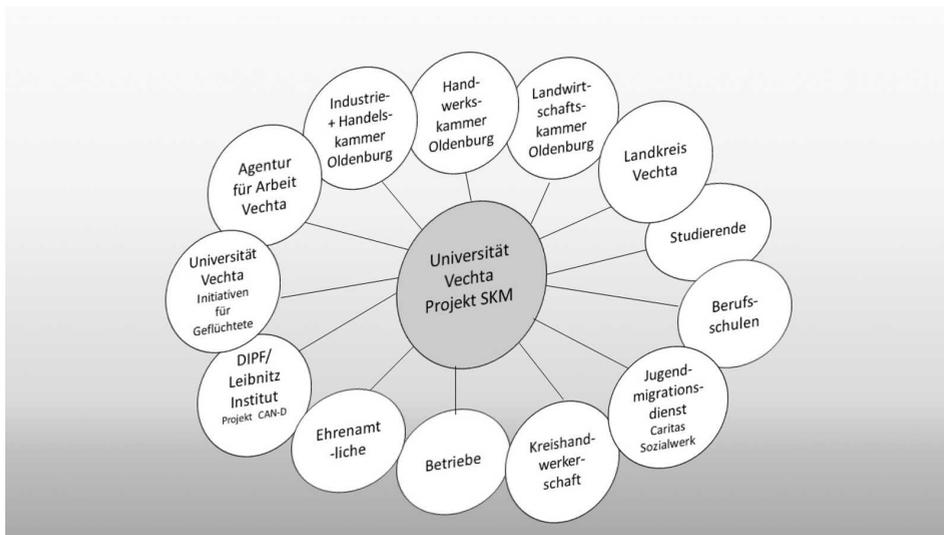


Abb. 7: vereinfachte Darstellung der Vernetzung um das Projekt SKM.

Kommunikation verläuft somit nicht als Einbahnstraße, sondern über den Wissenstransfer als reziproker Austausch. Practice der Community zeigt sich darin, dass Expert*innen aus der Praxis bei Fragen zur Verfügung stehen und damit fachlich abgesicherte Beratungsprozesse von Auszubildenden ermöglichen. Kontakte zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft werden forciert. Impulse aus der Praxis können in die Forschung aufgenommen werden, der Feldzugang zu Auszubildenden und Ausbildungsbetrieben wird partizipativ gestaltet, Informationen aus der Forschung werden kommuniziert und diskutiert – *One Mission* wird praktiziert.

6. Fazit und Ausblick

Die Mehrdimensionalität von Migrations- und Fluchtursachen und den daraus folgenden Integrations- und Inklusionschancen und Herausforderungen stehen in der Komplexität und Dynamik „eines breiteren und weltweiten Prozesses von Entwicklung, Globalisierung und sozialer Transformation“ (Morazán und Mauz 2016, S. 21).

Universitäten können im Ansatz einer *One Mission* diese Komplexität und Dynamik in Forschung und Lehre wissenschaftlich bearbeiten und mittels Service Learning Projekten (wie SKM) einer regionalen Nutzung zuführen. In diesen wechselseitigen Transfer können übergeordnete Diskurse fundiert werden und lokal generierte Handlungskompetenzen in die (Aus)Bildung junger Menschen einfließen. Lehre bleibt nicht auf den Hörsaal begrenzt. Damit wird zusätzlich zum forschenden Lernen die seit der Bologna-Reform geforderte Employability durch die Beteiligung Studierender an reflexiven Prozessen mit den Praxispartner*innen gefördert (vgl. Pasternack 2008, S. 21). Durch das partizipative Einbeziehen der vulnerablen Gruppe der Geflüchteten

und Studierender als Co-Forscher*innen kann die Forschungslücke zu den „subjektiven Perspektiven der Flüchtlinge selbst, deren Einstellungen und Wünsche[n], [...] Bedürfnisse[n] und Interessen [...] wie deren Biografien“ (Söhn und Marquardsen 2016, S. 35) verringert werden.

Innovative Austauschforen ermöglichen neue, zuvor verschlossene Feldzugänge. Dieser reziproke Austausch ist nicht selbstreferentiell, sondern bedarf einer respektvoll anerkennenden forschungsethischen Haltung. Gerade im von langfristigen Beziehungen geprägten ländlichen Raum könnte eine Missachtung dieser Bedingung dem zukünftigen Transfer dauerhaft schaden. Voraussetzung für *One Mission* ist, dass Third Mission in der Wissenschaft als universitäre Dimension anerkannt und unterstützt wird, z. B. mittels Kommunikationsstrategien (vgl. Henke und Schmid 2016, exemplarisch: Transferstrategie der Universität Vechta 2017). Als Best Practice veranschaulicht SKM, dass im Projektsetting einer Community of Practice komplexe Herausforderungen lokal und regional erfasst werden und Lösungsansätze auch über die in der Wissenschaft verbreiteten zeitlich befristeten Projektstrukturen nachhaltig zur Verfügung stehen können. Die Projektlaufzeit endet am 29.02.2020, eine Veranstaltung zur Dissemination der Ergebnisse ist im November 2020 geplant. Inwiefern die Vernetzung darüber hinaus Bestand haben wird, ist abzuwarten.

One Mission ist kein Konzept, das verordnet werden kann, sondern entsteht und existiert aus der spezifischen Haltung und Werten aller Beteiligten zueinander. Wenn es von Forschenden belebt wird, bietet es Universität wie Zivilgesellschaft zahlreiche Win-Win-Optionen.

Literatur

- Aktionsbündnis (2015). *Teilhabe-forschung – für ein neues Forschungsprogramm zu Lebenslagen und Partizipation von Menschen mit Behinderungen*. https://www.reha-recht.de/fileadmin/user_upload/DVfR/Downloads/Aktuelles/Aktionsb%C3%BCndnis_Teilhabeforschung_Gr%C3%BCndungserkl%C3%A4rung.pdf Zugriff 29. 11. 2019
- Bonn, A., et al. (2016). *Grünbuch Citizen Science Strategie 2020 für Deutschland*. Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ. Leipzig: Deutsches Zentrum für Integrative Biodiversitätsforschung (iDiv).
- Bourdieu, P. (2015). Die verborgenen Mechanismen der Macht. *Schriften zu Politik & Kultur*. Bd. 1. Hamburg: VSA.
- Elten, K. (2017). *Profession und Selbstverwaltung. Die Legitimationspolitik von Wirtschafts- und Berufskammern*. Wiesbaden: Springer VS.
- Fedyuk, O. & Zentai, V. (2018). The Interview in Migration Studies: A Step towards a Dialogue and Knowledge Co-production? In: R. Zapata Barrero & E. Yalaz (Hrsg.) *Qualitative Research in European Migration Studies* (S. 171–188), Springer: <https://doi.org/10.1007/978-3-319-76861-8>,.
- Henke, J., Pasternack, P. & Schmid, S. (2016). Third Mission von Hochschulen. Eine Definition. *Das Hochschulwesen* 1+2/2016, S. 16–22.
- Henke, J., Pasternack, P. & Schmid, S. (2016a). Third Mission bilanzieren. Die dritte Aufgabe der Hochschulen und ihre öffentliche Kommunikation. HoF-Handreichungen 8. Beiheft zu „die hochschule“ 2016.

- Henke, J. & Schmid, S. (2016). Perspektiven der Third Mission in der Hochschulkommunikation. Ergebnisse aus Fallstudien. *Die Hochschule* 1/2016, S. 62–75.
- Himpsl, F. (2017). Forschung, Lehre – und was noch? *DUZ Magazin* 5/2017 <https://www.duz.de/beitrag/!/id/428/forschung-lehre-und-was-noch>, Zugriff 02.01.2020
- Köhler, S. (2019). *Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund in der Pflege: Herausforderungen für den Arbeitsschutz*. Vortrag beim BGW Forum/September 2019. Hamburg: BGW AK Vielfalt und Verschiedenheit in der Arbeitswelt.
- Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung, KOFA (2017). *STUDIE 1/2017. Engagement von Unternehmen bei der Integration von Flüchtlingen, Erfahrungen, Hemmnisse und Anreize*. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.
- Kroll, S. & Uhly, A. (2018). *Ausländische Auszubildende in der dualen Berufsausbildung: Einmündung und Ausbildungserfolg. Eine Analyse auf Basis der Berufsbildungsstatistik mit besonderer Betrachtung der Staatsangehörigkeiten der zugangsstärksten Asylherkunftsländer*. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung <https://www.bibb.de/dazubi2017-0>, Zugriff 15.11.2019
- Morazán, P. & Mauz, K. (2016). Migration und Flucht in Zeiten der Globalisierung. In: *United Nations Global Compact. Flucht und Migration*. (S. 20–23) Münster: macondo publishing GmbH.
- Mayring, P. (2015). *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*. Weinheim: Beltz. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0_38.
- Mey G. & Ruppel P.S. (2018). Qualitative Forschung. In: Decker, O. (Hrsg.) *Sozialpsychologie und Sozialtheorie*. (S. 205–244). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-19564-3_14.
- Niedersächsisches Hochschulgesetz (NHG) (o. J.) <http://www.schure.de/22210/nhg.htm#p3>, Zugriff 29.12.2019
- Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung (o. J.). *Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen*. https://www.mw.niedersachsen.de/startseite/themen/arbeit/ausbildungs_und_arbeitsmarktintegration_von_gefluechteten_menschen/arbeitsmarktintegration-von-fluechtlingen-und-asylbewerbern-136168.html, Zugriff 03.12.2019.
- North, K., Franz, M. & Lembke, G. (2004). *Wissenserzeugung und -austausch in Wissensgemeinschaften. Communities of Practice*. QUEM-report, Heft 85, Berlin: Arbeitsgemeinschaft Betriebliche Weiterbildungsforschung e. V./Projekt Qualifikations-Entwicklungs-Management.
- Pasternack, P. (2004) Hochschulbildung zwischen Zweckfreiheit und Nützlichkeit. Theorie und Politik. In: *Zwischen Zweckfreiheit und Nützlichkeit. Texte zur Bildungspolitik*. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V., S. 75–98.
- Pasternack, P. (2008). Die Einheit von Forschung und Lehre, *DUZ Magazin* 2/2008, S. 20–21.
- Putnam, R. (2000). *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster. <https://doi.org/10.1145/358916.361990>.
- Roessler, I., Duong, S. & Hachmeister, C. (2015). *Welche Missionen haben Hochschulen? Third Mission als Leistung der Fachhochschulen für die und mit der Gesellschaft*. Gütersloh: ARBEITSPAPIER NR. 182 des CHE gemeinnütziges Centrum für Hochschulentwicklung.
- Rürup, M., Rübken, H. & Emmerich, M. (2015). *Netzwerke im Bildungswesen. Eine Einführung in ihre Analyse und Gestaltung*. Wiesbaden: Springer Verlag. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-06737-3>.
- Rusert, K., Kart, M. & Stein, M. (2019). Erfahrungsräume für interkulturelle Interaktion. In: Gruppe. Interaktion. Organisation. (S. 381–392). *Zeitschrift für Angewandte Organisationspsychologie* (GIO) 50(4). <https://doi.org/10.1007/s11612-019-00489-7>.
- Schnebel, K. & Gerholz, K. (2019). Demokratieverständnis fördern – Integration gestalten: Zur Verbindung von politischer Bildung und Service Learning. In: Deichmann, C. & May

- M. (Hrsg.). *Orientierungen politischer Bildung im „postfaktischen Zeitalter“*. (S. 115–133). Wiesbaden: Springer Verlag. https://doi.org/10.1007/978-3-658-23851-3_9
- Söhn, J. & Marquardsen, K. (2017). *Erfolgsfaktoren für die Integration von Flüchtlingen*. Forschungsbericht Nr. 484, Göttingen: Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen an der Georg-August-Universität.
- Stein, M. (2003). Soziale Kompetenz als dominierende Schlüsselqualifikation leistungsstarker Auszubildender. In: Stein, M., Schmidt, H.-L., Günther, B., Heese, C. & Babic, B. (Hrsg.). *Berufliche Begabung erkennen und fördern. Der Modellversuch ‚Leistungsstarke Auszubildende nachhaltig fördern‘*. (S. 81–92) Bonn: BiBB.
- Stiglitz, J., Sen, A. & Fitoussi, J. (2009). *Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress*. Paris: Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress
- Unger, H. von (2014) *Partizipative Forschung. Einführung in die Forschungspraxis*. Springer VS: Wiesbaden
- Universität Vechta (2017) *Transferstrategie*. https://www.uni-vechta.de/fileadmin/user_upload/Forschungsmanagement/Dokumente_und_Downloads/Transferstrategie.pdf, Zugriff 05.02.2020
- Wenger, E. (2004). *Knowledge management as a doughnut: Shaping your knowledge strategy through communities of practice*. Ivey Business Journal. January/February 2004. <https://iveybusinessjournal.com/publication/knowledge-management-as-a-doughnut/>, Zugriff 11.05.2019
- Wiedner, J., Salikutluk, Z. & Giesecke, J. (2018). *Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten: Potenziale, Perspektiven und Herausforderungen*. State-of-Research-Papier 7, Verbundprojekt Flucht: Forschung und Transfer. Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück/Bonn: Internationales.
- Witzel, A. (2000). Das problemzentrierte Interview. *Forum Qualitative Sozialforschung/ Forum: Qualitative Social Research*, 1(1), Art. 22, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0001228> [04.03.2020].
- Würmseer, G. (2016). Third Mission als Auftrag für Universitäten? *Die Hochschule*1/2016 (S. 23–31).

Anna Schrimpf, Abdul Latif Jameel Poverty Lab (J-PAL Europe), im Gespräch mit Nicola Mühlhäußer

„Das internationale Forschungszentrum J-PAL Europe als Brücke zwischen Wissenschaft und Praxis“

Nicola Mühlhäußer: Liebe Frau Schrimpf, Sie sind „Executive Director“ bei J-PAL Europe. Welches Transferkonzept ist die Grundlage Ihrer Arbeit dort? Und welche Transferziele haben Sie?

Anna Schrimpf: Das *Abdul Latif Jameel Poverty Action Lab (J-PAL)* ist ein globales Forschungszentrum, das sich durch die Förderung der evidenzbasierten Politik- und Programmgestaltung weltweit gegen Armut und soziale Ausgrenzung engagiert. Auf der Grundlage eines globalen Netzwerks von über 190 affilierten Professor*innen leiten wir unabhängige, rigorose Wirkungsevaluierungen (*randomized controlled trials*), um kritische Fragen der Sozial- und Entwicklungspolitik zu beantworten. Wir arbeiten mit politischen Entscheidungsträger*innen, NGOs, internationalen Organisationen und privaten Akteur*innen, um die Effektivität von sozialen Programmen zu testen und langfristig zu verbessern.

Seit unserer Gründung 2003 als Forschungszentrum am *Massachusetts Institut of Technology*, USA, haben innovative Programme, die von unseren affilierten Wissenschaftler*innen ausgewertet wurden, auf diese Weise bereits mehr als 400 Millionen Menschen erreicht. Unsere Fortbildungskurse, die Evaluation durch randomisierte kontrollierte Studien praxisnah vermitteln und weltweit angeboten werden, sind bereits von mehr als 10,000 Personen wahrgenommen worden. Transfer ist Kern unseres Selbstverständnisses und in vieler Hinsicht die maßgebliche Motivation zweier unserer Gründer, Prof. Esther Duflo und Prof. Abhijit Banerjee, deren Beiträge zur experimentellen Armutforschung in 2019 mit dem Wirtschaftsnobelpreis gewürdigt wurden. Unser Handlungsansatz versteht praxisrelevante, rigorose Sozialforschung als notwendig aber nicht hinreichend. Die zentrale Aufgabe *J-PALs* besteht in der Brückenbildung zwischen Wissenschaft und Praxis, die die Umsetzung des Gelernten weltweit mit mehr als 400 Mitarbeitenden unterstützt.

Aus thematischer Sicht ist *J-PAL* breit aufgestellt: Unsere knapp 1000 wissenschaftlichen Studien in mehr als 80 Ländern berühren vielfältige Problematiken der Armutsminderung und Entwicklungspolitik in Bereichen wie Landwirtschaft, Gesundheitswesen, Bildung, Arbeitsmärkte, Finanzen, Umwelt, bis hin zu Kriminalität, Korruption, und Geschlechterungleichheit. *J-PAL Europa*, unser europäisches Büro, spezialisiert sich auf Fragestellungen der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik sowie der sozialen Inklusion von Migrant*innen und Geflüchteten in Europa. Unser Ansatz zum Wissenschaftstransfer beruht also auf einem Modell, das über jahrelange Erfahrung gewachsen ist und durch breite Anwendung in unterschiedlichsten thematischen Sektoren verfeinert wurde.

Durch eine von uns durchgeführte umfassende Literaturanalyse¹ wissen wir, dass es trotz der großen sozialen Bedeutung des Themas – gerade im Bereich der Integration von Migrant*innen und Geflüchteten – häufig an handlungsorientiertem Wissen mangelt. Durch unsere europaweite Initiative möchten wir helfen, dies zu ändern.

Nicola Mühlhäußer: Können Sie uns schildern, welche konkrete Maßnahmen und Strategien Sie verfolgen, um dies zu erreichen?

Anna Schrimpf: Unsere *European Social Inclusion Initiative* ist eine von rund 15 Forschungsinitiativen, die *J-PAL* ins Leben gerufen hat. Das Ziel unserer Initiativen ist, praxisrelevante Forschung in bedeutenden, jedoch vernachlässigten Themenbereichen zu fördern, um gezielt Wissenslücken zu füllen und letztlich die Effektivität von Sozialpolitiken und -programmen zu steigern. So beginnen *J-PALs* Initiativen grundsätzlich mit einer ausgiebigen Literaturstudie, durch die kritische offene Fragen identifiziert und so die Forschungsagenda aus wissenschaftlicher Perspektive definiert werden. Jede unserer Initiativen unterliegt der wissenschaftlichen Leitung von Fachexpert*innen – in diesem Fall Prof. Luc Behaghel und Prof. Marc Gurgand der *Paris School of Economics*.

Dieses wissenschaftliche Gerüst haben wir genutzt, um relevante potentielle Partner*innen aus der Praxis zu identifizieren und kontaktieren. Über mehrere Monate standen wir europaweit mit hunderten Akteur*innen in Regierungen und Nichtregierungsorganisationen (Non-governmental organizations NGOs) im Austausch, um die Initiative bekannt zu machen und Entscheidungsträger*innen für eine eventuelle Teilnahme zu begeistern. Zu unserer Auftaktkonferenz in Paris im März 2019 konnten wir mehr als 300 Teilnehmende aus Wissenschaft und Praxis aus 15 Ländern begrüßen. Dieses Zusammenführen hat mehr als nur symbolischen Charakter: Der Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis dient nicht nur der Verfeinerung der Forschungsagenda, sondern ist auch ein wichtiger erster Schritt der Kreation von kooperativen Forschungsprojekten. *J-PALs* Brückenfunktion besteht darin, brennende Fragen aus der politischen und sozialen Arbeit mit hochkarätigen Forschenden zusammen zu bringen. Dies erreichen wir auch dadurch, dass sich für die Finanzierung von Evaluationen durch *J-PAL* nur Teams, die sowohl aus *J-PAL* affilierten Professor*innen als auch umsetzenden Organisationen bestehen, bewerben können. Dieses Zusammenführen von Wissenschaft und Praxis ist bedeutender Bestandteil unserer Arbeit und Grundlage eines erfolgreichen Transfers.

Zusätzlich begleiten wir Regierungen und NGOs durch gezielte Trainingsangebote, die nicht nur auf die konkrete Zusammenarbeit im Kontext der Initiative vorbereiten, sondern für Organisationen auch als langfristige Investition in ihre Evaluationsstrategie und -fähigkeit geschätzt werden. Unsere Erfahrung zeigt, dass diese vorbereitende Arbeit, die Kollaboration mit Wirtschaftler*innen langfristig steigert und die Zusammenarbeit positiv prägt: Organisationen, die auf diese Art in ihre

1 https://www.povertyactionlab.org/sites/default/files/documents/esii-review-paper_0.pdf

Fähigkeiten investieren, begegnen den wissenschaftlichen Herausforderungen einer Wirkungsevaluation mit realistischen Erwartungen und gesteigerter Sensibilität.

Teams aus J-PAL-affilierten Professor*innen und Durchführungsorganisationen können sich bei unserer Initiative regelmäßig um finanzielle Mittel für ihre gemeinsamen Forschungsvorhaben bewerben. Dies ist entscheidend, weil innovative und rigorose Sozialforschung signifikante Kosten mit sich bringt. Ohne regelmäßigen Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten riskieren wir das Verstreichen zeitkritischer Gelegenheiten. Geförderte Projekte werden durch *J-PAL* aber auch über die finanzielle Unterstützung hinaus begleitet. Transferarbeit bedeutet nicht nur, das Gelernte zu veröffentlichen und durch Publikationen und Konferenzen zu verbreiten, sondern auch ein Partner auf Augenhöhe in der Umsetzung und Ausweitung des Gelernten zu sein.

Nicola Mühlhäußer: Stichwort Transfer mit der Wissenschaft: Was sind Ihrer Ansicht nach wichtige Gelingensbedingungen?

Anna Schrimpf: Grundsätzlich beginnt für *J-PAL* der Wissenschaftstransfer bereits in der kooperativen Formulierung der Forschungsfrage. Da unsere Studien prinzipiell entweder existierende oder geplante Sozialpolitiken und -programme, die von Regierungen, NGOs, oder privaten Akteur*innen umgesetzt werden, begleiten, ist die Praxisnähe unserer wissenschaftlichen Arbeit durch diesen Aspekt unseres Ansatzes garantiert. Die Relevanz des Erlernten ist wesentlicher Baustein einer erfolgreichen Transferleistung. Wir arbeiten mit Regierungen und NGOs an konkreten Fragestellungen wie *Welche Maßnahmen unterstützen Arbeitssuchende am effektivsten? Wie motivieren wir Eltern, ihre Kinder rechtzeitig impfen zu lassen? Wie helfen wir geflüchteten Kindern am besten, in Schulsystemen in Aufnahmeländern Fuß zu fassen?* Die Umsetzung des Erlernten ist gerade dann wahrscheinlich, wenn Forschungsergebnisse die realen und akuten Fragen der Politikgestaltung beleuchten.

Trotzdem erfolgt die Anwendung von wissenschaftlichen Resultaten nicht automatisch. Es ist beispielsweise nicht zu vernachlässigen, dass Resultate zeitnah, transparent und verständlich kommuniziert werden müssen, um handlungsrelevant zu sein. Zusätzlich zu den wissenschaftlichen Publikationen, durch unsere affilierten Professor*innen geleitet werden, ist es daher Aufgabe des *J-PALs* Policy Teams, jede Studie auch für ein nichtwissenschaftliches Publikum verständlich aufzubereiten.² Diese Transparenz steigert unserer Erfahrung nach die Wahrscheinlichkeit, dass relevante Zielgruppen sich die Resultate zu Eigen machen und Ergebnisse der Politisierung und Missinterpretation widerstehen.

Ein anderer, und oft übersehener Aspekt erfolgreicher Transferarbeit liegt in der Frage, wie Programme, die studienbedingt nur bei einem Teil der relevanten Zielgruppe untersucht werden konnten, erfolgreich – und wissenschaftstreu – ausgeweitet werden können. Obwohl heute immer mehr unserer Studien enorme Stichprobengrö-

² <https://www.povertyactionlab.org/evaluations>

ßen erreichen, bleibt die Evaluation von Programmen auf Staats- oder Landesebene die Ausnahme. Wie können wir also sichergehen, dass die Effektivität von Programmen, die sich in einem kleineren Rahmen bewährt haben, auch dann Bestand hat, wenn wir zum Beispiel ein innovatives Bildungsprogramm, das in 300 Schulen getestet wurde nun in 30.000 Schulen umsetzen möchten? Die Frage der erfolgreichen Ausweitung oder *Scale-up* stellt sich vor allem dann, wenn wir mit umsetzenden Akteur*innen in Kontexten zusammenarbeiten, die durch schwache Staatskapazitäten und Ressourcenknappheit geprägt sind, ist aber auch in anderen Umfeldern relevant. Zusätzliche Komplexität steckt in der Frage, wie verantwortungsvoller Transfer des Gelernten in neue Kontexte gestaltet werden kann. Wie könnte zum Beispiel das türkische Bildungsministerium von Innovationen, die in Frankreich getestet wurden, lernen? Wie bestimmen wir die Relevanz und ihre Grenzen? Auch dies sind wichtige Facetten von Transfer, die J-PAL durch Expertise und finanzielle Mittel unterstützt.

Außerdem ist es wichtig, dass wir unsere Forschung als öffentliches Gut sehen. Aufwand und Kosten einer stringenten Wirksamkeitsprüfung durch randomized controlled trials sind gerade deshalb gerechtfertigt, wenn das Erlernte auch Anderen zur Verfügung gestellt wird. Wir legen den Grundstein zur Diffusion unserer Ergebnisse, indem wir von unseren Partner*innen erwarten, dass sie sich vorab zur Veröffentlichung der Resultate bereit erklären. Das erfordert manchmal sicherlich ein gewisses Maß an Mut und viel Fingerspitzengefühl in der Handhabung der oft politischen Risiken. Doch wir untergraben das Potential unserer Projekte, wenn wir Forschung in der ‚Dunkelkammer‘ betreiben. Die Kraft unseres Ansatzes liegt in der Menge des Gelernten. Keine einzelne Studie kann uns schlussendlich den eindeutigen Weg zur Armutsbekämpfung und sozialen Inklusion zeigen. Jede Studie ist ein Beitrag zu einem komplexen Bild, das wir stetig durch neue Erkenntnisse weltweit vervollständigen. Nur durch diese Vielfalt kann es uns gelingen, aussagekräftige Synthesen und Schlussfolgerungen zur Verallgemeinerbarkeit zu formulieren und multidirektionalen Transfer zu unterstützen.

V.
**Kanadische Perspektiven auf Wissensmobilisierung und
Transfer**

Integrated Knowledge Mobilization

Promising Practices from Two Canadian Projects

Simone Chia-Kangata, Lisa Lachance & Michael Ungar

Zusammenfassung

Die sog. *Knowledge Mobilization* („Wissensmobilisierung“) entwickelte sich in Kanada in den 1990er Jahren zu einem anerkannten Konzept. Seitdem wird der Begriff als Beschreibung für die Verbreitung von Forschungsergebnissen verwendet, die an den Bedarfen von politischen Entscheidungstragenden, Praktiker*innen und gesellschaftlichen Akteuren ausgerichtet ist. Der Begriff Knowledge Mobilization wird nicht einheitlich definiert und konzeptualisiert, aber im Allgemeinen als ein Prozess verstanden, der auf der Zusammenarbeit zwischen den Produzent*innen und den Nutzer*innen von Wissen beruht. Dabei werden Maßnahmen der Wissensvermittlung, der Wissensübersetzung (Translation), des Austauschs und der Ko-Kreation eingesetzt, um Informationen für programmatische und politische Entscheidungen zur Verfügung zu stellen und damit eine Wissensgrundlage für gesellschaftliches Handeln zu schaffen. Bei der sog. Integrierten Knowledge Translation („Integrierte Wissensübersetzung“, IKT) wird die traditionelle Unterscheidung zwischen Wissenserzeugenden und Wissensnutzenden aufgeweicht; beide Gruppen gestalten alle Phasen des Forschungszyklus als Gleichberechtigte. In diesem Beitrag werden die integrierten Ansätze von Knowledge Mobilization und Knowledge Translation am Beispiel zweier Forschungsinitiativen erläutert.

Die Child and Youth Refugee Research Coalition (CYRRC) ist ein kanadisches Netzwerk von Forschenden, gesellschaftlichen Akteursgruppen und Regierungsbehörden mit dem Ziel, die Integration von geflüchteten Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in Kanada zu unterstützen. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit der akademischen und nicht-akademischen Projektbeteiligten während aller Phasen des Forschungsprozesses.

Das Sozialunternehmen Wisdom 2Action (W2A) mit Kund*innen in Kanada und der ganzen Welt wird als zweites Beispiel vorgestellt. Auf Grundlage der Rahmenkonzeption von PARIHS (Promoting Action on Research Implementation in Health Services, „Förderung von Maßnahmen zur Umsetzung von Forschung im Gesundheitswesen“) nimmt W2A die psychische Gesundheit und das Wohlbefinden von Kindern, Jugendlichen und gesellschaftlichen Subsystemen in den Blick. Diese sollen durch Forschung, Evaluationsmaßnahmen, die Förderung des Engagements von Jugendlichen und der Beteiligung von gesellschaftlichen Akteuren unterstützt werden. Der Beitrag von Simone Chia-Kangata, Lisa Lachance und Michael Ungar gibt einen Überblick über einige der Instrumente, die CYRRC und W2A einsetzen, um die Ko-Kreation von Wissen in den von ihnen beforschten Bereichen voranzutreiben.

Der folgende englischsprachige Beitrag ist unter www.bibb.de/vet-repository/000012 in deutscher Übertragung verfügbar.

Introduction

Knowledge mobilization (KMb) emerged as a popular concept in the Canadian education and health sectors in the 1990s (Levin, 2008; Ratkovic et al., 2015). Since then, it has become synonymous with sharing research in ways that are meaningful for policymakers, practitioners, and communities (Atherton, 2006; Bennet & Bennet,

2007). Although there remains some ambiguity around the definition and conceptualization of knowledge mobilization, it is generally understood as a process based on collaboration between knowledge producers and knowledge users, using methods such as knowledge sharing, translation, exchange and co-creation, to inform program and policy decisions or to provide the basis for community-focused action (Bennet and Bennet, 2015; Government of Canada, 2015; Government of Canada, 2019b). In this paper, we briefly describe the knowledge mobilization context in Canada, focusing on a recent shift from knowledge mobilization as a one-directional flow of information, to a more collaborative, partnership-based approach. We then describe knowledge mobilization approaches from two projects in Nova Scotia, Canada. The Child and Youth Refugee Research Coalition (CYRRC) is a pan-Canadian network of researchers, service providers and government partners working together to produce and share research that facilitates the integration of young refugees and their families in Canada and beyond. Wisdom 2Action (W2A) began as a government-funded KMb network and is now a social enterprise that supports research and helps mobilize promising practices for improving the lives of vulnerable young people in Canada and beyond. Both use an integrated knowledge mobilization approach in which knowledge users are engaged as equal partners in all stages of the research process.

Defining an Elusive Concept – What is Knowledge Mobilization?

Despite increasing emphasis on knowledge mobilization in Canada and around the world, there remains ambiguity about what is meant by this concept, due in part to the many terms used to describe it. Implementation science, knowledge transfer, and knowledge mobilization are all terms used to describe the process of moving research into practice, through the engagement of researchers as knowledge producers with knowledge users, including practitioners and other stakeholders such as people with lived experience (Nilsen, 2015; Jull et al., 2017). A 2006 study by Graham et al. found over 29 terms used to describe some form of knowledge to action (Graham et al., 2018). In Canada, the term knowledge transfer has generally been favored within the STEM (science, technology, engineering and math) and health science sectors while the term knowledge mobilization has been adopted in the social sciences and humanities. This is largely due to the usage of these terms by the Canadian Institutes of Health Research (CIHR) and the Social Sciences and Humanities Research Council (SSHRC), respectively. Throughout this article, we refer primarily to knowledge mobilization (KMb), which SSHRC defines as “an umbrella term encompassing a wide range of activities relating to the production and use of research results, including knowledge synthesis, dissemination, transfer, exchange, and co-creation or co-production by researchers and knowledge users” (Government of Canada, 2019b, paragraph 2).

Just as there are a variety of terms used to describe the process of knowledge to action, there are divergent ideas about the objectives and activities of KMb. A range of KMb theoretical frameworks have been developed that are grounded in concepts

ranging from psychology and sociology to learning and evaluation theory (Harvey & Kitson, 2015b; Nilsen, 2015; Tabak et al., 2012). In primarily academic contexts, KMB is often conceptualized as a one-way transfer of knowledge, with knowledge flowing from knowledge producers (such as researchers and scientists) to knowledge users (those who may be affected by or interested in the research). Research has shown, however, that knowledge generated and shared in this one-way transfer (or “push” model) rarely results in uptake by end-users (Bennet & Jessani, 2011). As a result, this model is increasingly giving way to more collaborative and participatory approaches. In Canada and elsewhere, the concept of integrated knowledge mobilization (also called knowledge co-creation), or integrated knowledge transfer (IKT) is gaining increasing prominence. In integrated knowledge mobilization, the distinction between knowledge creators and knowledge users is blurred. Each group is involved in all stages of the research process from definition of the research question, to data collection, interpretation of findings, dissemination, and uptake. The specific nature of collaboration may vary – in some cases, formal agreements clearly outline roles and responsibilities; while in others, collaboration is less formalized, more fluid, and may be based on existing personal relationships. The underlying premise is that knowledge uptake is facilitated when those able to act on research findings are involved in producing the research. At the same time, research produced using a collaborative approach tends to be more solution-focused and relevant to the needs of policymakers, practitioners and communities. (Greenhalgh et al., 2016; Kothari et al., 2017). With this in mind, we find it useful to think of knowledge mobilization as bringing knowledge, people and action together to create value. KMB goes well beyond one-directional knowledge dissemination. It embeds knowledge creation and use within the core structures that shape how communities and organizations interact (Bennet & Bennet, 2007; Clark & Kelly, 2005).

Integrated knowledge mobilization may be particularly important when undertaking KMB in the community sector, where access to and sharing of promising practices is challenging amongst service providers and community-based non-profit organizations (NPOs). NPOs in Canada have not consistently been part of knowledge translation initiatives and face internal and external barriers, such as lack of capacity and networks, to identify and share what works (Leadbeater, 2010; Mitchell, 2011; Ungar et al., 2015). The next section describes two projects in Nova Scotia, Canada that use integrated knowledge mobilization approaches.

The Child and Youth Refugee Research Coalition (CYRRC)

The Child and Youth Refugee Research Coalition (CYRRC) is a pan-Canadian network of researchers, service providers, and government partners working together to produce and share research that facilitates the integration of young refugees and their families in Canada and beyond. In 2017, the network was awarded a 5-year SSHRC partnership grant to carry out research and mobilize knowledge to address the

challenges and opportunities that refugee young people experience in four areas: (1) the economic and political contexts that affect them and their families; (2) language, literacy and learning; (3) social integration and human rights; and (4) child, youth and family wellbeing. The network has almost 200 members, including over 30 education and service provider organizations (ESPOs) and government partners. Each year, the network distributes approximately \$ 300,000 in research sub-grants among its member researchers and non-academic partners. To date, the network has provided subgrants for over fifty research projects on economic and social integration, language and literacy, and child, youth and family wellbeing.

CYRRC's integrated KMb approach is guided by SSHRC's emphasis on partnership-based research and knowledge co-creation. Funded through a SSHRC partnership grant, research partnership is core to CYRRC's mandate. Partnership grants are intended to support formal partnership between academic and non-academic collaborators by fostering co-operation and leadership-sharing, with the aim of allowing partners "to innovate, build institutional capacity and mobilize research knowledge in accessible ways" (Government of Canada, 2015b, paragraph 1). SSHRC's emphasis on co-creation is clear; partnership grants are awarded to support research collaboration between academics and non-academics. Also core to SSHRC's partnership grant model is the need for knowledge to be mobilized in *accessible* ways, reflecting SSHRC's ongoing need to demonstrate impact from publicly funded research (Government of Canada, 2019; Wixted & Beaudry, 2012).

Within CYRRC, partnership between academic and non-academic coalition members occurs at three levels: governance, research, and sharing/using knowledge. At the governance level, this has meant the inclusion of non-academic partners on CYRRC's governance committees and power sharing between academic and non-academic partners. At the research level, this entails giving priority to projects involving academic-service provider partnerships and encouraging projects in which non-academic partners are involved in all stages of research. At the level of sharing and using knowledge, partners involved in co-creation are implicitly involved in sharing and using research findings from their projects. Additionally, CYRRC has established a knowledge mobilization working group to guide knowledge mobilization activities for the network, and to share findings with non-academic stakeholders (more information about the working group is available at www.cyrcc.org).

CYRRC – Governance

CYRRC's operational and budgetary decisions are overseen by an eighteen-member Coordination and Operation Committee; additional strategic and technical oversight is provided by a six-member Strategic Advisory Committee. On each committee, power is shared between academic and non-academic members, who are almost equal in number. Below this level, there are four research clusters. Within each cluster, there are two academic and two non-academic leads who jointly determine how research funds are allocated within their cluster. It has been pointed out elsewhere that the

balance of power in SSHRC partnership grants is tipped in favor of those who hold the funds, namely, the academic partners ('The SSHRC Partnership Grant', n.d.). CYRRC has sought to redress this power imbalance by including non-academic partners in its governance structure and ensuring that funding and operational decisions are made jointly.

CYRRC – Research

CYRRC's non-academic partners are increasingly reluctant to be involved in research projects in which they are seen mainly as a conduit to research participants, without input into research design or process. Several service provider partners are developing best practice guidelines and criteria to determine which research projects to participate in based on their degree of involvement. One of the early decisions by CYRRC's Coordination and Operations Committee was that partnership between academics and non-academics should be part of all stages of the research process. Specifically, this meant setting a criterion for projects receiving CYRRC funding to involve at least one academic and one non-academic partner. Though adherence has varied, over 65% of CYRRC projects have involved partnership between academics and ESPO or government partners. This number rises to over 75% when focusing on projects funded in the last twelve months (as the focus on partnership continues to be strengthened).

It must be acknowledged that among CYRRC projects, there remains a spectrum when it comes to involvement of non-academic partners. A small number of CYRRC projects continue to be led only by academics. A second group of projects are academic-initiated or led, but with greater levels of involvement by non-academic partners in various stages of the research. A third group more closely aligns with the true co-creation model. In this group, there are projects in which non-academic partners determine the research question before partnering with academics, and other instances in which academics and non-academics collaboratively determine the research question and are jointly involved in various stages of the research.

CYRRC – Sharing and Using Knowledge

CYRRC partners involved in co-creation are implicitly involved in sharing and using research findings from their projects. As discussed above, evidence suggests that this approach is most likely to result in sharing and adoption of new knowledge to inform interventions. At the same time, there is value in sharing research findings with partners who were not involved in co-creating knowledge but who may still benefit from its use. In this context, there is need for a greater emphasis on knowledge dissemination -sharing research by identifying appropriate audiences and tailoring messages to this audience (Government of Canada, 2015). To guide knowledge dissemination, CYRRC established a knowledge mobilization working group comprised of the seven service provider members who sit on the Coordination and Operations Committee. This working group guides knowledge mobilization activities for the network and helps

share findings with non-academic stakeholders. Under the guidance of the working group, several measures to strengthen knowledge mobilization across the network have been introduced. Research proposals to CYRRC must now include a knowledge mobilization plan that identifies KMb goals, target audiences, strategies to reach these audiences and who is responsible for carrying out KMb activities. Applicants must clearly describe KMb products and researchers are expected to produce infographics and plain language research summaries that target non-academic audiences. Peer-reviewed journals, reports and conference presentations remain the preferred products targeted at academic audiences. Research products are shared in a variety of ways including in-person, and online (web and social media) fora.

Wisdom 2 Action (W2A)

In 2010, the Networks of Centres of Excellence, a Canadian federal government research funding organization, launched a new initiative to fund KMb networks. Wisdom 2Action (originally named the Children and Youth in Challenging Contexts Network) was founded in 2012 with a mandate to support the mental health and wellbeing of children and youth in challenging contexts. W2A's mission focused on supporting the youth-serving sector in Canada – namely community-based, non-profit organizations – to increase their use of evidence, evaluation and engagement. W2A used the Promoting Action on Research Implementation in Health Services (PARiHS) framework (Kitson et al., 1998) to conceptualize its KMb work with the key components of gathering the evidence, contextualizing the evidence, and facilitating the uptake of evidence (Harvey et al., 2002; Kitson et al., 1998).

W2A – Gathering the Evidence

Knowledge synthesis is one approach to understanding what evidence exists in support of a particular type of intervention (Kastner et al., 2012). Welch et al. (2012) looked at how to undertake equity-focused systematic reviews by framing questions in terms of equity and inclusion, developing a theory and framework to support this inquiry, using a flexible design, and including grey literature. The W2A knowledge synthesis process incorporated many of these methods, starting with a scoping review to identify the research evidence, followed by a services scan with Network partners to identify practice-based evidence (Wisdom2Action, 2019a). The services scan focused on effective practices identified by Network members, and provided Network researchers access to a great deal of grey literature. From this, promising local practices were highlighted that reflected the research and practice evidence.

Six of seven reports were co-led by academic researchers, service providers and youth (the seventh was led by two academics). An interdisciplinary and cross-sectoral Advisory Committee of academics, service providers and youth provided guidance throughout the research and writing process. Draft reports were reviewed by W2A

partners through consultations and workshops, including youth engagement workshops. Four reports also benefited from a service providers roundtable hosted by a youth services organization that met to confirm the research questions, discuss initial themes, review the final reports and identify recommended KMb products.

W2A – Contextualization

W2A also recognized the need to create ways for knowledge producers and users to contextualize the research and practice evidence within their own experience. This is consistent with research on how to encourage KMb in the community-based sector that values meetings, workshops, and ongoing communications (Camden et al., 2015).

To further this contextualization, in its first year of operations W2A held a knowledge mobilization simulation that brought together service providers, academics, policymakers, and youth to problem-solve different knowledge mobilization challenges (presented as scenarios) in order to explore how knowledge is shared across stakeholder groups, such as youth and government funders.

W2A Event Series

Following this early experience with in-person KMb projects, the Network launched the W2A event series (Wisdom2Action, 2019b). In the first seven years, W2A spearheaded over 20 events, always with a cross-sectoral and interdisciplinary planning team, designed to embed and create dialogue on research and practice evidence, as well as lived experience. Some events were community or regionally focused while others were national in scope and considered specific topics, such as sexual abuse and trauma, and substance use. For each event, W2A conducted post-event surveys at the end of the event along with 6- and 12- month follow-ups. The long-term impacts included new partnerships across sectors and disciplines. For example, in 2014, W2A partnered with the Nunavut government in northern Canada, along with community-based service providers, to host W2A Nunavut (Wisdom2Action, 2014). Sixty service providers, nurses, psychologists, government officials and young people shared their work and heard from service leaders and academics about programs that could inform local solutions in remote communities. Post-event interviews with participants revealed that for some participants W2A Nunavut was the first time they had shared program ideas in a structured way within the territory, either with academics or other service providers.

W2A – Facilitation

The third element of the PARiHS model is facilitation, which focuses on enabling organizations to build their own capacity to implement KMb projects (Harvey et al., 2002). W2A first supported facilitation through a microgrant project called the KMb Innovation Fund. Microgrants are typically small amounts of funding provided to

community partners and can be used to promote health equity (Johnson et al., 2006; Tamminen et al., 2014). A qualitative evaluation of 199 equity-focused microgrant projects in North Carolina, for example, identified important elements for success, including building partnership and connection, gaining new ideas and knowledge, and developing local leadership and expertise. The W2A Kmb Innovation Fund demonstrated these factors through ongoing coaching to recipients, linking recipients to other network activities for new knowledge, and focusing on localized projects. The Kmb Innovation Fund process and content reflected W2A's commitment to balancing research and practice evidence, as well as lived experience. In total, 15 projects were funded with up to \$7000 over two years, with a split between academic and community partners as recipients.

Mentoring has also been identified as a tool for facilitation to support organizational change (McCormack & Garbett, 2001). Rather than aiming to 'fix things' for the organization, mentors can work with organizations by identifying opportunities for change, allowing them to voice their own opinions and facilitate change for themselves. To promote mentoring in Kmb strategies, W2A partnered with three other knowledge mobilization organizations in Canada that also develop Kmb tools and provide Kmb coaching to the community-based services sector. These included the Ontario Centre of Excellence in Child and Youth Mental Health, Qaujigiartiit Health Research Centre and Le centre de liaison sur l'intervention et la prévention psychosociale (now Humanov-is).

Potential mentee organizations were provided access to an online Kmb and Evaluation Toolkit and identified a tool they wanted support to use, either implementing an evidence-based practice, and/or an evaluation project or question. Applicants were asked how they were currently meeting their Kmb needs, and how they intended to maintain capacity in the targeted area after the mentorship ended in order to assess sustainability. Throughout the program, the Ontario Centre of Excellence and W2A supported mentoring relationships chosen through this process, while the remaining mentees were identified through existing connections with community-based NPOs. From 2016–2019, 24 mentoring projects were completed.

Each project provided a minimum of 100 hours of mentoring support over a one-year period. The mentorship team (i.e., the mentors and mentee organization) tried to meet in-person but generally relied on virtual communication. Together, they developed a shared work plan in which specific goals, actions, timelines, and responsibilities were outlined. Through observation and interviews, the mentors identified gaps and strengths in the mentee organization's use of evidence-based practices. Mentorship work plans were diverse, and activities included the development of logic models and performance measurement frameworks, training and project planning on youth engagement, and the development and implementation of knowledge mobilization strategies.

W2A staff began evaluating the network's mentorship program in May 2017. A literature review of mentoring, facilitation in Kmb and evaluation capacity building was undertaken. A total of five interviews with mentees and six interviews with mentors

were completed. Key evaluation findings included the importance of considering context, building relationships, creating and adapting flexible work plans, and maintaining a focus on mentoring despite pressures on mentors to manage or deliver program outcomes.

Discussion

The two projects discussed above outline Kmb approaches from Nova Scotia, Canada. The Child and Youth Refugee Research Coalition (CYRRC)'s integrated Kmb approach is based on the principle of co-creation inherent in SSHRC's partnership grants program. Wisdom 2Action (W2A) uses the PARiHS framework to structure Kmb with youth serving NPOs. These projects demonstrate that partnership and engagement are key components of knowledge mobilization in the publicly funded research sector in Canada. In both projects, an integrated Kmb approach has blurred the distinction between traditionally-defined "knowledge producers" and "knowledge users", resulted in power sharing between academic and non-academic actors and facilitated the involvement of non-academic partners in the knowledge-to-action cycle. Ongoing evaluations of the projects have identified the need for increased use of facilitation and flexible, adaptable and relationship-based implementation of new knowledge that is context specific. W2A also undertook a participatory evaluation of its youth advisory function, which identified strong benefits of co-production for participants, non-academic and academic partners and the children's services sector more broadly (Canas et al., 2019).

A fulsome discussion of factors that support co-production is beyond the scope of this paper. However, these two projects demonstrate the importance of having leadership that values academic-service provider/NPO partnerships. In both projects, the principal applicant (the academic researcher who was awarded the grant) and other members of the governance committees value a participatory approach and support academic service-provider/NPO involvement in multiple phases of the work and network governance. As non-academic partners continue to strengthen their research capacity and seek to be involved in co-creation, it is likely that integrated Kmb will continue to grow in prevalence across Canada and elsewhere.

References

- Atherton, C. (2006). *Knowledge mobilization: A preliminary conceptual framework*. Toronto, ON: CACL.
- Axford, N., & Morpeth, L. (2013). Evidence-based programs in children's services: A critical appraisal. *Children and Youth Services Review, 35*(2), pp. 192–201. <https://doi.org/10.1016/j.childyouth.2012.10.017>
- Bennet, A., & Bennet, D. (2007). *Knowledge mobilization in the social sciences and humanities: Moving from research to action*. Frost, West Virginia: MQI Press.

- Bennet, A., & Bennet, D. (2015). An Overview of Knowledge Mobilization: Mobilizing Research in the Social Sciences and Humanities [PDF file]. Retrieved from: doi:10.13140/RG.2.1.3236.4964
- Bennett, G., & Jessani, N. (Eds.). (2011). *The knowledge translation toolkit: Bridging the know-do gap: a resource for researchers*. India: Sage Publications. <https://doi.org/10.4135/9789351507765>
- Camden, C., Shikako-Thomas, K. & Nguyen, T. (2015). Engaging stakeholders in rehabilitation research: a scoping review of strategies used in partnerships and evaluation of impacts. *Disability Rehabilitation*, (37, pp. 1390–400). doi:10.3109/09638288.2014.963705
- Canas, E., Lachance, L., Phipps, D., & Birchwood, C. C. (2019). What makes for effective, sustainable youth engagement in knowledge mobilization? A perspective for health services. *Health Expectations*, (pp. 1–9). Doi: 10.1111/hex.12918
- Government of Canada (2015, March 19). Guide to Knowledge Translation Planning at CIHR: Integrated and End-of-Grant Approaches – CIHR. Retrieved 18 April 2019, from <http://www.cihr-irsc.gc.ca/e/45321.html#a3>
- Government of Canada (2015b, May 11). Social Sciences and Humanities Research Council. Retrieved 5 December 2019, from https://www.sshrc-crsh.gc.ca/about-au_sujet/partnerships-partenariats/partnership_grants-bourses_partenariats-eng.aspx
- Government of Canada (2019, May 11). Social Sciences and Humanities Research Council. Retrieved 17 April 2019, from <http://www.sshrc-crsh.gc.ca/society-societe/community-communite/index-eng.aspx>
- Government of Canada (2019b, June 17). Social Sciences and Humanities Research Council. Retrieved 5 December 2019, from https://www.sshrc-crsh.gc.ca/funding-financement/policies-politiques/knowledge_mobilisation-mobilisation_des_connaissances-eng.aspx
- Graham, I. D., Logan, J., Harrison, M. B., Straus, S. E., Tetroe, J., Caswell, W., & Robinson, N. (2006). Lost in knowledge translation: Time for a map? *Journal of Continuing Education in the Health Professions*, 26(1), pp. 13–24). <https://doi.org/10.1002/chp.47>
- Greenhalgh, T., Jackson, C., Shaw, S., & Janamian, T. (2016). Achieving Research Impact Through Co-creation in Community-Based Health Services: Literature Review and Case Study. *The Milbank Quarterly*, 94(2), pp. 392–429). <https://doi.org/10.1111/1468-0009.12197>
- Harvey, G. & Kitson, A. (2015a). Facilitation as an active ingredient in the PARIHS Framework. In G. Harvey & A. Kitson. (Eds.) *Implementing Evidence Based Practices in Healthcare: A Facilitation Guide* (pp. 11–25). Oxon, United Kingdom: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780203557334-2>
- Harvey, G. & Kitson, A. (2015b). PARIHS revisited: Introducing the i-PARIHS Framework. In Harvey, G. & Kitson, A., (Eds.) *Implementing Evidence Based Practices in Healthcare: A Facilitation Guide* (pp. 25–47). Oxon, United Kingdom: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780203557334-3>
- Harvey, G., Loftus-Hills, a, Rycroft-Malone, J., Titchen, a, Kitson, a, McCormack, B., & Seers, K. (2002). Getting evidence into practice: the role and function of facilitation. *Journal of Advanced Nursing*, 37(6), pp. 577–588). <https://doi.org/10.1046/j.1365-2648.2002.02126.x>
- Johnson, H. H., Bobbitt-Cooke, M., Schwarz, M., & White, D. (2006). Creative Partnerships for Community Health Improvement: A Qualitative Evaluation of the Healthy Carolinians Community Micro-Grant Project. *Health Promotion Practice*, 7(2), pp. 162–169). <https://doi.org/10.1177/1524839905278898>
- Jull, J., Giles, A. & Graham, I.D. (2017). Community-based participatory research and integrated knowledge translation: advancing the co-creation of knowledge. *Implementation Science*, 12(150), pp. 1–9). doi:10.1186/s13012-017-0696-3
- Kastner, M., Tricco, A.C., Soobiah, C., Lillie, E., Perrier, L., Horsley, T., ... & Straus, S. E. (2012). What is the most appropriate knowledge synthesis method to conduct a review?

- Protocol for a scoping review. *BMC Medical Research Methodology*, 12(114), pp.1–10. doi:10.1186/1471-2288-12-114
- Kitson, A., Harvey, G., & McCormack, B. (1998). Enabling the implementation of evidence based practice: a conceptual framework. *Quality and Safety in Health Care*, 7(3), pp.149–158). <https://doi.org/10.1136/qshc.7.3.149>
- Kothari, A., McCutcheon, C., & Graham, I. D. (2017). Defining Integrated Knowledge Translation and Moving Forward: A Response to Recent Commentaries. *International Journal of Health Policy and Management*, 6(5), pp.299–300). <https://doi.org/10.15171/ijhpm.2017.15>
- Leadbeater, B. (2010). The fickle fate of push and pull in the dissemination of mental health programs for children. *Canadian Psychology*, 51(4). <https://doi.org/10.1037/a0020486>
- Levin, B. (2008). Thinking about knowledge mobilization. A discussion paper prepared at the request of the Canadian Council on Learning and the Social Sciences and Humanities Research Council. Retrieved from http://en.copian.ca/library/research/ccl/knowledge_mobilization/knowledge_mobilization.pdf
- Mitchell, P. F. (2011). Evidence-based practice in real-world services for young people with complex needs: New opportunities suggested by recent implementation science. *Children and Youth Services Review*, 33(2), pp.207–216). <https://doi.org/10.1016/j.childyouth.2010.10.003>
- Nilsen, P. (2015). Making sense of implementation theories, models and frameworks. *Implementation Science*, 10(53), pp. 1–13). <https://doi.org/10.1186/s13012-015-0242-0>
- Ratkovic, S., Mogadime, D., & Spencer, T. (2015). Knowledge Mobilization in Canadian Educational Research: Identifying Current Developments and Future Directions. *Brock Education: A Journal of Educational Research and Practice*, 25(1), pp.1–3). <https://doi.org/10.26522/brocked.v25i1.484>
- Tabak, R. G., Khoong, E. C., Chambers, D. A., & Brownson, R. C. (2012). Bridging research and practice: models for dissemination and implementation research. *Am J Prev Med*, (43). <https://doi.org/10.1016/j.amepre.2012.05.024>
- Tamminen, K.A., Faulkner, G., Witcher, C.S. G. et al. (2014). A qualitative examination of the impact of microgrants to promote physical activity among adolescents. *BMC Public Health*, 14(1206), pp. 1–15). doi:10.1186/1471-2458-14-1206
- The SSHRC Partnership Grant: Is it the right grant to support your partnership with Canadian academics? (n.d.). Retrieved 5 December 2019, from <https://carleton.ca/communityfirst/2018/the-sshrp-partnership-grant-is-it-the-right-grant-to-support-your-partnership-with-canadian-academics/>
- Ungar, M., McGrath, P., Black, D., Sketris, I., Whitman, S., & Liebenberg, L. (2015). Contribution of participatory action research to knowledge mobilization in mental health services for children and families. *Qualitative Social Work*, 14(5), pp. 599–615). <https://doi.org/10.1177/1473325014566842>
- Welch, V., Petticrew, M., Ueffing, E., Benkhalti Jandu, M., Brand, K., Dhaliwal, B., ... Tugwell, P. (2012). Does Consideration and Assessment of Effects on Health Equity Affect the Conclusions of Systematic Reviews? A Methodology Study. *PLOS ONE* 7(3), pp. 1–6). <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0031360>
- Wisdom 2Action. (2014). Wisdom2Action: Nunavut Event Report. Retrieved from: <https://wisdom2action.org/wp-content/uploads/2017/09/Harvest-Report-Nunavut-Web.pdf>
- Wisdom 2Action. (2019). *Knowledge Synthesis Reports*. <https://www.wisdom2action.org/knowledge-synthesis-reports/>
- Wisdom 2Action. (2019). *Wisdom2Action Events*. <https://www.wisdom2action.org/events/>
- Wixted, B., & Beaudry, C. (2012, June). Capturing the impacts of research – A discussion paper on implications emerging from the Social Sciences and Humanities Research Council ‘Capturing the Impacts’ initiative. Retrieved from https://www.sshrc-crsh.gc.ca/about-au_sujet/publications/Compendium_e.pdf

The Role of Canadian Settlement Service Providers in Research and Knowledge Mobilization

Nabiha Atallah & Josh Boyter

Zusammenfassung

Kanadische *Settlement Service Providing Organizations* (Dienstleistungsanbieter zur Ansiedlung in Kanada, SPOs) bieten Neuzugewanderten bei der Ankunft und Ansiedlung in Kanada Unterstützung in verschiedensten Bereichen an, zum Beispiel bei der Suche nach Wohnraum und Arbeit, beim Erwerb oder der Verbesserung der Landessprachen, aber auch bei der Bewältigung von traumatischen Erfahrungen. Durch ihre vielfältigen Aufgaben bei der Eingliederung von nach Kanada Migrierten und Geflüchteten sind die Mitarbeitenden von Settlement SPOs mit dem Aufnahmeprozess ins Land wie auch mit den Bedürfnissen der Ankommenden sehr vertraut. Das Wissen ist von großer Bedeutung für andere Akteursgruppen und befördert in Forschungsnetzwerken den Austausch und die enge Zusammenarbeit mit Akteuren aus Wissenschaft, Verwaltung und Politik. Das wird als eine Form von Knowledge Mobilization verstanden: In einem kooperativen und multidirektionalen Austausch können SPOs ihr Wissen und ihre Erfahrungen weitergeben, aktiv in Forschungsprozessen mitwirken und gleichzeitig auch selbst neue Kenntnisse erwerben. Darüber hinaus bestehen zwischen den Mitarbeiter*innen der SPOs und den Neuzugewanderten häufig enge und vertraute Beziehungen, die es erleichtern, auch Migrierte und Geflüchtete in Forschungsprozesse einzubinden.

Immigrant Services Association of Nova Scotia (Verband der Einwanderungsdienste der Provinz Nova Scotia, ISANS) ist eine SPO, die seit fast 20 Jahren in Halifax, Nova Scotia, tätig ist. Die Aktivitäten von ISANS zur Knowledge Mobilization sind dabei vielfältig und beinhalten beispielsweise die Politikberatung, die Organisation von und aktive Teilnahme an Konferenzen mit verschiedenen Akteursgruppen und die Durchführung von Forschungsprojekten mit Partner*innen aus der Wissenschaft. Ausgehend von ihrer langjährigen Tätigkeit und Erfahrung bei ISANS stellen die Autor*innen Nabiha Atallah und Josh Boyter in ihrem Beitrag die Potenziale und Herausforderungen einer aktiven Beteiligung von SPOs bei Prozessen der Knowledge Mobilization dar.

Der folgende englischsprachige Beitrag ist unter www.bibb.de/vet-repository/000013 in deutscher Übertragung verfügbar.

Introduction

Canadian Settlement Service Providing Organizations (SPOs)¹ are uniquely positioned to do knowledge mobilization (Kmb). Through frontline work and understanding of the settlement process, SPOs have gained important knowledge and have been able to inform and educate partners in other sectors. Their participation in national

1 Canada has a large number of independent non-profit organizations whose purpose is to support new immigrants in their settlement process. These organizations are governed by boards of directors, comprised of local community members and leaders who have a stake in immigration, such as those in business, academia and other service organizations. Most organizations serve a city or local region, but those in smaller provinces may have a wider service area.

research networks provide opportunities to collaborate and contribute to the work of academics and policy makers, while building their own capacity. Through their relationships of trust with clients, SPOs can often engage immigrants to participate in research and KMb activities to share their lived experiences and thus add to the knowledge base more generally.

Immigrant Services Association of Nova Scotia (ISANS) has been active in national and regional Canadian immigration research networks for almost 20 years. Involvement has included participating in governance or committees, and planning and presenting at conferences. ISANS has and continues to collaborate in research projects with many academic partners, both locally and nationally. In addition, ISANS has recently created an organizational communications team that has increased the organization's capacity to do KMb in general. This is similar to many other large and established SPOs active in research and KMb.

Canadian immigration research networks have been formed through large government grants. These networks are led by academics and include policy makers and service-providers. These networks have provided many opportunities for SPOs to engage in research and to build their capacity in this area.

However, there are still challenges facing the sector. Primarily, there is still often not enough capacity for settlement staff to engage in research and knowledge-sharing, especially in smaller organizations. This leads to an overall uneven experience between organizations in the settlement sector on how to understand, conduct, and share research results. SPOs have traditionally been very effective in serving immigrants, but less effective in communicating about this work.

This article will provide an overview of the role of Canadian settlement SPOs in research and KMb, through the example of ISANS, by reviewing past experience and best practices, challenges, gaps, and potential areas for development.

1. Background/History

In 2018–19 Canada received about 313,000 new permanent residents in 2020, along with approximately 171,000 new temporary residents.² Since the early 1980s, non-profit immigrant settlement organizations across Canada have been welcoming and supporting newcomers to the country. There is a wide range in the size and focus of these organizations, with most funded at least in part by federal and/or provincial governments. The federal government will only fund programs and services for permanent residents, while some provincial governments provide support for certain groups of temporary residents. Therefore, SPOs work primarily with permanent residents in their first three years of settlement in Canada. SPOs provide their services to all eligible

2 <https://www150.statcan.gc.ca/n1/daily-quotidien/190930/dq190930a-eng.htm>
<https://www.canada.ca/en/immigration-refugees-citizenship/news/notices/supplementary-immigration-levels-2018.html>

clients, according to the clients' needs, regardless of the differences in admissions categories,

SPOs are client-centered and built upon strong relationships of trust with clients through the many essential services they provide. They also develop broad networks in the community in order to promote the integration of their clients. Typically, government partners focus on direct client service and therefore generally do not fund SPOs to participate in research or to communicate about their work. However, all stakeholders – academics, policy makers, other community groups, employers, and immigrants themselves – have recognized that SPOs have two important contributions to make in these areas: their deep and broad subject matter expertise, and their close connections with immigrants and with the wider community.

The motivations for SPOs to participate in research and KMB are numerous. SPOs want and need evidence to support program development, and to help them create funding applications. Focusing on the best service to clients, SPOs are always evaluating their work. However, this evaluation is often informal. Recently, government stakeholders began placing a higher priority on research related to program development, which challenges current informal evaluation methods. Funders are specifically asking for evidence to be included in proposals to back up activities that are put forward, which requires a semi or formalized evaluation structure to be present within an organization. As Shields and Evans argue, “there has been increased interest within policy communities in obtaining evidence and applying this to better inform policy and practice” (Shields & Evans, 2012, p. 254).

For many years, the main research role of Canadian settlement SPOs was to act as an access point for immigrants and ask them to be research subjects. Academics would contact agencies and ask to have access to clients, but would not involve the agencies any further. This practice has changed gradually, as SPOs have evolved, and have begun to claim a more significant role in the overall research process.

In recent years, the federal government's approach to research has changed with the link between research, policy, and programs becoming more explicit and important. The Social Sciences and Humanities Research Council of Canada (SSHRC), “as the primary granting council for social sciences and humanities research, has modified its mandate from an overriding focus on curiosity driven research for traditional academic journals to more strategic research financing of projects that address more socially relevant themes.” (Shields & Evans, 2012, p. 255). SSHRC funding applications integrate and require community involvement. Citizenship and Immigration Canada (now Immigration, Refugees and Citizenship Canada) developed the national Metropolis research network that included SPOs, academics and policy makers, and also began to place a greater emphasis on community partnerships and KMB in research generally.

Community-based research has developed and spread throughout Canada as a valid and concrete approach to understanding issues in the social sciences. The Centre for Community-Based Research states: “We envision communities that are responsive and supportive. Research done with people not on people helps this vision come to life” (Centre for Community-Based Research, n.d.). These movements toward communi-

ty-based research encourage the larger multi-service settlement SPOs to build their capacity and engage more fully in research and KMB. SPOs now engage in research at every stage, and they contribute their expertise and wisdom – as well as advocating for community-based approaches that include the participation of immigrants themselves from the early phases of research.

Given their unique position with the communities they serve, SPOs have the knowledge, experience, and expertise necessary to contribute. From their position of trust and knowledge of their clients, they can facilitate their clients' participation, when they might otherwise fall outside of mainstream efforts. Finally, SPOs have many different partners, typically outside of the settlement sector, who can use this knowledge in their own work. As such, SPOs are good knowledge brokers for colleagues, funders, other community organizations, employers, and clients to facilitate key learnings and best practices.

2. Introduction to ISANS

ISANS was created through the merger of Metropolitan Immigrant Settlement Association (MISA, founded in 1980) and Halifax Immigrant Learning Centre (HILC, founded in 1988). ISANS is the largest immigrant settlement SPO in Atlantic Canada, with over 300 staff members from more than 64 countries. ISANS receives ongoing funding from many different government departments, both federal and provincial. As a multi-service settlement organization, ISANS provides services along the entire continuum of immigrant settlement and integration, from refugee resettlement, to English as an Additional Language training, employment support, business development, and community integration. As ISANS has grown, so has its role in research and knowledge mobilization, largely through participation in national research networks.

In 2009, ISANS identified research as a distinct and key area of work for the organization, and assigned research responsibility to a management team member. In the intervening years, this role has grown and shrunk repeatedly, as changes in funding have placed different demands on the organization. Early on, ISANS' internal research committee developed a set of criteria that are still used today to determine when the organization participates in research. The criteria addresses questions related to organizational values, relevance of the project to ISANS' work, and staff's capacity to participate. ISANS staff consider the following questions when deciding whether to participate in a project:

- Will this research benefit our clients?
- Does this research align with work we are doing, and will it inform our work/help us do our work better?
- Is the method ethically sound and respectful of newcomers?
- What will be done with the results or outcomes of this research?
- Is there a role for us throughout the project?

- Is there a staff member who is able to be the key contact for this project?
- Will participation raise our profile/help build and strengthen partnerships?
- Is there funding for us?

This set of criteria ensures a consistent organizational approach in terms of the type of research projects in which it participates.

3. The Metropolis Project

“Metropolis was founded in 1996 as a network of experts and practitioners from academic institutions and governmental, international, and non-governmental organizations with an interest in international migration and its effects on societies. Citizenship and Immigration Canada launched the project in 1996 with the Social Sciences and Humanities Research Council, and their partnership along with that of a number of other federal and provincial agencies supported a research program carried out by five Metropolis Centres of Excellence which were themselves partnerships of 20 Canadian universities.” (Metropolis, n.d.)

Citizenship and Immigration Canada established a secretariat within the department to direct and oversee the work of Metropolis. As Shields and Evans have noted, the uniqueness of the Metropolis project was that it was led by the federal government: “The Metropolis initiative is in fact the most substantive institutionally-based experiment in KM/KT within the social sciences in Canada. The institutional linkage is important because while ad hoc approaches to academic-government research relationships can be beneficial, in the end they are inherently ‘unreliable and unstable’” (Shields & Evans, 2008, p. 9–10).

ISANS was a founding member of the Atlantic Metropolis Centre of Excellence (http://community.smu.ca/atlantic/index_e.html) which opened a few years later. ISANS staff participated in research domain committees, which focused on five key areas such as Economic and Labour Market Integration, and Citizenship and Social, Cultural and Civic Integration. They presented at annual conferences and collaborated with local researchers on projects. ISANS also had opportunities to pose research questions and to engage in projects from start to finish. An early example of this was a project on the Recognition of Credit History for New Immigrants (Atallah & Rebelo, 2006). MISA raised this issue through its work with immigrant entrepreneurs who struggled to establish new businesses in Canada. Anecdotally, MISA knew that banks would not extend credit to newcomers, and this was a significant barrier for those who were planning to start businesses. MISA sought to discover the extent and depth of the problem through research, hoping to raise awareness and work with the business community to create new models of business financing. In partnership with a professor at Saint Mary’s University, and with funding from the Atlantic Metropolis Centre, MISA undertook, published, and presented this research.

Participating in the Metropolis project allowed ISANS to develop its capacity and to help partners understand the SPO role in immigrant settlement within Canada. The expansion of capacity came mostly through funding opportunities, such as travel subsidies to facilitate the participation of SPO staff in national conferences. Most SPOs

have limited and very specific budgets, so this was a significant benefit that, without this funding, could not have happened. Atlantic Metropolis later added knowledge mobilization grants for SPOs, using a call for proposals approach. This approach challenged practitioners to design projects that would be useful to them. ISANS applied for and was awarded funding for two projects by Metropolis. In 2009, ISANS invited academics affiliated with Metropolis to present their work to settlement agency staff. The stated purpose of “this project was to develop and deliver a series of knowledge transfer activities for staff of immigrant settlement agencies in the Atlantic region. The goal was for settlement and EAL staff to become more aware of, learn from, and respond to research undertaken through the Metropolis Centres” (Atallah, 2010).

For this project, ISANS organized four sessions with three different academic researchers and invited other local SPOs to attend. The funding allowed ISANS to bring in researchers from across Canada. As many of those who are engaged in service delivery find it difficult to attend external events due to their demanding schedules, ISANS recorded the sessions so that SPOs in other provinces could benefit as well. In all, 45 different ISANS staff members participated in at least one session, representing all the different ISANS work teams. Staff reported that they found the sessions very practical and useful for their work.

The following year, in the second such project, four researchers presented five sessions that were marked by lively discussions between academics and practitioners. Eight videos from these two projects are still accessible on Vimeo.

In 2011, ISANS proposed another KMb project: to hire a student to research and write five papers in close consultation with ISANS staff. This knowledge co-creation was reviewed by the Atlantic Metropolis Centre. The papers aimed to inform stakeholders about key issues in immigrant settlement. As a result of this project, the following papers were published on the ISANS website: <https://www.isans.ca/stay-informed/facts-statistics/>

- Private Sponsorship of Refugees
- Immigrant Entrepreneurs: Creating New Opportunities in Nova Scotia
- English Language Learning and the Nova Scotia Workforce
- Cultures at Work – Diversity in the Nova Scotian Workplace
- International Qualifications Assessment and Recognition

ISANS staff used these papers for several years, primarily to help explain these settlement-centric concerns to partners.

4. Other Research Networks

The Metropolis network disbanded when its funding ended in 2012. However, ISANS has continued to engage in research through a new network, Pathways to Prosperity (P2P; <http://p2pcanada.ca/>). This national research network, more focused on secondary geographical centres has also placed emphasis on KMb in all its activities,

and has supported the participation of SPOs in many ways. Travel subsidies that enable SPOs to participate in conferences have become a standard element in multi-stakeholder partnerships. P2P also offers SPOs the opportunity to host an exchange student or Postdoctoral Fellow from another region of Canada to work with an SPO in research. The students can thus experience the impact research has from the point of view of frontline workers and managers who conduct and use research in different ways. This experiential opportunity also contributes to the formation of young scholars who will continue to collaborate with SPOs.

For the past three years, P2P has put out a Call for Nominations for the project Developing an Evidence Base and Sharing Settlement and Integration Practices that Work (DEB). Through this project, practitioners have the opportunity to showcase their promising practices, and are also challenged to complete an evaluation of each practice nominated. Along with other SPOs, ISANS has also been active on the Board of Directors of the P2P for several years. This recognition and integration of SPOs allows them to share their perspectives, and to better understand the perspectives of academic and government partners.

The newest national network that has given ISANS a role in research is the Child and Youth Refugee Research Coalition (CYRRC; <https://cyrrc.org/>; see also the chapter on KMb in CYRRC in this volume), established in 2016, following the arrival of Syrian refugees. From the earliest stage of applying for funding, ISANS has been a collaborator in this network. CYRRC has created a Knowledge Mobilization Committee consisting of practitioners who help create and monitor the KMb requirements for research proposals applying for CYRRC funding. KMb is an even more integral part of the CYRRC than it has been in other national networks. Projects have produced infographics, summaries, videos and public forums to present their findings. The CYRRC has encouraged the development of participatory research projects, notably art-based projects for youth.

National research networks that recognize and respect the role of SPOs involve them in the design stage, recruitment, analysis, interpretation, and KMb. They also help SPOs build capacity by including funding for them to participate in research, present at conferences, and develop and implement KMb projects. By building capacity in these ways, they help SPOs build connections and initiate research.

5. Ongoing Challenges for SPOs

Challenges and obstacles remain to conducting research and KMb, even with the advent of national, regional and SPO-centric research networks. Many smaller SPOs still cannot afford to engage in research on a regular basis. The priority of client service will always be foremost for all SPOs. SPO staff may not have research literacy, experience, or training. They may lack the opportunity to learn to participate effectively in multi-stakeholder research, which can hamper efforts to access and participate in network-based research initiatives.

A common struggle of many SPOs is the lack of specialized staff with knowledge to support the transfer of programmatic or research content to a wider audience. These ‘knowledge brokers’ typically consist of a blended team that harnesses a wide range of experiences and expertise in order to effectively mobilize program outputs and key learnings. This team includes individuals with lived experience, program coordinators, researchers, policy makers, as well as monitoring and evaluation specialists and communications staff. Due to a lack of both funding and specialized staff, the application of a coherent and robust KMb model can often be out of reach for many SPOs, leading to missed best-practice learnings and research opportunities.

While larger organizations are able to use the budgets they have developed to support engagement in research and KMb, smaller ones are limited by their overall funding that may not offer the level of flexibility required to support work traditionally considered outside of their scope of service delivery. All sizes of SPOs are not usually able to access consistent funding to allow them to focus on and build their capacity for research and KMb. The settlement sector remains for the most part dependent on government funding that changes with political currents, and this long-term funding inconsistency remains one of the biggest challenges to deepening their research experience.

6. KMb beyond Academic Research: Toolkits and Modular Design

Like many other SPOs, ISANS serves a highly fragmented set of audiences – in terms of demographics, motivations, and relationships to the organization – making it difficult to provide KMb content that will serve each of these unique audiences all the time.

To facilitate knowledge mobilization across the organization, ISANS has undertaken a knowledge mobilization framework embedded within its strategic communications approach. With ISANS’ blended approach, knowledge mobilization is reduced to its simplest form – moving available knowledge, such as policy papers, stories, and reports, and transforming these into tangible and feasible actions for our diverse audiences. At the core of this approach is a thoughtful understanding of how and what the recipient of this information would want to know, how to use it, and share it with others. Through utilizing a knowledge mobilization framework for ISANS communications content, the organization seeks to understand how content fits, is consumed, and interacted with via communications channels and transforms content accordingly, e.g. formatting key findings from a policy paper into a short data-driven motion graphic video, or interactive infographic.

This unique approach is explored more fully through the advent of KMb logic processes and toolkits that help guide the application of KMb principles beyond academia, and through a more detailed look at ISANS’ specific KMb philosophy, a modular design approach to communications outputs.

6.1 KMb Toolkits

The rise in KMb toolkits has coincided with the increased attention and emphasis on sharing research and program outputs to a wider audience, other than just the intended stakeholder, i.e. funder, program participant, or policy maker.

Toolkits are part of a process to create a more streamlined approach to sharing impacts and understanding how this process is undertaken. In their article “The Co-Produced Pathway to Impact Describes Knowledge Mobilization Processes” Phipps, Cummins, Pepler, Craig and Cardinal (2016) propose a logic model based on mapping “the progress of research → dissemination → uptake → implementation → impact” (Phipps et al., 2016, p.31), which is based on earlier knowledge process logic models (see Frechtling, 2007). At the core of this model is the initiation of co-produced knowledge impact. According to Phipps et al., a “Co-produced Pathway to Impact maintains collaboration throughout the process and creates an iterative relationship between the non-academic partners and academic researchers, while maintaining an overall progression from research development to ultimate impact” (Phipps et al., 2016).

While models such as the Co-Produced Pathway define the overall pathway that research moves towards impact, toolkits assist in the operation of this process. A KMb toolkit for SPOs provides a non-KMb expert with the basic tools and questions to ask when translating research findings or program outputs to a wider, non-specialized audience to undertake this progression between research development and a project impact. These toolkits typically reflect the focus of the organization and its work (see Barwick, 2008, 2013) or are more general in nature, and therefore can be applied across disciplines (see Ryerson University, 2016) to help assist with knowledge transfer. Toolkits are therefore a function of structure and less about the specific information they may retain in helping promote overall KMb activities.

The opportunities and challenges of these KMb logic model processes and toolkits for SPOs are numerous. Through these types of tools, SPOs are able to build the capacity of staff to understand and apply KMb principles throughout their project. This can ensure the inclusion of KMb throughout the project lifecycle and that key findings and impact are ‘translated’ upon the completion of the project itself. However, managing the potential formulaic ways in which results and findings are processed is a distinct challenge of the KMb process chart and toolkit. Simplified toolkits or process maps fail to provide SPOs with adequate insights on how different aspects of a process or output may require a different approach or weighting in terms of resources and time.

A recent example of a toolkit for the SPOs in Canada is Immigration, Refugees, and Citizenship Canada’s (IRCC) #ImmigrationMatters³ campaign (Government of Canada Immigration Matters Toolkit, 2020). The campaign shows “the benefits of immigration at the local, community level” and the support toolkit empowers SPOs

³ The official #ImmigrationMatters campaign website is available at: <https://www.canada.ca/en/immigration-refugees-citizenship/campaigns/immigration-matters.html#wb-bnr>

to participate in the larger #Immigration Matters. For SPOs across the country using the campaign, they can adapt and use information that is pertinent to their specific context, such as relevant stories, stats or initiatives to build upon ongoing conversations they may be having in their specific communities. However, this anticipates a level of KMb or communications capacity that might not be present at many SPOs or a larger understanding of how to integrate key messages apart of the campaign as part of their overall approach.

6.2 Towards a Modular Design Approach for KMb

For many SPOs, those implementing a KMb strategy are often the communications staff, as is the case with ISANS. These individuals may or may not have a formal background in the area of communications, or subject matter expertise in information that they are expected to share as part of a KMb strategy. However, SPO communications staff have a strong understanding of the audiences that a particular SPO is seeking to reach and most importantly how to present a message that will resonate with them. Again, using a model of co-production and blending expertise, ISANS is able to create impactful KMb contributions.

Stephen Gaetz, in his paper “Knowledge Mobilization as Design: The Case of the Canadian Homelessness Research Network,” argues that specializations such as design – typically outside the purview of researchers – should be incorporated as part of a collaborative approach through ‘design thinking.’ According to Gaetz “design thinking necessarily posits a collective and collaborative approach to knowledge production, one that draws on varied knowledge bases and specialized skill sets” (Gaetz, 2014, p.5). By thinking about the final output, a SPO would like to share information – either through a social media post, infographic, or interactive story – information can be written and collected to suit. For example, an infographic may require a blend of qualitative and quantitative data that would need to be adapted by the SPOs to meet the restrictions a designer might be working within. By pulling in varied skill sets as Gaetz describes, such as researchers and designers, information for the infographic can be collected and written in a manner that makes adaptation for sharing more simplified. By taking into account how the information will be that will be used – such as in an infographic versus a traditional report – ISANS is able to ‘translate’ knowledge from creation to dissemination more readily. Through harnessing this type of co-production model, between unique skill sets and expertise, ISANS facilitates a more streamlined approach to KMb.

As such, at ISANS, the communications team in coordination with program coordinators, researchers, and clients, implements a modular design approach when collecting, sharing, and disseminating information. A modular design approach emphasizes two distinct, but mutually dependent concepts – scalability and sustainability. Through process modularity, any ISANS staff member can create a simplified KMb model that is rapidly scalable and sustainable through a series of interchangeable outputs and tactics, which is, in turn, facilitated through co-production.

Scalability represents the discrete ways that information is collected, organized, and shared to a defined audience(s). This approach looks at information and the outputs and tactics used – such as reports, infographics, media relations, and social media to name a few – as discrete blocks that share a common approach and interchangeability. With a distinct lack of funding or time to dedicate to communicating key findings, the ability to harness multiple outputs or tactics, such as stories, blog posts or social media content is critical for creating maximum impact at ISANS.

A key facet of creating scalability is the development of a common knowledge pool. This pool is comprised of key findings and information that a given project or researcher is seeking to share, i.e. the results from an anti-racism workshop and campaign. ISANS communications staff develop this pool in concert with program coordinators, clients, and policy makers, among others. Completed collaboratively, this ensures that context of the information is not lost. By creating a common knowledge pool, staff can organize information in an efficient manner while remaining consistent in style, approach, and voice across the whole organization. Staff also use this pool in coordination with a narrative framework – how the story will be structured about the findings or project – to create a consistent story told through the program or research outputs.

The second key pillar of the modular KMb approach ISANS employs is sustainability. As previously discussed, the sustainability of any SPO research or KMb strategy is often difficult to maintain, as funds and resources end immediately after the completion of a particular project. In a modular design approach, sustainability represents the ways key information and results can be maintained and shared beyond the cessation of funding or other resources of a given project.

ISANS achieves sustainability within its modular KMb approach through two means, scalability and scaffolding. As discussed previously, interchangeability and the creation of a common knowledge pool are critical to ensuring scalability in a modular design approach. ISANS achieves sustainable KMb strategies by applying a unified communications system, similar to the children's toy LEGO. ISANS adds communications pieces and outputs when funding and resources prevail (scalability) and can scale back those same outputs when funding or staff capacity is in short supply. This is achieved through adaptability between maintaining less resource intensive outputs (i.e. social media posts) versus a cost and labour intensive advertising campaign, which may not be sustainable long term.

The concept of sustainability in ISANS modular KMb model draws direct inspiration from the LEGO System in Play, a modular and scaffolding approach that ensures a particular LEGO element “not only has instant value but will keep its value always ... We will always make sure that all bricks – from yesterday, today and tomorrow – fit together” (LEGO System in Play n.d.). By applying this same rigorous system to ISANS' modular KMb approach, ISANS ensures the long-term sustainability of any key KMb initiative beyond the lifecycle of a particular project, as well as the ability for output in concert with others today and tomorrow. Each communications and KMb block we create works today, tomorrow, and well into the future since it is built off of the same unified system.

An example of this modular approach to KMb in action at ISANS is the Early Childhood Education Centre's Flash Cards. These flash cards cover a series of topics that SPO staff review with parents during orientation. ISANS staff complete these orientations with a series of simple handouts. Using a design thinking and modular KMb approach, ISANS reimagined these handouts as a series of highly visual and interactive flash cards that could be added to as new topics became available. While previous approaches focused predominantly on teaching parents the orientation topics, the flash cards enable integration of learning for both parents and children to create new opportunities to support both of their settlement journeys – both children and parents. As new topic and funding becomes available, ISANS is able to add to this resource in a manner that is consistent in style and approach while creating a highly adaptable and sustainable resource and KMb tool.

This philosophy and approach of modular KMb tells stories, and develops communications that cut across disciplines and issues that, in turn, build momentum and change. Through a modular approach, both individuals and SPOs are poised to strategically use creativity and design to engage, excite, and empower within their space or respective disciplines. In short, through modularity, an SPO is able to create long-lasting, cost-effective, and impactful communications that support the goals of KMb.

7. Conclusion

Traditionally, SPOs such as ISANS have played a small but important role in migration and immigration research. Through KMb, and the importance of sharing best practices and lessons learned more broadly, SPOs' role in this type of research has grown.

ISANS is an illustrative model of both the opportunities and the challenges that SPOs face more broadly in relation to research and KMb. Through research, SPOs are able to deepen understanding of the lived experience of immigrants, as well as the insights practitioners have. Research and KMb also enable SPOs to share best practices more broadly, beyond the sector, which can help inform other organizations, policy makers, or funders who are directly or indirectly funding immigration programs. However, SPOs are often unable to emphasize research and KMb due to funding and personnel constraints. Ultimately, such constraints preclude SPOs from their research endeavours, especially as funders now emphasize the articulation of a program's impact in order to secure funding.

To help overcome such constraints, ISANS provides a blended, co-production model that enables the organization to facilitate a KMb approach within its work. Based on logic KMb models, toolkits, and an ISANS-specific modular design approach, this KMb approach offers a template for other SPOs, both small and large, to integrate research and KMb activities more actively.

As new funding for research and KMb becomes available to SPOs, in concert with national and regional research networks, there will be an evolution in how research is put into action. Coupled with the advancement of new technologies and KMb models,

SPOs such as ISANS are well positioned to act at the intersection of practice, research, and KMB more fully.

References

- Atallah, N. (2010). Atlantic Metropolis Centre-ISANS Knowledge Transfer Project 2009–10. Unpublished final report. Halifax: ISANS.
- Atallah, N. & Rebelo, S. (2006). Recognition of Credit History for New Immigrants. Atlantic Metropolis Centre Economics Domain. <http://community.smu.ca/atlantic/documents/RecognitionofCreditHistoryforNewImmigrants.pdf> Accessed 31. 12. 2019.
- Barwick, M. (2008, 2013). Knowledge Translation Planning Template. Ontario: The Hospital for Sick Children. Retrieved from: http://www.sickkids.ca/pdfs/Learning/58366-58366-KT_Template.pdf Accessed 06. 01. 2020.
- Centre for Community Based Research (n.d.). Retrieved from: <https://www.communitybasedresearch.ca/> Accessed 16 March 2020.
- Frechtling, J.A. (2007). *Logic modeling methods in program evaluation*. San Francisco, CA: Jossey-Bass.
- Gaetz, S. (2014). Knowledge Mobilization as Design: The Case of the Canadian Homelessness Research Network. *Scholarly and Research Communication*, 5(2): 0201163, 16 pp. Retrieved from: <https://doi.org/10.22230/src.2014v5n3a163>
- Government of Canada Immigration Matters Toolkit (2020) Retrieved from: <https://www.cic.gc.ca/ftp/immigration-matters-toolkit.asp> Accessed 16 March 2020.
- LEGO System in Play (n.d.) Retrieved from: www.lego.com/en-us/lego-history/lego-system-in-play-60d5efbce6cf46a78794f108b3c19bda Accessed 06. 01. 2020.
- Metropolis (n.d.). Retrieved from: <https://carleton.ca/metropolis/about-us-2/background-history/> Accessed 16 March 2020.
- Phipps, D., Cummins, J., Pepler, D.J., Craig, W. & Cardinal, S. (2016). The Co-produced Pathway to Impact Describes Knowledge Mobilization Processes, *Journal of Community Engagement and Scholarship*, 9 (1), Article 5. <https://digitalcommons.northgeorgia.edu/jces/vol9/iss1/5> Accessed 16. 03. 2020.
- Ryerson University (2016). Intro to Knowledge Mobilization Strategies & Tools. Office of the Vice President, Research and Innovation. www.ryerson.ca/content/dam/research/documents/km/20160524_Intro%20to%20Knowledge%20Mobilization%20Strategies%20sx-and%20sx-Tools.pdf Accessed 16. 03. 2020.
- Shields, J. & Evans, B. (2008). Knowledge Mobilization/Transfer, Research Partnerships, and Policymaking: Some Conceptual and Practical Considerations. *CERIS Policy Matters*, no. 33.
- Shields, J. & Evans, B. (2012) Building a Policy-oriented Research Partnership for Knowledge Mobilization and Knowledge Transfer: The Case of the Canadian Metropolis Project. *Administrative Sciences*, p. 2250–272. doi:10.3390/admsci2040250

Integration CAN-D

The Canadian-German Research Cooperation on the Integration of Refugees

Karin Zimmer & Nicola Mühlhäußer

Zusammenfassung

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Projekt Integration CAN-D setzt sich zum Ziel, die Forschungszusammenarbeit zwischen Kanada und Deutschland in der Fluchtforschung durch Vernetzungsaktivitäten voranzutreiben, weiter auszubauen und darüber zu informieren. Eine solche internationale Zusammenarbeit kann neue Perspektiven eröffnen, indem Raum für den Austausch und die gemeinsame Erforschung der Integration von Geflüchteten in den beiden Ländern geschaffen wird.

Im Bereich der internationalen Zusammenarbeit fehlen häufig Strukturen, die den Austausch im Sinne einer Kommunikation oder Kooperation zwischen Wissenschaftler*innen und anderen Akteursgruppen ermöglichen. Die Forschenden in Kanada und Deutschland haben Zugriff auf unterschiedliche Ressourcen und sind Teil unterschiedlicher Wissenschaftssysteme. Der internationale Austausch und die Entwicklung gemeinsamer Projekte kann daher, so wird in diesem Beitrag argumentiert, durch gezielte Transferaktivitäten unterstützt werden: Im Rahmen des Projekts werden verschiedene internationale Veranstaltungen für Forschende beider Länder organisiert. Dazu zählen beispielsweise internationale Research Workshops, eine Nachwuchsakademie und die Organisation von gemeinsamen Panels auf nationalen und internationalen Konferenzen. Darüber hinaus unterstützt das Projekt die Vernetzung und den Aufbau eines internationalen Netzwerks durch die Vermittlung von Erstkontakten und die enge Zusammenarbeit mit kanadischen Partnerorganisationen. Neben dieser Transferarbeit im Bereich der innerwissenschaftlichen Kooperation setzt sich Integration CAN-D das Ziel, die Kommunikation und die gemeinsame Forschungsarbeit auch mit anderen, außerwissenschaftlichen Akteursgruppen zu unterstützen.

Der folgende englischsprachige Beitrag ist unter www.bibb.de/vet-repository/000014 in deutscher Übertragung verfügbar.

Introduction

“If we can successfully receive and learn from refugees, we will have found ways of making our countries stronger and those ways will be based on evidence-based policies and practices. Good research is not an add-on. It is a core part of making schooling, services and supports work and making them sustainable.”

Martha Cargo, 2016

With these words, Martha Crago, Canadian researcher in language acquisition and current Vice President of McGill University in Montréal, opened the kick-off meeting of Canadian and German researchers at the Canadian Embassy in Berlin in June 2016. The meeting was set up to exchange information and open up discussions

on the experiences and approaches in both countries. To some extent, participating researchers regarded the other as a positive example: the Canadian point system and the Canadian attitude towards the newcomers seem very promising from a German perspective (e.g. Schmidtke 2009; Ghelli 2015; Röing 2017); some Canadian researchers, like Martha Crago, expressed their fascination regarding the large number of refugees who were accepted in Germany in the last years and commended Angela Merkel's 'welcome policy' (Leibniz Education Research Network 2016). Researchers from both countries shared the belief that there is a lot to be learned from the other country and an international exchange about the ongoing research, and the first joint publication evolving from the mutual interest, addressing the structural differences between Canada and Germany was published already in the following year (Korntheuer et al. 2017). Participants felt the urge to explore these questions together and to create evidence that may inform policy and practice. First steps had already been taken in the spring of 2016, when a group of researchers from the Canadian Child and Youth Refugee Research Coalition CYRRC and the Leibniz Education Research Network LERN started informal discussions and, with the help of the German and Canadian governments, brought their colleagues together for two meetings in Berlin (June 2016) and Ottawa (September 2016). To build up on this first successful round of exchange, the project Integration CAN-D was initiated and has been funded by the German Federal Ministry for Education and Research BMBF (project 01DM17001).

1. Work Mission: Transfer

Integration CAN-D facilitates and co-ordinates collaborative research efforts on the integration of refugees in Canada and Germany on four common research themes:

- Economic, social, and political challenges facing refugee children, youth, and families
- Language, literacy, and learning
- Social inclusion, human rights, social stigma, culture, and security/violence
- Mental health and the social determinants of well-being

Besides facilitating research exchange, the project supports knowledge transfer and mobilization regarding research results. In 2016, there was the strong urge to unite research forces to meet the current pressing challenges. While the specific questions were diverse and sometimes divergent, researchers shared the belief that the sharing of ideas and perspectives would be beneficial and result in better solutions. Political stakeholders concurred with this assessment and paved the way for setting up a project devoted to the support of international cooperation and exchange. Hence, the project Integration CAN-D does not pursue its own research interest nor does it try to answer specific research questions. It rather focusses on establishing and further developing the research network in which interested stakeholders from different academic disciplines, policy, administration and practice can connect to exchange their ideas, materials and

instruments, and establish joint projects. To pursue this target, Integration CAN-D organizes various events such as research workshops, a conference for early career researchers, and symposia on conferences etc. Though initiated by researchers, the network has not remained purely academic but has become an open meeting space in which different stakeholder groups can discuss their work and strategies. The research workshops and conferences have come to include not only researchers but also experts from various sectors in administration, Canadian service provider organizations and German support-facilities and organizations. In this regard, the transfer activities of the project are not conceptualized as an results-oriented “translation service”, but rather as procedural in nature: The project facilitates transfer by providing a framework in which the expertise of the different stakeholder groups informs the debates and in which questions of research design and content can be openly discussed among all participants.

The project supports transfer in various respects: For one, it provides a platform in which the communication between researchers and other stakeholder groups is endorsed, as is the establishment of co-operative relationships. Furthermore, the project reflects on the notion of ‘transfer’ and transfer activities in the different academic disciplines doing refugee research in Germany, and with regard to respective transfer practices in Canada. Finally, the project promotes knowledge transfer between research communities in Canada and Germany. While the first two aspects correspond to the conceptualization of transfer that has been established in the introduction of this book, the last issue exceeds its definition, as it does not constitute an outreach beyond different disciplines within academia. In this sense, this chapter proposes an extension of the transfer model presented in by Gonser and Zimmer in the first chapter of this book.

In recent discussions in German migration research (e.g. Schambeck 2009; Georgi 2015), the term ‘integration’ has been criticized as being assimilation in disguise, i.e. referring to a one-directional process which compares and distinctly separates refugees from constitutional citizens, and demands refugees to adapt themselves fully to the norms and practices of the host country which is seen as a homogeneous society (Georgi 2015, p.25). The project Integration CAN-D does not subscribe to this interpretation of the term integration. Rather, as is already illustrated in the quote of Martha Crago at the outset of this chapter, integration is understood as a multidirectional process in which all stakeholders – including, but not restricted to, the newcomers, the host society, as well as legal and institutional structures – learn from each other and thereby, together, continually reshape society. In this sense, the inclusive aspects of integration are emphasized. Georgi (2015) argues similarly that the concept of integration should be understood broadly as the process that enables people to participate – which means that it is close to an idea of inclusion (p.26). The authors of this chapter therefore do not see the need to abolish the term integration altogether, but will use it in this broad sense, and synonymously with inclusion. Interestingly, in Canadian research, the term ‘integration’ is not assessed as being problematic and therefore remains suitable as a title for a joint Canadian-German project.

2. Supporting Communication and Cooperation Between Researchers and Other Stakeholder Groups

A major goal of Integration CAN-D relates to two of the dimensions of transfer that have been established in the introduction: the support of communication and cooperation between researchers and other stakeholder groups in Germany. This means that the activities the project organizes include researchers who communicate results of their own work to other stakeholder groups and take part in a multi-directional and open exchange informing the work for all groups involved (Gonser and Zimmer, Figure 2, in this book).

To support these processes, various events are organized which inform about the ongoing research and results, making knowledge accessible beyond the academic sphere. Integration CAN-D holds a series of public events in different places across Germany, in which researchers present their work as it may contribute to addressing a practical or administrative challenge. The first event of this series took place in November 2019 in Vechta/Cloppenburg (Lower Saxony) on the topic “Successful Integration into the Labour Market – German and Canadian Approaches”. After introducing Canadian strategies, concepts and goals through an interview with a Canadian provider of social services for newcomers, local representatives from the German Federal Employment Agency, the regional administration, the Chamber of Industry and Commerce and social-service providers reflected on Canadian and German approaches and entered into discussion with the audience consisting mainly of leaders of small and medium-sized local enterprises.

Furthermore, Integration CAN-D has organized joint research workshops and a summer school for Canadian and German early-career researchers, in which practitioners from various sectors are invited to participate and to introduce their perspectives and work. The 2019 summer school, for example, featured contributions from practitioners of the Munich city council entrusted with the reception of refugees, the Münchner Flüchtlingsrat, a non-profit organization providing information and guidance for refugees and support-initiatives as well as doing lobbying work, and Refugio München, a counseling and treatment center for traumatized refugees and victims of torture. The early-career researchers participating in the summer school evaluated their expertise and the open exchange with them as especially valuable, and highly relevant for their work.

Moreover, the project organizes symposia at national and international conferences that take place in an academic environment. That being said, the project attaches special importance to addressing events in which the input from other stakeholder groups is highly valued. In the workshops held in Canada, it becomes particularly apparent how close research and practice work together (see the chapters by Chia-Kangata, Lachance and Ungar, and by Atallah and Boyter, in this book). Research networks in Germany may be interdisciplinary but traditionally remain in the scientific realm. In this regard the organization of joint symposia at international conferences such as the

American Educational Research Association AERA in 2018 and 2019 were important steps to bring together researchers with practitioners.

In addition to the organization of these diverse events, Integration CAN-D designs, prints and distributes information-material about the German-Canadian research cooperation. By using various formats (such as films, panel debates, lectures, printed materials) at their public events, Integration CAN-D aims for easy accessibility and increased appeal of the information to the wider public. General information on the Canadian-German research cooperation is also provided by the Internet website <http://www.leibniz-bildungspotenziale.de/integration-can-d>.

3. Exchange on the Concept of ‘Transfer’ and Transfer Activities

Integration CAN-D promotes an exchange of ideas and information on the notion of transfer itself, aiming for a clearer conceptualization of the term and its role in refugee research in Germany. From the beginning of the project, it has been obvious that transfer is a core objective not only of Integration CAN-D but also of many researchers from both Germany and Canada. How has ‘transfer’ been conceptualized in current research? What kind of transfer activities are reported in ongoing projects in Germany? To support discussions on these questions, Integration CAN-D organized a joint research workshop in Heidelberg in December 2018 together with Pädagogische Hochschule Heidelberg to bring refugee researchers from both countries together. During the workshop, it became clear that the discourse on transfer is quite different in the two countries. Indeed, the term transfer, which is currently the most general term in respective discussions in Germany and which includes facets of communication, on-going education and training, counseling as well as multi-directional dialogue (Gonser and Zimmer, in this book), in Canada is restricted to a uni-directional process – from science to practice – among unequal stakeholders – from providers of expert knowledge to recipients of that knowledge. It is thus considered inappropriate and in its stead, the term ‘knowledge mobilization’ (KMb) is utilized, “an umbrella term encompassing a wide range of activities relating to the production and use of research results, including knowledge synthesis, dissemination, transfer, exchange, and co-creation or co-production by researchers and knowledge users” (Social Sciences and Humanities Research Council SSHRC 2019). The chapter by Chia-Kangata, Lachance and Ungar in this book describes the main ideas of KmB of the Canadian Refugee Research Coalition (CYRRC).

During the workshop, it became clear that that the concept of transfer or knowledge mobilization is still evolving, and that a collection of examples on how transfer is planned and realized in German refugee research may be helpful in bringing forward its conceptualization. From these discussions, which were continued at the inaugural workshop of the Working Group on Transfer of the Netzwerk Fluchtforschung in April 2019, the present book on transfer in German refugee research emerged.

The Heidelberg Integration CAN-D workshop also illustrated how a close cooperation between practitioners and researchers can support, enrich and facilitate work for all – the experiences and insights from daily practice may inform research questions and approaches, and practitioners can benefit from the results of research. At the workshop, new approaches to a close exchange were introduced and discussed, with especially interesting examples provided by Canadian participants. This served to demonstrate how the comparison between German and Canadian approaches can offer new perspectives on potentials and difficulties of knowledge mobilization. Researchers from both countries agreed that an exchange about ongoing practices, discussions about common understandings and theories, and the development of new networks and approaches can support successful knowledge mobilization (from the unpublished meeting report; Integration CAN-D 2018).

4. Fostering the Exchange Between two Different Research Networks: The Cooperation Between Canada and Germany

As conceptualized in the introduction of this book, research transfer encompasses the exchange and/or cooperation between two or more different stakeholder groups – for instance researchers and practitioners, researchers and political or administrative stakeholders, researchers and the public, etc. Following this conceptualization, an exchange that takes place within the scientific realm is not seen as research transfer, but rather as an inter-disciplinary research activity (Gonser and Zimmer, in this book). But what about the exchange between separate research systems and networks?

The impressions collected at the Heidelberg Integration CAN-D Workshop point at a facet of transfer (or knowledge mobilization) not discussed in Gonser and Zimmer (this book). International cooperation may require specific transfer activities because there is an exchange that is based on different logical lines of research action as well as on different research framework conditions. Contrary to this, international cooperation within the same discipline may rely on similar terms and concepts, while interdisciplinary research cooperation within a country shares common research framework conditions, like e.g. funding structures. Different scientific languages and research habits as well as diverse research conditions and funding structures constitute a gap between research communities which is difficult to overcome by the individual researcher. Niederberger and Schink (2011, p.82–87) offer several reasons for research to often be bound to a specific context and system. For one, organizational structures, such as research institutions and universities, the organization of funding and support, job opportunities etc., are predominantly linked to a certain legal – and often national – context. In this sense, research transfer activities can be necessary to bridge the gap and to facilitate information exchange and research cooperation. Furthermore, transfer activities can support communication processes and networking that is more difficult to establish and maintain on an international level. As can be seen from the previous paragraph, the logic of research action in refugee research differs.

In Canada, research in refugee studies is already understood as a cooperative process between different stakeholder groups. Research networks, such as the CYRRC, bring together practitioners and researchers to identify research questions and to jointly realize research projects. The Canadian examples thus provide insights for German research, where co-operative studies are also conducted, but are far from the rule in refugee research (see figures 4 and 6 by Gonser and Zimmer in this book).

Integration CAN-D provides an infrastructure of joint research workshops, a summer school for early-career researchers, and a platform for information exchange between Canada and Germany, in which structural differences and similarities, approaches as well as research strategies, designs, methods and joint work can be discussed. By organizing panels and symposia at national and international conferences, Integration CAN-D has made the ongoing research cooperation and its results visible and has informed other researchers and stakeholders alike on the opportunities of the international cooperation, which is open to all who are interested.

Integration CAN-D is facilitating access to communication structures within the two countries, enabling the partners to share national research offers (such as job opportunities, calls for research contributions and network requests) and to make financial and institutional resources accessible for researchers from both countries. The close cooperational ties with Canadian partners such as the CYRRC led by Michael Ungar at Dalhousie University, Halifax, Nova Scotia (Chia-Kangata, Lachance and Ungar, in this book), the ERASMUS+ Jean Monnet Activity on Youth, Migration and the European Union: Policy and Practical Lessons Learned from the Humanitarian Crisis led by Lori Wilkinson at University of Manitoba, Winnipeg, and the Ontario Institute for Studies in Education (OISE) at the University of Toronto have been especially important for these networking activities and are here thankfully acknowledged.

5. Concluding Remarks

The present chapter delineates in which ways the project Integration CAN-D strives to enhance the exchange of information and the build-up of research co-operations between different stakeholder groups in Canada and Germany: by providing information material and organizing events that address different stakeholder groups as well as by advancing the discussions about transfer and transfer activities. It also demonstrates how this international comparative perspective informs refugee research in Germany. Challenges still abound – even in a field of high societal relevance, transfer may not be the prime goal of a researcher's work, ways to establish and keep up co-operation among different stakeholders may not be well explored and opportunities not obvious, gaps need to be bridged between different academic disciplines and different research systems in an international context. The main objective of the project Integration CAN-D is to mediate and offer promising approaches that might help to overcome these challenges, thereby contributing to building and refining the evidence base for sustainable policy and practice.

References

- Georgi, V. B. (2015). Integration, Diversity, Inklusion. Anmerkungen zu aktuellen Debatten in der deutschen Migrationsgesellschaft. *DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung*, 2/2015, pp. 25–27.
- Ghelli, F. (2015). Debatte um Einwanderungsgesetz. Kanadisches Punktesystem als Vorbild? <https://mediendienst-integration.de/artikel/punktesystem-kanada-einwanderungsgesetz.html>. Accessed: March 3, 2020.
- Integration CAN-D. (2018). Meeting report of the German-Canadian Workshop on Knowledge Mobilization in Heidelberg. https://www.leibniz-bildung.de/wp-content/uploads/2019/11/CAN-D-2018_Second-Integration-Workshop_Protocol.pdf. Accessed: March 3, 2020.
- Korntheuer, A., Pritchard, P. & Maehler, D.B. (Eds.). (2017). *Structural Context of Refugee Integration in Canada and Germany*. Köln: GESIS Series.
- Leibniz Education Research Alliance (LERN). (2016). CRCYFRC-LERN Workshop 27/28 June 2016. Unpublished report.
- Niederberger, A. & Schink, P. (Eds.). (2011). *Globalisierung. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Stuttgart / Weimar: Springer Verlag. <https://doi.org/10.1007/978-3-476-05327-5>.
- Röing, T. (2017). Kommentar. Wahlkampfthema Asyl- und Migrationspolitik: Wie sehr trägt das Vorbild Kanada? https://www.bicc.de/uploads/tx_bicctools/BICC_Kommentar_Tim_R%C3%B6ing.pdf. Accessed: November 18, 2019.
- Schambeck, M. (2009). Inklusion und Integration: Klärung der Begrifflichkeiten aus sozial wissenschaftlicher Perspektive. *Erwachsenenbildung: Vierteljahresschrift für Theorie und Praxis*, 55(4), pp. 183–185.
- Schmidtke, O. (2009). Einwanderungsland Kanada – ein Vorbild für Deutschland? <http://www.bpb.de/apuz/31674/einwanderungsland-kanada-ein-vorbild-fuer-deutschland?p=all>. Accessed: November 18, 2019.
- Social Sciences and Humanities Research Council SSHRC (2019). Guidelines for Effective Knowledge Mobilization. https://www.sshrc-crsh.gc.ca/funding-financement/policies-politiques/knowledge_mobilisation-mobilisation_des_connaissances-eng.aspx. Accessed: November 22, 2019.

VI.

Abschluss und Ausblick

Transfer in der Fluchtforschung

Perspektiven

Danielle Gluns

Eine zentrale Erkenntnis dieses Bandes ist: in einer funktional differenzierten Gesellschaft verfügt kein*e Akteur*in und kein Teilsystem über alles Wissen, das für einen bestimmten Bereich – zum Beispiel Flucht und Migration – verfügbar ist. Stattdessen hat jede*r Einzelne eine spezifische Perspektive auf das Thema und kann auf implizites (Erfahrungs-) Wissen und/oder wissenschaftlich abgesicherte Erkenntnisse zurückgreifen. Der Band verdeutlicht gleichzeitig aber auch, dass ein Austausch zwischen verschiedenen Akteur*innen und Teilsystemen helfen kann, die eigenen Grenzen zu überwinden, indem die Stärken jedes Bereichs genutzt und im Zusammenwirken der einzelnen Bausteine Phänomene in einem umfassenderen Sinne verstehbar werden. Durch das Zusammenbringen unterschiedlicher Wissensbestände und Arbeitstechniken können innovative Lösungen entwickelt und neues Wissen generiert werden. Eine derartige Zusammenarbeit ist besonders in dynamischen Bereichen von großer Bedeutung, in denen sich die Voraussetzungen des Handelns – rechtliche, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen – einem ständigen Wandel ausgesetzt sehen.

Dazu gehören auch die Fluchtforschung und die praktische Arbeit im Themenfeld Migration und Integration, da sich nicht nur die Gesetzeslage, sondern auch Migrationsbewegungen und gesellschaftliche Rahmenbedingungen kontinuierlich verändern (siehe auch *Gonser und Zimmer*¹). Praxisakteur*innen müssen ihre Aktivitäten an diese sich verändernden Rahmenbedingungen anpassen und benötigen hierfür Informationen über Wirkmechanismen, Bedingungen des Handelns und dessen (auch unbeabsichtigte) Effekte. Gleichzeitig ist die Wissenschaft darauf angewiesen, Zugang zu Wissen aus der Praxis sowie zu den spezifischen Herausforderungen und Bedarfen zu erhalten, um relevantes Wissen produzieren zu können. Dementsprechend ist gelingender Transfer in der Fluchtforschung eine Voraussetzung für die Weiterentwicklung sowohl der Praxis als auch der Wissenschaft.

Eine zentrale Herausforderung für das Gelingen des Transfers ist, die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der Teilsysteme in Einklang zu bringen: Während die Wissenschaft längere Zeithorizonte benötigt, um nach wissenschaftlichen Standards gesichertes Wissen zu produzieren, bedarf die Praxis oft schneller Lösungen und Handlungsempfehlungen, um auf Herausforderungen reagieren zu können (siehe *Gonser*

1 Die folgenden kursiv gedruckten Referenzen beziehen sich auf die Beiträge in diesem Sammelband, während Quellenangaben mit Jahreszahlen auf ergänzende Literatur verweisen, die im Literaturverzeichnis angegeben ist.

und Deger). Dies zeigt sich besonders eindrucksvoll in ‚Krisenzeiten‘. Als Beispiel wird oft die verstärkte (Flucht-)Zuwanderung 2015 und 2016 genannt, die zu krisenhaften Zuständen beispielsweise in Verwaltungen führte, da gesellschaftliche Institutionen nicht auf die steigenden Zuwanderungszahlen eingestellt waren. Aber auch in anderen Krisen wie der Corona-Pandemie 2020 wurde deutlich, dass die Wissenschaft Zeit benötigt, um gesichertes Wissen – in diesem Fall zum Beispiel über die Wirkungsweise und Verbreitung des Virus – produzieren zu können, um auf dieser Basis Handlungsempfehlungen – beispielsweise zu Kontaktbeschränkungen oder Lockerungen ebendieser – geben zu können. Gleichzeitig zeigt die Reaktion auf die Pandemie aber auch, dass die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und (politischer) Praxis zu einer evidenzbasierten Entscheidungsfindung beitragen kann, wenn sich alle Akteur*innen ihrer jeweiligen Rollen und Stärken bewusst sind. Die Wissenschaft liefert dann die Erkenntnisse, die sie bereits gewonnen hat und macht Wissenslücken transparent, während die politischen Entscheidungsträger*innen sich auf Basis dieses Wissens eine Meinung bilden und Maßnahmen aushandeln. In Krisen kann zudem auch in der Praxis selbst wichtiges neues Wissen generiert werden, das anschließend mithilfe der Wissenschaft reflektiert und gesichert werden sollte, um für spätere Herausforderungen zur Verfügung zu stehen (*Schütte, Frommer, Schönefeld und Werner*).

Im Vergleich zu anderen Themenfeldern sehen sich die Bereiche der Fluchtforschung sowie der praktischen Arbeit für und mit Geflüchteten in Hinblick auf Transfer in einer günstigen Ausgangssituation: Die Fluchtforschung als Wissenschaftsbereich ist in der Regel multi- oder interdisziplinär angelegt. Damit sind bei vielen Wissenschaftler*innen Erfahrungen mit der ‚Übersetzung‘ von Wissen zwischen verschiedenen (Sub-)Systemen bzw. Sinnwelten vorhanden (siehe *Gonser und Deger*). Darüber hinaus sind für viele Forschende die Erzielung einer gesellschaftlichen Wirkung und die soziale Relevanz ihrer Erkenntnisse eine starke Motivation ihres Handelns. Zudem ist auch in der praktischen Arbeit mit Bezug zu Flucht, Migration und Integration das Schlagwort der ‚Integration als Querschnittsaufgabe‘ für viele Akteur*innen eine Selbstverständlichkeit und sie sind es gewohnt, mit unterschiedlichen Akteursgruppen zu kooperieren.

Dennoch ist Transfer auch in der Fluchtforschung kein Selbstläufer. (Wissens-)Austausch passiert nicht automatisch, nur weil Akteur*innen in Kontakt miteinander treten (siehe hierzu auch *Chia-Kangata, Lachance und Ungar*). Um wirkungsvollen Transfer zu erreichen, bei dem Wissen zwischen verschiedenen Teilsystemen übertragen wird, können unterschiedliche Typen von Maßnahmen beitragen, die wir in diesem Band in drei große Kategorien unterteilt haben: Kommunikation, Beratung sowie kooperatives Handeln und Forschen (siehe *Gonser und Zimmer*). Diese drei Bereiche sind als Idealtypen zu verstehen, deren Unterteilung helfen kann, die Wirkmechanismen und Bedingungen für Transferaktivitäten zu verstehen. Gleichzeitig verschwimmen die Grenzen zwischen diesen Kategorien in der Realität teilweise und sie werden oft in Kombination miteinander umgesetzt. Das zeigen auch die Beiträge in diesem Sammelband, die zwar einem der drei Bereiche zugeordnet wurden, oft aber

auch Hinweise auf weitere Transferaktivitäten beinhalten (für einen Überblick über die Beiträge dieses Sammelbands siehe *Mühlhäußler*).

Daher verfolgt Abschnitt 1 dieses Kapitels das Ziel, übergreifende Erkenntnisse aus den Beiträgen dieses Bandes und Bezüge zwischen ihnen herauszuarbeiten und stellt damit verschiedene Perspektiven *auf* den Transfer vor. Ganz konkret stellt er die Frage nach den Möglichkeiten und Herausforderungen bei der Durchführung verschiedener Transferaktivitäten im Bereich der Fluchtforschung und zielt darauf ab, Bedingungen für einen erfolgreichen Transfer zu ermitteln. Abschnitt 2 widmet sich dann der Frage, wie der Transfer in der Fluchtforschung auf Basis dieser Erkenntnisse weiterentwickelt werden kann und zeigt dementsprechend Perspektiven *für* den Transfer auf.

1. Perspektiven *auf* den Transfer

Die folgende Darstellung orientiert sich an der in diesem Sammelband vorgeschlagenen Kategorisierung von Transferformen, trägt dabei aber Erkenntnisse aus allen Beiträgen zusammen. Dafür werden jeweils zunächst mit Bezug auf *Gonser und Zimmer* Kernaspekte der entsprechenden Kategorie aufgegriffen, bevor mögliche Maßnahmen und die Bedingungen für ihr Gelingen auf Basis der Beiträge dargestellt werden. Zudem werden Überlegungen angestellt, für welches Thema sich die jeweiligen Formate besonders eignen.

In verschiedenen Transfermaßnahmen nehmen Personen unterschiedliche Rollen ein, die sich aus ihrer institutionellen Zugehörigkeit (z. B. als Vertreter*in einer zivilgesellschaftlichen Organisation oder einer wissenschaftlichen Einrichtung), ihrer Arbeitsweise (beispielsweise der Durchführung wissenschaftlicher Erhebungen) und dem jeweiligen Transferformat (z. B. einer Beratungssituation oder einem transdisziplinär angelegten Projekt) ergeben. Daher wird für jede Kategorie kurz erläutert, welche Rollen idealtypisch vorhanden sind und welche Akteur*innen sie in der Regel ausfüllen.

1.1 Kommunikation

Unter (Wissenschafts-)Kommunikation fassen wir im Rahmen dieses Bandes vor allem unidirektionale Formate des Transfers, bei denen Wissen von einer Akteursgruppe an eine andere weitergegeben wird. Die Initiative und der aktivere Part liegen dabei auf der Seite einer der beteiligten Parteien, sodass es sich eher um eine ‚bringende‘ (‚push‘) Aktivität handelt (Bennett und Jessani 2011, S. 4). Damit gibt es idealtypisch die Rollen der Wissensgebenden und der Wissensnehmenden.

Im Transfer in der Fluchtforschung geht die Kommunikation häufig von der Wissenschaft aus. Wissensgebende sind demnach oft Forscher*innen, während Wissensnehmende zum Beispiel Politik und öffentliche Verwaltung (*Weigand und Förster*), Unternehmen (*Scheiermann*) oder die allgemeine Öffentlichkeit sein können. Die Ergebnisse wissenschaftlicher Studien an andere Akteursgruppen wie die Politik oder

die Öffentlichkeit zu kommunizieren ist fester Bestandteil der meisten Forschungsprojekte. Daher überrascht, dass im Projekt *Flucht: Forschung und Transfer (FFT)* Wissenschaftskommunikation selten als Transferaktivität genannt wurde (siehe *Gonser und Zimmer*). Ein möglicher Grund hierfür ist, dass die Verbreitung von Forschungsergebnissen als Teil des Forschungsprozesses und nicht als Transfer im engeren Sinne verstanden wird.

Seltener genannt werden im Rahmen der Beiträge dieses Bandes Beispiele dafür, dass Akteur*innen der Praxis aktiv auf Forschende zugehen, um ihr Erfahrungswissen zu kommunizieren. Dies kann u. a. an den begrenzten zeitlichen und personalen Ressourcen vieler Praxisakteur*innen liegen, die sich daher auf ihre Kernaufgaben konzentrieren (siehe hierzu auch *Weber*). Im Rahmen kooperativen Handelns ist jedoch auch die Übertragung des praktischen Wissens an wissenschaftliche Akteure ein Kernaspekt für das Gelingen des wechselseitigen Austauschs und der gemeinsamen Generierung neuen Wissens (siehe Abschnitt 1.3).

Trotz der Einstufung als ‚bringende‘ Aktivität ist Kommunikation grundsätzlich wechselseitig – nur, wenn ich mich auf mein Gegenüber einstellen kann, kann ich auch gut kommunizieren. Die Form der Kommunikation muss folglich immer an die Voraussetzungen der entsprechenden Zielgruppen angepasst werden. Dabei ist zu klären, welches Wissen die Zielgruppen bereits haben, mit welchen Begriffen sie arbeiten und vor welchen Herausforderungen sie stehen bzw. welche Aufgaben sie bearbeiten. Gleichzeitig muss die eigene Position reflektiert werden: über welches Wissen verfügen wir (nicht), was können und wollen wir beitragen und wie erreichen wir dieses Ziel? Im Anschluss an diese Klärung muss die Botschaft, die übermittelt werden soll, dahingehend formuliert werden, dass sie an die Wissensbestände der Zielgruppe anschließt, Begrifflichkeiten verwendet, die in ihrer jeweiligen Sinnwelt (siehe *Gonser und Deger*) verstehbar sind, sie informiert und ggf. Wissen bereitstellt, das ihnen hilft, ihre jeweiligen Aufgaben zu erfüllen. Außerdem müssen Kommunikationsformate gewählt werden, die die Zielgruppe erreichen (siehe auch *Mayer*). Wenn ein Projekt verschiedene Zielgruppen adressieren möchte, kann es sich anbieten, Kernbotschaften zu formulieren und diese wie einen modularen Baukasten zu verstehen, dessen Teile unterschiedlich kombiniert werden können, um einerseits zielgruppenspezifisch zu kommunizieren und andererseits eine konsistente Botschaft zu vermitteln (siehe *Atallah und Boyter*).

Obleich Kommunikation hier idealtypisch als unidirektional verstanden wird, kann sie auch eine direkte Interaktion mit den Zuhörenden einschließen, zum Beispiel durch Feedback oder Rückfragen bei Vorträgen. Im besten Falle werden diese Impulse von den Wissensgebenden aufgegriffen, was zu Anpassungen ihres Handelns führen kann. Dadurch verschwimmen die idealtypischen Rollen; aus unidirektionaler Kommunikation wird wechselseitiger Austausch. *Schlee und Welsche* zeigen am Beispiel einer Organisation im Bereich psychosozialer Gesundheit, wie eine solche Dynamik dazu führen kann, dass sich ein Projekt verändert.

Eine zielgruppengerechte Kommunikation bedeutet auch, das verfügbare Wissen zu rekontextualisieren, also auf die sozialen Zusammenhänge zu übertragen, in de-

nen es Veränderungen bewirken möchte. *Weigand und Förster* diskutieren, dass dies insbesondere im Kontext von Forschungsfragen wichtig ist, die sich mit kontroversen Fragestellungen und vulnerablen Personengruppen beschäftigen. *Scheiermann* verdeutlicht zudem, dass ein solcher Transfer strategisch geplant und explizit finanziert werden muss.

Wissenstransfer kann nur dann Wirkung entfalten, wenn Zielgruppen die Informationen nicht nur verstehen, sondern sie auch als relevant erachten und akzeptieren (vgl. Bennett und Jessani 2011). Dafür sind wiederum ein gutes Verständnis der Zielgruppen, ihres Vorwissens und ihrer Einstellungen gefragt. Manchmal sind wissenschaftliche Erkenntnisse ‚nur‘ eine Bestätigung des bereits in der Praxis bestehenden Wissens (siehe *Hoesch und Altundal-Köse*). Zwar können solche Erkenntnisse für Vertreter*innen der Praxis hilfreich sein, beispielsweise um sich der Wirkungsweise des eigenen Handelns zu vergewissern oder um Forderungen an andere Akteursgruppen zu legitimieren (siehe *Weber*). Doch wenn Forschende derartige Erkenntnisse als ‚den großen Wurf‘ oder als ‚bahnbrechende Erkenntnisse‘ ankündigen, führt das in der Praxis zu Unverständnis und lässt Wissenschaft realitätsfern erscheinen. Ebenso können aber auch Erkenntnisse schwierig zu kommunizieren sein, die tief verwurzelten Erwartungen mancher Politiker*innen oder Vertreter*innen der Praxis widersprechen (siehe hierzu auch Bennett und Jessani 2011, S. 72f.). Ein Beispiel hierfür ist die Annahme, dass geflüchtete Frauen eine geringere Aspiration der Arbeitsmarktteilhabe hätten als Männer (*Hoesch und Altundal-Köse*). Hier ist viel Kommunikationsarbeit erforderlich, um davon abweichendes Wissen zu vermitteln und Akzeptanz zu erzielen.

Bei der ‚Übersetzung‘ und Kommunikation von Wissen an unterschiedliche Zielgruppen können ‚knowledge broker‘ wie z. B. Stiftungen oder manche Forschungsinstitute eine wichtige Rolle spielen. Sie generieren neues Wissen, bündeln themenspezifisches Wissen aus unterschiedlichen Quellen und Zusammenhängen und bereiten es für verschiedene Zielgruppen auf (siehe hierzu *Mayer* sowie *Schweiger und Veyhl*). Beispielsweise wird erläutert, wie neu erscheinende Studien im Forschungsmonitor aufbereitet und hinsichtlich ihrer Aussagekraft bewertet werden, um den Zielgruppen eine Einordnung der Erkenntnisse zu erleichtern (*Bonin und Mühlhäußer*). Die kontinuierliche Interaktion mit verschiedenen Akteur*innen kann dabei zum Aufbau themenspezifischer Netzwerke bzw. Communities führen, innerhalb derer Wissen übermittelt und ausgetauscht wird (vgl. Bennett und Jessani 2011, S. 85f.).

Die Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse (‚Dissemination‘) ist inzwischen ein regulärer Bestandteil der meisten Projekte und kommt damit für die meisten wissenschaftlichen Themen zur Anwendung (vgl. Best und Holmes 2010). Allerdings beschränkt sich die Kommunikation dabei teilweise auf die Veröffentlichung der Ergebnisse in Form von wissenschaftlichen Publikationen, deren Adressat*innen auf die wissenschaftliche Community beschränkt bleiben, so dass es sich nicht um Transfer im Sinne dieses Bandes handelt. Andere Forschende gehen hierüber hinaus und nutzen beispielsweise allgemeine Öffentlichkeitsarbeit oder soziale Medien, um ihr Wissen zu kommunizieren. Das ist insbesondere bei anwendungsorientierten Fragestellungen verbreitet, in denen die Veränderung der Praxis ein explizites Ziel der Arbeit ist.

Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn wissenschaftliches Wissen in anwendungsbezogenes Wissen ‚übersetzt‘, in die Praxis übermittelt und dort angewendet wird. Dementsprechend gilt: „(...) successful publication on the part of researchers is not ‚job finished.‘ It is ‚job started.‘“ (Bennett und Jessani 2011, S. xxii).

Aktivitäten der Wissenschaftskommunikation können auch Teil eines kooperativen Projekts sein (siehe Abschnitt 1.3). Die intensive Mitarbeit an einem kooperativen Projekt kann in der Regel nur wenige Akteur*innen einschließen. Daher kann auch hier eine zielgerichtete Kommunikation der Ergebnisse an weitere Personen erforderlich sein, um die Wirkung des Projekts zu erhöhen, wie *Schütte et al.* zeigen. Dabei besteht der Vorteil, dass durch die vorangegangene Kooperation bereits ein erhebliches Wissen über die Voraussetzungen, Bedarfe und Interessen der eingebundenen Zielgruppen besteht. Kommunikationsstrategien, -inhalte und -formen können gemeinsam entwickelt werden, um auch hierbei auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten und an die verschiedenen im Projekt beteiligten Perspektiven anschlussfähig zu sein (*Atallah und Boyter*).

1.2 Beratung

Auch die Beratung gehört zu den tendenziell unidirektionalen Formen des Transfers, geht dabei jedoch stärker von den Wissensnehmenden aus und kann daher zu den holenden („pull“) Aktivitäten gezählt werden (Bennett und Jessani 2011, S. 4)². Hierbei geht es darum, Wissen für praxisorientierte Fragestellungen und konkrete Handlungssituationen bereitzustellen sowie mögliche zukünftige Herausforderungen zu thematisieren. Dementsprechend müssen eine stärkere Rekontextualisierung und Personalisierung des Wissens vorgenommen werden als bei der abstrakteren bzw. allgemeineren Kommunikation (*Gonser und Zimmer*). *Schweiger und Veyhl* zeigen in ihrem Beitrag, wie ihre Beratung nicht von einem bestimmten Wissensbestand (beispielsweise den Erkenntnissen in einem singulären Forschungsprojekt), sondern von den Wissensbedarfen der Akteur*innen in ländlichen Räumen ausgeht. Daraufhin wird vielfältiges Wissen zusammengetragen, aufbereitet und den Akteursgruppen in ländlichen Kommunen zur Verfügung gestellt. Die Themen der Beratung werden dabei von den Beratenen oder in Kooperation mit ihnen ausgewählt.

Ein vieldiskutierter Teilbereich der Beratung ist die Politikberatung, insbesondere auf den höheren politischen Ebenen. Dazu zählen beispielsweise Expertenanhörungen während eines Gesetzgebungsverfahrens. Politikberatung kann durch verschiedene Akteur*innen wie Forschende, ‚knowledge broker‘ wie Stiftungen (vgl. Pätsch 2019) oder auch in Netzwerkformaten stattfinden. Beispiele aus dem Bereich der Fluchtforschung

2 Selbstverständlich kann Beratung, beispielsweise in Form von Policy Briefs, auch ‚ungefragt‘ erfolgen. Ohne eine vorherige Kooperation oder Information über Themenstellung und Ausgangssituation durch die Beratenen ist jedoch eine enge Anbindung an konkrete Handlungskontexte weniger zu erwarten, so dass sich hier die Formen der Beratung und Kommunikation überschneiden.

sind der Rat für Migration³ oder der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR)⁴. Auch Ressortforschungseinrichtungen wie das Forschungszentrum des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF)⁵ beraten politische Entscheidungsträger*innen. Die Beratung kann dabei verschiedene Formen annehmen und zu verschiedenen Phasen des politischen Prozesses erfolgen. Auch die Zeithorizonte der Beratung können sich unterscheiden und reichen von der einmaligen Beteiligung an einer Anhörung zu langfristigen Formen der Zusammenarbeit (vgl. Falk et al. 2019). Eine solche längerfristige Interaktion kann die Wirkung der Beratung durch den Aufbau von Vertrauen, Erfahrung sowie die Etablierung kontinuierlicher Kanäle für Kommunikation verbessern (*Bonin und Mühlhäußer*).

Das Ziel der Politikberatung ist es, einen Beitrag zur politischen Problemlösung zu leisten. Die Akzeptanz bzw. Umsetzung des vermittelten Wissens hängt u. a. davon ab, dass dieses Wissen „brauchbar“ (Mayntz 2009, S. 7), also sachlich korrekt und für die Entscheidung nutzbar ist. Gleichzeitig darf jedoch nicht von einem rein rationalen bzw. technokratischen Politikverständnis ausgegangen werden – Politik ist nicht ausschließlich auf Problemlösung ausgerichtet und es gibt oft keine objektiv ‚beste‘ oder ‚richtige‘ Lösung für ein Problem. Stattdessen müssen Gesellschaft und Politik auch Urteile darüber fällen, was als normativ ‚richtig‘ gilt und wie diese normativen Werturteile das Handeln leiten sollen. Darüber hinaus spielt der Wunsch nach Machterhalt oder -ausweitung ebenfalls eine Frage bei der politischen Entscheidungsfindung. Daher hängt die Bewertung der Frage, ob ein Wissen „brauchbar“ (nach Mayntz) ist, gerade bei stark politisierten Fragestellungen auch davon ab, ob das politische ‚Klima‘ gerade günstig ist, d. h. ob die vorgeschlagene Lösung den normativen Haltungen der Entscheidungsträger*innen entspricht (siehe *Weber*).

Da die Akzeptanz der Beratung auch mit der Akzeptanz der oder des Ratgebenden zusammenhängt, ist wichtig, dass die Expertise und (weitgehende) Neutralität der Beratenden anerkannt werden. Hierdurch unterscheidet sich Politikberatung von der Lobbyarbeit, die partikulare Interessen vertritt.⁶ Um Vertrauen sowie Qualität der Politikberatung zu stärken, haben verschiedene Institutionen und Netzwerke Leitlinien entwickelt. Sie legen Kriterien für die Unabhängigkeit, Neutralität und Objektivität der Beratenden sowie Fragen der Organisation des Beratungsprozesses fest (vgl. Rafat 2019; Deutsche Gesellschaft für Politikberatung o. J.). Leitlinien für die Verwendung des gegebenen Rates durch die Auftraggebenden werden hingegen meist ausgeklammert, obwohl Beratungsergebnisse auch instrumentalisiert werden können (Mayntz 2009, S. 11 f.). Damit ist gemeint, dass die Ergebnisse für Zielsetzungen oder politische Botschaften genutzt werden, die von den Verwendenden definiert werden und von dem abweichen, was die Forschenden ausdrücken wollten. Es ist zwar nur schwer zu unterbinden, dass die Ergebnisse in einer Weise interpretiert werden, die

3 <https://rat-fuer-migration.de/>.

4 <https://www.svr-migration.de/>.

5 <https://www.bamf.de/DE/Themen/Forschung/forschung-node.html>.

6 Diese Grenzen verschwimmen jedoch insbesondere im Rahmen der kommerziellen Politikberatung.

dem Verständnis der Auftragnehmenden widerspricht. Auftragnehmer*innen können jedoch beispielsweise darauf achten, dass sich die Auftraggebenden vorab dazu verpflichten, die Beratungsergebnisse zu veröffentlichen. Dadurch kann verhindert werden, dass nur politisch ‚opportune‘ Ergebnisse publiziert werden, wie auch *Anna Schrimpf* verdeutlicht. Derartige Fragen werden in Zeiten polarisierter Debatten und einem Bedeutungszuwachs populistischer Parteien gerade auch in der Fluchtforschung immer dringlicher.

Neben der Forschung können aber auch Vertreter*innen der Praxis als Beratende auftreten. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn Forschungsprojekte Praxisexpert*innen gezielt für einzelne Fragen oder Phasen einbeziehen. So schildert beispielsweise *Scheiermann*, wie Vertreter*innen von Unternehmen an Modellprojekten zur beruflichen Bildung beteiligt wurden, deren Ergebnisse dann wiederum für die Praxis aufbereitet wurden. Hier fand demnach ein Praxis-Wissenschaft-Praxis-Transfer statt. Darüber hinaus besetzen manche Forschungsprojekte Beiräte mit Praxisakteur*innen, um deren Expertise im Verlauf eines Projekts kontinuierlich einzubinden. Bei diesen Formen der Beteiligung gibt es Überschneidungen mit kooperativen Formen des Handelns und Forschens, auf die im folgenden Abschnitt näher eingegangen wird.

1.3 Kooperatives Handeln und Forschen

Unter kooperativem Handeln und Forschen fasst dieser Band verschiedene Formen der Interaktion, in der Angehörige unterschiedlicher Teilsysteme direkt in die Generierung von Wissen eingebunden sind. Dies kann entweder durch einzelne Beteiligungsformate (partizipative Forschung) oder durch einen kontinuierlichen Einbezug in alle Phasen eines Projekts (transdisziplinäre Forschung) geschehen (*Gonser und Zimmer*, siehe auch van de Ven 2007). Derartige Kooperationen können von der Politikberatung unterschieden werden, da es „nicht eigentlich um ‚Rat‘, sondern um ‚Hilfe beim Machen““ (Mayntz 2009, S. 7) bzw. um ‚gemeinsames Machen‘ geht. Die Beratenden sind somit aktiv an der Umsetzung beteiligt, anstatt aus der Distanz Rat zu erteilen. Dementsprechend sind die Rollen der Beteiligten in kooperativen Projekten, in denen gemeinsam Wissen generiert wird, nicht so stark voneinander abgegrenzt wie in den oben genannten Formen des Transfers.

Verschiedene Akteursgruppen können an kooperativen Projekten beteiligt sein. Da dieser Band auf Transfer unter Beteiligung der Wissenschaft fokussiert, zählen Forschende *per definitionem* immer zu den Beteiligten. Darüber hinaus können Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen (*Hoesch und Altundal-Köse*), Unternehmen (*Scheiermann*) oder der öffentlichen Verwaltung (*Albrecht, Hackenbroch und Mitschke; Schmitz; Schütte et al.*), insbesondere auf Ebene des Leistungsvollzugs, einbezogen werden. Seltener diskutiert und umgesetzt ist bislang die Kooperation mit Geflüchteten als Expert*innen ihrer jeweiligen Situation, wie *Krause und von Denkowski* argumentieren. Sie können als Ko-Forschende einerseits die (Flucht-) Forschung voranbringen und andererseits – wenn die Bedingungen stimmen – selbst von der Beteiligung profitieren, was sich auch im Beitrag von *Schlee und Welsche* zeigt. Damit

umfasst diese Kategorie eine große Bandbreite unterschiedlicher Transferaktivitäten, die sich jeweils für unterschiedliche Themen eignen.

Ungeachtet der Vielfalt der Kooperationsformen und -partner*innen lassen sich einige Bedingungen formulieren, die für unterschiedliche Ansätze relevant sind. Dazu gehört erstens eine transparente und gemeinsame Reflexion darüber, welchen Nutzen des Transfers die Beteiligten erwarten (siehe *Chia-Kangata et al.*). Praxisakteur*innen können Forschenden gerade für Fragestellungen im sozialen Bereich helfen, Zugang zu Personen in den zu erforschenden sozialen Zusammenhängen zu erhalten. Umgekehrt kann aber auch die Wissenschaft Zugang zu Bereichen erhalten, die beispielsweise Interessenverbänden verborgen bleiben, und dadurch wertvolle Einblicke gewähren (siehe *Weber*). Darüber hinaus kann die Einbindung nicht-wissenschaftlicher Akteur*innen in die Forschung dazu führen, dass relevantere Ergebnisse produziert werden, da das Wissen der Forschenden über die Aufgaben und Bedingungen des Handelns in der Praxis erhöht wird. Beispielsweise kann der Austausch dazu beitragen, die Sensibilität für die Vielfalt der Lebenslagen geflüchteter Menschen zu erhöhen (*Hoesch und Altundal-Köse*). Für die Praxis kann die Zusammenarbeit mit Wissenschaftler*innen helfen, ihre Arbeit zu reflektieren (*Schütte et al.; Schmitz; Rusert, Kart und Stein*), ihre Angebote zu verbessern sowie den Nutzen ihrer Projekte zu verdeutlichen und damit potenzielle Förderinstitutionen von ihrem Vorgehen zu überzeugen (*Hoesch und Altundal-Köse*). Hierbei zeichnet sich Kooperation im Vergleich mit den anderen oben geschilderten Transferformen durch die gemeinsame Wissensgenerierung sowie miteinander verschränkte Lernprozesse aus. In der Abstimmung über den erwarteten Nutzen einer Kooperation muss gleichzeitig aber auch Transparenz darüber herrschen, welchen Nutzen sie *nicht* erfüllen kann, um Enttäuschungen und Frustration zu vermeiden.

Zweitens muss von Beginn an möglichst Klarheit darüber herrschen, welche Folgen eine Kooperation für die Umsetzung des Projektes haben kann. Dazu gehört, dass Prozesse oft länger dauern, wenn eine größere Anzahl von Akteur*innen mit einer höheren Heterogenität von Perspektiven und Interessen eingebunden werden. Damit sind nicht nur die Unterschiede zwischen ‚Wissenschaft‘ auf der einen und ‚Praxis‘ auf der anderen Seite gemeint. Auch innerhalb dieser beiden großen Bereiche bestehen weitere „Subsinnwelten“ (*Gonser und Deger*), wie beispielsweise die Disziplinen in der Wissenschaft oder verschiedene Teilsysteme in der Praxis. Eine weitere Dimension führen *Zimmer und Mühlhäußer* mit der Frage internationaler Kooperationen ein: auch nationale Systeme beispielsweise der Wissenschaft können sich in ihren Begrifflichkeiten und Vorgehensweisen unterscheiden, so dass ein Blick über den ‚nationalen Tellerrand‘ helfen kann, die eigene Praxis zu reflektieren und neue Anregungen zu generieren. Die aus diesen Dimensionen resultierende Heterogenität kann dazu führen, dass sich kooperative Projekte in eine andere Richtung entwickeln als ursprünglich intendiert, wie *Krause und von Denkowski* argumentieren. Daher muss der Rahmen für mögliche Anpassungen klar kommuniziert werden, wenn beispielsweise die Vorgaben der Mittelgebenden oder die vereinbarten Projektziele die Flexibilität einschränken.

Drittens erfordert Kooperation den Aufbau von Vertrauen und wechselseitigem Verständnis zwischen den beteiligten Akteur*innen. Dies wird durch längerfristige

Interaktion erleichtert, wie *Atallah und Boyter* sowie *Schmitz* zeigen. Aus dem gleichen Grund fordern *Rusert et al.*, dass Transfer als substanzieller Bestandteil der Arbeit an Hochschulen verankert werden sollte, um langfristige Beziehungen zwischen Hochschulen und externen Akteur*innen aufzubauen.

Viertens ist in kooperativen Projekten eine aktive ‚Beziehungsarbeit‘ zwischen den Beteiligten notwendig, um bestehende Machtasymmetrien zu vermindern und eine Zusammenarbeit ‚auf Augenhöhe‘ zu ermöglichen. Je nach Ursache müssen hierfür unterschiedliche Maßnahmen ergriffen werden. Strukturell bedingte Machtgefälle, die aus ungleichen finanziellen Ressourcen entstehen, können unter anderem durch eine kontinuierliche Finanzierung der Transferarbeit reduziert werden. Sie ermöglicht es auch kleineren Organisationen, sich an kooperativen Projekten zu beteiligen. Darüber hinaus können strukturelle Machtasymmetrien, die durch Entscheidungsbefugnisse bedingt sind, durch den Einbezug von Praktiker*innen in die Steuerungsgremien kooperativer Projekte verringert werden, wie *Chia-Kangata et al.* sowie *Albrecht et al.* erläutern. Andererseits können Machtgefälle auch aus einem Wissens- oder Erfahrungsvorsprung einzelner Akteur*innen resultieren. In diesem Fall können Schulungen helfen, Wissen und Fähigkeiten auszubauen (siehe hierzu auch *Schrimpf*). Darüber hinaus sind Reallabore ein Format, das darauf abzielt, gemeinsam und auf Augenhöhe neues Wissen zu generieren, wie *Gonser und Deger* erläutern. Nicht alle Machtasymmetrien können jedoch auf Projektebene behoben werden. Daher ist es nötig, bestehende Machtverhältnisse zwischen Akteursgruppen zu reflektieren und mit ihnen transparent umzugehen.

1.4 Schlussfolgerungen

Die Betrachtung in den vorangegangenen Abschnitten verdeutlicht die Vielfalt des Transfers in Hinblick auf seine Themen, Formate, Zielgruppen und Zielsetzungen. Dementsprechend ist eine Formulierung übergreifender Bedingungen für einen gelingenden Transfer schwierig und eine Anpassung an den jeweiligen Kontext erforderlich. Hierzu gehören verschiedene Überlegungen, die vor der Durchführung einer Transferaktivität angestellt werden müssen.

- Welches Ziel verfolge ich mit dieser Aktivität? Nur, wenn ich klar benennen kann, was ich mit dem Transfer erreichen möchte, kann ich sinnvolle Maßnahmen entwickeln. Eine typische Zielsetzung der Wissenschaftskommunikation ist beispielsweise, die Sichtbarkeit von Forschungsergebnissen zu erhöhen. Beratung versucht hingegen, einem Akteur möglichst konkretes, handlungsleitendes Wissen zur Verfügung zu stellen. Kooperatives Handeln kann zum Beispiel bezwecken, relevantere Ergebnisse zu produzieren und/oder die Umsetzbarkeit der Erkenntnisse zu steigern. Bei der Beantwortung dieser Frage ist zu reflektieren, welche Eigeninteressen jede beteiligte Einrichtung mitbringt, und welche Auswirkungen dies möglicherweise auf die Transferaktivität haben kann.
- Welche Zielgruppen möchte ich mit dem Transfer erreichen? Transferaktivitäten können sich an ‚Eliten‘, also Entscheidungsträger*innen in Wissenschaft und

Praxis (z. B. Spitzenpolitiker*innen oder Verwaltungsleitungen) richten oder die ‚Arbeitsebene‘ (z. B. Mitarbeiter*innen in der öffentlichen Verwaltung oder zivilgesellschaftlichen Organisationen) in den Blick nehmen. Selbstverständlich kann auch eine eher diffuse ‚Öffentlichkeit‘ adressiert werden, indem beispielsweise allgemeine Medienarbeit genutzt wird, um Erkenntnisse zu verbreiten oder auf Herausforderungen aufmerksam zu machen. Eine weniger beachtete, aber stark betroffene Zielgruppe in der Fluchtforschung stellen Geflüchtete selbst dar, für die ein Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse zum Teil eine direkte Verbesserung ihrer Lebenssituation darstellen kann.

- Welche Maßnahme bzw. welches Format eignet sich, um die festgelegte Zielsetzung und die avisierte Zielgruppe zu meinem spezifischen Thema zu erreichen? Möchte ich vor allem allgemeinere bzw. abstraktere Informationen bereitstellen (Kommunikation), Hinweise für konkrete Handlungssituationen bereitstellen (Beratung) oder gemeinsam mit anderen Akteursgruppen neues Wissen generieren (kooperatives Handeln)?
- Wie kann ich beurteilen, ob die Transfermaßnahme erfolgreich ist? Die Frage nach der Wirksamkeit des Transfers ist in verschiedener Hinsicht relevant. Erstens hängt die Bereitstellung finanzieller Mittel für den Transfer langfristig davon ab, dass Mittelgebende vom Nutzen des Transfers überzeugt werden können. Zweitens kann der Transfer (in der Fluchtforschung, aber auch insgesamt) nur weiterentwickelt werden, wenn Wissen darüber generiert wird, was funktioniert und was nicht, und welche Bedingungen zum Erfolg führen können. Drittens hängt auch der Einsatz aller beteiligten Akteur*innen davon ab, dass sie im Transfer einen Mehrwert für sich sehen. Austausch kostet Zeit und Ressourcen, die nur dann eingebracht werden, wenn hieraus ein Nutzen entsteht. Allerdings muss dabei auch klar sein, dass für Transfer kein lineares Wirkungsmodell erstellt werden kann, das den Impact, also die gesellschaftliche Wirkung der Maßnahmen, quantifiziert (siehe hierzu *Mayer*). Hierfür sind die sozialen Zusammenhänge, in die Transfer in der Fluchtforschung interveniert, zu komplex. Wirkungen entstehen oft indirekt, langfristig und im Zusammenspiel verschiedener Maßnahmen, so dass hier kurzfristig allenfalls Zwischenschritte messbar sind. Um Frustration zu vermeiden ist es daher auch nötig, Transparenz darüber herzustellen, was Transfer *nicht* leisten kann.

Deutlich wurde auch, dass die notwendigen Rahmenbedingungen bereitgestellt werden müssen, um Transfer und damit die gesellschaftliche Funktion von Wissenschaft zu stärken. Transfer sollte als fester Bestandteil der Generierung von Wissen verstanden werden und nicht erst als ‚Anhängsel‘, z. B. zum Abschluss eines Forschungsprojekts, zum Tragen kommen. Die Beiträge zum kanadischen Kontext zeigen, dass mit einer expliziten Finanzierung und Institutionalisierung des Transfers der Austausch zwischen Wissenschaft und Akteur*innen der Praxis nachhaltig etabliert und damit gleichzeitig Machtasymmetrien abgebaut werden können. Neben der Finanzierung ist die Unterstützung durch Leitungspersonen Voraussetzung für die Umsetzung und den Erfolg von Transferaktivitäten. Hierzu gehören zum einen Leitungspersonen innerhalb

einer Organisation, die den Austausch fördern oder behindern können, ebenso wie die Übernahme der Leitungsfunktion in kooperativen Settings, die in der Regel nicht durch klare Hierarchien gekennzeichnet sind (Best und Holmes 2010).

2. Perspektiven für den Transfer

Die Fluchtforschung befindet sich im deutschen Kontext derzeit in einer Phase der Konsolidierung, nachdem fluchtbezogene Forschungsvorhaben seit 2015 zunächst stark zugenommen hatten (Kleist et al. 2019; siehe auch *Gonser und Zimmer*). Das kann eine Chance sein, um Transfer als zentrale Aufgabe in diesem Themenfeld zu verankern. Hierzu möchte auch der 2019 gegründete Arbeitskreis Transfer⁷ im Netzwerk Fluchtforschung beitragen. Der Arbeitskreis verfolgt die Zielsetzung, interessierte Akteur*innen⁸ aus Wissenschaft und Praxis miteinander zu vernetzen und zu einer Reflexion und Professionalisierung des Transfers in der Fluchtforschung beizutragen. Hierfür sind verschiedene Maßnahmen angedacht oder geplant, die u. a. die Durchführung von Veranstaltungen (Workshops, Konferenzen etc.) sowie gemeinsame Publikationen umfassen.

Die Beiträge dieses Bandes haben Impulse dafür gegeben, wie die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und wissenschaftlichen Disziplinen gestaltet werden und wie verschiedene Akteursgruppen von ihr profitieren können (für eine Auswahl weiterer Beispiele siehe *Marquardt-Gültepe*). Aktuell hängen Umsetzung und Erfolg jedoch oft noch vom Engagement und den Netzwerken einzelner Wissenschaftler*innen oder Vertreter*innen der Praxis ab. Darüber hinaus sind nicht alle Mittelgebenden von der Notwendigkeit des Transfers überzeugt bzw. beziehen diesen aktiv als Bestandteil in ihre Programme ein. Hier kann Deutschland von Kanada lernen, wo derartige Programmlinien bereits eine längere Tradition haben (siehe *Atallah und Boyter; Chia-Kangata et al.*).

Allerdings ist kein One-size-fits-all Modell möglich, da sowohl die Bedarfe der Geflüchteten (*Krause und von Denkowski; Hoesch und Altundal-Köse*), als auch die Voraussetzungen in unterschiedlichen Themenfeldern (beispielsweise dem Bereich des Arbeitsmarktes oder der Gesundheit) und bei unterschiedlichen Fragestellungen stark divergieren können. Hilfreich wäre aber, sich jeweils frühzeitig Gedanken über mögliche Formen des Transfers (uni- oder multidirektional) und der Partizipation zu machen und Chancen und Risiken abzuwägen. Die Entscheidung über den Grad der Beteiligung sollten möglichst ebenfalls partizipativ getroffen werden, um dabei bereits die Perspektive potenziell betroffener Akteursgruppen (wie der Geflüchteten selbst, Vertreter*innen der öffentlichen Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft) mit einzubeziehen.

⁷ Siehe <https://fluchtforschung.net/ak/transfer/>.

⁸ Der Arbeitskreis steht allen Interessierten offen, die im Bereich Flucht und Integration forschend und/oder praktisch tätig sind. Bei Interesse an einer Mitarbeit melden Sie sich gerne bei der Autorin dieses Beitrags (Kontakt siehe <https://fluchtforschung.net/ak/transfer/>).

Dabei sollten die Methoden des Transfers weiterentwickelt werden (vgl. Di Giulio und Defila 2018). Ein gemeinsamer Methodenkanon scheint angesichts der Vielfalt der Formate und Ziele des Transfers in der Fluchtforschung wenig erfolgversprechend. Stattdessen könnte es hilfreich sein, einen ‚Methoden-Baukasten‘ zu entwickeln, der für verschiedene Transferaktivitäten Gelingensbedingungen und Anwendungsfälle ausformuliert. Hierbei kann die Fluchtforschung von anderen Disziplinen wie der Medizin lernen, in der die Anwendung des wissenschaftlich generierten Wissens in der Praxis schon seit langem mitgedacht wird (vgl. Graham et al. 2006; Powell et al. 2017). Anregungen zur Weiterentwicklung des Transfers in der Fluchtforschung können auch aus der Literatur zu internationaler Kooperation (siehe hierzu auch *Zimmer und Mühlhäußer*) sowie zu interdisziplinärem Arbeiten stammen. Auch wenn die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis wie in diesem Band erläutert einige Besonderheiten bereithält, stehen auch Kooperationen zwischen verschiedenen Disziplinen oder nationalen Wissenssystemen vor der Herausforderung, sich auf andere Kontexte mit ihren jeweiligen Wissensbeständen und Begrifflichkeiten einzustellen und ggf. ‚Übersetzungsarbeit‘ zu leisten.

Deutlich wird in diesem Band, dass Transfer keine Aufgabe für einzelne Akteur*innen und kurze Projekte ist. Stattdessen müssen Mittelgeber*innen, Forschende und Vertreter*innen verschiedener Praxisbereiche bereit sein, Zeit und Geld zu investieren, um langfristig erfolgreichen Austausch zu ermöglichen. Der Band zeigt aber auch, dass sich dieser Einsatz für alle Beteiligten lohnen kann.

Literatur

- Bennett, G. & Jessani, N. (2011). *The knowledge translation toolkit: Bridging the know-do gap, a resource for researchers*. Ottawa et al. SAGE Publications; International Development Research Centre. <https://idl-bnc-idrc.dspacedirect.org/bitstream/handle/10625/46152/IDL-46152.pdf?sequence=1&isAllowed=y>
- Best, A. & Holmes, B. (2010). Systems thinking, knowledge and action: towards better models and methods. *Evidence & Policy*, 6(2), 145–159. <https://doi.org/10.1332/174426410X502284>
- Deutsche Gesellschaft für Politikberatung. (o.J.). *de'ge'pol-Verhaltenskodex*. <https://www.degepol.de/verhaltenskodex>
- Di Giulio, A. & Defila, R. (Hrsg.) (2018). *Transdisziplinär und transformativ forschen*. Wiesbaden. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-21530-9>
- Falk, S., Glaab, M., Römmele, A., Schober, H. & Thunert, M. (Hrsg.). (2019). *Handbuch Politikberatung*. Wiesbaden. Springer Fachmedien. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-07461-6>
- Graham, I. D., Logan, J., Harrison, M. B., Straus, S. E., Tetroe, J., Caswell, W. & Robinson, N. (2006). Lost in knowledge translation: time for a map? *The Journal of continuing education in the health professions*, 26(1), 13–24. <https://doi.org/10.1002/chp.47>
- Kleist, J. O., Engler, M., Etzold, B., Mielke, K., Oltmer, J., Pott, A., Schetter, C. & Wirkus, L. (Juni 2019). *Flucht- und Flüchtlingsforschung in Deutschland: Eine Bestandsaufnahme: Abschlussbericht, Verbundprojekt ‚Flucht: Forschung und Transfer‘*. Osnabrück, Bonn.

- Mayntz, R. (2009). Speaking truth to power: Leitlinien für die Regelung wissenschaftlicher Politikberatung. *der moderne staat*, 2(1), 5–16. https://pure.mpg.de/rest/items/item_1232375/component/file_1835819/content
- Pätsch, A. (2019). Politikberatung durch Stiftungen. In S. Falk, M. Glaab, A. Römmele, H. Schober & M. Thunert (Hrsg.), *Handbuch Politikberatung* (S. 1–19). Wiesbaden. Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-07461-6_19-1
- Powell, A., Davies, H. & Nutley, S. (2017). Missing in action? The role of the knowledge mobilisation literature in developing knowledge mobilisation practices. *Evidence & Policy*, 13(2), 201–223. <https://doi.org/10.1332/174426416X14534671325644>
- Rafat, S. (2019). Politikberatung und Ethik. In S. Falk, M. Glaab, A. Römmele, H. Schober & M. Thunert (Hrsg.), *Handbuch Politikberatung* (S. 1–19). Wiesbaden. Springer Fachmedien.
- van de Ven, A. (2007). *Engaged Scholarship: A Guide for Organizational and Social Research*. Oxford. Oxford University Press.

Ausgewählte Beispiele für Wissensmobilisierung und Transfer zum Thema Flucht und Integration in Deutschland

Zahide Marquardt-Gültepe

In Deutschland existieren bereits unterschiedliche Anlaufstellen zum Austausch von und der Beratung für Transferaktivitäten. Auf Grundlage einer Internetrecherche werden im Folgenden konkrete, spannende und gut zugängliche Beispiele für Wissensmobilisierung und Transfer skizziert, die der weiteren Anregung dienen sollen.

Dafür wurde zunächst nach Programmen der Bundesministerien gesucht, die neben der thematischen Bindung an Flucht bzw. Integration auch einen expliziten Anspruch auf Transferaktivitäten erheben. Um auch kommunale und lokale politische Förderprogramme einzubeziehen, wurden die Aktivitäten des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sowie seiner Mitgliedsverbände nach denselben Kriterien durchsucht. Die Perspektive der Zivilgesellschaft wurde durch eine Recherche einschlägiger Stiftungen, gemeinnütziger Vereine sowie von Wirtschaftsverbänden eingebracht.

Eine solche Recherche kann natürlich nur eine Auswahl abbilden, doch konnte eine Vielzahl unterschiedlicher Transferformate und -angebote aufgenommen werden. Die Darstellung orientiert sich dabei an der Selbstbeschreibung der Programme, Projekte oder anderen Aktivitäten. Oft finden sich hinter den unterschiedlichen hier aufgeführten noch weitere interessante Angebote, die allerdings nicht in die Darstellung mit aufgenommen wurden, um den Fokus auf die Wissenschaft-Praxis Komponente beizubehalten.

Anlaufstelle	Internetpräsenz	Zielgruppe	Beschreibung
Akademie für Islam in Wissenschaft und Gesellschaft (AIWG)	https://aiwg.de/	Medien und (muslimische und nichtmuslimische) Zivilgesellschaft	Mit unterschiedlichen Transferformaten (Mentoring-Programm, Roundtable, Praxisfellowship, Expertisen), die sowohl Akteur*innen aus der Wissenschaft und aus der Praxis zugänglich gemacht werden und durch die Vermittlung von Expert*innen und Referent*innen soll der Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft im Generellen befördert werden.
Arbeitskreis Transfer im Netzwerk Fluchtforschung	https://fluchtforschung.net/ak/transfer/	Keine akteurspezifische Beschränkung	Der Arbeitskreis arbeitet daran, Transferansätze zu reflektieren und als Methode zu erschließen. Außerdem sollen Beratungskompetenzen aufgebaut werden.
Berliner Interdisziplinärer Verbund für Mehrsprachigkeit (BIVEM)	http://bivem.leibniz-zas.de/	Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen, Familienzentren, Elternverbände	Das umfangreiche Angebot erstreckt sich von Beratung über Netzwerktivitäten bis hin zu mehrsprachigen Informationsaufbereitung sowie Informations- und Fortbildungsveranstaltungen.
Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit	https://www.demokratie-leben.de/	Keine akteurspezifische Beschränkung	Die im groß angelegtem Bundesprogramm geförderten Projekte werden wissenschaftlich begleitet und die Ergebnisse sollen diesen Projekten auch zurückgespiegelt werden. Außerdem findet eine wissenschaftliche Evaluation des Programms als Ganzes statt.
Fachdialognetz für schwangere und geflüchtete Frauen	http://www.fachdialognetz.de/index.php?id=48	Fachkräfte und andere Unterstützer*innen bei der Versorgung schwangerer und geflüchteter Frauen (z. B. aus dem Gesundheitswesen, der Geburtshilfe, der psychosozialen Beratung sowie aus Migrationsdiensten oder der Jugendhilfe)	Neben den Projektzielen, Handelnde zu vernetzen und Fachkompetenzen zu entwickeln, wird insbesondere auf das Ziel hingewiesen, Wissen zu gewinnen, um Forschungslücken und Forschungsbedarf zu ermitteln. Die Ergebnisse der Evaluation und andere Fachpublikationen sind auf der Homepage frei zugänglich.

Anlaufstelle	Internetpräsenz	Zielgruppe	Beschreibung
Flucht: Forschung und Transfer. Flüchtlingsforschung in der Bundesrepublik Deutschland	https://flucht-forschung-transfer.de/map/#6/51.200/9.000	Politik, Administration, Zivilgesellschaft, Medien und Öffentlichkeit	Mittels einer interaktiven Forschungslandkarte kann ein Einblick in die aktuellen Projekte der Flucht- und Flüchtlingsforschung in Deutschland gewonnen werden. Zudem sind auf der Homepage Policy Briefs, andere Publikationen und eine Dokumentation verschiedener Veranstaltungen zugänglich.
Flüchtlinge in Deutschland – Bildungsaspekte im Fokus	https://www.bildungsserver.de/Fluechtlinge-in-Deutschland-Bildungsaspekte-im-Fokus-11422-de.html	Keine akteursspezifische Beschränkung	Die Linksammlung zu verschiedenen Bildungsaspekten von Geflüchteten in Deutschland umfasst umfangreiche und gut sortierte weiterführende Informationen aus Recht, Politik, Forschung und Praxis.
Frauen mit Fluchterfahrung gründen	https://www.frauenmitfluchterfahrunggruenden.de/ und http://www.institut-fuer-mittelstrandsforschung.de/kos/WNetz?art=Project.show&id=240	Multiplikator*innen und Institutionen auf Bundesebene	Das Modellprojekt wurde wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse und ein Handbuch als praxisorientierter Leitfaden finden sich auf der Homepage des Instituts für Mittelstandsforschung (ifm).
Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung	https://kita-einstieg.fruehechancen.de/	Einrichtungen der frühkindlichen Bildung (z. B. Kindertageseinrichtungen, Tagespflegestellen, Familienzentren, Mehr-generationenhäuser und Nachbarschaftszentren)	Neben einer programmbegleitenden Evaluation werden auf der Homepage frei zugängliche Online-Angebote bereitgestellt (z. B. kompakte Fachtexte und eine Toolbox mit Handreichungen und Leitfäden).
Land.Zuhause.Zukunft – Integration und Teilhabe von Neuzuwanderern in ländlichen Räumen	https://www.bosch-stiftung.de/de/projekt/landzuhausezukunft	Akteursgruppen in ländlichen Räumen (Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Migrant*innen und Wirtschaft)	Das Programm zielt darauf ab, Vernetzungs- und Austauschformate zu konzipieren und umzusetzen sowie die Ergebnisse in Form von Handlungsempfehlungen aufzuarbeiten.

Anlaufstelle	Internetpräsenz	Zielgruppe	Beschreibung
LiGa – Lernen im Ganzttag	https://www.lernen-im-ganzttag.de/home/	Schulverwaltung, Schulaufsicht, Schulleitungen, Lehrkräfte, pädagogische Mitarbeiter*innen	Explicites Ziel ist es, die Ergebnisse der Programmevaluation aus der ersten Phase und eine gute Praxis zur Steuerung von Ganztagsqualität ländertübergreifend zu diskutieren und für die Bildungsverwaltung und Fachöffentlichkeit aufzubereiten. Auf der Homepage werden zudem in Publikationen und Materialien gute Beispiele und fachliches Wissen aus dem Programm aufbereitet und zur Verfügung gestellt.
Mediendienst Integration	https://mediendienst-integration.de/	Medien	Die Informationsplattform bietet Zugang zu weiterführenden und eigenen Publikationen, organisiert Pressegespräche, Medien-Touren sowie Redaktionsbesuche und vermittelt Kontakte zu Expert*innen.
Migration Research Hub	https://migrationresearch.com/	Politik	Die Online-Informationsplattform (mit kollaborativem Ansatz zum Wissensmanagement in Migrationsstudien) bietet mit Hilfe einer detaillierten Taxonomie und auf Grundlage einer umfangreichen Datenbank Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen mit unterschiedlichen Fragestellungen aus verschiedenen Disziplinen.
Migrations- und Integrationsforum Baden-Württemberg (MIF)	http://www.mif-bw.de/	Expert*innen aus Wissenschaft, Medien, Politik und Zivilgesellschaft	Mit explizitem Bezug auf Baden-Württemberg wird eine akteursübergreifende Vernetzung angestrebt, außerdem werden Veranstaltungen organisiert und Publikationen zur Verfügung gestellt.
Monitoring und Evaluierung eines Schutzkonzeptes für geflüchtete Menschen in Flüchtlingsunterkünften	https://www.dezim-institut.de/das-dezim-institut/abteilung-konsens-konflikt/dezim-projekt-monitoring-und-evaluierung-eines-schutzkonzeptes-fuer-gefluechtete-menschen-in-fluechtlingsunterkuenften/	Politik und Akteure vor Ort (Unterkunftsleitung, Gewaltkoordinator*innen, Sozialarbeiter*innen, Bewohner*innen)	Unter Einbeziehung von Akteur*innen aus der Praxis wird an der Entwicklung eines Online-Tools (App) zum Monitoring der Umsetzung von Gewaltschutz in Geflüchetenunterkünften gearbeitet.

Anlaufstelle	Internetpräsenz	Zielgruppe	Beschreibung
ReNEd: Research Needs in Education	https://www.dezim-institut.de/dezim-forschungsgemeinschaft/die-dezim-gemeinschaft/reneed-research-needs-in-education/	Pädagogische Fachkräfte mit Zuwanderungsgeschichte	Das Projekt zielt darauf ab, Forschungsbedarf in formalen und non-formalen Bildungssettings aus Praxisperspektive (Nutzer- und Betroffenenperspektive) zu ermitteln.
Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR)	https://www.svr-migration.de/	Politik und Zivilgesellschaft	Mit dem Ziel einer kritischen Politikberatung und -begleitung sowie der sachlichen Information der Öffentlichkeit veröffentlicht der Sachverständigenrat unter anderem ein umfangreiches jährliches Gutachten und erhebt alle zwei Jahre eine repräsentative Bevölkerungsumfrage unter Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Deutschland. Ergänzend dazu arbeitet der SVR-Forschungsbereich dezidiert anwendungsorientiert und veröffentlicht seine Forschungsergebnisse in Form von Publikationen, Vorträgen und Hintergrundgesprächen.
Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist	https://sprach-kitas.fruhechancen.de/	Träger, Leitungen und pädagogische Fachkräfte von Kindertageseinrichtungen	Auf der Homepage finden sich ausgewählte Ergebnisse der programmbegleitenden Evaluation und Policy Briefs sowie ein umfangreiches Online-Angebot (z. B. Methodensammlung, Feedbackbrochüren und Toolbox).
WillkommensKITAs	https://willkommenskitas.de/	Kindertageseinrichtungen und Horte	Neben direkten Angeboten für die teilnehmenden Einrichtungen in Sachsen (eine Einrichtungsbegleitung vor Ort, praxisnaher Austausch im Netzwerk sowie bedarfsorientierte Fortbildungen) bietet das Programm auf seiner Homepage eine umfangreiche Link- und Materialsammlung zu verschiedenen Themen (z. B. Rassismus, Gesundheit, sprachliche Vielfalt).

Glossar

Agency (Handlungsmacht)

In der Wissenschaft gibt es unterschiedliche Definitionen von Agency. Hier wird Agency als die Fähigkeit von Personen betrachtet, auf ihr Umfeld einzuwirken (siehe Beitrag von Schlee und Welsche).

Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)

Zu den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) gehören in Deutschland alle Organisationen, die Aufgaben in der inneren Gefahrenabwehr übernehmen. Das beinhaltet polizeiliche Maßnahmen, aber auch Bekämpfung von Unglücken und Katastrophen. BOS sind neben den Polizeien, dem Zoll, dem Technischen Hilfswerk sowie den Feuerwehren auch die Organisationen des Rettungsdienstes und Katastrophenschutzes (siehe Beitrag von Schütte, Frommer, Schönefeld und Werner).

Berufliche Bildung

Die berufliche Bildung umfasst den gesamten Bereich des beruflichen Bildungswesens (z. B. Berufsvorbereitung, Berufsschulen, Berufsfachschulen, Fachoberschulen, berufliches Gymnasium sowie die Fort- und Weiterbildung an beruflichen Fachschulen). Insbesondere die duale Ausbildung ist ein Teil der beruflichen Bildung (siehe Beitrag von Scheiermann).

Beschwerdemanagement

Bei einer Beschwerde handelt es sich um Artikulationen von Unzufriedenheit, die gegenüber einem Unternehmen oder auch Drittinstitutionen geäußert werden, um auf Verhalten, das subjektiv als schädigend empfunden wird, aufmerksam zu machen, Wiedergutmachung für erlittene Beeinträchtigungen zu erreichen und/oder eine Änderung des kritischen Verhaltens zu bewirken. Beschwerden können entstehen, wenn die Differenz zwischen den Erwartungen und der tatsächlichen Qualität der Leistungserbringung wächst. Demnach ist das Beschwerdemanagement die Planung, Durchführung und Kontrolle aller Maßnahmen im Zusammenhang mit Kundenbeschwerden mit dem Ziel der Qualitätssicherung, wobei es eigentlich darum geht, Kundenzufriedenheit wiederherzustellen (Stauss und Seidel 1998, S. 29) (siehe Beitrag von Schmitz).

Bindung

Bindung an einen Ort entsteht, wenn Menschen am Geschehen einer Gemeinde beteiligt sind. Der Kern von Bindung ist die gesellschaftliche Teilhabe, die jedoch nur in Teilen über Maßnahmen erreicht werden kann, vor allem aber das ‚Wohlfühlen‘ und das ‚sich zugehörig fühlen‘ an einem Ort beinhaltet (siehe Beitrag von Schweiger und Veyhl).

CAPI (Computer Assisted Personal Interview)

Als Computer Assisted Personal Interview wird eine computergestützte persönliche Befragung bezeichnet. Hierbei handelt es sich um einen elektronischen Fragebogen, der von der interviewenden Person gemeinsam mit der Befragungsperson am Computer ausgefüllt wird (siehe Beitrag von Weigand und Förster).

CASI (Computer Assisted Self Interview)

Mit Computer Assisted Self Interview wird ein computergestütztes Selbstinterview beschrieben. Hierbei füllt die Befragungsperson selbständig ohne Unterstützung einer interviewenden Person einen elektronischen Fragebogen am Computer aus (siehe Beitrag von Weigand und Förster).

CATI (Computer Assisted Telephone Interview)

Bei einem Computer Assisted Telephone Interview handelt es sich um ein computergestütztes telefonisches Interview. Dabei wird das Interview entlang eines Fragebogens, den die interviewende Person in einem Fragebogenprogramm am Bildschirm angezeigt bekommt, durchgeführt. Die Abfolge der Fragen wird entsprechend der vordefinierten Filterung und den Eingaben der interviewenden Person durch den Computer vorgegeben (siehe Beitrag von Weigand und Förster).

CAWI (Computer Assisted Web Interview)

Ein Computer Assisted Web Interview stellt einen Online-Fragebogen dar, der von den Befragungspersonen über einen Webbrowser aufgerufen werden kann und von diesen selbständig ohne Unterstützung einer interviewenden Person ausgefüllt wird (siehe Beitrag von Weigand und Förster).

Communities of Practice

Communities of Practice sind heterogene Gruppen von Personen, die sich bilden, da die Personen ein Interesse oder eine Praxis gemein haben, über das bzw. die sie sich austauschen möchten. Sie arbeiten über einen längeren Zeitraum an einem Thema (zusammen) und generieren Wissen. Die Beteiligten nehmen an diesem Austausch freiwillig teil und stellen das Thema in den Mittelpunkt ihrer Vernetzung. Indem sie auf regelmäßiger Basis interagieren, bilden diese Communities of Practice einen Möglichkeitsraum, voneinander über (Organisations-, Abteilungs-, Fach-, ...) Grenzen hinweg zu lernen. Communities of Practice sind in der Regel lose organisiert. Beispiele sind etwa Runde Tische oder auch themenbezogene Online-Foren (siehe Beiträge von Schütte, Frommer, Schönefeld und Werner; Rusert, Kart und Stein).

Design Thinking

Unter Design Thinking wird im Allgemeinen eine Methode der Produktentwicklung und -überarbeitung verstanden, die von einem Problemlösungsbedarf der potenziellen Nutzer*innen ausgeht und durch verschiedene Rechercheansätze versucht, das Produkt so aufzusetzen, dass es dem Bedarf der Nutzer*innen bestmöglich entspricht. Im Kontext der Wissensmobilisierung (Knowledge Mobilization) beschreibt Design Thinking einen Ansatz, bei dem Expert*innen verschiedener Fachrichtungen, etwa Forschende und Designer*innen, zusammengebracht werden. Zentral ist in diesem Kontext, wie

das Wissen genutzt und weiter verbreitet werden soll, um darauf aufbauend Inhalte zu entwickeln, die diesen Erfordernissen entsprechen (siehe Beitrag von Atallah und Boyter).

Dissemination

Dissemination bezeichnet die Verbreitung von Forschungsergebnissen unter Berücksichtigung der intendierten Zielgruppe. Die Kernbotschaften wie auch ihre Darstellungsweise sind dabei auf die Zielgruppe zugeschnitten (siehe Beiträge von Chia-Kangata, Lachance und Ungar; Atallah und Boyter; Gluns).

Duale Ausbildung

Das duale System ist ein Teil des beruflichen Ausbildungswesens. Die Ausbildung im dualen System erfolgt an zwei Lernorten, dem Betrieb und der Berufsschule. Die duale Ausbildung wird von den Betrieben und den Berufsschulen getragen (siehe Beitrag von Scheiermann).

Embodiment

Unter Embodiment wird in der Wissenschaft die enge Verknüpfung von Wahrnehmung, Körper, Psyche und Kognition verstanden. Als Vater der Embodiment-Forschung wird der französische Philosoph Maurice Merleau-Ponty genannt (siehe Beitrag von Schlee und Welsche).

Enquête-Kommission

Eine Enquête-Kommission arbeitet Informationen zu gesetzgeberischen Entscheidungen aus. Sie wird in der Regel von Parlamenten bei schwierigen Sachbereichen eingesetzt, um Wissen für Entscheidungsprozesse bereitzustellen. Sie setzt sich aus Abgeordneten und externen Sachverständigen zusammen (siehe Beitrag von Bonin und Mühlhäußer).

Evaluation

Evaluation ist eine Sammelbezeichnung für den systematischen Einsatz von empirischen Methoden, die dazu dienen, die Erreichung eines vorab festgelegten Ziels einer Intervention (z. B. des Einsatzes einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme) nach deren Durchführung zu überprüfen (siehe Beitrag von Bonin und Mühlhäußer). Siehe auch

► Wirkungsevaluierung

Evidenzbasierung

Von einer evidenzbasierten oder auch evidenzinformierten Politikgestaltung wird dann gesprochen, wenn sich eine politische Maßnahme auf wissenschaftlich erhobene, empirische Daten stützt (siehe Beitrag von Gluns).

Forschungsethik

Forschungsethik beschäftigt sich mit Fragen des ‚guten‘ und moralisch ‚richtigen‘ Handelns von Forschenden. In der sozialwissenschaftlichen empirischen Forschung beinhaltet Forschungsethik einerseits in der Wissenschaftsgemeinschaft geteilte Normen, Werte und Regeln sowie Handlungsleitlinien, die etwa in Ethikkodices festgelegt sind. Andererseits dienen forschungsethische Reflexionen der Überprüfung, wie diese Normen, Werte und Regeln personen- und kontextspezifisch je nach Forschungsvor-

haben bestmöglich ausgelegt und umgesetzt werden können. Diese Abwägungen sollen zur Qualität der Forschungsdurchführung und insbesondere zur Achtung der Menschenwürde, Nicht-Schädigung, zum Wohl und zur Sicherheit der Teilnehmenden und Forschenden beitragen (siehe Beitrag von Krause und von Denkowski).

Gatekeeper

In der Wissenschaft stellen sogenannte Gatekeeper Personen dar, die den Forschenden Zugang zu einem Feld, das heißt den Befragungspersonen, eröffnen können. Dies können z. B. hochrangige bzw. angesehene Gruppenmitglieder, zur Leitungsebene gehörende Personen oder Entscheidungstragende im Allgemeinen sein. In der großen Studie *Refugees in the German Educational System (ReGES)* des Leibniz-Instituts für Bildungsverläufe (LIfBi) zum Beispiel gehören die auf Gemeindeebene haupt- und ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit tätigen Personen zu den Gatekeepern (siehe Beitrag von Weigand und Förster).

Immigrant (Kanada)

In Kanada bezieht sich der Begriff Immigrant in der Regel auf Neuankommende, die als Daueraufenthaltsberechtigte zugelassen werden, weil sie die Anforderungen einer von drei Kategorien erfüllen: wirtschaftlich, familiär oder geflüchtet.

- Economic Immigrants (Einwanderung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten)
Alle Economic Immigrants werden nach Aspekten des Humankapitals (Bildungsniveau, Sprachkenntnisse, Arbeitserfahrung) und nach ihrem Beruf, entsprechend des aktuellen Bedarfs auf dem kanadischen Arbeitsmarkt, ausgewählt. Diese Gruppe macht über 60 % aller Immigrant*innen nach Kanada aus.
- Family Immigrants (Familiennachzug)
Kanadische Staatsbürger*innen und Personen mit ständigem Wohnsitz in Kanada können die Aufnahme ihrer Eltern, Ehepartner*innen und Kinder unter 22 Jahren beantragen.
- Refugees (Geflüchtete)
Geflüchtete können einer von drei Unterkategorien angehören: staatlich unterstützt (government-assisted), von Privatpersonen oder Gruppen gefördert (privately sponsored) und den Geflüchtetenstatus beantragend (refugee claimants). Die ersten beiden Gruppen sind Geflüchtete, die durch internationale Abkommen und in Zusammenarbeit mit dem Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Geflüchtete umgesiedelt und als ständige Einwohner*innen (permanent residents) zugelassen werden. Die dritte Gruppe umfasst Personen, die in Kanada ankommen und vor Ort den Status als Geflüchtete beantragen; in anderen Ländern, wie zum Beispiel in Deutschland, werden sie häufig als Asylsuchende bezeichnet. Diese Geflüchteten haben eine zeitweilige Aufenthaltserlaubnis in Kanada (temporary residents), bis über ihren Antrag durch die unabhängige Behörde für Einwanderung und Geflüchtete (Immigration and Refugee Board) entschieden ist (siehe Beitrag von Atallah und Boyter). Siehe auch ► **Temporary Resident (Kanada)**

Impact – siehe ► **Wirkungstreppe**

Integriertes Flüchtlingsmanagement

Integriertes Flüchtlingsmanagement bezeichnet ein Konzept, welches vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Reaktion auf die Fluchtbewegungen 2015/2016 entwickelt wurde. Es teilt sich in drei Verfahrensschritte bzw. Phasen: 1. Ankunft und Registrierung, 2. Asylverfahren, und 3. Integration oder Rückkehr bzw. Rückführung. Es dient dazu, die Steuerung und Bewältigung der Herausforderungen, welche mit einem kurzfristigen erhöhten Aufkommen potenziell asylsuchender Personen einhergehen, zu unterstützen (siehe Beitrag von Schütte, Frommer, Schönefeld und Werner).

Integrated Knowledge Translation (iKT; Integrierte Wissensübersetzung)

Dieser Forschungsansatz bezieht die Wissensnutzer*innen (Knowledge User) als gleichberechtigte Partner*innen in den Forschungsprozess mit ein. Der iKT ist die Annahme zugrunde gelegt, dass damit die Forschung für die Wissensnutzenden relevanter und wahrscheinlich auch nutzenbringender wird. iKT wird zuweilen auch als Wissens-Ko-Kreation bezeichnet (siehe Beitrag von Chia-Kangata, Lachance und Ungar).

Interdisziplinarität

Unter Interdisziplinarität wird das Beleuchten eines Forschungsgegenstandes aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Fachdisziplinen verstanden, wobei sich diese in ihrer Auseinandersetzung mit dem Thema aufeinander beziehen. Dabei werden spezifische Herangehensweisen einer Disziplin in einer anderen Disziplin an die jeweiligen disziplinären Rahmenbedingungen und Erfordernisse angepasst. Anders als in der Multidisziplinarität entsteht also aus diesem Zusammenspiel ein zumindest teilweise neuer Ansatz oder eine zumindest teilweise neue Herangehensweise (siehe Beiträge von Gonser und Zimmer; Zimmer und Mühlhäußer).

Knowledge Mobilization (Wissensmobilisierung)

Dies ist ein Oberbegriff, der ein breites Spektrum von Aktivitäten im Zusammenhang mit der Produktion und Nutzung von Forschungsergebnissen umfasst. Dazu gehören Synthese, Dissemination bzw. Verbreitung, Transfer, Austausch und Ko-Kreation oder Ko-Produktion von Wissen durch Forschende und Wissensnutzer*innen (siehe Beiträge von Gonser und Zimmer; Hoesch und Altundal-Köse; Chia-Kangata, Lachance und Ungar; Atallah und Boyter; Zimmer und Mühlhäußer). Siehe auch ► **Modular Knowledge Mobilization**

Modular Knowledge Mobilization

Knowledge Mobilization Toolkit (Baukasten Wissensmobilisierung)

Dieser Baukasten bezieht sich auf die Struktur des Informationsaustausches, nicht auf die Information selbst. Normalerweise beinhaltet ein KMB-Toolkit sowohl die Entwicklung von Know-how als auch von Informationen, die zu einem bestimmten Thema ausgetauscht oder entsprechend angepasst werden können (siehe Beitrag von Atallah und Boyter).

Knowledge Synthesis (Wissenssynthese)

Unter Knowledge Synthesis wird die Kontextualisierung und Integration von Forschungsergebnissen einzelner Forschungsstudien in einen größeren thematischen Wis-

sensbestand verstanden. Eine Synthese muss in ihren Methoden reproduzierbar und transparent sein, wobei quantitative oder qualitative Methoden (oder beide Arten von Methoden) verwendet werden, die die Form einer Systematic Review (Systematischen Übersichtsarbeit) annehmen können (siehe Beitrag von Chia-Kangata, Lachance und Ungar).

Knowledge User (Wissensnutzer*in)

Dies bezeichnet eine Person, die potenziell Forschungsergebnisse nutzt, um fundierte politische, programmatische oder praktische Entscheidungen zu treffen. Der Beteiligungsgrad von Wissensnutzenden im Forschungsprozess kann je nach Art der Forschung und ihrem Informationsbedarf an Intensität und Komplexität variieren. Zu den Wissensnutzenden können unter anderem Praktiker*innen, Politikgestaltende, Pädagog*innen, Entscheidungstragende, Fachkräfte in der Verwaltung, kommunale Führungskräfte oder Personen in Wohltätigkeitsvereinen, Geflüchtetenvertretungen, der Privatwirtschaft oder den Medien zählen (siehe Beitrag von Chia-Kangata, Lachance und Ungar).

Kommunale Integrationspolitik

Die Integrationspolitik umfasst alle Maßnahmen und Richtlinien einer Kommune, die die Integration betreffen. Nach Auffassung der Robert Bosch Stiftung GmbH sollte sie sich jeglicher Form der Migration widmen: der humanitären Aufnahme von Geflüchteten ebenso wie von Fachkräften oder Menschen, die aus sonstigen Gründen migrieren (siehe Beitrag von Schweiger und Veyhl).

Kultursensibilität

Kultursensibilität beschreibt, die Wahrnehmung für die eigene Norm und eigene Werthaltungen zu schärfen und den Blick für das Fremdverstehen zu öffnen (Schönhuth 2005). Im institutionellen Kontext geht es dabei um die Anpassung der Institution an kulturell diverse Klientele (siehe Beitrag von Schmitz).

Landkreis

Ein Landkreis ist ein Gemeindeverband und eine kommunale Gebietskörperschaft. Er verwaltet sein Gebiet nach den Grundsätzen der kommunalen Selbstverwaltung und nimmt Aufgaben von überörtlicher Bedeutung wahr (siehe Beitrag von Schweiger und Veyhl).

Ländliche Räume

Ländliche Räume sind vielfältig. Das Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei, definiert Ländlichkeit über eine geringe Siedlungsdichte, lockere Wohnbebauung, eine Prägung der Landschaft durch land- und forstwirtschaftliche Flächen sowie eine geringe Einwohnerzahl im Einzugsbereich und die periphere Lage zu großen Zentren (siehe Beitrag von Schweiger und Veyhl).

Migrantenorganisation

Unter Migrantenorganisationen (MOen) werden in der Regel Vereine oder Zusammenschlüsse bezeichnet, deren Mitglieder überwiegend einen Migrationshintergrund

haben. Ziele und Funktionen von MOen unterscheiden sich; meist sind sie multidimensional, wobei oft eine Funktion dominiert. Typen von MOen sind z. B. Begegnungszentren, religiöse Vereine, Freizeit- und Sportvereine, Kulturvereine, Familien- und Elternvereine, politische Vereine, Berufsverbände und Wirtschaftsvereine, soziale und humanitäre Vereine, Vereine für einzelne Gruppen wie Jugend, Senior*innen oder Studierende. Nachdem MOen in Politik und öffentlichem Diskurs jahrzehntelang ignoriert oder überwiegend skeptisch hinsichtlich ihrer integrativen Potenziale betrachtet wurden, werden sie inzwischen als wichtige zivilgesellschaftliche Partner der Integrationspolitik angesehen und ihre positiven Effekte auf Integration und gleichberechtigte Teilhabe werden gewürdigt (siehe Beitrag von Hoesch und Altundal-Köse).

Modellprojekt

Darunter werden in der Förderpraxis Projekte verstanden, die innerhalb eines befristeten Zeitraums – oftmals eine Zeitspanne zwischen einem bis hin zu fünf Jahren – durch öffentliche (z. B. Bund, Länder, Kommunen, EU) oder private (z. B. Stiftungen) Finanzierung finanziell gefördert werden. Voraussetzung für eine Förderung ist die Vorlage eines überzeugenden innovativen Konzeptes mit modellhaftem Charakter. Entscheidend ist dabei, dass nicht nur bestehende und bewährte Angebote fortgesetzt werden, sondern dass neue Ideen entwickelt und der Bedarf für das geplante Projekt in Abgrenzung zu bereits Existierendem dargestellt wird. Der Vorteil der Modellprojekt-Förderung liegt in den Anreizen, die für die Entwicklung (sozialer) Innovationen gesetzt werden; der Nachteil in mangelnder Nachhaltigkeit und Strukturförderung – kritisch ausgedrückt im Begriff der „Projektitis“ (siehe Beitrag von Hoesch und Altundal-Köse).

Modellversuch in der Bildungspraxis

Modellversuche sind Versuchsmaßnahmen mit Erprobungscharakter, die auf der Basis von theoretischen Kenntnissen und praktischen Bedarfen die Ausbildungspraxis gestalten. Dabei sollen innovative Konzepte zunächst im überschaubaren Rahmen in der Bildungspraxis (z. B. in einzelnen Betrieben oder Berufsschulen) überprüft werden, bevor sie ausgeweitet und verstetigt werden. Diese Implementierung ‚in der Fläche‘ wird häufig als Up-scaling bezeichnet (siehe Beitrag von Scheiermann).

Modular Knowledge Mobilization (Modular KMB, Modulare Wissensmobilisierung)

Dies ist ein Konzept der Wissensmobilisierung, das auf die Schaffung eines replizierbaren Rahmens zielt, und dabei die Skalierbarkeit und Nachhaltigkeit der Aktivitäten berücksichtigt. Verschiedene, miteinander in Austausch stehende Wissensnutzer*innen wie beispielsweise Forschende, Designer*innen und Kommunikationsfachleute erstellen dabei Inhalte zur Wissensmobilisierung, wie etwa Social-Media Posts oder Berichte. Als Grundlage für diese Inhalte dient ein gemeinsamer Bestand an Informationen beziehungsweise eine gemeinsame Wissensgrundlage. Das Konzept der Modular KMB ermöglicht die einfache Replikation und die Erweiterung des gemeinsam genutzten Wissens, zum Beispiel bei der Erstellung neuer Informationen oder Kopien. Damit wird verhindert, dass die gleiche Arbeit wiederholt ausgeführt

werden muss. Zudem kann ein solcher Ansatz an die Ressourcen und die spezifischen Zielsetzungen einer Organisation oder Einrichtung zur gemeinsamen Nutzung von Informationen angepasst, also größer oder kleiner dimensioniert werden (siehe Beitrag von Atallah und Boyter). Siehe auch ► **Knowledge Mobilization**

Nettozuwanderung

Darunter wird die Differenz zwischen der Zuwanderung in ein und der Abwanderung aus einem bestimmten Gebiet während eines Jahres verstanden. Die Nettozuwanderung ist positiv, wenn die Zuwanderung die Abwanderung übersteigt. Die Nettozuwanderung wird auch als Zuwanderungssaldo bezeichnet (siehe Beitrag von Mayer).

Ombudsstelle

Eine Ombudsstelle, vertreten durch einen Ombudsmann oder eine Ombudsfrau, ist eine unabhängige Institution, die Klärungs- und Vermittlungsarbeit gestaltet. Dies geschieht z. B. durch Beratung von Ratsuchenden und die Weiterleitung von Problemen an die zuständigen Personen. Ombudsstellen gibt es beispielsweise in der Kinder- und Jugendhilfe (siehe Beitrag von Schmitz).

Participatory Transdisciplinarity (Partizipative Transdisziplinarität) – siehe ► Transdisziplinarität

Partizipative Forschung

Unter dem Oberbegriff der partizipativen Forschung werden Forschungsansätze zusammengefasst, bei denen Wissenschaftler*innen soziale Phänomene in Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Akteur*innen erforschen. Ziel ist dabei nicht allein ein wissenschaftlicher Erkenntnisgewinn, sondern auch die Selbstbefähigung und Ermächtigung (Empowerment) der am Forschungsprozess aktiv beteiligten Individuen und Gruppen. Die Methodologie partizipativer Forschung ist vielfältig, da sie sich aus unterschiedlichen Disziplinen, historischen und politischen Kontexten sowie praktischen Anwendungsfeldern heraus entwickelt hat. Zu den diversen Ansätzen partizipativer Forschung zählen beispielsweise Aktionsforschung, Praxisforschung, transdisziplinäre Forschung und Community-basierte partizipative Forschung (siehe Beitrag von Krause und von Denkowski).

Policy Briefs

Policy briefs sind in der Regel kurze schriftliche Informationstexte, in denen in übersichtlicher und für die jeweilige Zielgruppe aufbereiteter Form wichtige Forschungsergebnisse dargestellt werden. Sie werden üblicherweise von Forschenden oder Forschungsinstituten mit dem Ziel der Wissensvermittlung verfasst und Akteur*innen aus Wirtschaft, Politik oder Administration bereitgestellt (siehe Beitrag von Bonin und Mühlhäußer).

Post-traumatische Belastungsstörung (PTBS)

Unter diesem auch in Fachkreisen kritisch diskutierten Begriff werden psychische und psychosomatische Symptome gefasst, die infolge von potenziell traumatisierenden Ereignissen auftreten können. Dazu gehören u. a. Flash-Backs, in denen Einzelfragmente

des Erlebten unerwartet auftauchen, Schlafstörungen und erhöhte Schreckhaftigkeit (siehe Beitrag von Schlee und Welsche).

Promoting Action on Research Implementation in Health Services (PARiHS; Rahmenkonzeption zur Förderung von Maßnahmen für die Umsetzung von Forschung im Gesundheitswesen)

PARiHS ist ein konzeptueller Rahmen, nach dem die Implementierung von Forschungswissen in der Praxis durch drei Kernelemente bestimmt wird: Niveau und Art der zur Verfügung stehenden Evidenz, Kontext bzw. Umgebung, in die die Forschung eingebettet werden soll, sowie Methode bzw. Art und Weise wie der Prozess der Einbettung unterstützt wird (siehe Beitrag von Chia-Kangata, Lachance und Ungar).

Reallabor

Reallabor bezeichnet einen lokal verorteten Forschungsansatz, bei dem Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen gemeinsam über Fragen des Forschungsprozesses, wie die Entwicklung der Forschungsfrage und die Festlegung des Forschungsdesigns, entscheiden. Reallabore enthalten im Kern häufig ein experimentelles Setting und sind darauf ausgerichtet, sozial erprobtes Transferwissen bereitzustellen, das in ähnlichen Kontexten angewendet werden kann (siehe Beitrag von Gonser und Deger).

Rigorese Wirkungsevaluierung – siehe ► **Wirkungsevaluierung**

Service Learning

Service Learning wurde in den USA als didaktisches Konzept zur Bildung durch zivilgesellschaftliches Engagement entwickelt. Im universitären Kontext werden Studierende partizipativ an die Erreichung ihrer curricularen Lernziele herangeführt. Dabei werden tatsächlich existente zivilgesellschaftliche Bedarfe aufgegriffen und von Studierenden bearbeitet. Der Prozess beinhaltet Kommunikation und Kooperation der Universität und beteiligter zivilgesellschaftlicher Akteur*innen wie auch verbindlich eingeplante Zeiten für Reflexion (siehe Beitrag von Rusert, Kart und Stein).

Sinnwelten

Unter Sinnwelten werden in der Theorie des Sozialkonstruktivismus gesellschaftliche Deutungsperspektiven verstanden, die sozial bedingt sind und von der Perspektive des jeweiligen Individuums oder der jeweiligen Gruppe abhängen (siehe Beiträge von Gonser und Deger; Gluns).

Slow-Onset Event

Slow-Onset Events bezeichnen langsam einsetzende Ereignisse, die sich über größere Zeiträume aus grundlegenden Veränderungen ergeben. Dies kann auch eine Ereignisfolge bezeichnen (beispielsweise wiederholt auftretende ‚Jahrhunderthochwasser‘ innerhalb weniger Jahre als Folge langfristiger klimatischer Veränderungen). Im Gegensatz hierzu stehen schnell einsetzende Ereignisse (rapid-onset events) (siehe Beitrag von Schütte, Frommer, Schönefeld und Werner).

(Sub-)Systeme

Hierunter sind gesellschaftliche Teilsysteme wie die Wirtschaft, die Wissenschaft, die Politik etc. zu verstehen, die sich aus der funktionalen Ausdifferenzierung moderner

Gesellschaften ergeben und darauf ausgerichtet sind, bestimmte gesellschaftliche Funktionen zu erfüllen (siehe Beiträge von Gonser und Deger; Gluns).

SWOT-Analyse

Die SWOT-Analyse ist ein Instrument der strategischen Planung, das in einer Positionierungsanalyse Stärken (Strengths), Schwächen (Weaknesses), Chancen (Opportunities) und Risiken (Threats) der eigenen Organisation gegenüber dem Wettbewerb bzw. dem oder der Wettbewerbenden darstellt (siehe Beitrag von Scheiermann).

Systematic Review (Systematische Überblicksarbeit)

Damit wird eine Überblicksarbeit mit klar formulierter Fragestellung bezeichnet, in der auf systematische und transparente Weise Forschungswissen und anderes Wissen zu einem Thema gesucht sowie die gefundenen, für die Fragestellung relevanten Arbeiten ausgewählt und in ihrer Güte geprüft werden. Die Daten aus den für die Überblicksarbeit ausgewählten Arbeiten werden sodann analysiert und zusammengefasst dargestellt. Dies kann auf narrative Weise geschehen oder unter Verwendung statistischer, z. B. meta-analytischer Methoden (siehe Beitrag von Chia-Kangata, Lachance und Ungar).

Systeme – siehe ► **(Sub-)Systeme**

Systemtheorie

Unter Systemtheorie ist in den Gesellschaftswissenschaften eine Theoriegruppe zu verstehen, die Gesellschaften als ein Zusammenspiel von Teilsystemen erachtet, in denen sich – häufig funktional bedingt – aus sich selbst heraus gesellschaftliche Wirkmechanismen ergeben, die die Gesellschaft in ihrer Struktur und Gliederung wesentlich prägen (siehe Beitrag von Gonser und Zimmer).

Systemvertrauen

Darunter kann die durch die Denk- und Verhaltensmuster der Angehörigen eines sozialen Systems konstituierte Erwartung verstanden werden, dass dieses soziale System ein im Sinne ‚seiner kulturellen‘ Regeln ‚verlässliches‘ Systemverhalten zeigt. Systemvertrauen stützt sich auf bestimmte Prinzipien, die innerhalb des gesamten Systems gelten und auf abstrakter Ebene Erwartungssicherheiten herstellen (Gilbert 2006, S. 115) (siehe Beitrag von Schmitz).

Temporary Resident (Kanada)

Als Temporary Resident wird in Kanada eine Person mit zeitweiliger Aufenthaltserlaubnis bezeichnet. Zu dieser Gruppe gehören Personen die sich für einen Kurzaufenthalt im Land befinden, befristet im Land Erwerbstätige und internationale Studierende (siehe Beitrag von Atallah und Boyter). Siehe auch ► **Immigrant (Kanada)**

Third Mission

Third Mission umfasst als Begriff alle (auch) gesellschaftsbezogenen Aktivitäten von Hochschulen, die nicht ausschließlich nur der Lehre (First Mission) oder der Forschung (Second Mission) oder beiden Bereichen gemeinsam zuzuordnen sind. Dazu gehören zum Beispiel öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und in die Hochschul-

arbeit eingebundenes soziales Engagement von Studierenden oder Hochschulpersonal (siehe Beiträge von Gonser und Zimmer; Rusert, Kart und Stein).

Totale Institution

Erving Goffman beschreibt totale Institutionen als Wohn- und Arbeitsstätte, wo eine Vielzahl ähnlich gestellter Individuen zusammen kommt. Diese Individuen sind für längere Zeit von der Außenwelt abgeschnitten und führen an dem gleichen Ort ein formal reglementiertes Leben (vgl. Goffman 1961, S. xi) (siehe Beitrag von Schmitz).

Transdisziplinarität

Transdisziplinarität als Begriff wird aktuell in der Literatur unterschiedlich definiert. Im vorliegenden Band wird darunter die Vernetzung und Kooperation zwischen wissenschaftlichen Akteur*innen und Akteur*innen aus anderen gesellschaftlichen Bereichen (also zwischen sog. ‚Certified Experts‘ und ‚Non-certified Experts‘) verstanden. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der übergreifenden Zusammenarbeit mit je eigenen und gemeinsamen Gestaltungsräumen. Damit schließt diese Definition rein partizipative Ansätze von Transdisziplinarität aus, bei denen Entscheidungen über das Forschungsdesign und den Forschungsprozess ausschließlich bei der Wissenschaft verbleiben (siehe Beiträge von Gonser und Zimmer; Schütte, Frommer, Schönefeld und Werner; Gluns).

Wirkungsevaluierung

Rigorese Wirkungsevaluierung (im Englischen Rigorous Impact Evaluation) nutzt wissenschaftliche Methoden, wie zum Beispiel randomisierte kontrollierte Studien, um kausale Zusammenhänge zu testen und die Effektivität von Programmen festzustellen (siehe Beitrag von Schrimpf). Siehe auch ► **Evaluation**

Wirkungstreppe

Eine Wirkungstreppe ist ein Modell, das verschiedene Arten von Wirkung veranschaulicht, das heißt, Veränderungen, die mit bestimmten Projekten bei Zielgruppen und in der Gesellschaft ausgelöst werden sollen. Die Wirkungstreppe besteht aus sieben aufeinander aufbauenden Stufen, die in drei Teile gegliedert sind: Outputs, Outcomes und Impact. Outputs bezeichnen die Voraussetzungen für Wirkung, das heißt, das Stattfinden von Aktivitäten, mit denen Wirkung erzielt werden kann. Ab dem Begriff Outcome spricht man im Modell der Wirkungstreppe von Wirkung – d. h. Fähigkeiten, Handeln und Lebenslagen der Zielgruppen ändern sich. Impact bezieht sich auf das Erreichen gesellschaftlicher Veränderungen über die eigenen Zielgruppen hinaus. Mit Impact sind auch die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen einer Handlung gemeint, die oft indirekt sind und sich in der Regel nur schwer messen lassen (siehe Beiträge von Mayer; Gluns).

Wissensmanagement

Unter diesen Begriff werden eine Vielzahl von Ansätzen gefasst, denen im Kern eines gemein ist: Wissensmanagement bezeichnet den ganzheitlichen Zusammenhang aller Maßnahmen zur systematischen Erfassung, Verteilung und Nutzung von Wissensbeständen (siehe Beitrag von Schütte, Frommer, Schönefeld und Werner).

Wissenssoziologie

Die Wissenssoziologie beschäftigt sich mit der Frage, in welcher Form Wissen Grundlage des Handelns von Menschen ist und wie durch gesellschaftlich geteiltes Wissen auch gesellschaftliche Strukturen entstehen und erhalten werden. Aus Sicht der Wissenssoziologie ist das Wissen der Individuen Grundlage ihres Handelns und ihres Verständnisses von der Welt (siehe Beitrag von Gonser und Deger).

Autor*innenverzeichnis

Elena Albrecht B.A.

Elena Albrecht ist Bildungskoordinatorin für Neuzugewanderte, Stabsstelle Integration beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis. Sie wurde 1991 in Seeheim-Jugenheim geboren und hat an der Technischen Universität Darmstadt Soziologie mit dem Schwerpunkt Bildung und Macht studiert. Nach ihrem Studienabschluss war sie unter anderem bei der Schader-Stiftung tätig.

Şaziye Altundal-Köse, Dipl.-Soz. Wiss.

Şaziye Altundal-Köse ist seit 2018 stellvertretende Geschäftsführerin des Verbunds der sozial-kulturellen Migrantenvereine in Dortmund e.V. (VMDO) und leitet den Bereich ‚Arbeit und Soziales‘. Seit dem Abschluss ihres Studiums der Sozialwissenschaften in Bochum 1997 entwickelt und leitet sie seit 1999 als Projektleiterin und -koordinatorin im Themenfeld Migration und Integration arbeitsmarkt-, bildungs- und teilhabebezogene Projekte für Menschen mit Migrationsgeschichte. Zudem ist sie seit 2009 Ratsmitglied im Rat der Stadt Dortmund, seit 2014 Vorsitzende des Schulausschusses und vertreten seit 2009 im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit. Darüber hinaus ist sie seit 2010 Mitglied des Aufsichtsrats Städtische Seniorenheime Dortmund gGmbH, seit 2009 Mitglied des Beirats Jobcenter, seit 2015 Mitglied der Bildungskommission und seit 2014 Mitglied im Beirat Regionales Berufsbildungszentrum.

Nabiha Atallah M.A.

Nabiha Atallah ist Beraterin für strategische Initiativen bei der Immigrant Services Association of Nova Scotia, ISANS, einem kanadischen Verband der Einwanderungsdienste in der Provinz Nova Scotia. Sie koordiniert die Zusammenarbeit von ISANS mit Forschungspartner*innen und ist derzeit u.a. in den nationalen Forschungsnetzwerken Child and Youth Refugee Research Coalition CYRRC und Pathways to Prosperity aktiv. Nabiha verfügt über mehr als 25 Jahre Erfahrung in Führungspositionen bei ISANS. Davor unterrichtete und entwickelte sie Programme für Englisch als Fremdsprache in Vancouver und Winnipeg, Kanada, sowie in Kairo, Ägypten.

Prof. Dr. Holger Bonin

Holger Bonin ist seit 2016 Forschungsdirektor am Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn. Daneben lehrt er seit 2012 als Professor für Volkswirtschaftslehre mit den Schwerpunkten Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik an der Universität Kassel. Seit 2019 ist er Mitglied der von der Bundesregierung berufenen Expertenkommission Forschung und Innovation. Ein Schwerpunkt seiner Forschung ist die Bewertung der Wirkungen sozialpolitischer Instrumente. Am IZA leitet Holger Bonin

die laufende Evaluation der arbeitsmarktpolitischen Integrationsmaßnahmen für Geflüchtete im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Josh Boyter M.A.

Josh Boyter ist der Leiter der Abteilung für Kommunikation bei der Immigrant Services Association of Nova Scotia, ISANS, einem kanadischen Verband der Einwanderungsdienste in der Provinz Nova Scotia. Josh Boyter hat bereits in verschiedenen Bereichen an der Schnittstelle von Kommunikation und Knowledge Mobilization zu den Themen Medien, Kinderrechten und Einwanderung gearbeitet. Er war Kommunikationsdirektor der „Roméo Dallaire Child Soldier Initiative“ (der Roméo-Dallaire-Initiative für Kindersoldaten) und Koordinator von „Journalist for Human Rights“ (einer Organisation von Journalist*innen, die sich für Menschenrechte engagieren). Sein akademischer Hintergrund liegt in den Bereichen der „International Development Studies“ (Internationale Entwicklungsstudien) und der Sozialanthropologie.

Simone Chia-Kangata M.A.

Simone Chia-Kangata ist Projektleiterin für die Child and Youth Refugee Research Coalition CYRRC und koordiniert die operativen Abläufe und die Aktivitäten zur Knowledge Mobilization. Zudem ist sie Mitglied der Arbeitsgruppe Knowledge Mobilization beim CYRRC. Simone Chia-Kangata hat einen Bachelor in „International Development Studies“ (Internationale Entwicklungsstudien) an der McGill University und einen Master in „Public Policy and Public Administration“ (Studien zur öffentlichen Ordnung und Politik) an der Concordia University, beide Montréal, abgeschlossen. Seit 15 Jahren ist sie in den Bereichen Forschung, Projektentwicklung und Projektmanagement im öffentlichen und gemeinnützigen Sektor in Kanada, Großbritannien und Afrika tätig. Simone Chia-Kangata strebt derzeit ein Zertifikat zur Knowledge Mobilization an der University of Guelph, Ontario, an.

Prof.’in Dr.’in Petra Deger

Petra Deger ist seit 2010 Professorin für Soziologie an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg. Ihr Arbeits- und Forschungsschwerpunkt liegt insbesondere in der Bildungssoziologie. Von 2016 bis 2019 war sie Mitglied im Reallabor Asylsuchende in der Rhein-Neckar-Region (Reallabor Asyl) im Bereich „Wege in den Arbeitsmarkt“. Seit 2017 ist sie Geschäftsführende Direktorin der Heidelberg School of Education.

Prof.’in Dr.’in Cordula von Denkowski

Cordula von Denkowski ist Professorin für Entwicklungs- und Sozialpsychologie in der Abteilung Soziale Arbeit der Hochschule Hannover. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Flucht- und Flüchtlingsforschung insbesondere auf den psychosozialen Auswirkungen von Flucht auf Kinder, Jugendliche und Familien. Im Rahmen des Netzwerks Fluchtforschung koordiniert sie den Arbeitskreis „Psychische Gesundheit und Flucht“.

Christin Förster M.A.

Christin Förster ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Institut für Bildungsverläufe e. V. (LIfBi) im Bereich der Studien- und Teilnehmendenkommunikation. Sie studierte Kommunikationswissenschaft, Soziologie und Europäische Ethnologie an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

Jana-Andrea Frommer M.A.

Jana-Andrea Frommer studierte Sozialwissenschaften an der Universität Augsburg sowie Friedensforschung und Internationale Politik an der Eberhard-Karls-Universität in Tübingen. Das Masterstudium mit Schwerpunkt in Kultur- und Sozialpsychologie schloss sie an der Ruhr-Universität Bochum ab. Derzeit ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im BMBF-Forschungsprojekt „Sicherheitskooperationen und Migration (SiKoMi)“ an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster.

Dr.’in Danielle Gluns

Danielle Gluns ist Leiterin der Forschungs- und Transferstelle Migrationspolitik an der Universität Hildesheim. Das Ziel der Stelle ist es, gemeinsam mit verschiedenen Partner*innen und durch unterschiedliche Formate den wechselseitigen Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis zu verbessern. Zuvor arbeitete und promovierte sie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster bei Prof.’in Dr. Annette Zimmer (Lehrstuhl Europäische Sozialpolitik und Vergleichende Politikwissenschaft). Danielle Gluns ist Mitbegründerin des Arbeitskreises Transfer im Netzwerk Fluchtforschung sowie Sprecherin des Arbeitskreises Migrationspolitik in der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW).

Prof.’in Dr.’in Monika Gonser

Monika Gonser hat eine Professur für intersektorale Studien an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Heilbronn inne sowie die wissenschaftliche Leitung der dort angesiedelten Intersectoral School of Governance (ISoG). Bis März 2020 leitete sie das Teilprojekt „Flucht, Migration und Arbeit in der Metropolregion Rhein-Neckar“ am Transferzentrum der Pädagogischen Hochschule Heidelberg und koordinierte als Postdoc das transdisziplinäre Forschungsprojekt „Reallabor Asylsuchende in der Rhein-Neckar-Region“. Im Rahmen ihrer Tätigkeiten forscht sie an der Schnittstelle zwischen Praxis und Wissenschaft und berät Kommunen und gemeinnützige Organisationen. Monika Gonser hat Sozialwissenschaften studiert und ist Vorstandsmitglied im Netzwerk Fluchtforschung sowie Mitbegründerin des Arbeitskreises Transfer im Netzwerk Fluchtforschung.

Dr. Rolf Hackenbroch

Rolf Hackenbroch ist Bildungskordinator für Neuzugewanderte, Stabsstelle Integration, Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis. Er wurde 1961 in Köln geboren, ist verheiratet und hat zwei Kinder. Er hat an der Freien Universität in Berlin studiert und wurde dort promoviert. Von 1994 bis 1999 arbeitete er am kulturwissenschaftlichen Institut der Universität Leipzig. Als Markt- und Meinungsforscher war er von 2000 bis 2015 in

verschiedenen sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekten tätig und von 2008 bis 2017 Lehrbeauftragter des Instituts für Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Dr.'in Kirsten Hoesch

Kirsten Hoesch ist seit 2017 Leiterin des Bereichs „Projektentwicklung und Projektmanagement“ beim Verbund der sozial-kulturellen Migrantenvereine in Dortmund (VMDO). Nach ihrem Studium der Politikwissenschaft in Münster und Lille promovierte sie 2008 an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen seither insbesondere im Bereich der Migration und Integration. Wissenschaftliche Tätigkeiten u. a. am Institut für Migrationsforschung und interkulturelle Studien (IMIS), Universität Osnabrück sowie Institut für Politikwissenschaft (Münster).

Dr. Mehmet Kart

Mehmet Kart ist Professor für Soziale Arbeit an der Internationalen Hochschule IUBH. Nach seinem Magisterstudium an der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (Soziologie, Politikwissenschaft, und Medienwissenschaften) promovierte er an der Universität Bremen im Institut für Soziologie. In seiner Promotion „Lebenslagen von Jugendlichen in benachteiligten Quartieren in Bremen“ setzt er sich mit Kontexteffekten in benachteiligten Quartieren auf die Lebenslagen und Teilhabechancen von Jugendlichen auseinander. Im Zuge seiner Tätigkeiten war er als Lehrkraft und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Vechta und der Hochschule Bremen sowie als Lehrbeauftragter an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg tätig. Seine Forschungsschwerpunkte liegen insbesondere im Bereich der Stadtsoziologie, Migration und Integration. Mehmet Kart hat langjährige außeruniversitäre Berufserfahrungen in unterschiedlichen Praxisfeldern der Sozialen Arbeit. Zuletzt leitete er von 2014 bis 2019 die Bremer Clearingstelle für unbegleitete minderjährige Geflüchtete.

Prof.'in Dr.'in Ulrike Krause

Ulrike Krause ist Juniorprofessorin für Flucht- und Flüchtlingsforschung am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) und am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück sowie affilierte Research Associate am Refugee Studies Centre der University of Oxford. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf humanitärem Flüchtlingschutz, konfliktbedingter Flucht, Resilienz, Gender sowie genderbasierte Gewalt. Sie ist Mitbegründerin und Mitherausgeberin der Zeitschrift für Flucht- und Flüchtlingsforschung (Z'Flucht) sowie zweite Vorsitzende des Netzwerks Fluchtforschung.

Lisa Lachance M.P.A., Ph.D. (candidate)

Lisa Lachance ist Vorsitzende Leiterin von Wisdom 2Action Ltd, W2A, einem vom Bund finanzierten Netzwerk zur Knowledge Mobilization im Bereich der psychischen Gesundheit junger Menschen. W2A ist ein soziales Unternehmen, das Dienstleistungen in den Bereichen Engagement, Evaluation und Evidenz anbietet. Zurzeit ist sie

Doktorandin an der Fakultät für Gesundheitswesen an der Dalhousie University und beschäftigt sich mit der Frage, wie Organisationen auf Gemeindeebene im Rahmen eines Modells der integrierten Jugendhilfe mit psychiatrischen Diensten zusammenarbeiten. Zuvor arbeitete Lisa Lachance in politischen Managementfunktionen in Bundes- wie auch Provinzverwaltung.

Zahide Marquardt-Gültepe B.A.

Zahide Marquardt-Gültepe koordiniert seit April 2020 das Projekt Integration CAN-D am DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation. Das Projekt zielt auf die Förderung kanadisch-deutscher Forschungszusammenarbeit zur Integration von Geflüchteten ab; es organisiert Forschungsworkshops, gibt an verschiedene Zielgruppen adressierte Veröffentlichungen heraus und führt öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen durch. Zahide Marquardt-Gültepes Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Politische Theorie und Theorien der Menschenrechte.

Dr. Matthias M. Mayer

Matthias M. Mayer ist Senior Expert bei der Bertelsmann Stiftung im Programm Integration und Bildung und zuständig für Fragen der Zuwanderungssteuerung. Zuvor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN) im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg sowie Büroleiter der Hochrangigen Konsensgruppe Fachkräftebedarf und Zuwanderung beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) in Berlin. Er promovierte an der London School of Economics and Political Science in European Studies zur Meinungsbildung der Bundesregierung zu Maßnahmen der Europäischen Union im Bereich Erwerbszuwanderung.

Reinhard Mitschke (1. Staatsexamen)

Reinhard Mitschke ist Bildungskoordinator für Neuzugewanderte, Stabsstelle Integration, Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis. Er wurde 1971 in Gelsenkirchen geboren, ist verheiratet und hat zwei Kinder. Nach dem Studium in Mannheim und Heidelberg war er unter anderem von 2006 bis 2016 am Institut für Bildungswissenschaft der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg beschäftigt. Als Erziehungswissenschaftler war er mit verschiedenen Friedensforschungs-, Kompetenzforschungs- sowie akademischen Austausch- und Studienberatungsprojekten betraut. Er ist systemischer Therapeut/Familientherapeut (Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie).

Nicola Mühlhäußer M.A.

Nicola Mühlhäußer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Seminars für Politische Wissenschaft am Institut für Kulturwissenschaft der Universität Koblenz-Landau. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen hier insbesondere in den Bereichen der Politischen Theorie, der Gender Studies und der kritischen Gesellschaftsphilosophie. Sie ist mit dem DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation in Frankfurt am Main assoziiert und leitete bis März 2020 das Projekt Integration

CAN-D. Im Rahmen dieses Projekts unterstützte sie die Forschungszusammenarbeit zwischen Kanada und Deutschland zur Integration von Geflüchteten.

Kirsten Rusert M.M.

Kirsten Rusert ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Vechta im Projekt „Soziales Kompetenztraining für Auszubildende und Mediationstraining für Ausbilder*innen (SKM)“ und seit Januar 2020 Promovendin im Rahmen des Projekts „Bridges 2, Teilprojekt 2, Werkstatt Digitalisierung in inklusiven Settings“. Sie studierte Politik- und Verwaltungswissenschaften und Mediation an der Fernuniversität Hagen.

Gero Scheiermann (1. Staatsexamen)

Gero Scheiermann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Bildungswissenschaften, Institut für Berufs- & Weiterbildung, Fachgebiet Berufspädagogik / Berufsbildungsforschung. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind Europäische Berufsbildungspolitik, Integration Benachteiligter in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und inklusive Berufsbildung und Durchlässigkeit in der beruflichen Bildung. Derzeit arbeitet er an einem Promotionsprojekt zur Integration Geflüchteter in der betrieblichen Ausbildung.

Dr.'in Anett Schmitz

Anett Schmitz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Ethnologie an der Universität Trier. Sie promovierte 2013 zu bildungserfolgreichen Spätaussiedlern im transnationalen Kontext zwischen Deutschland und Russland. Von 2013 bis 2016 war sie als Postdoc-Researcher an der Universität Luxemburg. Seit 2017 forscht sie zum Thema Flucht und Asyl und ist in unterschiedlichen Projekten zur Unterbringung von Geflüchteten in Aufnahmeeinrichtungen und AnKER Zentren involviert. Seit 2018 forscht sie zum Thema „Beschwerdemanagement für Geflüchtete in Aufnahmeeinrichtungen“. Sie ist Mitgründerin des Arbeitskreises „Flucht, Agency und Vulnerabilität“ des Netzwerks Fluchtforschung.

Malte Schönefeld M.A.

Malte Schönefeld studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Deutsche Philologie an der Westfälischen Universität Münster und an der Università degli studi di Torino. Derzeit arbeitet er im BMBF-geförderten Projekt „Sicherheitskooperationen und Migration (SiKoMi)“ am Lehrstuhl für Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit der Bergischen Universität Wuppertal. Seine Forschungsschwerpunkte neben SiKoMi betreffen interkulturelle Kompetenz im Bevölkerungsschutz, Sicherheit auf Großveranstaltungen und den Einsatz von IT im Bevölkerungsschutz. Zuvor arbeitete er unter anderem für die „Emergency Support Branch“ des Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (UN OCHA), für das Auslandsreferat der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk und für die Deutsche Presse-Agentur.

Dr.'in Beatrice Schlee

Beatrice Schlee ist assoziierte wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arnold Bergstrasser Institut in Freiburg. Sie hat an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Bereich der Politikwissenschaft promoviert und arbeitet zu Auswirkungen autoritärer Herrschaft von Konflikt und Krieg auf das Körpergedächtnis und das soziale und politische Verhalten von Geflüchteten. Sie hat die Organisation *bodymemory* und das Zentrum für Bewegung und Embodiment Forschung gegründet, die über einen körperzentrierten Ansatz positiv auf die Handlungsermächtigung/agency von Geflüchteten und ihren Umgang mit Trauma, Flucht, Migration und Arbeitslosigkeit einwirken möchte.

Anna Schrimpf, Ph.D.

Anna Schrimpf ist *Executive Director* von *J-PAL Europe*, dem europäischen Arm des *Abdul Latif Jameel Poverty Action Lab* und dort für die strategische, technische und operative Ausrichtung von Forschung, Politik und Ausbildung in Europa zuständig. *J-PAL* ist ein globales Forschungszentrum, dessen wissenschaftliche Wirkungsstudien sowohl entwicklungspolitische als auch innereuropäische Aspekte der Armutsbekämpfung und sozialen Inklusion beleuchten. Nach ihrem Studium der Philosophie, Politik und Wirtschaftswissenschaft an der University of Oxford promovierte sie in Princeton und ist seit 2016 bei *J-PAL* tätig.

Dr.'in Patricia M. Schütte

Patricia Schütte studierte Sozialpsychologie, Italianistik und Sozialwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum und promovierte dort in der Organisationssoziologie zum Thema Entwicklung des Bundesgrenzschutzes zur Bundespolizei. Gegenwärtig ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin in Lehre und Forschung am Lehrstuhl für Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit an der Bergischen Universität Wuppertal. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Zusammenarbeit von Sicherheitsorganisationen in unterschiedlichen Settings und Szenarien. Dabei begleitet sie u. a. Projekte zu Aspekten der Veranstaltungssicherheit im Kontext von Großveranstaltungen sowie zu organisationalen Ansätzen der Bewältigung herausfordernder Lagen wie z. B. der Flüchtlingssituation 2015/2016.

Raphaela Schweiger M.A.

Raphaela Schweiger ist Senior Expertin zum Thema Migration bei der Robert Bosch Stiftung. Sie ist mit der Integration und Teilhabe in Deutschland und Europa sowie mit der internationalen Governance von Migration befasst. Raphaela Schweiger hat u. a. den Prozess der Robert Bosch Expertenkommission zur Neuausrichtung der Flüchtlingspolitik unter Vorsitz von Armin Laschet gesteuert und begleitet, die 2016 Empfehlungen für die deutsche Flüchtlingspolitik vorgelegt hat. Zuvor war sie für verschiedene Stiftungen und NGOs tätig, unter anderem die KfW Stiftung, die Friedrich Ebert Stiftung in Israel oder SOS-Kinderdörfer. Sie ist Politikwissenschaftlerin und Konfliktforscherin und promoviert an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Prof.'in Dr.'in Margit Stein

Margit Stein ist Professorin für Allgemeine Pädagogik an der Fakultät für Bildungs- und Gesellschaftswissenschaften der Universität Vechta. Sie ist Leiterin des Projekts „Soziales Kompetenztraining für Auszubildende und Mediationstraining für Ausbilder*innen (SKM)“ und des Projekts „ISK – Inklusion durch Steigerung der Sozialen Kompetenzen von Schüler*innen mit Fluchterfahrung und Migrationshintergrund für den Start ins Berufsleben: Entwicklung von digitalen Lehr-/Lernkonzepten für die Sekundarstufe I sowie berufsbildende Schulen“.

Prof. Michael Ungar Ph.D.

Michael Ungar ist Familientherapeut und Professor für Soziale Arbeit an der Dalhousie University, wo er den nationalen Lehrstuhl für „Child, Family and Community Resilience“ innehat. In diesem Themenbereich hat Michael Ungar bereits über 180 Artikel in Zeitschriften und Büchern mit Gutachtersystem (peer-reviewed) veröffentlicht und ist Autor von 15 Büchern, die sich an Fachkräfte für psychische Gesundheit, Forschende, Arbeitgeber*innen und Eltern richten. Dazu gehört unter anderem „Change Your World: The Science of Resilience and the True Path to Success“, ein Buch für Erwachsene, die am Arbeitsplatz und zu Hause unter Stress leiden, und „I Still Love You: Nine Things Trouble Teens Need from their Parents“. Sein Blog „Nurturing Resilience“ ist über die Website von „Psychology Today“ zugänglich.

Lisa Veyhl M.A.

Lisa Veyhl arbeitet als Projektmanagerin im Team Einwanderungsgesellschaft der Robert Bosch Stiftung. Dort verantwortet sie unter anderem das Förderprogramm „Land.Zuhause.Zukunft – Integration und Teilhabe von Neuzuwanderern in ländlichen Räumen“. Vor ihrer Tätigkeit in der Robert Bosch Stiftung hat Lisa Veyhl als Programmmanagerin zu den Themen Demografie und Engagement in der Körber-Stiftung gearbeitet. Sie studierte Politik- und Verwaltungswissenschaft (Bachelor) und Kulturelle Grundlagen Europas (Master) an der Universität Konstanz.

Kai Weber Dipl.-Päd.

Kai Weber ist Geschäftsführer des Flüchtlingsrats Niedersachsen e.V., einer unabhängigen, landesweit agierenden Menschenrechtsorganisation, und Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL. Im Verbund mit PRO ASYL setzen sich die Flüchtlingsräte der Bundesländer für das Recht auf Asyl und für eine Flüchtlingspolitik ein, die durch Offenheit, Humanität und Solidarität geprägt ist.

Dr. Dominik Weigand

Dominik Weigand ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz Institut für Bildungsverläufe e. V. (LifBi) im Projekt ReGES (Refugees in the German Educational System). 2018 promovierte er an der Universität Regensburg im Bereich der Politikwissenschaft.

Prof.'in Mone Welsche PhD

Mone Welsche ist Professorin für Entwicklungsförderung im Kindes- und Jugendalter an der Katholischen Hochschule Freiburg mit langjähriger Erfahrung im bewegungstherapeutischen Kontext. Ihr Schwerpunkt in Forschung und Lehre liegt in bewegungsorientierten Ansätzen in der Sozialen Arbeit und der Heilpädagogik.

Dr. Andreas Werner

Andreas Werner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im BMBF-Forschungsprojekt „Sicherheitskooperationen und Migration – Wissensmanagement und interorganisatorische Zusammenarbeit polizeilicher Behörden im Kontext von Migration (SiKoMi)“ an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) in Münster. 2015 promovierte er an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster im Bereich der Politikwissenschaft.

Prof.'in Dr.'in Karin Zimmer

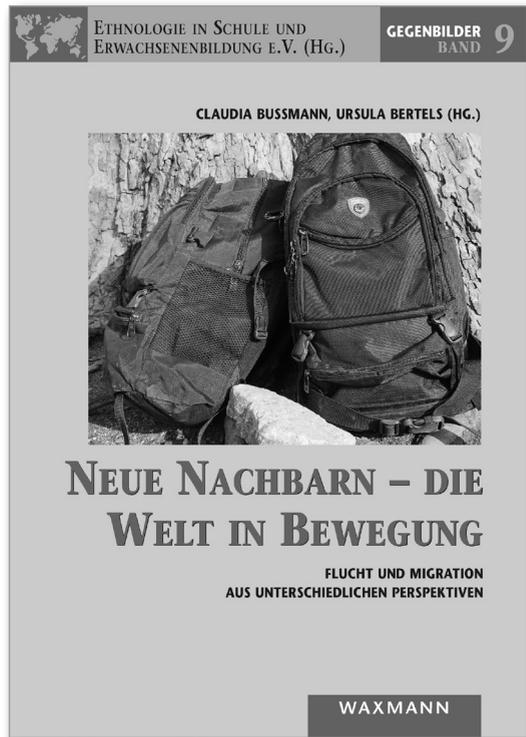
Karin Zimmer ist Professorin für Empirische Bildungsforschung an der Fakultät für Bildungs- und Gesellschaftswissenschaften der Universität Vechta und Leiterin des BMBF-geförderten Projekts Integration CAN-D: Kanadisch-deutsche Forschungszusammenarbeit zur Integration von Geflüchteten. Sie ist mit dem DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation assoziiert, an dem sie den Leibniz-Forschungsverbund Bildungspotenziale (LERN) und den nationalen Bildungsbericht für Deutschland koordinierte. Vor ihrer Arbeit am DIPF war Karin Zimmer als Senior Analyst des Programme for International Student Assessment PISA bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD in Paris tätig. Karin Zimmer studierte Psychologie, Pädagogik und Statistik und arbeitete an Universitäten in Deutschland und Dänemark.

Claudia Bußmann, Ursula Bertels (Hrsg.)

Neue Nachbarn – die Welt in Bewegung

Flucht und Migration aus
unterschiedlichen Perspektiven

Gegenbilder, Band 9, 2018, 174 Seiten, br.,
24,90 €, ISBN 978-3-8309-3823-1
E-Book: 21,99 €,
ISBN 978-3-8309-8823-6



Mit Beiträgen von

Elisabeth Addicks, Sarah Bange, Hildegard Bedarff, Anja Binanzer, Steve Fotso Ouoguep, Ferhad Hemmi, Lätitia Huber, Marianne Krüger-Potratz, Stefanie Löhr, Mariya Lorke, Rudolf Maier, Jochen Oltmer, Alexander Parchow, Ulrike Peschke, Katrin Alice Pollmann, Katharina Quittmann, Birgit Sulzer, Sarah Weber, Verena Wecker

Im Spätsommer 2015 prägten Bilder von in Deutschland ankommenden Flüchtlingen die Medienlandschaft. Die Meinungen darüber, was das Ankommen der vielen Flüchtlinge für das Leben in Deutschland bedeutete, spalteten sich bald in die Pole „Flüchtlingskrise“ und „Refugees welcome“. Die Diskussion über den Umgang mit den geflüchteten Menschen ist oft geprägt von der Unterscheidung in „wir“ und „die Anderen“. Doch spiegelt diese Unterscheidung die Realität wider?

Mit diesem Band werden unterschiedliche Perspektiven zu Flucht und Migration zusammengeführt. Aus historischer Sicht zum Beispiel waren viele „Einheimische“ einmal „Fremde“. Und betrachtet man Flucht und Migration aus der Sicht des „Eine-Welt-Gedankens“ stellt sich die Frage, wie angesichts von globalem Klimawandel, Welthandelsstrukturen oder kolonialen Kontinuitäten eine Einteilung in „wir“ und „die Anderen“ sinnvoll vorgenommen werden kann.

WAXMANN

www.waxmann.com
info@waxmann.com